

18./II. 1916.

1

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom Donnerstag, 17. Februar. (Fortsetzung.)

Am Ministertisch: Fehr. v. Schorlemer.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt bei der Erörterung der

Ernährungsfragen.

Abg. Braun (Soz.): Weil auf dem wirtschaftlichen Kriegsschauplatz nicht wie draußen der eine für den anderen eintritt, deshalb haben wir hier keine geschlossene Front. Das Maulopfer-tum der Interessenten, die fortgesetzt von Opfern sprechen und sich auf Kosten der Ärmsten bereichern, muß erbitternd wirken. Dazu braucht es keiner Agitationsrede, die Tatsachen agitieren schon genug durch sich selbst. Die von Dr. Köstke beklagte Mißstimmung gegen die Agrarier entstand, als das Volk zugleich nach Kriegsbeginn die Preistreiberereien sah, die auch bei Waren einsetzten, deren Herstellung noch ganz unter normalen Verhältnissen erfolgt war. Ich gebe zu, daß der Bund der Landwirte und andere Organisationen von Landwirten alsbald Maßnahmen gefordert haben, deren Nichteingührung die Teuerung steigerte; zu deren Nuhnern gehören aber jetzt viele Landwirte, die den Regierungsmaßnahmen passiven Widerstand leisten. Im Anfang wollte man ja die knappen Vorräte durch hohe Preise strecken, jetzt heißt das, durch hohe Preise das Angebot fördern. Wenn es immer als Stolz der Landwirtschaft galt, Deutschland im Kriege zu ernähren, so sollten ihre Vorkühler hier doch nicht höhere Preise und größeren Gewinn als im Frieden fordern, sonst erinnert das an den alten Spruch: „Vom Profit raucht der Schornstein und nicht vom Stolz!“ (Sehr gut! b. d. Soz.). Die halbe und

Systemlose Höchstpreispolitik der Regierung

hat den ganzen Zustand geschaffen. Die Reichsregierung hat diesen Fehler erkannt, ihm aber noch nicht abgeholfen; offenbar sind daran stärkere Einflüsse schuld. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die hohen Hofer- und Gerstepreise müssen dazu verleiten, mehr davon und weniger Brotgetreide anzubauen. (Widerspruch des Abg. Kretz.) Herr Kretz, ich bin auch ein geborener Ostpreuze und verstehe auch so viel von der Landwirtschaft. Wenn man zur Sicherung der Heereslieferungen hohe Preise festsetzen muß, so scheint mir das die patriotische Gesinnung der betreffenden Landwirte eigenartig zu beleuchten. Ganz offiziell haben agrarische Organisationen und Zeitungen zu Zurückhaltung zur Erlangung höherer Preise aufgefordert. Nach Dr. Köstke sind die Landwirte ideal veranlagt. (Abg. U. Hoffmann: Ringendes Ideal!) Nun, die Landwirtschaftsorganisation Kiel wies in einem Inserat triumphierend darauf hin, daß der Milchpreis in 5 Jahren von 13 auf 26 Pf. gestiegen sei. „Einigkeit macht stark!“ stand dabei. (Hört! hört! links.) Ein schöner Idealismus, der durch solche Preise Säuglingen die Milch einschränkt. (Huh! huh! rechts.) Aus dem Felde kommen Briefe voll Entrüstung über den Wucher. Für ausländisches Schweinefleisch und ausländischen Käse sind die Höchstpreise aufgehoben. Wer kontrolliert aber, ob nicht inländische Produkte zu den hohen Auslandspreisen betrügerisch verkauft werden? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie überall, so sucht die Regierung auch beim Schweinefleisch durch Preiserhöhung aus der Kalamität herauszukommen; ihre Taktik reizt die Produzenten und Händler zu ihren Praktiken an und dann liest man wieder einmal von verdorbenen (zurückgehaltenen) Lebensmitteln, die als Viehfutter verkauft werden. Man behandle diese Herren, die Schwären bis zum Verderben zurückhalten, doch als Landesverräter; man stecke sie ins Zuchthaus! (Beifall b. d. Soz.) Das Wuchergesetz des Bundesrats wird ja nicht angewendet. Auf dem Kartoffelmarkt wird ein wahres Versteckspiel getrieben. Es muß alles geschehen, um die Ernährung des Volkes zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen. Es muß endlich einmal ganze Arbeit gemacht werden, ohne Rücksichtnahme auf irgendwelche Profitinteressen.

Abg. Giesberts (Ztr.): Das ganze Volk will auch wirtschaftlich durchhalten und weiß, daß dies bei richtiger Verteilung möglich ist. Wir haben die Preisprüfungsstellen, wir haben den Reichstags-Beirat für Ernährungsfragen, ob noch weitere Institutionen nötig sind, ist fraglich. Nötig ist aber für die Zukunft auch die rechtzeitige

Vorbereitung eines wirtschaftlichen Kriegsplans.

Die Regierung hat ja zugegeben, daß dies geschehen wäre, wenn man mit einem so langen Kriege gerechnet hätte. Darauf ist es zurückzuführen, wenn nicht alles geklappt hat. Erwiesen hat sich die Notwendigkeit, in Zukunft bei der Besetzung gewisser Beamtenstellen nicht nur auf die juristischen und verwaltungstechnischen, sondern auch auf die volkswirtschaftlichen Kenntnisse zu sehen; dann wird viel von dem Hin und Her zwischen Stadt und Land, das vielfach auf geradezu unlöslichen Widersprüchen beruht, vermieden werden können. — Die im Westen verfüttelten Kartoffeln waren größtenteils zur Menschennahrung nicht brauchbar; auch haben die aus dem Osten angelieferten Kartoffeln bis zu 30 pCt. Abfall. (Hört! hört!) Die Kartoffelnot im Westen kommt auch daher, daß der Westen ja Stappengebiet für den Riesenertrag der Ukraine ist. Eine Verfüttelung großer Mengen von Kartoffeln wäre streng zu ahnden; ich bezweifle, daß sie vorgekommen ist. Zu der Preiserhöhung von 1,25 M. kommt ja noch der 25-Pfg.-Report pro Monat. Da darf bis zum Frühjahr keine weitere Erhöhung erfolgen. (Zustimmung links und im Zentrum.) Wir müssen darin einig sein, daß zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion Ueberpreise nicht gehören. Das fordert auch kein Landwirtschaftsvertreter. Wir danken alle unserer landwirt-

schaftlichen Bevölkerung für ihre gewaltigen Leistungen, wir bewundern den Heldenmut der ihrer Männer von den Russen geraubten ostpreussischen Bäuerinnen, die im Donner der russischen Kanonen den Acker bebauten. (Lebhafte Beifall.) Wir sollten alles hintansehen und nur daran denken, wie wir unsere Kriegswirtschaft weiter auf der Höhe halten. Man sollte mit den Bauern Verträge auf Umbau gewisser Kartoffelmengen abschließen unter Zusage von auskömmlichen Preisen. Und nun noch etwas, was allmählich zum Schluß führen soll (große Heiterkeit): man weiß nicht, wie die Städte eigentlich versorgt werden, im Westen herrscht da eine wahre Spekulation. Hier muß eine Regelung eintreten. Das deutsche Volk muß zum Gemein-schaftsgedanken erzogen werden.

Abg. Kretz (kons.): Wir wünschen durchaus die Sicherung der Ernährung zu erschwinglichen Preisen. Höher als alles steht die Erhaltung einer Stimmung, die uns alle, auch die Arbeiter — wenn auch ihre angebliehen Vertreter anders sprechen — durchhalten läßt bis zu einem siegreichen Frieden, bei dem das deutsche Volk bestehen kann. (Beifall.) Wir leben in einer belagerten Festung, daher die Schwierigkeiten und die Teuerung. Die deutschen Landwirte stehen zu hoch, als daß ich sie gegen die Angriffe hier in Schutz zu nehmen brauchte. Wie kann man jetzt, wo die meisten Landwirte im Felde stehen, wo Greise und Kinder alle Kräfte anspannen, davon sprechen, daß die Landwirte dem Profit frönen? Wo scharf geschossen wird, tritt der Geldstandpunkt zurück. Wer das nicht glaubt, dem rate ich, dort hinzugehen. Herr Hofer meinte, die Regierung stehe unter dem unheilvollen Einfluß der Agrarier. Ich weiß davon nichts, obwohl wir den Einfluß für außerordentlich segensreich halten würden. (Heiterkeit.) Die Belgier bekommen eine höhere Brotration als wir. Das scheint mir in der Nächstenliebe denn doch zu weit zu gehen. (Zustimmung.) Erst kommen wir und dann die besetzten Gebiete. Das ist kein Barbarentum, wie Herr Hofer meinte. Ich habe draußen Parteifreunde der Herren Braun und Hofer gesprochen. Sie sprechen anders als die Herren hier im Hause. Was Herr Hoff über volkswirtschaftliche Fragen gesagt hat, war sehr interessant, mir aber ganz neu, obwohl ich mich schon 30 Jahre mit diesen Dingen beschäftige. (Zuruf links: Mancher lernt's nie! — Gr. Heiterkeit.) Herr Hoff hat auch gemeint, Dr. Köstke stehe nicht auf einer hohen Warte. Wenn Herr Hoff da schon steht, dann ist doch für niemand mehr Platz. (Stürmische Heiterkeit.) Daß die Landwirtschaft im Gelde schwimmt, weil einzelne Landwirte gut verdienen, das sollte kein verständiger Volkswirt sagen. Und verständig sind wir doch alle. (Heiterkeit.) Was jetzt mehr verdient wird, es wird später durch Mindereinnahmen und Mehrausgaben wieder draufgehen. Nun zur Kartoffelfrage, die ja ausführlich schon besprochen ist. Aber in

Die Psychologie der Kartoffel

sind nur wenige eingebrungen. (Heiterkeit.) Die Kartoffel ist ein höchst kompliziertes Wesen. (Redner verbreitet sich ausführlich über den Unterschied zwischen den verschiedenen Kartoffelsorten.) Wenn Herr Hofer in der jetzigen Zeit einen Zentner Kartoffeln für 1,20 Mark herstellen kann, so sollten wir dieses Geheimnis sofort zugunsten des Reiches beschlagnahmen. (Heiterkeit.) Herr Braun las uns Briefe von der Front vor. Ich will die Echtheit der Briefe nicht bestreiten. Aber es ist doch mindestens eine maßlose Uebertreibung, wenn Abg. Braun von einer Stimmung sprach, die sich sage, der eine Feind stehe draußen der Front gegenüber, der andere Feind heute hier das Volk aus. Wenn so etwas hier unwiderprochen gesagt und von unseren Soldaten in den Zeitungen gelesen wird, so muß das zu einer Flaumacherei führen, die gefährlich werden kann. (Sehr richtig!) Die Annahmen vor den Butterläden müssen verschwinden. Die Butter muß richtig verteilt werden. Die Wohlhabenden müssen durch eine freiwillige Beschränkung des Konsums mit gutem Beispiel vorangehen. Aber freilich, manche Kreise wollen auf den Luxus nicht verzichten, auch nicht auf ein Wohlleben, das in diese ernste Zeit nicht hineinpast. Es muß die ärmeren Schichten verstimmen, wenn sie so etwas sehen. Auf der anderen Seite aber wollen wir auch nicht wehklagen, sondern uns die freudige Zuversicht auf den Sieg der deutschen Waffen erhalten. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Hoff (Dpt.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, er habe nicht die gänzliche Aufhebung der Zölle gefordert, und bestreitet, einseitig nur Konsumenteninteressen vertreten zu haben.

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Resolutionen. Ein fortschrittlicher Antrag, die Regierung möge rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen treffen, um das Brotgetreide aus der erforderlichen Ernte unter tunlichster Erhöhung der Brotration wirksamer als bisher gegen Verfüttelung zu sichern, wird angenommen. Gleichfalls angenommen werden die Anträge der Haushaltskommission, die Regierung möge alle geeigneten Maßnahmen treffen, um die Versorgung des Volkes mit Speisekartoffeln sicherzustellen. Die Forderung nach Ausnahmepreisen für feine Speisekartoffeln wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Auf Antrag des Abg. Dr. v. Campe (NatL.) wird in die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, falls die bis jetzt getroffenen Maßnahmen sich als ungenügend erweisen sollten, auch die Enteignung der Kartoffelbestände aufgenommen. Ein Antrag des Zentrums, nach dem die am 28. Oktober 1915 festgesetzten Höchstpreise für Kartoffeln bis zum Frühjahr überhaupt nicht und später nur um einen Betrag, der dem von da ab entstehenden Schwund entspricht, erhöht werden dürfen, wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. An-

Abgeordnetenhaus.

genommen werden die Anträge der Kommission für eine ausreichende Versorgung des Volkes mit Gemüse, ebenso die Anträge zur Fleischversorgung. Auf Antrag des Abg. Dr. v. Campe (Natl.) wird den Produzenten, Gemeinden, Fleischern und dem Handel in den in Aussicht genommenen Viehhandlungsverbänden nicht nur Sitz und Stimme, sondern auch die Zugehörigkeit zum Vorstand eingeräumt, und zwar soll die Berufung in den Vorstand auf Antrag des Abg. v. Pappenheim (Konf.) „tunlichst bald“ erfolgen. Der Antrag Kronsohn (Vpt.), die Regierung möge eine Uebersicht darüber vorlegen, in welchem Umfange bisher von den Befugnissen zum Abschuss von Wild und zur Beseitigung des Wildschadens Gebrauch gemacht ist, wird gegen die Stimmen der Antragsteller und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Anträge der Kommission zum Wildabschuss, zur Erleichterung der Lieferung von Düngemitteln an die Landwirte und auf Sicherung der Bestellungs- und Erntearbeit werden angenommen, ebenso die Anträge auf erhöhte Berücksichtigung der mittleren und kleineren Mühlen sowie auf Erhöhung des Haserpreises mit rückwirkender Kraft, der letzte Antrag gegen die Stimmen der Linken. Eine Resolution der Kommission, die Regierung zu ersuchen, daß im Bedürfnisfall die Gemeinden der minderbemittelten Bevölkerung unentbehrliche Nahrungsmittel, deren Kaufpreise im Interesse der zur ausreichenden Versorgung des Marktes notwendigen Förderung der Erzeugung aus Rücksicht auf die erheblich gesteigerten Erzeugungskosten nicht herabgesetzt werden können, zu entsprechend herabgesetzten Preisen abgeben unter Gewährung von prozentualen Zuschüssen durch Staat und Reich zwecks Erleichterung der hierdurch den Gemeinden entstehenden Kosten, wird angenommen, nachdem ein fortschrittlicher Antrag, der eine einfachere Fassung vorschlug, abgelehnt worden war. Ohne Abänderung stimmt das Haus den Beschlüssen der Kommission zu über die Verteilung der Futtermittel und die Beförderung von Düngemitteln auf den Eisenbahnen.

Damit sind die Ernährungsfragen erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 11 Uhr. (Pausen von Industrie und Handel.)

Schluß 5¼ Uhr.

187 II. 1916

Genügende Nahrungsmittel in Deutschland.

B. Berlin, 17. Februar. (Abgeordnetenhaus.) In
fortgesetzter Etatsberatung erklärte der Landwirt-
schaftsminister, daß die Erzeugnisse unter
allen Umständen zur Ernährung der Be-
völkerung ausreichen und daß der Aushun-
gerungsplan der Gegner auch dann zu
Schanden werden würde, wenn — was Gott ver-
hüten wolle — der Krieg noch längere Jahre
andauern würde.

* (Nach der Karte speisen . . .) Wenn der muntere Scherz in dieser tiefsten Zeit, deren Weiterungen und Folgen niemand voraussagen kann, erlaubt ist: Wir speisen „nach der Karte“, und von Tag zu Tag immer mehr . . . Deutschland ist uns, wie sonst mit strammen Organisationen auf verschiedenen Gebieten, mit der Brotkarte und Milchkarte vorangegangen. An die Brotkarte haben wir uns schon so ganz gewöhnt, daß das fleißige Wiener Galanteriegewerbe uns eigene Brotkartentäschchen zum täglichen Gebrauche liefert. Und in wenigen Tagen wird eine zweite verbesserte Auflage der Brotkarte mit getrennten Abschnitten für Brot und Mehl herauskommen. Wer also in einer Woche weniger Brot konsumiert, der wird nicht mehr wie bisher, kurz vor Beginn einer neuen Woche sich statt Brot Mehl kaufen können. Die Milchkarte ist wie in Deutschland auch bei uns für stillende Frauen, kleine Kinder und Kranke eingeführt worden. Eine allgemeine Einschränkung des Milchbedarfes ist durch das Verbot des Milchcaffees in Caffeehäusern von 2 bis 7 Uhr nachmittags geschehen und es ist bemerkenswert, wie leicht sich die Allgemeinheit in diesen harten Zeiten an Vorschriften gewöhnt, denen gegenüber in seliger Friedensläufte das Wort „Unmöglich!“ wohl das nächste gewesen wäre. Wie aus Berlin angekündigt wird, soll die deutsche Reichshauptstadt, vielleicht auch das ganze Deutsche Reich, nunmehr Butterkarten bekommen. Man will dadurch Unzutraglichkeiten und Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Butter begegnen und den vereinigten Hausfrauen das stundenlange Warten vor den Verkaufsläden ersparen. Es hat allerdings nicht an Stimmen gefehlt, die sich gegen eine solche Butterkarte aussprachen, wie überhaupt gegen die allgemeine Rationierung durch die Karte. Hauptsächlich aus dem Grunde, weil der Inhaber der Karte voraussetzt, daß ihm dieselbe ein bestimmtes Quantum gewährleistet, was ja doch bei den augenblicklichen Verhältnissen nicht immer beschafft werden könnte. Dann aber würde die Unzufriedenheit womöglich noch größer werden. Eine Uebersicht über die herangeschafften Vorräte — es sind hier hauptsächlich Berliner Verhältnisse gedacht — ließe sich vorläufig niemals sicher gewinnen und dadurch würde die Einführung der Karte sehr erschwert. Auch stünde zu befürchten, daß die Kaufleute aus bestimmten Gebieten sofort ihr Angebot zurückziehen würden. Die einzige Möglichkeit wäre eine Butterkarte für das ganze Deutsche Reich oder wenigstens für ein größeres Gebiet. Für Groß-Berlin wird nunmehr die langersehnte Butterkarte, von der man sich eine Besserung der vielbeklagten Mißstände erwartet, zur Tatsache. Die Fleischkarte, in Vorbereitung, soll bald folgen. Fleisch also nach der Karte, ganz wie vor dem Kriege und doch: wie unendlich anders!

**Beschlagnahme von Lebensmitteln
in der Schweiz.**

Zürich, 19. Februar. (Privattelegramm.) Da die Spekulanten sich darauf verlegen, größere Vorräte notwendiger Lebensmittel aufzukaufen und dadurch einerseits die Preise zu verteuern und andererseits die Waren dem Konsum zu entziehen, hat der Bundesrat das Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt, die Beschlagnahme solcher Vorräte vorzunehmen und sie zu aus-

gemessenen Preisen nach Festsetzung durch eine Schätzungscommission für den Bund zu erwerben. Diese Maßregel richtet sich namentlich gegen die Spekulanten in Lebensmitteln. Zuwiderhandlungen gegen den Bundesratsbeschluss werden mit Buße und Gefängnis bestraft. Abgeschlossene und noch nicht vollzogene Kaufverträge über beschlagnahmte Waren sind richtig.

**Beschlagnahme von Lebensmitteln
in der Schweiz.**

Bern, 19. Febr. (W. T. B. Nichtamtlich.) Da sich die Spekulanten darauf verlegen, große Vorräte notwendiger Lebensmittel aufzulaufen, um dadurch einerseits die Preise hinaufzuschrauben und andererseits Waren dem Konsum zu entziehen, ermächtigte der Bundesrat das Volkswirtschaftsdepartement, die Beschlagnahme solcher Vorräte vorzunehmen und diese zu angemessenen Preisen nach Festsetzung der Schätzkommission für den Bund zu erwerben. Abgeschlossene, noch nicht vollzogene Kaufverträge über beschlagnahmte Waren werden für nichtig erklärt.

19. II. 1916

Bestandaufnahme der Lebensmittelvorräte.

N Berlin, 18. Febr. (Priv.-Tel.) In einer offiziellen Korrespondenz wird darauf vorbereitet, daß zwecks Erlangung einer besseren Uebersicht über den gesamten Nahrungsmittelmarkt geplant ist eine statistische Erfassung der im Lande vorhandenen Lebensmittel auf Grund von Betriebsstatistiken in den Fabriken und Bestandsaufnahmen im Groß- und Kleinhandel und in den Haushaltungen.

Unsre Kriegskost.

Neue Kochrezepte für den kriegswirtschaftlichen Haushalt.

Seit mehr als einem Jahre versucht man, der Hausfrau, der Kämpferin „des wirtschaftlichen Schlitzengrabens“ ihre schwierige Lage durch eine Flut von Kochrezepten zu erleichtern. In zahllosen Broschüren, auf den Karten der Straßenbahnen, auf Flugblättern oder neuen Nährprodukten beigebackt, hat man sie ihr immer wieder übermittelt. Aber so vieles von dem, was vor Monaten oder auch vor Wochen und Tagen Gültigkeit hatte, ist jetzt schon wieder ganz anders geworden. Eine Einfuhr wird gesichert, eine andre erschlossen, Lebensmittel, die uns bisher fremd geblieben sind, werden importiert und so ist das Erscheinen eines neuen Kriegskochbuches, das Gisela Urban, die Verfasserin des vom Ministerium des Innern geprüften und genehmigten ersten „Österreichischen Kriegskochbuches“ nun herausgibt, nicht allein berechtigt, sondern überaus wünschenswert. Umso mehr, da in diesem kulinarischen Zusammenstellungen neben den neuen Rezepten auch von allgemeinen Ratschlägen für die Hausfrau sehr ausführlich die Rede ist. In kluger, leicht faßlicher Art wird ihr mitgeteilt, welche Stoffe unser Organismus nötig hat und wo sich diese Stoffe unter den gegebenen Verhältnissen am besten und ausgiebigsten finden. Gleichzeitig erfährt sie, wie sie mit Fett oder mit Milch sparen kann, wie sie Maismehl am günstigsten verwendet, oder wie Speiseresten geschickt zu vertieren sind.

Gewiß, praktische Hausfrauen haben sich in vielen dieser Fälle längst selbst geholfen, aber mit einer oder der andern bekannten neuen Anleitung werden sie noch eine Fülle neuer Ratschläge finden, die beim Herd und in der Speisekammer dankbar zu verwerten sind. Da heißt es an einer Stelle: An fleischlosen Tagen sollte den Suppen, Soßen oder Gemüsen möglichst oft ein Zusatz von Nährhefe beigegeben werden. Es ist vorteilhafter, Nährhefe öfter und in kleineren Mengen zu nehmen, als seltener und mehr, um den Geschmack der Gerichte nicht zu beeinträchtigen. — Oder: Gelatine wirkt bekanntlich eiweißsparend und kann daher ebenfalls den Suppen, besonders dünneren Gemüse- und Fleischsuppen, beigegeben werden. Gibt man sie in heiße Suppe, so bringt ihr Geschmack gar nicht durch. Es empfiehlt sich, sie auch als Zusatz zu Kaffee und Milch zu verwenden. Daß man sie, sofern Süßspeisen in Betracht kommen, zwanzig Minuten lang im kalten Wasser liegen lassen und dann im heißen lösen muß, dürfte wohl bekannt sein.

Den Seefischen ist selbstverständlich ein eigenes Kapitel gewidmet und es wird sicherlich interessieren zu erfahren, daß sie als große Eiweißträger in hohem Grade geeignet sind, das Fleisch von Schlacht-

tieren zu ersetzen. Ein Kilo Fischfleisch liefert die gleiche Menge an verdaulichem Eiweiß, wie ein Kilo Rind-, Kalb- oder Schweinefleisch. Um den Seefischen ihren typischen Geruch zu nehmen, sollen sie, am besten unter der Wasserleitung, tüchtig gespült werden, dann wäscht man sie mit Essigwasser ab und salzt sie ein. Hierauf läßt man sie mehrere Stunden, womöglich über Nacht, an einem kühleren Orte liegen. Vor der Zubereitung werden sie nochmals gewaschen und gut abgetrocknet. Noch radikaler wäre das Durchziehen durch Milchwasser, das bedeutet aber unter den gegebenen Verhältnissen eine Verschwendung. Will man besonders vorsichtig sein, so wäscht man den Fisch, nach der Reinigung mit Wasser, mit einer rosensroten Lösung von übermangansaurem Kali, das ist ein Vorbeugungsmittel gegen Geruch und die oft übertrieben gefürchtete Vergiftungsgefahr. Der Fisch wird unter stetem Erneuern der Lösung so lange gewaschen, bis sich das Wasser nicht mehr braun färbt, dann wird er abgetrocknet. Man kann auch in das Wasser, in dem der Seefisch gewaschen wird, oder in das erste Aufkochwasser, das man dann wegschüttelt und durch frisches ersetzt, ein Stückchen glühende Holzkohle legen. Fischfleisch wird sehr schnell verdaut und sättigt daher trotz seiner Nährhaftigkeit weniger als andre Gerichte. Deshalb soll es stets mit Kartoffeln, Reis, Hohlknudeln oder andern Zutaten zu Tisch gebracht werden.

Man erfährt, daß das Roggmehl Nr. 2 des Weizenmehles vor der Verwendung etwas zu erwärmen ist, und daß auch die Flüssigkeit, die zum Binden des Teiges gilt, lau verwendet werden muß. Ebenso scheint es wissenschaftlich zur Kenntnis zu nehmen, daß Beimengungen abgeriebener Zitronenschalen oder Orangensaft, Rum, Arak oder dergleichen zur Verbesserung des Maismehlgeschmackes dienen. Besonders gut empfehlenswert ist in diesem Sinne Karamellzucker. Bei Polentagröße verbessert man den Geschmack, wenn er vor der Bereitung zu einer Speise mit Wasser oder Milch aufgekocht wird.

In der Folge hört man, daß zwei- bis dreitägiges Brot nahrhafter und gesünder ist als frisches Brot. Es muß besser gekaut werden, und wird daher besser mit Speichel vermengt, was eine günstigere Vorbereitung für den Magen ist. Daß Brot statt altgebäckener Semmeln zur Bereitung von Semmelknödeln dienen kann, werden die meisten Hausfrauen wissen. Von der Bröselbereitung ist die Rede, von dem Umgehen mit Trockenmilch und kondensierter Milch, von Magermilch und davon, daß ein Schaum von zwei Eiweiß mit acht Desigramm Vanillezucker, in heißem Wasserbade geschlagen, Schlagobers zu ersetzen vermag. Ein Rezept für Butterbrot durch Obstmehl. Man wird daran erinnert, daß aus Apfelschale mit dem nötigen Zusatz eine vorzügliche Apfelsulz bereitet werden kann. Hausfrauen werden der Konservierung von Zwiebel Aufmerksamkeit schenken. Das Anrösten des Suppengemüses soll jetzt zur Ersparnis von Fett unterlassen werden. Zur Erzielung einer schönen Suppenfarbe genügt die Beimengung von etwas Paradeismarj.

Auch Zucker soll als Fettersatz gelten namentlich bei Gemüsen, die einen Zuckersatz vertragen. Er wird groß gestoßen und mit etwas Wasser befeuchtet, dann läßt man ihn braun werden, staubt ein wenig Mehl darauf, läßt dieses verrösten und gießt mit Suppe auf. Ein wichtiges Kapitel gilt der Bereitung eines Fettigen aus Schweine- und Rindsfett, ein weiteres, der Eierersparnis durch Backpulver. 10 Gramm Backpulver geben einen Ersatz für die Triebkraft von zwei Eiweiß. Selbstverständlich ist zu beachten, daß das Pulver erst zum Schluß, nach der Einnengung aller übrigen Zutaten, erfolgt.

Der Kochkiste und des Kochbeutels wird gedacht, weil sie ja in der Ökonomie des Heizmaterials eine große Rolle spielen. Und dann folgen, immer mit Bedacht auf Sparfamkeit und mit der Betonung des wienerischen Geschmacks, Rezepte, in denen die fleischlosen Tage, die Verwendung der Innerei und der Seefische entsprechend, Beachtung finden.

Dr. Eduard Prinz von und zu Siechtenstein hat diesem klugen Werkchen ein Geleitwort geschrieben, dessen Ertrag offiziellen Kriegswirtschaftszwecken gewidmet ist. (Verlag der St. Stephan Wiener Verlagsgesellschaft m. b. S.). Der Anschaffungspreis beträgt 1 K. 60 S. Er wird, ganz abgesehen von dem wohltätigen Zweck, durch die wirkliche, praktische Materialersparnis, zu der die kleine Schrift unsre Hausfrauen erzieht, hundertfach aufgewogen, denn es handelt sich, das muß hervorgehoben werden, um ernsthaft durchprobierbare Rezepte einer gediegeneren Küche.

Die Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Art. 1. Das Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, Vorräte an Lebensmitteln, die zum Zwecke der Spekulation oder der Ausfuhr ohne vorherige Erwirkung einer Ausfuhrbewilligung aufgekauft wurden, sowie solche Vorräte, die dem Konsum vorenthalten werden, zu beschlagnahmen.

Art. 2. Ueber das Vorhandensein der Voraussetzungen für die Bornahme der Beschlagnahme entscheidet das Volkswirtschaftsdepartement endgültig. Die Beschlagnahme erfolgt durch Mitteilung an den Besitzer und bewirkt, daß dem Inhaber der Waren jedes Verfügungsrecht über diese entzogen ist. Verwahrt ein Dritter die Ware, so darf sie von ihm ohne behördliche Bewilligung nicht herausgegeben werden. Wird eine Beschlagnahme wieder aufgehoben, so ist keine Entschädigung irgend welcher Art zu bezahlen.

Art. 3. Die beschlagnahmten Vorräte können vom Volkswirtschaftsdepartement gegen angemessene Garantie für deren sachgemäße Verwendung freigegeben oder aber vom Bunde zu angemessenen Preisen erworben werden. Der Uebernahmepreis ist, soweit der Bundesrat nichts besonderes vorschreibt, nach den Tagespreisen (nicht nach Spekulationspreisen) zu bestimmen. Ein zu hoher Ankaufris fällt für die Abschätzung nicht bestimmend in Betracht.

Art. 4. Ueber die Höhe des nach Art. 3 für die Erwerbung der Waren zu leistenden Preises entscheidet eine vom Bundesrat einzusetzende Schätzungskommission in freiem Verfahren und nach freiem Ermessen endgültig. Ih. Entscheid ist einem vollstreckbaren Urteile des Bundesgerichts gleichgestellt. Der Bundesrat kann für verschiedene Fälle oder für verschiedene Warenkategorien oder endlich für die verschiedenen Landesgegenden verschiedene Kommissionen bestellen.

Art. 5. Kauf- und Tauschverträge über beschlagnahmte Waren sind, soweit sie noch nicht durch beidseitige Leistung vollzogen sind, nichtig.

Art. 6. Das Volkswirtschaftsdepartement kann zur Vollziehung der Beschlagnahme und zur Ausnahme des Bestandes die Hilfe der kantonalen Behörden in Anspruch nehmen.

Art. 7. Wer diesem Bundesratsbeschlusse oder den vom Volkswirtschaftsdepartemente in dessen Ausführung erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Geldbuße von Fr. 50 bis Fr. 20 000 oder mit Gefängnis bestraft. Die beiden Strafen können verbunden werden. Der Richter kann, wenn beschlagnahmte Waren veräußert oder beiseite geschafft wurden oder ein Versuch hiezu vorliegt, die Konfiskation der Waren aussprechen.

Art. 8. Die Verfolgung und Beurteilung der Uebertretungen liegt den kantonalen Gerichten ob. Der erste Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft findet Anwendung.

Art. 9. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft. Das Volkswirtschaftsdepartement ist mit der Vollziehung beauftragt.

Die Beschlagnahme dürfte sich, wie wir hören, vorläufig hauptsächlich auf die Reis-, Del- und Speisefettbestände beziehen, bedenken, wie kürzlich schon ausgeführt, die Spekulation zum Teil ganz unhaltbare Zustände herbeigeführt hatte.

Los von der Köchin!

Der Schmerzensschrei einer Wiener Hausfrau.

Das Thema „Los von der Köchin!“ angeregt durch eine in der „Zeit“ kürzlich veröffentlichte Zuschrift, hat eine lebhaft diskutierte Diskussion unserer Hausfrauen des Mittelstandes hervorgerufen. In zahlreichen Zuschriften schildern die Frauen die Erfahrungen, die sie mit den Köchinnen während der Kriegszeit gemacht haben. Fast einstimmig gelangen sie zu dem Ergebnis, daß die Küche des Mittelstandes am besten von der Frau selbst verwaltet wird, daß die Köchin eher eine Last bedeute. Im nachfolgenden geben wir einer dieser vielen Zuschriften Raum:

„Erlösend wirkte der Brief der Hausfrau an die „Zeit“ auf mich. Sie hatte den Mut unserer Ueberzeugung und sprach es aus, was uns das „Durchhalten“ so schwer macht: unsere Dienstboten. Ich habe keine „Köchin“, es ist ein Mädchen für alles, die auch kochen kann und auf die ich mich verlassen muß, weil ich mich zwei Tage in der Woche meines Geschäftes wegen mit der Wirtschaft nicht befassen kann. Tilly war bis zum Kriegsausbruch die Perle, um die ich von der ganzen Verwandtschaft beneidet wurde.

Das erste, was sie nach der Mobilisierung tat, war, daß sie das Arbeiten auf ein Minimum beschränkte; sie hatte nicht Zeit. Vom Einkauf kam sie eine Stunde später heim, jedesmal geladen mit Sensationsnachrichten und bei Greisler und Milchfrau aufgefangenen Schauerermären. Also in der Arbeit ließ sie so nach, daß ich ihr eines Tages energisch den Kopf wusch und ihr erklärte, wenn sie noch länger im Städtchen herumtratsche, statt zu putzen, so würden wir „die Russen“ in erster Linie in unserer Küche haben.

Im Laufe der Begebenheiten, da mein Sohn auch fort mußte, bekamen wir einen Offizier samt Burschen in Einquartierung. Daß der Bursche ordentlich herausgefüttert wird, betrachtete sie als patriotische Handlung, über die ich nie ein Wort verliere — schließlich müssen sie doch an die Front. Umsonst lese ich ihr alle einschlägigen Artikel über die Schädlichkeiten des zu großen Fleischgenusses vor, erzähle ihr, wie einfach in Deutschland gegessen wird. Sie läßt sich nichts einreden, und bis heute habe ich die schwersten Opfer gebracht, weil ich zu

feige war und mich vor der üblen Nachrede fürchtete. Heute ließ ich eine große Kasserolle Karotten kochen und zwei große Schweinszungen; ich aß die Hälfte der Zunge mittags, die andere Hälfte sparte ich mir für abends auf und aß mehr Gemüse. Sie natürlich verschlang die ganze große Zunge. Nach der Suppe, mittags! Ich las den Artikel in der „Zeit“, stürzte in die Küche und trug ihn triumphierend meiner Tilly vor. Danach sprach ich mir meinen jahrelangen Groll von der Seele. Ich werde sie nicht mehr bei jedem Ei, das ich sparen will, um Erlaubnis fragen! Es geht allen Frauen so. Wir sind bescheiden, unsere Kinder sind mit allem zufrieden, sogar mein kleiner Pesse ist gescheiter als die Magd; er sagte neulich: „Wir brauchen ja gar keine Mehlspeise, solange Krieg ist, Mutti.“ Und er ist sie doch so gern. Nur die Dienstboten wollen keine Opfer bringen; dabei haben sie es am besten. Sie haben nicht für Kost, Wohnung, Licht, Beheizung, Wäsche zu sorgen, und wenn sie einfache Kleidungsstücke tragen, wie es ihrem Stand angemessen ist, so könnten sie die Hälfte des Lohnes sparen. Wie kämpfe ich an den zwei fleischlosen Tagen mit der unbescheidenen Person! Alles ist ihr zu schlecht jetzt, nur weil wir ein Gericht weglassen. Dieses verächtliche Gesichterschneiden, wenn ich etwas Einfaches anordne, habe ich satt. Wir haben es im Vergleich mit anderen Familien noch sehr gut. Entweder sie bescheide sich und denke, daß wir nun, wo alles noch einmal so teuer ist, nicht so üppig leben können wie in Friedenszeiten, oder — los von der Köchin!

Zum erstenmal fand die Tilly keine Worte. Ja, das Gedruckte! Ich bin selig über meinen Sieg. Der Dame, die diesen Brief an die „Zeit“ sendete, muß ich danken. Ich eile zur Schwester, sie solle ihrer Lony auch den Brief vorlesen, zur Schwägerin, die mit ihrer alten List dieselben Kinaämpfe täglich beim Speisetisch machen aufführt; alle sind wir eines Sinnes.“

Etwas für die Hausfrau.

(Wils kommt nicht auf den Markt. Fische sind enorm teuer.)

Neue Rezepte für fleischlose Tage.

Wils scheinen die Landleute selbst zu essen — denn anders ist es nicht zu erklären, daß nichts auf den Markt kommt. Die Edelische kosten 4 Kronen 20 Seller, also sind sie auch nicht gerade das billigste Nahrungsmittel, und so müssen wir denn Surrogate ausfindig machen, um den Speisezettel zu vergrößern und um nicht in Verlegenheit zu kommen, wenn fleischlose Speisenfolgen aufgestellt werden sollen: Frau Zed ging uns wieder mit einigen guten Küchenratschlägen an die Hand:

Rezepte von Frau Melanie Zed, Leiterin
der Musterküche der „Kohö“:

Prinzeß-Gemüsekrapserln: 54 Delagramm gekochte geriebene Kartoffeln, 10 Delagramm gelochte geriebene Möhren, 7 Delagramm zerlassene Butter, 2 Eier und Salz glattgerührt, durch Spritzsack auf bestrichenes Blech in Krapserlform treffert, mittelheißer Röhre 15 bis 20 Minuten gebacken.

Schwäbische Kartoffeln. Eine beliebige Anzahl mittelgroßer, gleichmäßig schöner Kartoffeln werden zehn Minuten gekocht, geschält, Kappern abgeschnitten, innen ausgehöhlt und mit folgender Fülle gefüllt: Man dünstet Weißkraut mit 1 Delagramm fahiertem Speck an (es muß ganz trocken, nicht feucht sein) und läßt es erkalten, schlägt darüber ein Ei, gibt ein Kaffeelöffel geriebene Nüsse und etwas Bröseln hinzu, füllt die Kartoffeln und deckt sie mit den Krapserln zu. Dicht in eine Kasserole schichten, eine leichte Buttereindreim mit so viel Wasser aufgießen, daß eine dicke Sauce entsteht, mit Ei legieren, salzen und über die Kartoffeln gießen. Wenn möglich soll auch etwas saure Milch oder Joghurt-Milch darüber kommen. In nicht übermäßig heißer Röhre eine halbe Stunde gebacken.

Kartoffelkuchen. 50 Delagramm gekochte passierte Kartoffeln, 12 Delagramm zerlassene Butter oder Geresfett, zehn Delagramm Zucker, 7 Delagramm Nüsse werden abgerührt, mit 5 Dotter verrührt und von 5 Eiern der Schnee hinzugefügt, in einer bestrichenen Form in der Röhre eine halbe bis dreiviertel Stunden gebacken.

Katzenbuchteln. Aus 25 Delagramm Mehl, fünf Delagramm Butter, 1 Ei, 2 Löffeln Zucker, 1 achtel Liter Milch (kann auch aufgelöste Trockenmilch sein), etwas Salz, Zitron- und Vanillegeschmack, 1 Päckchen Backpulver wird in eine Teigmasse gemacht, mit einem gefetteten Löffel Stücke herausgestochen, mit beliebiger Fülle gefüllt, dicht aneinander in eine Pfanne eingelegt und schön hellgelb gebacken. Können ungefüllt mit einer Vanille- oder Kaffee- oder Karamellcreme serviert werden.

Die Ernährungsfrage in Deutschland.

Interessante Debatte im preussischen Landtag.
in Berlin, 19. Februar. (Priv.-Tel.)

Im Rahmen der Verhandlungen über die Ernährungsfragen gab es im preussischen Abgeordnetenhaus am Mittwoch eine interessante Debatte, in der es zu einem Zusammenstoß zwischen den Sozialisten und den Agrariern kam.

Der innere Feind.

Der sozialistische Abgeordnete Hojer führte aus: Als dem deutschen Volk von den zuständigen Stellen erklärt werden konnte, daß die Ernte so ausgefallen wäre, daß es nicht zu hungern brauche, war das eine Freudenbotschaft für das deutsche Volk. Wir wissen, daß wir den Feind nicht im Lande haben, sondern daß unsere Truppen in den feindlichen Gebieten stehen. Wir haben also durchaus keinen Anlaß, irgendwie schwarz zu sehen. Aber das deutsche Volk hat leider nicht bewiesen, daß es einen inneren Feind besiegen kann, der in wüßtester Weise den Völkerverhaß schürt und predigt (Sehr wahr! und Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten) und der sich als der Verbündete Englands erweist. England hat uns offen und ehrlich den Krieg erklärt, es muß seine Machtmittel aus, um uns zu schädigen, seine Schiffe lassen keine Lebensmittel zu uns herein. Aber da, wo die Meerestwege an unseren Küsten branden, erküßt diese Macht Englands, da muß England seine Macht, was die Ernährung des deutschen Volkes betrifft, an die deutsche Landwirtschaft abtreten. Hätte die deutsche Landwirtschaft nicht die Möglichkeit, genügend Lebensmittel für die Volksernährung zu erzeugen, dann müßten wir uns mit dieser traurigen Tatsache abfinden. Nun ist aber uns von zuständiger Quelle versichert worden, daß wir genügend Lebensmittel, sogar an einigen, wie Kartoffeln, Ueberfluß haben. Wenn also das deutsche Volk jetzt noch hungert, dann liegt das nicht an England, sondern an der deutschen Landwirtschaft (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), dann sind es unsere Agrarier, die den Schaden aufnehmen, wo England ihn nicht weiter spinnen kann, und die die englische Blockade erst wirksam machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Insofern sind unsere Agrarier in der Praxis die Verbündeten Englands. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch und Lachen rechts. — Präsident Graf Schwerin-Löwig ruft den Redner zur Ordnung.) Durch diese Absperrungsmahregeln Englands ist ja in Wirklichkeit ein Traum unserer Agrarier, den sie seit vielen Jahren gehegt haben, Wirklichkeit geworden, den sie früher durch hohe Zollschranken erreichen wollten, nämlich Deutschland ist vollständig von Lebensmittelfuhr des Auslandes abgesperrt. Auch jetzt sind die Agrarier wieder am Werk, wichtige Lebensmittel des Volkes neu zu verteuern.

Ein Millionengeld an die Zuckerrübenfabriken.

Statt die Nahrungsmittel zu verbilligen, geschieht das Gegenteil. Mit der Zuckervertéuerung fing es an. Jetzt will man den Rübenbauern pro Zentner Zuckerrüben 45 Pfennig mehr bewilligen. Dabei ist der Verdienst der Rübenbauern schon an sich sehr groß. Die Zulage von 45 Pfennig bedeutet für die Zuckerrübenbauern pro Hektar einen Mehrbetrag von 250 Mark. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Da es Rübenbauer gibt, die reichlich 100 Hektar abbauen, schenken Sie diesen pro Jahr 25.000 Mark. Den Zuckerrübenfabriken, die bekanntlich ihre Dividenden außerordentlich erhöht haben, schenken Sie durch die Zuckerpreiserhöhung von 12 auf 15 Mark 29 Millionen, und da sie meist selbst Rübenbauer sind, so bedeutet das im ganzen ein Geschenk von 57 Millionen. Zu alledem kommt nun noch die Vertéuerung der Kartoffeln, die vom 15. März an stattfinden soll. Von den 54 Millionen Tonnen Kartoffeln, die geerntet sind, brauchen wir etwa 15 Millionen für die menschliche Ernährung. Für die Bevölkerung der Großstädte, für die ja die Kartoffelversorgung allein Schwierigkeiten machen könnte, werden überhaupt nur 8 bis 9 Millionen Tonnen gebraucht. Wo bleibt das vielgerühmte deutsche Organisations-talent, wenn diese 8 bis 9 Millionen bei einer 50 Millionen Tonnen-Ernte nicht zu beschaffen waren? Die ganze Kartoffelfrage ist kein Ruhmesblatt unserer Agrarier!

Auch in den besetzten Gebieten Russisch-Polens herrscht großes Elend. Daher dürfte von dort nur der direkte Ueberfluß nach Deutschland ausgeführt werden. Die Extraktionen für die dortige Bevölkerung müssen eben so hoch bemessen werden wie in Deutschland. Eine ähnliche Notlage soll in Belgien herrschen. Wir wünschen, daß dafür gesorgt wird, daß die Bevölkerung dieser besetzten Gebiete nicht zu sehr ins Elend gerät.

Die ultima ratio der Ausgebetteten.

In den Kommissionen ist das Wort gefallen, man könne die landwirtschaftlichen Produzenten nicht mit der Peitsche auf den Acker zwingen. Nun, Sie zwingen doch heute Millionen von Deutschen zum Kriegsspielen! Sie zwingen Zehntausende von Deutschen, die bedenden Schützengräben, wenn es nötig ist, zu verlassen und in den männermordenden Angefrengen zu ziehen. Da sollte man nicht die agrarischen Produzenten im Lande zwingen können, daß sie ihre Acker bestellen im Interesse der hungernden Kriegerfrauen? Wenn man darauf hinweist, daß im Ausland die Er-

nahrung auch teurer geworden, so ist das ein geringerer Trost für uns. Es beginnt jetzt auch schon wieder die Arbeitslosigkeit einzutreten. Geht die Lebensmittelteuerung so weiter, so wird der Selbsterhaltungstrieb die Arbeiter zwingen, zur ultima ratio der Ausgebeteten, zum Streik, zu greifen. Dann werden Ihnen die Arbeiter den Burgfrieden in Fehen vor die Füße werfen. Wir tun unsere Pflicht und warnen Sie.

Die Antwort der Konservativen.

Für die Konservativen ergriff sofort Abg. Dr. Noeske das Wort, der die Rede des Abg. Hofer als eine reine Agitationsrede bezeichnete, die nur dazu bestimmt sei, die Volkstriebe gegeneinander zu heizen. Das sei eine betrübende Wahrnehmung. Gegenüber allen Klagen des Vordredners können wir nur immer sagen, daß die Teuerung im Ausland viel schlimmer ist als bei uns. Die Landwirte seien an der in Deutschland zweifellos bestehenden Teuerung wahrlich nicht schuld, und die Wiederholung dieser Behauptung müsse schließlich zur Verhehung führen.

Die Nachprüfungen der Getreidebestandsaufnahme.

Präsident der Reichsgetreidestelle Dr. Michaelis machte in dieser Sitzung einige Mitteilungen über das Ergebnis der Nachprüfungen der Getreidebestandsaufnahme. Im Juli ergab die Schätzung der deutschen Ernte 10 1/2 Millionen. Das war außerordentlich wenig, weil eine gute Ernte sonst 14 bis 15 Millionen Tonnen ergibt. Im November wurde dann eine Bestandsaufnahme gemacht, und man war der Meinung, es würde mehr dabei herauskommen, als die Schätzung vermuten ließ. Das war aber nicht der Fall, sondern in geradezu unbehaglicher Weise war das Ergebnis so weit zurückgeblieben hinter den Schätzungen vom Juli und dem Bedarf, daß sich die maßgebenden Stellen veranlaßt sahen, einschränkende Maßnahmen anzuordnen, um die Vorräte dem Bedarf anzupassen. Durch diese Maßnahmen gelang es, den vollen Fehlbedarf zu decken. Es wurde dann eine Nachprüfung der Bestandsaufnahme veranlaßt, die auch den Rest als voll ergeben hat. Sie müssen aber nicht glauben, daß das, was dabei mehr zum Vorschein gekommen ist, ein wirkliches Plus ist über unseren Bedarf hinaus, sondern wir brauchen dieses Plus, wie gesagt, um das Minus zu decken, das unserem Bedarf gegenüber vorher festgestellt war. Der Bedarf selbst ist genau festgestellt. In ihm stecken auch die Reserven. Diese betragen aber nur 200 000 Tonnen, die wir nötig haben, um in die neue Ernte hinüberzugehen, die in manchen Gegenden erst Ende September fertig ist. Wenn wir nur auf diese 200 000 Tonnen Reserve angewiesen wären, so wäre das sehr knapp. Ich kann daher mit großer Befriedigung konstatieren, daß heute feststeht, daß auf Grund der getroffenen Maßnahmen sowohl das Manko, das noch zu decken war, gedeckt ist, als auch darüber hinaus Hoffnung besteht, daß die Reserve um etwas erhöht wird. Aber die Qualität des Getreides ist in diesem Jahre besonders schlecht. Wir müssen eben im Kriegsfall alles Getreide für die menschliche Nahrung in Anspruch nehmen, auch das, was sonst wegen der mangelnden Beschaffenheit verfüttert wird.

Ueber die schlimmsten Monate hinweg.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer erklärt, die bestimmte Zusicherung geben zu können, daß Deutschland mit seinen Erzeugnissen auch dann auskommen werde, wenn der Krieg, was Gott verhüten möge, wider Erwarten noch einige Jahre dauern sollte. Trotzdem ganz ungeheure Mengen von Kartoffeln vom Osten nach dem Westen gegangen sind, herrsche in Düsseldorf und Köln eine Kartoffelnot, was darin liege, daß die Städte eben für eine gleichmäßige Verteilung der Kartoffelbestände sorgen müssen; außerdem seien im Westen zu viel Kartoffeln an die Schweine verfüttert worden. Im allgemeinen sei man in Deutschland über die schlimmsten Monate hinweg, da man dem Frühjahr entgegengehe.

Abg. Braun (Soz.) tadelt es, daß die Regierung, wie überall, auch beim Schweinefleisch durch Preiserhöhung aus der Kalamität herauszukommen suche. Man sollte die Herren, die Schwären bis zum Verderben zurückhalten, als Landesverräter behandeln und ins Zuchthaus stecken.

Abg. Kretz stellt fest, daß die Belgier eine höhere Protration bekommen als die Deutschen, wodurch, seiner Ansicht nach, in der Nächstenliebe doch zu weit gegangen werde.

Die Abstimmung.

Es folgt darauf die Abstimmung über die vor-

liegenden Anträge und Resolutionen. Ein fortschrittlicher Antrag, die Regierung möge rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen treffen, um das Brotgetreide aus der kommenden Ernte unter tunlichster Erhöhung der Protration wirksamer als bisher gegen Verfütterung zu sichern, wurde angenommen. Gleichfalls angenommen wurden die Anträge der Haushaltskommission, die Regierung möge alle geeigneten Maßnahmen treffen, um die Verjorgung des Volkes mit Speisekartoffeln sicherzustellen. Die Forderung nach Ausnahmepreisen für feine Speisekartoffeln wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Auf Antrag des Abg. v. Campe (Natl.) wird in die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, falls die bis jetzt getroffenen Maßnahmen sich als ungenügend erweisen sollten, auch die Entzignung der Kartoffelbestände aufgenommen. Eine Resolution der Kommission, die Regierung zu ersuchen, daß im Bedürfnisfall die Gemeinden der minderbemittelten Bevölkerung unentbehrliche Nahrungsmittel, deren Kaufpreis im Interesse der zur ausreichenden Verjorgung des Marktes notwendigen Förderung der Erzeugung aus Rücksicht auf die erheblich gesteigerten Erzeugungskosten nicht herabgesetzt werden könnte, zu entsprechend herabgesetzten Preisen abgeben unter Gewährung von prozentuellen Zuschüssen durch Staat und Reich gegen Erleichterung der hierdurch den Gemeinden entstehenden Kosten, wurde gleichfalls angenommen.

Debatte im sächsischen Landtag.

Preußen für die Zustände verantwortlich.

Auch die Zweite Kammer des sächsischen Landtages beschäftigte sich am Donnerstag mit der Ernährungsfrage. Die sozialdemokratische Fraktion stellte einen Antrag, der die sächsische Regierung ersucht: 1. im Bundesrat einen dringlichen Antrag einzubringen, dahingehend, daß die Erhöhung der Preise für wichtige Lebensmittel, insbesondere für Kartoffeln, sofort rückgängig gemacht wird; 2. im Bundesrat einer etwa beabsichtigten Erhöhung der Preise für weitere Lebensmittel mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. — Die Nationalliberalen interpellieren, ob die Regierung bereit sei, über die Gründe, die den Bundesrat zu einer Hinaushebung der Höchstpreise für Brotgetreide und Kartoffeln veranlaßt haben, und über ihre Haltung bei der Beschlußfassung Auskunft zu geben.

In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten scharf betont, daß die Regierung und die landwirtschaftlichen Organisationen in Preußen in erster Linie für die herrschenden bedenklichen Zustände verantwortlich zu machen sind. Der sozialdemokratische Antrag wurde ohne Verweisung an eine Kommission sofort einstimmig angenommen.

Z [Städtische Verkaufsstellen auf dem Budapester Markt.] Aus Budapest, 21. d., wird uns telegraphiert: Der Lebensmittelbetrieb der Stadt Budapest beschloß, nicht nur auf den Marktplätzen Kaufbuden aufrechtzuerhalten, sondern hat auch in einzelnen frequentierten Straßen der Stadt reichassortierte Niederlagen eröffnet, in denen seitens der Stadt Budapest die bisher zum Verkauf gebrachten verschiedenen Lebensmittel zu billigeren Preisen als bei der Konkurrenz zum Verkauf gebracht werden sollen. Dagegen haben zahlreiche Budapester Kaufleute beim Magistrat Einsprache erhoben, weil der Lebensmittelbetrieb der Stadt nicht dazu berufen sei, dem Handel, der mit großen Regien arbeitet, Konkurrenz zu machen. Die Stadt ist jedoch trotzdem entschlossen, diese Geschäfte aufrechtzuerhalten, weil sie auch dadurch eine Beeinflussung der Preise herbeizuführen hofft.

Der Kochbeutel.

Schon seit Jahren wurde von Seite verschiedener Frauvereine auf den praktischen Nutzen der Kochliste hingewiesen, ohne daß man ihr eine weitere Verbreitung verschaffen konnte. Erst der Krieg erwies sich sogar auf diesem Gebiete als Lehrmeister und führte die langverkannte Kochliste nicht nur in der Haus- und Vereinsküche, sondern auch draußen im Felde ein. Es ist daher anzunehmen, daß ihre Vorteile genügend bekannt geworden sind. Doch kaum eingebürgert, begegnet die brave Kochliste auch schon einem Konkurrenten, dem Kochbeutel, der sie zwar nicht verdrängen wird, sich in vielen Fällen jedoch als praktischer und bequemer bewährt. Der Kochbeutel ist, kurz gesagt, ein etwas groß gewatener „Pompabour“ aus einem beliebigen Stoff, mit zerknülltem Zeitungspapier nach Art der dänischen Decken, die auch wieder der Krieg bekannt gemacht hat, weich und warm gefüttert. In diesen Beutel wird ein gut hineinpassender und fest zugedeckter Kochtopf mit den halbfertigen oder auch nur ein wenig angekochten Speisen gestellt, die dann ruhig ihrem Schicksal überlassen werden. Nach 1 bis 3 Stunden — je nachdem, welche Speise man zubereitet — ist das Essen fertig, es kann aber auch noch länger im Beutel gelassen werden, ohne zu zerfluchen.

Auch jetzt sind es vor allem die Frauvereine verschiedener Art, die den Kochbeutel vollstümlich zu machen suchen. Die Damen in den Arbeitskomitees der Frauenhilfsaktion zum Beispiel, die mit den armen und ärmsten ihrer Mitschwester zusammenkommen und in allen Lebenslagen Rat und Hilfe schaffen müssen, haben den Wert des Kochbeckens praktisch erprobt, besonders für diejenigen ihrer Schützlinge, die als sogenannte „Bettgeherinnen“ keinen Kochherd zur Verfügung haben und sich im besten Falle auf einem kleinen Spiritusbrenner ihr armseliges Mahl bereiten können. Spiritus aber ist derzeit ein so teurer Artikel, daß mit jedem Tropfen gespart werden muß. Die glückliche Besitzerin eines Kochbeckens nun braucht nur so viel von dieser kostbaren Flüssigkeit, als zum Aufkochen der Speise notwendig ist, das übrige besorgt der Kochbeutel. Aber nicht nur für die ganz Armen, sondern auch für den kleinen bürgerlichen Haushalt ist der Kochbeutel von Nutzen, erspart er doch der Hausfrau, die sich jetzt vielfach ohne Dienstmädel behelfen muß, viel Mühe und Arbeit. Zu empfehlen ist er ferner — gleich seiner Vorgängerin, der Kochliste — überall dort, wo niemand Zeit hat, sich um die Zubereitung des Essens zu kümmern; die Speisen werden in der Früh hergerichtet zum Kochen gebracht, in Kiste oder Beutel verpackt — und um die Mittagszeit fertig und dampfend herausgenommen.

Auf einen Nutzen besonderer Art, den der Kochbeutel für katholische Hausfrauen hat, machte kürzlich in einer Versammlung der katholischen Frauenorganisation Niederösterreichs Frau Rat Koller aufmerksam; sie schloß ihr Referat über den Kochbeutel, nach Erklärung seiner Herstellungsweise und Verteilung wohlgelungener Kostproben, mit dem Hinweis darauf, daß der Kochbeutel den Hausfrauen helfen könne, das Gebot der Sonntagsheliligung einzuhalten! Bei sommerlichen Familienausflügen, die in Wien bekanntlich nur zu oft so früh angetreten werden, daß der mit allen Vorbereitungen betraute Hausfrau oder Hausdächter keine Zeit für die heilige Messe bleibt, nimmt der Kochbeutel einen Teil der Mühen auf sich. Wenn schon am Abend vorher die nötige Vorarbeit gemacht wurde, kann er in etwa 10 Minuten mit den für das Mittagessen bestimmten Leckerbissen gefüllt sein und bleibt dann ruhig allein, während die ganze Familie in die Kirche geht. Beim Aufbruch zum Spaziergang hängt eines der Familienmitglieder sich den

Beutel an den Arm — will man mehrere Speisen haben, so nimmt man eben mehrere Beutel mit, sie sind ja billig und schnell herzustellen! Draußen im Freien hat man dann zu Mittag seine eigene kräftige Hausmannskost, ist nicht auf das Wirtshaus angewiesen und entgeht somit vielen Verdriehlichkeiten und Ausgaben. „Keiner, sündenloser als es jetzt leider oft der Fall ist, könnte der Sonntag nach guter alter Sitte gefeiert werden.“ schloß die Referentin ihren Vortrag. (Kochlisten und Kochbeutel sind im Sekretariate der katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich, 4. Bezirk, Mayerhofgasse 5, zu haben; dort werden auch Herstellung und Gebrauch dieser modernen Kochbehelfe erklärt.)

22. / II. 1916

Einfuhr aus Deutschland

Wie wir hören, hat Deutschland der Schweiz für einige Hundert Waggon Rohzucker die Ausfuhrbewilligung erteilt. Dieser soll grobteils der Zuckfabrik Aarberg zugehen. Es ist zu hoffen, daß die Ware rechtzeitig eintrifft, damit Aarberg die Aufrechterhaltung des Betriebes möglich ist. Während der letzten Wochen, als die Zuckereinfuhr stockte, half das Oberkriegskommissariat mit seinen — allerdings sehr knappen — Vorräten aus. Infolgedessen konnte auch die Raffinerie der Aarberger Fabrik, deren Betriebseinstellung als bedrohlich gemeldet worden war, weiter arbeiten.

Außerdem ist nun auch, wie wir an anderer Stelle mitteilen, die Einfuhr von Saatkartoffeln aus Deutschland gesichert. Das gilt auch von Saatkorn, Sommergerste, Hafer und Sommerroggen, sowie von einzelnen Gemüse- und Feldsämereien, für deren Bezug die Schweiz von jeher auf Deutschland angewiesen war. Gesichert ist endlich die Einfuhr von Kalisalz und eines größeren Quantums Thomasmehl, das allerdings unsern Bedarf nicht zu decken vermag.

Die Teuerung in Rußland.

St. Petersburg, 21. Februar. Menschikoff stellt in einem Artikel in der „Nowoje Wremja“ fest, daß seit Dezember 1913 die Preise für Weizen um 62 Prozent, für Roggenmehl um 81, für Buchweizen, der die Hauptnahrung in Rußland bilde, um 123, für Fleisch um 37, für Butter um 95, für Salz um 143 und für Zucker um 56 Prozent gestiegen seien. Menschikoff fragt, wie derartige Preissteigerungen möglich gewesen seien, und mißt die Schuld dafür dem Mangel an Arbeitskräften und Transportmitteln bei. Er warnt vor der Illusion, daß man jetzt während des Krieges neue Eisenbahnen schaffen könne, da dazu weder die nötigen Milliarden noch die nötigen Arbeiter vorhanden seien. Derartige Bauten dauerten Jahre, während der Krieg augenscheinlich zu Ende gehe.

Höchstpreise und Verbraucherinteressen.

Es liegt in der Idee der Höchstpreise, daß sie Verbraucherinteressen wahren. Jeder Höchstpreis ist eine starre Grenze, an die das Gewinnstreben der Warenbesitzer stößt. Die Motive, die hinter dem Höchstpreis stehen, können verschieden sein: sozial-ethische Erwägungen, politische Rücksichten, sozialwirtschaftliche Zweckmäßigkeitüberlegungen. Von der Intensität der Motive hängt es ab, in welchem Umfange man durch Höchstpreise Verbraucherinteressen wahren will. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Höchstpreisnormierung absolut unbeschränkt sich von solchen

Motiven leiten lassen kann; jede sinnvolle Höchstpreisfestsetzung hat objektive Schranken. Die Schranken sind gegeben an den Produktionskosten; Höchstpreise, die unter Produktionskosten liegen, haben günstigenfalls begrenzte Wirksamkeit: der Besitzer leicht verderblicher Waren, der Besitzer übergroßer Warenbestände wird, um nicht ganz ruiniert zu sein, notfalls auch unter Herstellungskosten verkaufen. Aber auf die Dauer ist bei Höchstpreisnormierung unter Herstellungskosten das volkswirtschaftliche Leben nicht aufrechtzuerhalten, die Produzenten verlieren ihr Interesse an der Produktion, produzieren höchstens noch für ihren eigenen Bedarf; und der am schwersten Geschädigte ist bei solchen Preisnormierungen immer der Verbraucher. Der Verbraucher lebt vom Verbrauchsgut, und wenn das nicht da ist, mögen niedrigere Höchstpreise zwar Ausdruck menschenfreundlicher Gesinnung sein, aber es kann kein Mensch von ihnen leben.

Die Kriegslage zwingt uns, mit allen Kräften die Erzeugung zu steigern, sie zwingt uns, das Interesse der Erzeuger an der Erzeugung möglichst rege zu halten; das sind die unbedingt leitenden, obersten Gesichtspunkte. Der Höchstpreis muß so bemessen sein, daß der Erzeuger auf seine Kosten kommt und der Anreiz zur wirtschaftlichen Arbeit ungebrochen bleibt; das ist die unerlässliche Untergrenze aller Preisfestsetzungen. Von ihr ab beginnt die Berücksichtigung der Verbraucherinteressen. Aber diese liegen nicht so eindeutig, wie man nach dem Schlagwortcharakter des Wortes annehmen möchte. Verbraucherinteressen sind Interessen an erschwinglichen Preisen, aber sicher eben so sehr an Warenvorräten. Gute Preise ohne genügende Vorräte sind ebenso wertlos wie genügende Vorräte bei unerschwinglichen Preisen. Soweit höhere Preise den Verbrauch begrenzen und die Erzeugung steigern, dienen sie der Produktion bei gleichzeitiger Sicherung der Versorgung der Verbraucher für die Zukunft — immer vorausgesetzt, daß die Preisforderung für den Verbraucher erschwinglich bleibt.

Es heißt also, die Interessen der Verbraucher kurzfristig vertreten, wenn man Preise befristet und verlangt, die die Erzeugung unterbinden und den Verbrauch verstärken; die Lasten einer so kurzfristigen Politik trägt zum Schluß immer der Verbraucher selbst. Der „richtige“ Preis ist ein Kompromiß zwischen Verbraucher- und Erzeugerinteressen, dieses Kompromiß ist nicht das Resultat rücksichtsloser Vertretung eigener Interessen und radikaler unbilliger Forderungen, es erwächst nur dann, wenn gegenseitiges soziales Verständnis und Pflichtgefühl für das Ganze vorhanden ist. Es ist ein sehr bedauerlicher und jetzt im Kriege geradezu bedenklicher Zustand, wenn man lediglich mit „Interessenwahrung“ durchzukommen vermeint; wir wären bald am Ende, wenn wir nicht ein gesundes sittliches Empfinden unseres Volkes in unser Kriegswirtschaftsleben mit einzusetzen hätten.

„Los von der Köchin!“

Der Protest der Hausfrauen gegen die Uebergriffe und Begehrlichkeiten vieler Köchinnen und anderer dienstbarer Geister, die Klagen, die namentlich auf Grund der Erfahrungen in der Kriegszeit erhoben wurden, sind in einer Reihe von Zuschriften aus Leserkreisen an die „Zeit“ zum Ausdruck gekommen. Nun meldet sich als Vertreterin der Angegriffenen eine Köchin, die einen Teil der Anschuldigungen als nicht begründet zurückweisen will und die Folgen hervorhebt, die ein Kampf unter der Parole „Los von der Köchin!“ für die bürgerlichen Haushaltungen nach sich zöge. Die Köchin schreibt: „Den geehrten Damen, die so scharf gegen die Köchinnen losgehen, möchte ich einmal raten, mit dem Versuch, weniger für Putz und Luxusachen und teure Toiletten auszugeben, voranzugehen und dann erst das gleiche von den armen Dienstmädchen zu fordern. Es ist schon wahr, daß wir in schwerer Zeit leben und daß unsere tapferen Krieger im Felde kämpfen müssen für Kaiser und Vaterland, aber an den Damen ist das nicht zu merken, die gar nicht wissen, wie sie sich aufpuhen und herrichten sollen, so daß man bei ihrem Anblick auf der Straße oft hell auflachen möchte. In den meisten Häusern wird vor der Köchin alles versperrt und verriegelt, und was sie bekommt, wird ihr haaricharf vorgerechnet. Wie soll denn da ein solches Mädel sparen, wenn sie oft nicht das bekommt, was sie zum Kochen braucht, weil die Frau überall karrt? Man denke sich nur den Fall, daß die Köchinnen und Dienstmädchen einmal mit einem Streik erwidern? Da wären die Damen schön in der Linte. Denn nur sehr wenige sind überhaupt befähigt, eine Wirtschaft selbständig zu führen, sie verstehen zumeist nicht sehr viel davon. Da gäbe es nur einen Ausweg, die geehrten Damen müßten sich an's Gasthaus halten. Ich würde jeder solchen Dame den freundschaftlichen Rat erteilen wenn sie ein Mädchen nicht anständig zu halten und zu verpflegen vermag, sich die Arbeit selbst zu verrichten und kein Mädchen aufzunehmen, das dann nur fettiert und ausgenützt wird. Da sieht wohl jeder, wie berechtigt der Schmerzensschrei der Köchinnen ist und wie ihnen unrecht getan wird. Eine für viele Köchinnen.“

Wohltätigkeitsabend.

*** Die Volksernährung während des Krieges.**

Aus der Feder des Hofrats Professors Dr. Julius Stollasa (Prag) ist dieser Tage eine neue Publikation in böhmischer Sprache über die Volksernährung während des Krieges erschienen, die mit mehreren Tafeln ausgestattet ist. Hofrat Stollasa war bekanntlich der Erste, welcher gleich nach Kriegsausbruch in zahlreichen Artikeln darauf hinwies, daß die Landwirtschaft Oesterreich-Ungarns auf einer solch hohen Stufe steht, daß die Volksernährung bis zur neuen Ernte gesichert erscheint. Er hat schon im August 1914 aus Gersten, Mais, Kartoffel- und Finalmehl in seinem Institute ein Brot hergestellt und seinen Nährwert und Verdaulichkeit festgestellt. In seiner neuen Veröffentlichung, die demnächst auch in deutscher Sprache herausgegeben wird, sind alle seine hochwichtigen Untersuchungsergebnisse niedergelegt. Stollasa behauptet daselbst, daß die jetzige Volksernährung den modernen biochemischen Forschungen nicht entspricht, nur auf labiler Grundlage basiert und schlägt dort neue Wege vor, wie sich die Volksernährung in der Zukunft gestalten soll. Die inhaltsreiche Veröffentlichung Stollasas ist dem Statthalter Grafen Coudenhove, der sich um die Ernährung des Volkes in Böhmen unermessliche Verdienste erworben hat, gewidmet.

Keine Vereinfachung der Speisefarte. — Mangel an Gemüsesamen.

Die Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission hielt gestern unter dem Vorherrsche des Vizebürgermeisters Hof eine Sitzung ab, in welcher zunächst die Frage der zwangsweisen Vereinfachung der Speisefarte in den Gastwirtschaften zur Erörterung gelangte. Der Berichterstatter Kammersekretär Dr. Ziegler führte u. a. aus: Das Streben, mit allen zum menschlichen Leben notwendigen Artikeln möglichst zu sparen, hat seit einiger Zeit auch den Ruf nach Vereinfachung der Speisefarten in den Gastwirtschaften ausgelöst. Man glaubte, mit derartigen behördlichen Einschränkungen der Speisefarte vielen Gastwirtschaften entgegenzukommen, die vielleicht aus Sorge um den guten Ruf des Hauses als gutes Restaurant oder aus Furcht vor der Konkurrenz die Speisen wie bisher hergestellt haben. Endlich sollte in der Ersparung der Regie dem Gastwirt die Möglichkeit gegeben werden, die Speisepreise nicht mehr zu erhöhen. Es sollen daher bereits von einzelnen Landesregierungen derartige behördliche, die Speisefarte zwangsweise einschränkende Bestimmungen hinausgegeben worden sein, die sich allerdings nur auf die Einschränkung der Speisefarte im Hinblick auf die Fleischpreise erstreckte. Auch in Wien wurden derartige Maßnahmen vorläufig zur Diskussion gestellt. — Hr. Benz erklärte namens der Genossenschaft der Gastwirte, daß in Wien bereits 2400 kleinere Gastwirte eine sehr einfache Speisefarte auflegen. Von der Vereinfachung der Speisefarte sei keine besondere Wirkung zu erwarten, weil dadurch keine entsprechenden Ersparungen gemacht würden. — Der Vorsteher des Gremiums der Hoteliers Ferdinand Heß bemerkt, daß es im Interesse der Gastwirte gelegen sei, daß von den zubereiteten Nahrungsmitteln nichts verloren gehe. Es liegt keine Verschwendung darin, daß die Speisefarten zahlreiche Speisen aufzählen, Hauptsache sei, daß der Gastwirt nur so viele Speisen zubereitet, als tatsächlich Absatz finden. Vorsitzender Vizebürgermeister Hof faßte zusammen, daß aus diesem Gutachten der Sachverständigen entnommen werden könne, daß die Wirte jetzt schon bemüht sind, die Speisefarten zweckmäßig zu vereinfachen. Von einer zwangsweisen Vereinfachung der Speisefarte sei kein besonderer Erfolg zu erwarten.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Gemüseanbau im kommenden Frühjahr“ wird durch Kammersekretär Dr. Ziegler mit folgenden

Ausführungen eingeleitet: Während im vorigen Frühjahr eine Agitation dahingehend entfaltet werden konnte, daß möglichst viel brachliegendes Land für den Gemüseanbau herangezogen werde, sind in diesem Jahre die alten Bestände an Gemüsesamen größtenteils verbraucht und der Mangel an Gemüsesamen macht sich nicht nur in Oesterreich, sondern auch im Deutschen Reiche bemerkbar. Aus diesem Grunde wurde im Deutschen Reiche, von wo die österreichischen Gärtner bisher ihre Gemüsesamen bezogen hatten, ein Ausfuhrverbot für Gemüsesamen erlassen und nur im Wege der gegenseitigen Verhandlungen ist es dem Ackerbauministerium geglückt, geringe Mengen von einigen Gemüsesamen für die Versorgung der österreichischen Gärtner freizubekommen. Mit Rücksicht auf die Knappheit müsse mit dem Gemüsesamen möglichst hauswirtschaflich vorgegangen werden. Vielleicht wird es zweckmäßig sein, in der Hinsicht regelnd einzugreifen, daß die Samenhändler größere Mengen von Gemüsesamen in erster Linie an Gärtner abgeben und an andere dem Samenhändler nicht bekannte Personen Gemüsesamen nur in geringeren, dem zu bebauenden Grund entsprechenden Mengen verabsolgt werden. — Hr. Mayer empfiehlt, es möge heuer hauptsächlich das sogenannte größere Gemüse in reichlichem Maße angebaut werden. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, faßt der Vorsitzende Vizebürgermeister Hof die vorgebrachten Ausführungen dahin zusammen, daß zunächst getrachtet werden müsse, genügend Personal für die Gartenarbeiten, eventuell auch Pferde und Maschinen zu erlangen. Eine wichtige Aufgabe sei es auch, eine Zentralorganisation zur Erlangung einer genügenden Menge von Gemüsesamen zu schaffen. Diese Organisation, die unter staatlicher Autorität von allen daran interessierten Faktoren zu gründen wäre, hätte auch für die entsprechende Verteilung des Gemüsesamens Sorge zu tragen. Die Anregung, daß an Nichtgärtner anstatt Samen Seelinge abzugeben wären, sei sehr zu beherzigen. Im Sinne des Referates des Berichterstatters Dr. Ziegler und der im Verlauf der Debatte gegebenen Anregungen werde eine Eingabe an das Ackerbauministerium und an die anderen in Betracht kommenden Stellen gesendet werden.

Etwas für die Hausfrau.

Abwechslung in der Speisefolge.

Es wird von Woche zu Woche schwieriger, einen sättigenden Speisezettel zusammenzustellen und da wollen wir denn versuchen, durch neue Brotspeisen eine Abwechslung zu schaffen. Rezepte von Frau S. R.:

Brotmehlspeisen: Durch die neuesten Bestimmungen betreffend den Brot- und Mehlbezug wird in vielen Haushaltungen, wo weniger Brot, aber mehr Mehl zu Mehlspeisen konsumiert wird, abermals eine Beschränkung eintreten müssen. Es soll nun eine Reihe von Mehlspeisen folgen, welche statt Mehl Brot enthalten, also eine Ersparung an ersterem involvieren. Brot in Verbindung mit Zucker, Fett, Äpfel u. dgl. ist sehr schmackhaft, sättigend, nahrhaft und daher sehr zu empfehlen. Um an den hiebei doch hier und da etwas mehr nötigen Eiern zu sparen, empfehle ich den Einkauf von sogenannten Bruch- oder Druckeiern, welche durch die gesprungene Schale etwas billiger erhältlich, aber genau so gut verwendbar sind als die ganz unverletzten.

Bulgaria. Es wird ein Saft aus 1 Löffel Rum, 1 Löffel Likör, Orangen- und Zitronensaft, Zucker nach Geschmack und etwas heißen Tee gemacht, damit befeuchtet man ungefähr $\frac{1}{2}$ Kilogramm feine Brotbrösel, rührt dazu 2 Eidotter, 5 Dela Butter, 5 Dela Rosinen, 5 Dela Kranzini oder Zitronat, 5 Dela geschnittene Mandeln; ist alles feinst abgetrieben, kommt der Schnee dazu. In der gut ausgebutterten Form backen, heiß mit Rum oder dem obigen Bunsch besprühen, am nächsten Tag Marmelade daraufgeben und nach Geschmack glasieren. Am schönsten ist weiße Glasur mit grünen Pistazien darüber.

Brot pudding einfachster Art: 4 Eier schwer feine Brösel mit 4 Dotter, Saft einer Zitrone, 4 El schwer Zucker gut abgetrieben, 4 Klaar fester Schnee dazu und langsam in der ausgefetteten Form backen. Etwas Obstsaft oder Rohnwein oder heißes gemischt mit Zucker und Gewürz heiß machen, über den Pudding gießen und sofort servieren.

Brotloch: 7 bis 10 Gramm Kornbrot, reibt es und gießt etwas Wein darüber; treibt dann 5 Gramm Butter ab mit 2 Dotter, 5 Gramm ungeschälte geriebene Mandeln, reichlich Zucker, Gewürz und das geweichte Brot, zuletzt den festen Schnee der zwei Klaar hinein. In gewohnter Weise backen oder in Dunst kochen, mit Himbeersaft, Kompott oder dergleichen servieren.

Äpfel-Charlotte: Man kocht aus einer hübschen Portion Äpfel und Zucker eine dicke süße Marmeladepüree; reibt einen Teller Brot und röstet es sorgsam mit Zucker in der Röhre, bis es trocken ist, gibt sodann etwas Gewürz und Zucker dazu, ebenso etwas feingeschnittenes Zitronat oder dergleichen und besprengt es mit etwas Wein. Nun schmirt man eine Porzellschüssel mit Butter, gibt abwechselnd Brot, Marmelade, wieder Brot und so fort; den Schluß bildet Brot, obenauf etwas Butter gut verteilt und in der Röhre leicht backen; mit der Schüssel auf den Tisch und heißen Wein oder Fruchtsaft beigegeben.

Parlsbader Kuchen: 10 Dela Butter oder Fett rührt man mit 15 Dela Zitronenzucker und 3 Löffel Milch gut ab; dann gibt man 10 Dela geriebene Nüsse, Zitronensaft, 4 Dotter, 15 Dela Brösel, 1 Löffel Rum, Saft und Gewürz nach Geschmack dazu, zuletzt den Schnee. Langsam in der Bischofsbrotform backen, am nächsten Tag in Schnitten schneiden, mit Marmelade bestreichen, scheiterhausartig aufrichten und Obstsaft beigegeben. Kann auch kalt als Torte oder als warmer Pudding mit Chadeau, Creme oder Schokoladensaft verzehrt werden.

Brotrolade: 14 Dela Vanille- oder Zitronenzucker mit 4 Dotter gut abrühren, 5 Dela braune geschnittene Mandeln oder Nüsse, etwas Zitronat, 1 Tafel Schokolade, Gewürz, 5 Dela mit Rum befeuchtete Brösel und Schnee von 3 Klaar dazugeben. Auf des befettete Blech streichen, leicht und rasch backen, mit aufgelöster Marmelade bestreichen, rasch und noch warm rollen. Kann auch mit Nussfülle bestreichen werden und hält sich sehr lange saftig.

Gasteiner-Roh: 20 Dela Brot in etwas Milch erweichen, ausdrücken und über dem Feuer etwas abrühren bis es sich zusammenballt. Rührt ein Stückchen Fett, ungefähr ein Ei schwer, mit 4 Dotter, paar gestoßenen Mandeln, 5 Löffel Zucker, das Brot, Gewürz, Schnee von 4 Klaar und eine Tasse voll Weichseln ohne Saft oder frische zuletzt leicht darunter. In der bebutterten Form backen und mit Weichselfaft servieren.

Bratenreste-Prolette's. Von all dem Guten kommt heute das Beste. — Vom Sonntagsbraten nehmt ihr die Reste. — Und lasset sie fein haschieren, — Ihr könnt euch dabei nicht blamieren. — Dann macht eine Einmachsauce, doch nicht zu viel. — Für den, der es kann, ist dies nur ein Spiel. — Laßt aufkochen sie mit dem Faschierten darein — Und schlaget hernach noch ein Ei hinein. — Nicht umrühren mehr, bis gestockt es sodann. — So daß man die Masse gut hacken kann. — Befeuert nun schmale Obfatenstreifen. — Die Masse darauf, ihr könnt's doch begreifen? — Zusammengerollt, in Schmalz dann paniert, — Macht jeder es wieder, der's einmal probiert. Helene S. cr.

Champagner.

In Tagen, da alle Lebensmittel schwer und nur zu hohen Preisen erhältlich sind, erscheint es einigermaßen unangebracht, von solchen Genussmitteln zu sprechen, deren Verbrauch auf das Konto der Luxusausgaben zu stellen ist. Wenn man etwa die Einschränkung des Bierverbrauchs unter die geringsten Opfer, die der Krieg den Bürgern auferlegt, zählen kann, so wäre ein durch den Krieg entstandener Mangel an Champagner oder eine Verteuerung dieses Luxusgetränkes gewiß als keine allzutraurige Erscheinung aufzufassen, gar wenn es sich um französischen Champagner handelt. Die Inhaber vornehmer Etablissements erklären, daß der Champagnerkonsum gestiegen ist. Eine der schlankgeformten hohen Flaschen nach der andern steigt aus dem Dunkel der Keller zu den linnenbedeckten Tischen der vornehmen Speisesäle und mancher „Pommero“ oder „Deube Liquor“ zu den „chambres particulières“ empor. Aber auch die guten Deutschen und Oesterreicher „Mumm“, „Reist“, „Meinoshag“, „Roederer“ oder „Lörley“ erblicken das elektrische Abendlicht der Speisesalons und sonstigen Etablissementsräume. Es sollen in Wien, in den Kellern der feinen Restaurants, sehr große Vorräte an Champagner vorhanden sein, jetzt freilich weniger französische als heimische Marken. Einige Zwischenhändler haben versucht, sich der im Vorrat kleinerer Wirtschaften befindlichen feinen französischen Champagnermarken durch Ankauf für geringes Geld zu bemächtigen und sie dann fast zum doppelten Preis an größere Etablissements weiter zu verkaufen. Diese Agenten gehen jetzt vielfach in Wien umher und tragen den Restaurateuren den Champagner, den sie mit 10 bis 12 Kronen pro Flasche erkanden haben, um 18 bis 20 Kronen an, mit dem Bemerkn, daß für diesen „Prima echt französischen Champagner“ den Gästen ohne weiteres 30 Kronen angerechnet werden können. Die Inhaber der Restaurants, die Champagnervorräte besitzen, haben solche Geschäfte ausgeschlagen, zumal in den vornehmen Restaurants die besten Marken jetzt höchstens mit 22 bis 24 Kronen auf dem Tarif stehen. Dagegen finden diese Agenten ihr Absatzgebiet in den Vergnügungslökalen. Während des Krieges haben die Wirte nur jene ausländischen Champagnermarken gekauft, die als nicht mehr beförderungsmöglich am Zollamt zurückgehalten und von diesem veräußert wurden. Für eine Flasche solchen Champagners wurde der normale Preis von 12 bis 14 Kronen mit dem Zuschlag des Kriegszolles von 1 Krone 4 Heller pro Flasche bezahlt. In den Restaurants wird dieser Champagner an die Gäste um ungefähr 22 Kronen abgegeben. Die Wirte haben übrigens im allgemeinen eine Champagnerpreiserhöhung um durchschnittlich 1 Krone für die Flasche vorgenommen unter dem Hinweis auf die größeren Requirien der Kriegszeit. Diese Preiserhöhung kann kaum viel Widerspruch erregen. Denn wer sich unbedingt verdrängt fühlt, in der Zeit der Lebensmittelteuerung Champagner zu trinken, dem wird es auf die paar Kronen mehr nicht ankommen dürfen.

Bayern gegen die Höchstpreise.

Debatte im bayerischen Landtag.

in München, 26. Februar. (Priv.-Tel.)

Die Abgeordnetenversammlung des bayerischen Landtages verhandelte gestern eine sozialdemokratische Anfrage an die Regierung, was sie zur Milderung der wirtschaftlichen Folgen der letzten vom Bundesrat verfügten Getreide- und Kartoffel-Höchstpreiserhöhung zu tun gedenke.

Abg. Hoffmann (Soz.) begründete die Anfrage. Seine Kritik an der Höchstpreispolitik des Bundesrates war scharf und eindringlich; besonders das Unstäte und Schwankende dieser Politik gaben dem Redner starke Handhaben für seine Angriffe, die sich zunächst gegen gewisse Kreise der Landwirte richteten, die nicht in Bayern zu suchen seien, dann aber mit aller Schärfe gegen die Regierung, die ebenfalls nicht in Bayern sitze, sondern in Berlin.

Der Redner wies dann rechnerisch den Schaden nach, der aus der letzten Preiserhöhung den Städten erwachse, und verlangte, diesen Schaden müsse ganz und gar das Reich überbürdet bekommen; und dafür solle die bayerische Regierung im Bundesrat sorgen, wenn schon der jüngste Fehler nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Mit einer ernstlichen Mahnung im Interesse des innern Friedens, bessere Wege als bisher in der Höchstpreispolitik einzuschlagen, schloß der Redner.

Minister des Innern Freiherr v. Soden sprach kein Wort der Verteidigung für die vom Interpellanten kritisierten Maßnahmen; er mahnte nur zur Ruhe insofern, als die Verbraucher durch die neuen Höchstpreisfestsetzungen zunächst fast nicht getroffen würden. Klipp und klar aber erklärte er, daß die Verhältnisse in Bayern die neuen Maßnahmen durchaus nicht notwendig gemacht hätten, da die Landwirtschaft bei uns ohne Stockung ihre

Vorräte abgeliefert habe, im Gegensatz zu Norddeutschland. Die bayerische Regierung habe daher auch schon Schritte zur Schadloshaltung der bayerischen Landwirte unternommen.

Diese Erklärungen des Ministers machten auf das Haus einen starken Eindruck. Schon der erste Redner, Abg. Dr. Schlittenbauer, protestierte scharf gegen die nun offenkundig gewordene Uebung, daß die Verhältnisse in Norddeutschland für das ganze Reich als maßgebend betrachtet werden und die übrigen Bundesstaaten sich einfach beugen müßten.

Schon längst wäre man diesem Mißstand zu Leibe gegangen, wenn die Zensur nicht dazwischen getreten wäre. In wirtschaftlichen Dingen sei aber das Volk reif genug, ohne Zensur seine Sache vertreten zu können. Wirksam nahm er die Landwirtschaft in Schutz, die erst durch eine solche Höchstpreispolitik wie die letzte und durch den wilden Zwischenhandel zum Spekulieren förmlich erzogen werde. Immerhin stehe aber Deutschland mit seinen Lebensmittelpreisen in der ganzen Welt am besten da, und Bayern am günstigsten im Reiche.

27. II. 1916

* (An die Hausfrauen und Köchinnen.) Die Frauenhilfsaktion im Kriege (Zentrale, 1. Bezirk, Rathaus) veranstaltet in allen Bezirken aufklärende Vorträge über zweckentsprechende Küche. Dieselben finden in dieser Woche in der Zeit von 5 bis 6 Uhr in den magistratischen Bezirksämtern statt, und

zwar: Montag, den 28. d., im alten Rathaus, 1. Bezirk, Wipplingerstraße Nr. 8 (Sitzungssaal der Bezirksvertretung); 2. Bezirk, Karmelitergasse Nr. 9 (Sitzungssaal der Bezirksvertretung); 3. Bezirk, Karl Boromäusplatz Nr. 3 (Sitzungssaal der Bezirksvertretung). Donnerstag, den 2. März, Thema: „Wie und was kochen wir?“ Donnerstag, den 2. März, in den oben genannten Bezirksämtern des 1., 2. und 3. Bezirkes: „Kochliste“; im 4. Bezirk, Schöffergasse Nr. 3 (Sitzungssaal der Bezirksvertretung); im 5. Bezirk, Schönbrunnerstraße Nr. 54 (Turnsaal); im 6. Bezirk, Amerlingstraße Nr. 6 (Sitzungssaal der Bezirksvertretung), Thema: „Wie und was kochen wir?“ Eintritt frei.

Bulgariens Nahrungsmittel.

wb. Sofia, 27. Februar. (Drahtbericht.)
Vom Vertreter des Wolff-Büros. Nadoslawow erkläre in der Sobranje in Beantwortung von Fragen über die Lebensmittelvorräte und die Teuerung, Bulgarien besitze genügende Mengen für eine Reihe von Jahren. Es laufe keine Saat im Auslande, vielmehr kämen vom Auslande Gesuche um Saat. Die Spekulation würde nach Kräften bekämpft. Nadoslawow bedauerte, daß immer noch große Mengen von für Bulgarien bestimmte Waren in Rumänien festliegen. In Deutschland seien 50 Millionen Kilogramm Mais verkauft, wofür Bulgarien Waren erhielt, die es brauchte. Die Regierung erlaube die Ausfuhr von 700 000 Da Wolle nach Oesterreich, wovon bisher 200 000 Da exportiert wurden. Nahrungsmittel habe Bulgarien übergenug. Es werde nicht hungern.

Steigende oder fallende Höchstpreise.

Die Höchstpreise haben schon mancherlei Kritik erfahren, obwohl diese Kritik vielleicht weniger durch das System als die Art und Höhe der Normierung der Höchstpreise im einzelnen Fall verschuldet ist. Jeder Höchstpreis hat zu Umgehungsversuchen geführt. Jeder Höchstpreis hat auch Zurückhaltung von Waren und Vorräten zu spekulativen Zwecken nach sich gezogen.

Insofern haben die Höchstpreise oft die Versorgungslücke gesteigert. Ihre Erhöhung wurde notwendig, um die Vorräte an den Markt zu bringen. Da dieses Vorgehen wiederholt notwendig war, so wird natürlich besonders im laufenden Jahr das Bestreben zunehmen, Zurückhaltung zu üben, um auf die Steigerung der Höchstpreise einzuwirken.

Dieser Entwicklung muß vorgebeugt werden. Dies könnte erreicht werden durch ein System fallender Höchstpreise, die dem Verbraucher von Nutzen sein werden und den Erzeuger veranlassen, mit seinen Erzeugnissen und seinen Vorräten an den Markt zu kommen. Dieses Vorgehen schließt allerdings die Gefahr in sich, daß die Märkte anfänglich reichlich versehen werden, später aber unter mangelnden Zufuhren leiden. Dieser Möglichkeit müßte durch organisatorische Verordnungen begegnet werden, die die Ablieferungspflicht auf Monate verteilen.

Selbstverständlich läßt sich das System der fallenden Höchstpreise nicht überall anwenden. Es empfiehlt sich, es anzuwenden bei einmal erernteten Früchten, die wesentlicher Veränderung während der Aufbewahrungszeit nicht unterliegen. Einen Anlaß einer solchen Regelung hat ja auch die jüngste Zeit bei Gerste und Hafer gebracht.

Teuerung vor 100 Jahren.

Von
Fritz Dehms.

Bei der Klage über die heutigen Lebensmittelpreise wird ganz vergessen, daß Kriegszeiten immer mit solcher Teuerung verbunden gewesen sind. Wir sind nur dadurch verwöhnt, daß bei unserer schnellen Durchführung des Krieges von 1870 derartiges nicht eintrat, so daß dies der jetzigen Generation, die zum großen Teil die Zeit von 70 noch miterlebte, nun sehr ungewöhnlich erscheint.

Aber unsere Vorfahren, die vor etwas über 100 Jahren die sogenannte Franzosenzeit durchmachen mußten, haben ebenso, wie wir unter der Teuerung zu leiden gehabt; eine alte sehr sorgfältig geführte Verpflegungsliste aus der Kleinen an der Grenze der Provinz Posen gelegenen Stadt Zielenzig, die damals ungefähr 5000 Einwohner zählte, gibt über die Lebensmittelpreise jener Zeit sehr interessante Aufschlüsse. Diese Liste macht dabei insofern einen Anspruch auf Zuverlässigkeit, als ihr Führer einen Teil seiner Ausgaben von der Stadt ersetzt erhielt und er somit unter der Kontrolle des Magistrats stand. Die Liste, die als Einquartierung in dem einen Hause 67 Namen meist höherer französischer Offiziere, darunter die Generale Bandamme, Grochy, Soult, Bernaotte, Dudinot, Murat usw. verzeichnet, beginnt mit dem 1. November 1806, als die französische Armee, die Frankfurter Oderbrücke benutzend, nach Osten marschierte, und zeigt, wie die Lebensmittelpreise fast durchgehend im Laufe kurzer Zeit um 70 v. H. stiegen, viele sogar innerhalb eines Jahres auf das Doppelte und Dreifache zu stehen kamen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Wert des Geldes ein an sich viel geringerer war und daß sich andererseits eine größere Zufuhr mangels der Eisenbahnen nicht ermöglichen ließ. Die Preise sind in alten Taler-Fuß (zu 24 ggr., d. h. Gütengroschen, 1 ggr. gleich 12 Pf.) verzeichnet, und demgemäß kostete damals ein Pfund Kalbfleisch 25 Pf., Rindfleisch 38, Hammelfleisch 41 Pf., welche Preise denn im Laufe der ungefähr 2 Jahre, durch welche die Liste geführt ist, auf 47 bzw. 63 und 65 Pf. heraufgingen, was auch ungefähr der heutigen Erhöhung der Preise entspricht. Dabei müssen die Preise von 1806 schon Kriegspreise gewesen sein, denn in demselben Städtchen kostete 50 Jahre später der Kalbsbraten nur 18 Pf. das Pfund und Rind- und Hammelfleisch nur 35 bis 40 Pf. Eigentümlich ist es, daß Schweinefleisch nur ein einziges Mal mit 56 Pf. das Pfund erwähnt ist. Entweder müssen die Herren Franzosen das Schweinefleisch nicht geliebt haben, oder die Schweine waren bereits früh fortgeschlachtet, was wohl am zutreffendsten ist, da von Wurst gar keine Rede ist und Schinken und Speck nur in der ersten Zeit Erwähnung finden.

Allerdings muß man berücksichtigen, daß eigentliche Schweinezüchtereien und Mästerei nicht betrieben wurde, wie auch der Kartoffelbau nur unerheblich war und nicht wie heute den vorwiegenden Bestandteil unserer Volksnahrung bildete. Die Gründe des Fehlens der Schweine waren also ganz verschieden von den heutigen. Die Preise für Hühner mit 75 Pfennig und für eine fette Gans mit 3 Mark würden unsere Hausfrauen heute gern zurückwünschen, wenn sie für damals auch gar nicht niedrig erschienen, und eine Gans 1807 auch schon 4 Mark kostete. Dagegen waren Hasen teuer und kosteten, trotzdem die Jäger damals auch schon genügend vorhanden waren, und man die heutigen übertriebenen Jagdpachten nicht kannte, 3 Mark das Stück. — Eier wurden mit 5 Pfennig das Stück bezahlt, also auch ziemlich hoch, da man 50 Jahre später meist zum halben Preise dort kaufte, gerade wie man Butter zu dieser Zeit mit 50 und 60 Pfennig bezahlte, während sie 1806 mit 1,25 Mark und 1808 sogar mit 1,75 Mark berechnet wurde. Da nun die Kaufkraft des Geldes damals mindestens die Dreifache war, so ergibt dies im heutigen Sinne einen Butterpreis von mindestens 3,75 Mark, so daß wir uns

demgemäß heute noch gar nicht so sehr zu beklagen hätten. — Mit einzelnen anderen Waren sah es noch viel schlimmer aus. So kostete 1806 1 Pfund Zucker 1,75 Mark und 1 Pfund Kaffee 2,65 Mark, aber 1808 5 Mark bzw. 7,50 Mark. 1 Zitrone kam 75 Pfennig, 1 Pfund Reis 1,50 Mark und 1 Quart Essig, d. h. ungefähr 1½ Liter, stellte sich auf 1 Mark. Die sogenannten Material- bzw. Kolonialwaren hatten also Preise, die wir jetzt glücklicherweise nicht zu bezahlen brauchen. Den Grund für diese Preissteigerungen, unter denen Napoleons Soldaten selbst zu leiden hatten, verdanken sie zum Teil ihrem Meister selbst, der durch die Kontinental Sperre die Teuerung veranlaßt hatte.

Die Versorgung der Arbeiterschaft Deutschböhmens.

Am Sonntag fand in Prag im Sektionsaal der Prager Handels- und Gewerbekammer eine Konferenz der dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine angehörenden Konsumgenossenschaften Deutschböhmens statt, die zunächst zu der Verordnung der Statthalterei über die Mehlaufweisung an die Konsumvereine Stellung nahm und sich sodann mit den Fragen der allgemeinen Approvisionierung in Böhmen befaßte. Der Landessekretär des Verbandes Dietl aus Prag und Abgeordneter Seliger aus Tepliz schilderten die Mängel der Organisation der öffentlichen Verbrauchsregelung bei Mehl und Brot in Böhmen im allgemeinen und an vielen Beispielen die Gehässigkeiten, die von einzelnen Bezirken und vielen Gemeinden gegen die Konsumvereine und ihre Mitglieder verübt werden. Es hat in der Zeit des sogenannten Burgfriedens eine systematische Verfolgung der Konsumvereine eingesetzt, zu der den Bezirks- und Gemeindegewaltigen die öffentliche Verbrauchsregelung die Handhabe bietet. Die Referate wurden durch zahlreiche Beispiele aus der Praxis der Konsumvereine ergänzt, die von den Vertretern der Konsumvereine sowohl Westböhmens als auch Nord- und Ostböhmens vorgeführt wurden. Insbesondere beendeten die Delegierten Ortler (Klosterle), Reizner (Bodenbach) und August Schäfer (Reichenberg) die Widerstände gewisser Faktoren gegen die gleiche Behandlung der Konsumgenossenschaften und ihrer Mitglieder.

Die Konferenz nahm eine Resolution zu diesem Punkte an, worin sie ihr Bedauern ausdrückt, daß schon auf Grund bloßer unbewiesener Verdächtigungen der Konsumvereine die bereits getroffene Verfügung der unmittelsbaren Mehlaufweisung wieder aufgehoben wurde. Die Resolution stellt die wahren Beweggründe der jetzt ins Werk gesetzten Deke gegen die Konsumvereine fest und erkennt zum Schluß an, daß die Vorschrift in der neuen Verordnung der Statthalterei vom 11. Februar, mit welcher den Bezirken die direkte Zuweisung von Mehl an die Konsumvereine aufgetragen wird, immerhin zum gleichen Ziele führen kann, unter der Voraussetzung, daß die Bezirksbehörden diese Vorschrift auch beachten und in ihrem Wirkungsbereich faktisch durchführen. Die Resolution fordert schließlich die Ausschaltung aller überflüssigen Zwischenglieder bei der öffentlichen Verbrauchsregelung, durch die nur eine Verteuerung der Lebensmittel herbeigeführt wird.

Zum zweiten Punkt: Allgemeine Approvisionierungsfragen erstattete der Leiter der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine Kolrda (Wien) einen ausführlichen Bericht über die jetzigen Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung, die sowohl in dem Mangel an den wichtigsten Lebensmitteln als auch in der Mangelhaftigkeit der Regierungsmaßnahmen ihren Grund habe. Abgeordneter Seliger ergänzte die Ausführungen durch die Darstellung der besonderen Schwierigkeiten in Böhmen. Die Konferenz nahm eine Entschliebung an, worin Regierung und Behörden auf die wachsenden Schwierigkeiten aufmerksam gemacht werden und die Ergreifung organisatorischer Maßnahmen gefordert wird, durch die die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden kann. Mit einer Aufforderung an die Delegierten, in der schweren Zeit auszuharren, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

• [Preissteigerung in Rußland.] Die Times bringt die Ergebnisse eines Berichtes, den ein Nahrungsmittelausschuß in Petersburg über die Steigerung der russischen Nahrungsmittelpreise veröffentlicht hat. Die Preise sind mit den Durchschnittspreisen des Jahres 1913 verglichen worden. Die größten Preissteigerungen zeigen folgende Nahrungsmittel: Weizen um 62 Prozent, Roggen um 79, Buchweizen um 123, Hirse um 101, Fleisch um 37, Butter um 95, Salz um 143 und Zucker um 56 Prozent. Es zeigt sich also, daß in Rußland eine ganz außerordentliche Preissteigerung der Nahrungsmittel im Kriege stattgefunden hat, und dieses Resultat ist um so bemerkenswerter, als ja Rußland im Frieden eines der größten Nahrungsmittelausfuhrländer zu sein pflegt.

Neue Bundesratsbeschlüsse.

WTB Berlin, 28. Febr. (Telegr.) Amtlich. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den Erlaß einer Verordnung über die Sicherstellung des augenblicklichen Heubedarfs der Heeresverwaltung beschlossen. Dadurch werden die Bundesstaaten nach dem Maßstab des Ernteergebnisses des Jahres 1915 verpflichtet, für das Heer insgesamt 250 000 Tonnen Wiesenheu zur Verfügung zu stellen, von denen die eine Hälfte bis zum 15. März, die andere bis zum 31. März zu liefern ist. Nötigenfalls sollen die Bestimmungen der Verordnung über die Höchstpreise als Handhabe dienen, um die einzelnen Besitzer zur Lieferung zu zwingen, soweit sie das Heu nicht unbedingt für den eigenen Bedarf brauchen. Um die erforderlichen Unterlagen für die Umlegung des spätern Heeresbedarfs an Heu sowie an Stroh auf die einzelnen Gebietsteile zu schaffen, hat der Bundesrat ferner eine Bestandsaufnahme von Heu und Stroh angeordnet, die in der Zeit vom 12. bis 15. März in allen Gemeinden und Gutsbezirken des Reichs durch besondere Sachverständigen-Kommissionen erfolgen soll. Dabei sollen Bestände an Heu oder Stroh, die zehn Doppelzentner nicht überschreiten, außer Betracht bleiben. Der Reichskanzler ist ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen, damit die Bestandsaufnahme in Bundesstaaten, die vielleicht eine solche unlängst für eigene Zwecke vorgenommen haben, nicht nochmals wiederholt zu werden braucht. Durch die Verordnung zur Beschränkung des Zuckerverbrauchs bei der Herstellung von Schokoladen wird der Zuckerverbrauch für die Schokoladenherstellung in derselben Weise, wie es durch die Süßigkeiten-Verordnung vom 16. Dezember 1915 bereits für die Herstellung von Süßigkeiten geschehen ist, für das Jahr 1916 auf die Hälfte des Zuckerverbrauchs in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1914 beschränkt.

Ein Kurs für Hausfrauen und Köchinnen.

Die Rathauskorrespondenz meldet: Die Frauenhilfsaktion im Kriege veranstaltet in allen Bezirken Wiens im März dieses Jahres Versammlungen für Hausfrauen und Köchinnen zur Aufklärung über die zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel und deren richtige Verwendung und Ausnützung, über Ernährung und Gesundheitspflege, Marktweisen und Einkauf. In der Hand der Hausfrauen und Köchinnen liegt es, das Land gegen den inneren Feind, den Hunger, zu verteidigen. Dieser gefürchtete Feind kann keine Gewalt über uns bekommen, wenn die Hausfrauen mit Verständnis ihren Beruf ausüben, indem sie für das Wohl ihrer Familien sorgen, ihnen nichts entziehen, was ihrem Gedeihen und ihrer Entwicklung notwendig ist oder auch nur ihr Behagen stört. Sie müssen daher genaue Kenntnis haben, wo sie sparen müssen und wo sie nicht sparen dürfen. Wir müssen sparen, aber wir dürfen nicht darben. Infolge der Lenerung sind viele Familien gezwungen, sich einzuschränken. Aber auch da, wo Geldmittel zur Verfügung stehen, ist es eine patriotische Pflicht, in dieser ernsten Zeit nicht zu schwelgen oder nach dem Gaumen zu leben. Was der eine zu viel braucht, entzieht er seinem Nachbarn. Eine richtige Anleitung ist höchst wichtig für Hausfrauen und Köchinnen, denn sie könnten sonst unbewußt mit dem besten Willen sich und den Ihren oder der Allgemeinheit, ihrem Vaterland ungeheuren Schaden zufügen. Die nächsten Vorträge finden morgen in der Zeit von 5 bis 6 Uhr abends in den Sitzungssälen der Bezirksvertretungen 1. Bezirk, Wipplingerstraße Nr. 8; 2. Bezirk, Carmelitergasse Nr. 9; 3. Bezirk, Karl Borromäusplatz Nr. 3; 4. Bezirk, Schöffergasse Nr. 3; 6. Bezirk, Amerlingstraße Nr. 6; und im Turnsaal, 5. Bezirk, Schönbrunnerstraße Nr. 54, statt.

1./III. 1916

Krieg und Küche.

Die Frauenhilfsaktion im Kriege veranstaltet in allen Bezirken Wiens im März Versammlungen für Hausfrauen und Köchinnen zur Aufklärung über die zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel und deren richtige Verwendung und Ausnützung, über Ernährung und Gesundheitspflege, Marktweisen und Einkauf. Die nächsten Vorträge finden am 2. März in der Zeit von 5 bis 6 Uhr abends in den Sitzungssälen der Bezirksvertretungen 1. Bezirk, Wipplingerstraße 8; 2. Bezirk, Sarmelitergasse 9; 3. Bezirk, Karl Borromäusplatz 8; 4. Bezirk, Schöffergasse 8; 6. Bezirk, Amerlingstraße 6, und im Turnsaal, 5. Bezirk, Schönbrunnerstraße 54, statt.

„Los von der Köchin.“

Für und wider.

Durch die Zuschrift einer Hausfrau an die „Zeit“ ist jüngst eine der wichtigsten Fragen des bürgerlichen Haushalts aufgerollt worden: die Stellung der Köchin und des Diensthofen zur Frau. Die Heftigkeit, mit der von beiden Parteien gegen die bestehenden Einrichtungen, namentlich auf Grund der Erfahrungen in den Kriegstagen, protestiert wird, erschwert die objektive Würdigung der Argumente. Gewiß ist, daß die jetzigen Zustände zu Verbesserungen drängen, die sicherlich von beiden Streitparteien ehrlich gewünscht werden.

Zuschrift einer Wiener Hausfrau.

Eine Wiener Hausfrau bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„Ich führe ein gut bürgerliches Haus, und mein Dienstmädchen kann sich weder über Ueberbürdung noch über Hungerleiden oder schlechte Behandlung beklagen. 40 Kronen Lohn, reichliches Essen, täglich mittags Suppe, Fleisch, Gemüse, Mehlspeise (an fleischlosen Tagen Fisch und anderes), abends warmes Nachtmahl oder Butterbrot, zwei Eier, Käse, Bier, einen Apfel und eine Orange. Keine Wäsche im Hause, da auch die Dienstmädchenwäsche fortkommt. Zum Gründlichsaubermachen kommt eine Bedienerin, und auch beim Aufräumen hat sie eine Hilfe. Selbst über die zwei Sommermonate, die ich sie nach Hause geschickt habe, hat sie ihren ganzen Lohn erhalten. Mehr kann man in Kriegzeiten nicht bieten. Mit meiner Unkenntnis in Küchenachen und mit meiner Neugier steht es auch nicht so, wie es die geehrte Schreiberin annimmt. Ja, gerade, weil ich etwas verstehe, ist meine Speise zuge-sperrt. Früher war sie immer offen, aber seit ich in Erfahrung gebracht habe, daß meine Vorräte in regelmäßigen Postsendungen an die Front oder zur Schwägerin wanderten, habe ich sie zugesperrt. Mit dem Vorgeben geht es auch nicht zu knapp, und sie kann sich schon etwas erübrigen, und für ihre Leute bekommt sie oft Mehl oder sonst etwas. Und doch ist sie nicht zufrieden: einmal jammert sie um die Mehlspeisen mit Rahm und Oberschäum, die meine Kinder leicht genug verschmerzen, dann wieder ist es ihr zu un bequem, daß das Fleisch und alles nötige ins Haus gebracht wird. Ich gebe nach, und nun wandert sie täglich auf den Markt. Endlich kommt sie nach stundenlangem Abwesenheit heim, schürt Menschenandrang vor, hat die Hälfte der Einkäufe vergessen, dafür aber die haarsträubendsten Kriegsberichte und ungenießbarsten teuersten Kartoffeln heimgebracht.“

Ueber die Art und Weise, in der wir mit ihr umgehen, kann sie sich nicht beklagen: meine Kinder sind strenge angehalten, sie höflich zu bitten und zu danken; sie tut es nicht. Einmal bin ich ihr zu viel, einmal zu wenig zu Hause. Heute soll ich auf den Semmering fahren, weil es die gegenüber wohnende Partei tut, morgen macht sie das Klavier spielen „nervös“ und übermorgen komme ich nach Hause und läute, ohne eingelassen zu werden. Nach anderthalbstündiger Verspätung erscheint die Holde; es ist ihr zu „einsam“ gewesen, sie hat „etwas vom Kriege sehen“ müssen.

Wehe mir, wenn ich mich in die Küche wage! Wenn ich aber doch darauf bestehe, denn ich zahle doch den enormen Bins, dann müssen mein Essen und meine Geschirre dafür büßen. Wie kann sie meine Fähigkeiten beurteilen, wenn ich sie nicht ausüben darf?

Und in meinem ausgedehnten Bekannten- und Verwandtenkreise, lauter solide, tüchtige Hausfrauen, ist es genau so. Heute geht die Danni weg, weil in der Munitionsfabrik besser gezahlt wird. Mein Gott, mit einer Munitionsfabrik können die Wiener Frauen doch nicht konkurrieren! Dabei vergißt die Holde ganz,

daß sie sich nun selbst verköstigen und Wohnung zahlen soll, und verläßt mich schände.

Daß es nach wie vor Frauen gibt, die Mittel und Muße haben, ihr Geld in Toiletten und Vergnügungen auszugeben, und daß es viele gibt, die vom Kochen und Wirtschaftsführen nichts verstehen und unmäßig viel verlangen, will ich nicht leugnen. Aber es gibt auch viele Frauen, die das nicht tun, die mit bescheidenen Mitteln einen Haushalt führen, Kleidung und Nahrung schaffen müssen, genau so wie früher, obgleich alles doppelt teurer ist. Aber das wollen die Dienstmädchen nicht hören. Sie verlangen mehr Gehalt, wollen aber weniger dafür leisten. Manche Frau, die ein Dienstmädchen halten muß, um die Arbeit zu bewältigen, ist ihren Schikanen ausgefetzt. Ist es dann ein Wunder, wenn sie, um alle Forderungen zu bestreiten, mit dem Essen knapp sein muß?

So wie es verschiedene Frauen gibt, so gibt es verschiedene Köchinnen; daß es brave, verlässliche gibt, weiß ich nur vom Hörensagen; aber daß es unzufriedene, undankbare, trotzig gibt, weiß ich aus eigener Erfahrung, und daß sie auch der Krieg nicht bessert, daß sich die meine ein neues, modernes Winterkostüm, eine Pelzgarnitur, hohe, elegante Schuhe gekauft und daß sie dies nicht bei mir gesehen hat, weiß ich auch.“

Der Standpunkt der Köchinnen.

Als Vertreterin der Köchinnen sendet uns eine Leserin eine Zuschrift, deren Inhalt uns bestimmt hat, verbessernd über einige Formgebreden hinwegzugehen. Sie schreibt:

„Es hat mich als große Patriotin schwer getroffen, daß man so tut, als wollten die Diensthofen in dieser ernsten Zeit kein Opfer für den Krieg bringen. Ich habe nicht nur meine Ersparnisse als Kriegsanleihe gezeichnet, sondern mich auch bei allen Wohltätigkeitsveranstaltungen des Roten Kreuzes und zu anderen Zwecken stets gern betätigt. So wie ich haben viele meiner Berufsgefenninnen gehandelt. Im übrigen haben wir es nicht nötig, Hunger zu leiden. Den Frauen, die an ihren Diensthofen sparen und sogar mit der Kost fargen müssen, soll es verboten sein, einen Diensthofen zu nehmen. Wir suchen diese Stellen ja nur, weil wir die Ordnung des Hauses lieben, und ziehen diesen Verdienst anderen Berufen, die uns offenstehen, auch wenn wir auf keine Studien verweisen können, vor. Man darf aber von uns nicht verlangen, daß wir jede Stunde in Parade dastehen und jede Laune der Damen ertragen — was wir gerade in den Häusern des Mittelstandes am öftesten zu fühlen bekommen. Manche dieser jungen Damen möchte gern ein großes Haus führen, am Mädchen aber wird gespart; man knidert mit zwei Heller für eine Kriegsmarkel. Freilich ist es angenehmer, mit Brillanten und Perlen zu prahlen, im Kaffeehause zu sitzen, anstatt die Socken des Gatten zu stopfen! Der Tratsch geht ihnen über alles! Wir aber werden zur Sparsamkeit aufgefördert! Nun, wir werden auch Blaudruckkleider tragen, wenn die Damen uns mit gutem Beispiel vorangehen und statt der Blumen aus Seide und Tüll wieder zu einfacheren Stoffen zurückkehren! Da paßt ein altes Sprichwort her: Wie der Herr, so der Knecht! Eine Frau, die nicht weiß, daß Arbeit Hunger erzeugt, und daß die Arbeiterin mehr essen muß als die Nichtstuerin, soll sich eben die gemeine Arbeit selbst verrichten! Dann darf sie auch die beiden Schweinszungenlein allein essen!“

1. III. 1916

Stadtverordneten-Versammlung.

Den Vorsitz führt Stadtverordneter Graf.

Stadtverordneter Zielowski verlangt in einem Antrag weitere Maßnahmen zur Beseitigung der Lebensmittelnot. In der Begründung weist er auf die Kartoffelnot hin. Vor den Toren Frankfurts in der Wetterau liegen Tausende von Hektaren, Frankfurt aber muß versuchen, Kartoffeln von Schlesien und Ostpreußen zu erhalten. Was die Fleischversorgung betrifft, so könnten die Verbände die Schwierigkeiten auf dem Viehmarkt nicht beseitigen. Die Ausfuhrverbote rings um Frankfurt wirken geradezu mittelalterlich. Außer Butterkarten sind Margarine- und Fettkarten eine Notwendigkeit. Eine schreiende Ungerechtigkeit ist die enorme Preiserhöhung für Magermilch. — Stadtverordneter Schneider (Sp.), sprach sich für Milchkarten aus und forderte Einrichtung von Butterverteilungsstellen auch in den Vororten. — Stadtverordneter Wittich (Soz.) meinte bezüglich der Butterkarten, daß bei dem Strichsystem der Händler nicht kontrolliert werden könne. Drei Wurstsorten würden genügen. Der Markt auf dem Heideplatz habe sich bewährt; nach seinem Muster möge man Märkte in allen Stadtteilen einrichten. — Stadtverordneter Bueroße (ntl.) empfiehlt die Einführung von Brotteilkarten. — Stadtverordneter Dr. Quard (Soz.) hält das geplante Butterkartensystem für völlig systemlos. Warum soll die starke Familie verhältnismäßig weniger Butter erhalten als die kinderlose? — Stadtverordneter Vindewald (Sp.) nahm die Gemüsegärtner gegen den Vorwurf der Preistreibevei in Schutz. Schuld an den hohen Gemüsepreisen hätten die hohen Pachtpreise; auch fehle es an Personal zur Bestellung der Felder.

Stadttrat Redbach teilte mit, daß der Magistrat gegen die süddeutschen Ausfuhrverbote protestiert habe; hoffentlich werden diese Schritte Erfolg haben. Von Hessen kam jetzt wieder Vieh auf den Markt. Auch die bayerische Sperre dürste nicht aufrecht erhalten werden. Was die Fleischversorgung betrifft, so sind Wastschweine eingetroffen. Geplant ist, in Zukunft nur drei Wurstsorten zuzulassen. Die Frage der Milchkarte wurde im Magistrat erörtert. Eine Butterkarte nach dem Schema der Brotkarte ist uneinführbar. Volle Sicherheit, das zugesagte Quantum Butter zu erhalten, gibt es nicht, doch ist dies sehr wahrscheinlich. Um die nötigen Vorräte bereit zu haben, wurde das Quantum verhältnismäßig gering bemessen. Was die Fettkarte betrifft, so will man erst die Erfahrung mit der Butterkarte abwarten. Von der Fleischkarte wird man wohl absehen müssen. Ueber die Pachtpreise für Kleingärtner äußerte sich der Redner dahin, daß 2 M. 50 Pfa. für das Aa nicht zu viel seien.

Stadttrat Dr. Köhler, sprach von der Schwierigkeit der Kartoffelbeschaffung. Zudem war der Verbrauch wesentlich größer, als man vorher annahm. Es ist unmöglich, aus dem Ausland Fett zu beschaffen. Unberechtigt ist der Vorwurf, daß das Gewerbe- und Verkehrsamt die Händler gegenüber den Verbrauchern bevorzuge. Seit dem 1. Januar wurden an den hiesigen Handel Lebensmittel in Höhe von 5½ Millionen Mark abgegeben. Mit dem Gemüsemarkt auf dem Heideplatz hat man nicht die besten Erfahrungen gemacht; der Versuch hat abgekommen. Brotteilkarten wollte man in den Wirtschaften einführen man entschloß sich aber schließlich, bei dem einheitlichen System zu bleiben. Man werde aber bei der Frage nochmals näher treten.

Alsdann wurde der Antrag Zielowski angenommen. Er besagt im wesentlichen, daß der Magistrat erneut die Reichsregierung auf die bedenklichen Folgen der Preissteigerung hinweisen möge. Man möge Maßnahmen treffen gegen die Spekulation mit Lebensmitteln und die Einbehaltung von landwirtschaftlichen Produkten. Die Ausfuhrverbote der einzelnen Bundesstaaten sollen aufgehoben werden. Bezüglich der Lebensmittelversorgung der Stadt Frankfurt wird Einführung von Butter-, Fleisch- und Milchkarten nach dem Muster anderer Städte gefordert; auch soll nachgeprüft werden, ob sich nicht der Verkauf von städtischen Lebensmitteln in einzelnen Stadtteilen durchführen läßt.

Angenommen wurde ferner der Antrag Bueroße, der den Magistrat ersucht, das System der Brotteilkarten einzuführen, wie es schon seit längerer Zeit mit bestem Erfolg in zahlreichen Großstädten, z. B. in Berlin, München, Stuttgart, Köln eingeführt ist. Dieses System soll obligatorisch durchgeführt werden und es soll durch Anschlag in allen Wirtschaften, Gasthöfen und Kaffeehäusern darauf hingewiesen werden, daß Brot oder Brötchen nur gegen Brotteilkarten verabfolgt werden dürfen.

Einem Antrag, der für unbemittelte Schülereltern eine Konfirmation und beim Eintritt in Lehrverhältnisse um Beihilfe zur Beschaffung von Kleidungsstücken usw. ersucht, wurde nach kurzer Debatte zugestimmt, desgleichen zum Schluß dem im Dienstag-Abendblatt mitgeteilten Antrag, daß bei Anschluß des Westens an den Balkanzug Frankfurt in diese Anschlußstrecke unmittelbar einbezogen werde.

Überwachte Nahrungsmittelversorgung.

Die Kunst des Durchkommens ist heute tatsächlich nur noch eine Kunst der richtigen, rechtzeitigen, aber auch der — was sich mehr und mehr als notwendig herausstellt — streng überwachten Verteilung. Die Reichsbutterkrise, deren Einführung jetzt vorsichtige Lastversuche vorausgehen, kann nützlich werden, wenn man sich vorher über den Umfang der Vorräte und die Ursachen ihrer Knappheit endgültig klar geworden ist. Daß eine der Ursachen nicht so sehr die verminderte Einfuhr, als vielmehr die verstärkte Nachfrage ist, liegt klar zutage. Diese verstärkte Nachfrage ist durch den Mangel an andern Fetten und an Kunstbutter hervorgerufen. Man müßte sich aber weiter darüber klar werden, daß ein großer Teil der Schuld an der Butterknappheit in einer gewissen Vergeudung der Butter zu suchen ist. Die Sammelwut nervös gewordener Hausfrauen aus allen Schichten der Bevölkerung, die Vorversorgung durch Postsendungen von außerhalb und mit Hilfe mehr oder minder lauterer Kniffe der Verkäufer, der verschiedene Umfang des Bedarfs und Verbrauchs in den verschiedenen Teilen des Reichs nicht nur, sondern vielfach sogar in den verschiedenen Gegenden einer und derselben Stadt, das alles mußte berücksichtigt, verhütet und ausgeglichen werden, ist aber leider nicht berücksichtigt worden. Endlich ist klar, daß auch die vernünftigste Verteilung der Butter nicht allein, sondern nur gleichzeitig mit einer Verteilung der andern Fette, der Margarine usw., Erfolg haben kann, auch, daß die Brotkrise, die jetzt von manchen Städten vorübergehend als Butterkrise kommen kann, weil sie, so lange sie nicht ganz oder in einzelnen Abschnitten beim Butterbezug abgeliefert wird, keine ausreichende Überwachung, insbesondere auch des Händlers und Verkäufers, darstellt.

Wie sich schon aus diesen Andeutungen die Notwendigkeit nicht nur der reichlichen Beschaffung und der organisierten Verteilung der Butter, sondern auch, und zwar in allererster Reihe, die Notwendigkeit sorgfältiger Überwachung ergibt, so zeigen auch andere wichtige Lebensmittelmärkte, daß man ohne Aufsicht nicht zu einer wirklich gerechten Verteilung und Versorgung kommen kann. Die Zeitungen sind ganz mit Klagen angefüllt über hartnäckige Umgehungen des Höchstpreises durch tatsächlichen oder vorgegaukelten Ersatz inländischer, durch Höchstpreise gebundener Lebensmittel durch ausländische. Als im Herbst vorigen Jahres die Gemüse-Höchstpreise eingeführt wurden, verschwand plötzlich alles Gemüse aus dem Markt, um erst nach Wochen, nach Erhöhung der Höchstpreise, wieder aufzutauhen. Von dem Augenblick, da wir Höchstpreise für Wild bekamen, hörten auf den Berliner und andern großstädtischen Märkten sämtliche Zufuhren urplötzlich auf; der Großhandel hatte sich, offenbar weil ihm der Gewinn zu sehr beschnitten war oder weil er sich eine Einmischung in seine Preise überhaupt nicht gefallen lassen wollte, von selbst ausgeschaltet. Dafür bekamen die Bauern z. B. in der Harzgegend, in den Provinzen Sachsen und Hannover, aber sicher auch in andern Teilen des Reiches, mit einem Male Hasen und Rehe in ungeahnten Mengen und zu spottbilligen Preisen angeboten. Wir haben aus dem eigenen Munde solcher Bauern die Versicherung gehört, sie hätten bisher in ihrem ganzen Leben noch nie soviel Hasenbraten gegessen, wie nun innerhalb weniger Wochen. Dieselbe Erscheinung wiederholte sich dann nach der Einführung der Höchstpreise bei den Süßwasserfischen, die noch heute nicht oder kaum zu kaufen sind. Besonders bezeichnend waren und sind aber doch die Erfahrungen, die das verbrauchende Publikum mit dem sogenannten ausländischen Schweinefleisch hat machen müssen. Seit Wochen und Monaten verkaufen unsere Fleischer, in allen großen, aber auch in zahlreichen kleinen Städten überhaupt nur noch angeblich „ausländisches“ Schweinefleisch, in einem Umfang, der auch bei dem Gutgläubigsten Verdacht erwecken muß. Eine einfache Schätzung der feilgebotenen Mengen „ausländischen“ Schweinefleisches muß nach unserer Überzeugung feststellen, daß die tatsächliche, statistisch leicht zu erfassende Zufuhr nur einen ganz geringen Bruchteil der Mengen ausmachen kann, die als ausländisches Fleisch verkauft werden. Die neue Bundesratsverordnung, die den Verkauf ausländischen Schweinefleisches aus den Räumen, in denen inländisches Fleisch feilgeboten wird, verweist, hat nach den bisherigen Beobachtungen und Mitteilungen nur die Folge gehabt, daß noch weniger als bisher inländisches und nun erst recht „ausländisches“ Fleisch zum Verkauf gestellt wird. Die weitere Bestimmung, daß nur ein Drittel der angekauften Schweine verwurstet werden dürfen, ist von vielen Fleischern so ausgelegt worden, daß sie beispielsweise drei Schweine kauften, eines, das inländische, verwursteten, die beiden andern, die ausländischen, aber zum Verkauf stellten, selbstverständlich zu den dafür zugelassenen, die Höchstpreise weit übersteigenden Sätzen. Auch beim Käse wiederholten sich diese Erscheinungen und Erfahrungen, die, wären die Zeiten nicht so ernst, fast lächerlich wirken müßten. Heute wird der Anschein erweckt, als hätten sämtliche deutschen Käsefabrikanten plötzlich ihre Produktion eingestellt. In tausenden und abertausenden Geschäften, in denen Molkereiprodukte und Delikatessen verkauft werden, gibt es heute weder Tilsiter, noch Elbinger, noch Altgäuer Käse, sondern wiederum nur noch „ausländischen“, angeblich echten Holländer und angeblich echten Schweizer Käse, auch diese Sorten in Mengen, wie sie unmöglich eingeführt worden sein können.

Die Kontrolle, die in allen diesen Fällen unerlässlich erscheint, kann nicht Sache der Reichsbehörden sein, denen ja bekanntlich alle Exekutivorgane fehlen; sie wird am zweckmäßigsten und am einfachsten durch die Gemeinden ausgeübt, denen ja weitgehende, gesetzliche Befugnisse eingeräumt worden sind. Unter andern gibt die Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen vom 29. September 1915 die Befugnis an die Hand, durch Nachprüfung der Bücher und Rechnungen den Ursprung der einzelnen Waren festzustellen. Die Ausnutzung dieser Vorschriften würde zweifellos jeden Versuch, das Publikum zu täuschen und die Höchstpreisgesetze zu umgehen, hintanhaltend. Tatsächlich sind aber die Gemeinden, soviel man wenigstens bis jetzt weiß, anscheinend noch nirgend auf den Gedanken gekommen, die notwendige, nachdrückliche, sachverständige und regelmäßige Überwachung wirklich auszuüben. Wird eine solche Aufsicht auch fernerhin nicht ausgeübt, so könnten und müßten die Landesregierungen durch einen Hinweis auf die den Gemeinden und Preisprüfungsstellen zustehenden Befugnisse unseres Erachtens einen milden Druck ausüben. Ist aber erst einmal, auch nur in einigen wenigen Fällen, festgestellt, daß inländische Lebensmittel unberechtigtweise als ausländische und zu höhern Preisen verkauft worden sind, und wird jede nachgewiesene Schuld mit der Strenge des Gesetzes geahndet, so würde, davon sind wir fest überzeugt, der jetzt ungestraft waltende Unfug schnell aufhören.

Unsere Bevölkerung trägt die Beschwerden der Lebensmittelversorgung mit Geduld und Opferwilligkeit, aber die Sorgen, mit denen wir zu kämpfen haben, dürfen nicht unnützlich vermehrt, nicht von profitgierigen Leuten mißachtet oder gar verhöhnt werden. Das muß und wird die „starke Hand“ der zuständigen Behörden verhindern.

Kontrollierte Nahrungsmittelversorgung.

Von sehr beachtenswerter Seite wird uns aus Berlin geschrieben:

Die Kunst des Durchkommens ist heute tatsächlich nur noch eine Kunst der richtigen, rechtzeitigen, aber auch der — was sich mehr und mehr als notwendig herausstellt — streng kontrollierten Verteilung. Diese Verteilung mag nicht immer leicht, kann auch nicht immer Sache der Reichszentralbehörde sein. Die

Reichsbutterkarte,

deren Einführung jetzt vorsichtige Lastversuche vorausgehen, kann nützlich werden, wenn man sich vorher über den Umfang der Vorräte und die Ursachen ihrer Knappheit endgültig klar geworden ist. Daß eine der Ursachen nicht so sehr die verminderte Einfuhr, als vielmehr die verstärkte Nachfrage, namentlich auch seitens der arbeitenden Bevölkerung, ist, liegt klar zu Tage. Diese verstärkte Nachfrage ist durch den Mangel an anderen Fetten und an Kunstbutter hervorgerufen. Man müßte sich aber weiter darüber klar werden, daß ein großer Teil der Schuld an der Butterknappheit in einer gewissen Vergeudung der Butter zu suchen ist. Die „Sammelwut“ nervös gewordener Hausfrauen (aus allen Schichten der Bevölkerung), die Versorgung (durch Postsendungen von außerhalb und mit Hilfe mehr oder minder launiger Praktiken der Verkäufer), der verschiedene Umfang des Bedarfs und Verbrauchs in den verschiedenen Teilen des Reichs nicht nur, sondern vielfach sogar in den verschiedenen Gegenden einer und derselben Stadt, das alles müßte berücksichtigt, verhütet und ausgeglichen werden, ist aber — leider — nicht berücksichtigt worden. Endlich ist klar, daß auch die Rationierung der Butter nicht allein, sondern nur gleichzeitig mit einer Rationierung der anderen Fette, der Margarine usw., Erfolg haben kann, klar auch, daß die Brotkarte, die jetzt von manchen Städten provisorisch als Butterkarte benutzt wird, nicht dauernd für die Verteilung in Betracht kommen kann, weil sie, solange sie nicht ganz oder in einzelnen Abschnitten beim Butterbezug abgeliefert wird, keine ausreichende Kontrolle, insbesondere auch des Händlers und Verkäufers, darstellt.

Wie sich schon aus diesen Andeutungen die Notwendigkeit nicht nur der ausgiebigen Beschaffung und der organisierten Verteilung der Butter, sondern auch, und zwar in allererster Reihe, die Notwendigkeit sorgfältiger Kontrolle ergibt, so zeigen auch andere wichtige Lebensmittelmärkte, daß man ohne Aufsicht und Kontrolle zu einer wirklich gerechten Verteilung und Versorgung nicht kommen kann. Die Zeitungen sind ganz mit Recht mit Klagen angefüllt über harmtätige

Umgehungen des Höchstpreises

durch tatsächlichen oder vorgekauften Ersatz inländischer, durch Höchstpreise gebundener Lebensmittel durch ausländische. Als im Herbst vorigen Jahres die Gemüse-Höchstpreise eingeführt wurden, verschwand plötzlich alles Gemüse aus dem Markt, um erst nach Wochen, nach Erhöhung der Höchstpreise, wieder aufzutauhen. Von dem Augenblick, da wir Höchstpreise für Wild bekamen, hörten auf den Berliner und anderen großstädtischen Märkten sämtliche Zufuhren urplötzlich auf; der Großhandel hatte sich, offenbar weil ihm der Gewinn zu sehr beschnitten war oder weil er sich eine Einnischung in seine Preise überhaupt nicht gefallen lassen wollte, von selbst ausgeschaltet. Dafür bekamen die Bauern z. B. in der Harzgegend, in den Provinzen Sachsen und Hannover (aber sicher auch in anderen Teilen des Reichs) mit einem Male Hasen und Rehe in ungeahnten Mengen und zu spottbilligen Preisen angeboten. (!) Wir haben aus dem eigenen Munde solcher Bauern die Versicherung gehört, sie hätten bisher in ihrem ganzen Leben noch nie so viel Hasenbraten gegessen, wie nun innerhalb weniger Wochen. Derselbe Erscheinung wiederholte sich dann nach der Einführung der Höchstpreise bei den Süßwasserfischen, die noch heute nicht oder kaum zu kaufen sind.

Besonders drastisch und bezeichnend waren und sind aber doch die Erfahrungen, die das verbrauchende Publikum mit dem sogenannten

„ausländischen“ Schweinefleisch

hat machen müssen. Seit Wochen und Monaten verkaufen unsere Fleischer, in allen großen, aber auch in zahlreichen kleinen Städten, überhaupt nur noch angeblich „ausländisches“ Schweinefleisch, in einem Umfang, der auch dem Gutgläubigsten Verdacht erwecken muß. Eine einfache Schätzung der selbgebotenen Mengen „ausländischen“ Schweinefleisches muß nach unserer Ueberzeugung feststellen, daß die tatsächliche, ja leicht statistisch zu erfassende Zufuhr noch nicht einen Bruchteil derjenigen Mengen ausmacht und ausmachen kann, die als ausländisches Fleisch verkauft werden. Die neue Bundesratsverordnung, die den Verkauf ausländischen Schweinefleisches aus den Räumen, in denen inländisches Fleisch selbgeboten wird, verweist, hat nach den bisherigen Beobachtungen und Mitteilungen nur die Folge gehabt, daß noch weniger als bisher inländisches und nun erst recht „ausländisches“ Fleisch zum Verkauf gestellt wird. Die weitere Bestimmung, daß nur ein Drittel der angekauften Schweine verworfen werden dürfen, ist von vielen Fleischern so ausgelegt worden, daß sie beispielsweise drei Schweine kauften, eines, das inländische, verworfen, die beiden anderen, die ausländischen, aber zum Verkauf stellten, selbstverständlich zu den dafür zugelassenen, die Höchstpreise weit übersteigenden Sätzen.

Auch beim Käse

wiederholen sich diese Erscheinungen und Erfahrungen, die, wären die Zeiten nicht so ernst, fast lächerlich wirken müßten. Heute wird der Anschein erweckt, als hätten sämtliche deutschen Käsefabrikanten ihre Produktion eingestellt. In tausenden und aber tausenden Geschäften, in denen Molkereiprodukte und Delikatessen verkauft werden, gibt es heute weder Tilsiter, noch Elbinger, noch Algmäner Käse, sondern, wiederum ganz ausschließlich, nur noch „ausländischen“, angeblich echten Holländer und angeblich echten Schweizer; auch diese Sorten in Mengen, wie sie unmöglich eingeführt worden sein können.

Die Kontrolle, die in allen diesen Fällen unerlässlich erscheint, kann, wie gesagt, nicht Sache der Reichsbehörden sein, denen ja bekanntlich alle Exekutivorgane fehlen. Sie kann allein, am zweckmäßigsten und am einfachsten durch die Gemeinden

ausgeübt werden, denen ja weitgehende gesetzliche Befugnisse eingeräumt worden sind. Unter anderem gibt die Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen vom 25. September 1915 die Befugnis an die Hand, durch Nachprüfung der Bücher und Rechnungen den Ursprung der einzelnen Waren festzustellen. Die Ausübung dieser Vorschriften würde zweifellos jeden Versuch der Täuschung des Publikums und der Umgehung des Höchstpreisgesetzes hinführen; tatsächlich sind aber die Gemeinden, soweit man wenigstens bis jetzt weiß, anscheinend noch nirgends auf den Gedanken gekommen, die notwendige, nachdrückliche, sachverständige und regelmäßige Kontrolle wirklich auszuüben. Wird solche Kontrolle auch fernerhin nicht ausgeübt, so könnten und müßten die Landesregierungen durch einen Hinweis auf die den Gemeinden und Preisprüfungsstellen zustehenden Befugnisse unseres Erachtens einen milden Druck ausüben. Ist aber erst einmal, auch nur in einigen wenigen Fällen, festgestellt, daß inländische Lebensmittel unberechtigtweise als ausländische und zu höheren Preisen verkauft worden sind, und wird jede nachgewiesene Schuld mit der Strenge des Gesetzes geahndet, so würde, davon sind wir fest durchdrungen, der jetzt ungestraft waltende Unfug schnell aufgehört werden.

Unsere Bevölkerung trägt die Erschwernisse der Lebensmittelversorgung mit bewundernswerter Geduld und anerkannter Opferwilligkeit. Aber die Sorgen, mit denen wir zu kämpfen haben, dürfen nicht unnützlich vermehrt, nicht von einem Teil der Interessenten mißachtet oder gar — verhöhnt werden. Das muß und wird die „starke Hand“ der zuständigen Behörden verhindern!

Die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands

Neue Maßnahmen

K. Von deutschen Volksvertretern wie von den Behörden ist in den letzten Tagen wiederholt in überzeugender Weise dargelegt worden, daß der Plan, Deutschland im zweiten Kriegsjahr auszuhungern, ganz sicher mißlingen wird. Ein Besuch in Deutschland hat uns diese Voraussage bestätigt und einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Es ist auch für einen Schweizer von höchstem Interesse durch eigene Wahrnehmung feststellen zu können, wie die Einteilung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, sowie deren zweckmäßige Verteilung in den verschiedenen Landesgegenden planmäßig und zielbewußt vorgenommen wird, so daß weder Stauung noch Mangel entsteht. Ergibt die Durchführung großzügiger Projekte Schwierigkeiten, so wird durch Abänderung des ursprünglichen Beschlusses Abhilfe geschaffen.

Die Versorgung vieler Städte des Westens mit Speisekartoffeln war eine ungenügende. Die Kommunalverbände sind nun verpflichtet worden, am 24. Februar die Vorräte in den Händen der Gemeinden, der Händler und der Verbraucher festzustellen. Ebenso sind die Mengen aufzunehmen, welche Händler und Gewerbetreibende von Landwirten gekauft, aber noch nicht erhalten haben. Bis zum 10. März ist sodann der Fehlbedarf bei der Reichskartoffelstelle anzumelden, und diese letztere besorgt die Vermittlung. Höchstpreise aufs Frühjahr sind noch nicht festgesetzt. Aber schon heute ist den Kommunalverbänden gestattet, die bis jetzt bestehenden, sehr tief angelegten Höchstpreise zu überschreiten und im äußersten Fall für hundert Kilogramm Speisekartoffeln M. 9.50 anzulegen. Auf diese Weise wird also gesorgt für genügende Vorräte in den Verbrauchsorten und andererseits einer starken Verteuerung gewehrt. Diesen ersten Maßnahmen wird im Frühjahr eine Bestandesaufnahme bei den Landwirten folgen. Allfällige Ueberschüsse werden sodann, wie das im Vorjahr geschehen mußte, der Industrie zur Verarbeitung überwiesen.

H o l l a n d hat letzter Tage einen Teil seiner Ueberschüsse an Kartoffeln zur Ausfuhr freigegeben. Um jeder Preistreiberei sowohl bei den Verkäufern wie bei den Vermittlern vorzubeugen, hat die deutsche Regierung sofort das **E i n f u h r m o n o p o l** für Speisekartoffeln beschlossen. Holländische, ebenso dänische Speisekartoffeln können somit einzig durch die Reichskartoffelstelle eingeführt werden, und diese sorgt für die richtige Verteilung und für mäßige Preise; denn ohne Zweifel wird ihr dieses Vorgehen gestatten, einen scharfen Druck auf die holländischen Verkäufer auszuüben.

In ähnlicher Weise hat die deutsche Regierung verschiedene andere Probleme einer rationellen und verhältnismäßig billigen Ernährung der Zivilbevölkerung angefaßt und geregelt. Wo wir hinkommen, bekommen wir alles Nötige, darunter einiges reichlicher, anderes knapper. An „fleischlosen“ Tagen findet der Feinschmecker Austern, Hummer und andere Delikatessen neben zahlreichen Fischarten. Wenn diese nicht passen, der greift zu Eierspeisen und ist sich um wenig Geld satt. Butter darf in den Gasthöfen nur morgens verabreicht werden. Noch knapper ist hier und dort die **M i l c h**. Aber das Nötige ist überall vorhanden, und an festem Willen, durchzuhalten und die Maßnahmen der Behörden durchzuführen und deren Aufgabe zu erleichtern, fehlt es nirgends. Wo dies nötig

scheint, helfen Bezugskarten die Verteilung unter die gesamte Bevölkerung erleichtern. So haben in letzter Zeit verschiedene große Städte Butterkarten ausgegeben. Diesem Vorgehen ist die Regierung gefolgt mit der allgemeinen Einführung von Butterkarten, die vom 6. März an zur Ausgabe gelangen.

Die Schwierigkeiten, welche die Fleischversorgung bietet, hat die Behörden zur Festlegung von Höchstpreisen für Schweine bestimmt. Diese Maßregel hat verschiedenen Mißständen gerufen. Das hat die preussische Regierung veranlaßt, die Provinzial- und Bezirksverbände zur Regelung und Beschaffung des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh zu einem rechtsfähigen Verbande zusammenzuschließen. Die Verbände der übrigen Staaten haben Gelegenheit, sich anzuschließen, und heute schon arbeitet der Zentralviehhandelsverband preisausgleichend. Der Bundesrat hat seinerseits ebenfalls diesen Verbänden besondere Befugnisse übertragen. Ihre Vertreter bilden ein **Zwischenlied** zwischen Erzeuger und Verbrau-

cher. Sie sollen den Verkehr nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen fördern. Wo wir in Deutschland hinkommen, bemerken wir auch heute noch einen recht hohen Fleischverbrauch. Die Bestrebungen, ihn einzuschränken, werden deshalb fortgesetzt. Auch im Viehhandel hat sich der Wucher breit gemacht. Aufkäufer, die früher mit dem Viehhandel nicht beschäftigt waren, haben sich überall hineingedrängt. Ihnen ist das Handwerk gelegt worden, indem ausschließlich der legitime Viehhändler betätigt ist. Ferner hat die Regierung ein Verbot betreffend Herstellung von Fleischkonserven erlassen. Diese und andere Maßnahmen sind geeignet, ein weiteres Steigen der Fleischpreise zu hindern, ohne daß als nötig erachtet worden wäre, auch für Rindvieh Höchstpreise durchzuführen. Sollte später die Frühjahrsversorgung vermehrte Schwierigkeiten bieten, so würden die Händler nur noch als Kommissäre betätigt werden, während sie heute auf eigene Rechnung arbeiten, aber unter strenger Kontrolle stehen.

Los von der Köchin!

Weitere Zuschriften aus dem Publikum.

Die Diskussion über die Stellung der Köchinnen und Diensthöten im Bürgerhause gewinnt mit dem steigenden Interesse unserer Leserinnen einen höchst sachlichen Charakter. Aus den zahlreichen an uns gelangenden Zuschriften geht hervor, daß zwei Momente für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Hausfrau und Personal von höchster Wichtigkeit sind: das Budget des Haushalts und die Autorität, die sich die Frau durch ein System gerechter Strenge und toleranter Nachsicht zu sichern weiß. Im nachstehenden lassen wir zwei Hausfrauen zu Worte kommen, deren Ausführungen als das Ergebnis richtiger Beobachtungen und reicher Erfahrungen Beachtung verdienen:

Die Erfahrungen von 21 Ehejahren.

Eine Hausfrau schreibt uns:

„Ich bin nun 21 Jahre verheiratet und habe gefunden, daß in einem geregelten Haushalt, wo die Frau ihre Pflichten ebenso genau nimmt, wie sie es von der Köchin verlangt, sich mit wenig Ausnahmen gleich und gleich zusammenfindet. Ich habe auch im Anfang meiner Ehe nur ein Mädchen für alles gehabt und erst nach und nach ist, den sich bessernden Verhältnissen entsprechend, der Haushalt auf größeren Fuß gebracht worden. Und ich habe immer anständige und ordentliche Dienstmädchen gehabt. Ein Mädchen, von dem ich nach kurzer Zeit gesehen habe (und das sieht man eben, wenn man sich um seinen Haushalt kümmert), daß sie nicht hereinkommt, habe ich eben nicht behalten, sondern so lange gesucht, bis ich nach längerer oder kürzerer Zeit wieder eine gefunden habe, die entsprechend war. In der Zwischenzeit habe ich selbst gekocht.

Immer nur die Schuld auf einer Seite zu suchen, geht nicht an. Man muß gewiß viel Unangenehmes mit in Kauf nehmen, auch „Lauten“. Aber man muß sich da eben fragen, ob man nicht doch vielleicht zu viel verlangt, wenn man das Dienstmädchen nur als ewig gleichbleibende, auf „Arbeit“ eingestellte Maschine ansieht und nicht bedenkt, daß sie auch ihre eigenen Sorgen hat und wohl auch manchmal unter einem körperlichen Unwohlsein leidet, was wir als Frauen uns erleichtern können durch Ausruhen und etwas Pflege. Natürlich rede ich da nicht einer ungezogenen Lautenhaftigkeit das Wort, die ich vielleicht ein, zwei Tage, aber länger nicht, dulde. Ein ordentliches Mädchen versteht es dann schon, daß, wenn man es zurechtweist, sei es mit Worten oder durch kühlere Behandlung, man es sonst gut mit ihr meint.

Daß in der jetzigen Zeit ein sparsames Mädchen der Hausfrau das Wirtschaften unendlich erleichtern kann, ist sicher. Meine Köchin hat auch einige Eigenschaften, die mir nicht ganz recht sind, dafür aber andere gute, die ich sehr an ihr schätze. Da übersehe ich eben, so gut es geht, erstere und halte mich an die letzteren und finde nun immer wieder, daß man auf diese Art am besten durchkommt. Lauter Fehler hat weder die Köchin, noch hat die Frau lauter gute Eigenschaften. Wo aber beide Teile den guten Willen haben, das sich ihnen bietende Gute anzuerkennen, wird auch das Verhältnis zwischen Frau und Dienerin entsprechend sein.“

Der Diensthöte im Kleinbürgerlichen Haushalt.

Eine andere Hausfrau schreibt uns:

„Die Diensthötenverhältnisse haben sich unabweisbar in den letzten Jahren in einer Weise entwickelt, die für die kleinere Beamtenfrau unhaltbar sind. Viele haben dadurch Abhilfe zu schaffen gesucht, daß sie sich nur auf Stunden Bedienerinnen halten und den Rest der Arbeit selbst verrichten. Es gehört

hierzu vielleicht mehr Ueberwindung, als es im ersten Augenblick den Anschein hat, denn man muß nicht nur arbeiten, wozu gewiß viele Hausfrauen gern bereit wären, sondern man bekommt auch verarbeitete Hände, man muß selbst die Tür öffnen und muß einem Kaffeegast selbst servieren. Viele Damen wollen oder können sich kaum zu all dem bequemen, und werden daher wohl oder übel auch ferner mit der Köchin rechnen müssen. Ein jeder Mensch neigt mehr oder weniger dazu, sich verwöhnen zu lassen, und es gibt gar viele Häuser, in denen die Dienstmädchen nicht nur durch üppige Nahrung, sondern auch durch unbeschränkte Selbständigkeit sehr verwöhnt werden. Erstere geschieht, weil in solchen Häusern überhaupt großes Wohlleben herrscht, letzteres wird aber mehr durch die Kommodität als durch die Humanität der Hausfrau veranlaßt. Ein Mädchen aus solchem Hause zu übernehmen, ist für die weniger bemittelte Hausfrau wahrlich kein Vergnügen, und es wird ihr nur selten gelingen, das so verzogene Mädchen wieder umzuerziehen.

Einen zweiten Uebelstand gibt es für die praktische Schulung der Dienstmädchen, das ist die unzulängliche Erfahrung gar mancher Frau in der Häuslichkeit. Man kann nur andere lehren, was man selbst kann, und man kann nur richtig rügen, wenn man die Sache selbst versteht. Manche Frauen müssen sich unbedingt Mädchen halten, die mehr verstehen als sie selbst, und das haben die oft intelligenten Mädchen gleich weg. Sie nehmen sich dann viel heraus, in der sicheren Voraussetzung, daß sie unentbehrlich sind, und die Frau — in Angst vor häuslichen Krisen — läßt es sich gefallen.

Es gibt aber auch Frauen, die ihre Unkenntnis in der Wirtschaft nicht einsehen und in der Ueberzeugung, befohlen zu müssen, die widersinnigsten Anforderungen an die Mädchen stellen. Diese sind es, die in Unkenntnis der Verhältnisse auch jetzt in der Kriegszeit den Umständen nicht Rechnung tragen. Wie wäre es sonst möglich, daß man in den Klagen über die Dienstmädchen immer wieder liest: Die Mädchen brauchen seit der Kriegszeit die doppelte Zeit zum Einkauf, während jede kleine Bürgerfrau weiß, daß sie Stunden vergeuden muß, die sie notwendig im Hause zur Arbeit brauchen würde, um ihren kleinen Bedarf zusammenzutragen. Jeder Käufer weiß, daß er, um sich ein paar Zigaretten zu beschaffen, die er sonst im Vorübergehen besorgte, oft den ganzen Bezirk abläuft; aber es scheint noch immer Hausfrauen in Wien zu geben, die nicht wissen, daß es mit den Nahrungsartikeln ähnlich beschaffen ist und daß man nach zweistündigem Stehen am Markte nicht nur ungenießbare, sondern oft gar keine Kartoffeln heimbringt. Jede tüchtige Hausfrau Wiens wird, glaube ich, mir recht geben, wenn ich behaupte, daß die Unkenntnis der Hausfrau der größte Schade in der Dienstmädchenfrage ist.

Ueber den Ruß und Luxus hätten die Damen besser nicht schreiben sollen, denn der moderne Diensthöte kümmert sich nicht darum, wofür der Diensthöte seinen verdienten Lohn verwendet. Im übrigen ist sehr zu fürchten, daß die Damen in dieser Frage alle Schneiderrechnungszählenden Ehemänner gegen sich haben. Politischer wäre es, die Ehemänner in möglichst guter Stimmung zu erhalten, denn wer weiß, welche Anforderungen die Köchinnenfrise noch an unsere Mägen stellen könnte!“

Unsere Konsumverhältnisse.

Schon in Friedenszeiten machte sich der Mangel einer Konsum- und Produktionsstatistik in Oesterreich-Ungarn wiederholt unangenehm fühlbar; ganz besonders wurde er jedoch im Kriege bei der Erlassung aller notwendigen Kriegswirtschaftlichen Maßnahmen empfunden. Die meisten Spar- und Streckungsverordnungen wurden auf willkürlichen Voraussetzungen aufgebaut und mußten aus diesem Grunde wiederholte Abänderungen erfahren. Dieses Versäumnis kann während des Krieges nicht nachgeholt werden. Es ist daher um so verdienstlicher, wenn Theoretiker und Praktiker die Lücke, die beim künftigen Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft von weitgehenden Folgen begleitet sein könnte, wenigstens teilweise auszufüllen trachten, indem sie auf Grund von zerstreuten Daten und Schätzungen ein der Wirklichkeit möglichst nahekommendes Bild der Konsumverhältnisse der Monarchie zeichnen. So behandelt Handelskammersekretär Dr. Pistor in seinem an dieser Stelle bereits besprochenen Buch „Die Volkswirtschaft Oesterreich-Ungarns und die Verständigung mit Deutschland“ in einem speziellen Abz. den Konsum an den wichtigsten Waren in der Monarchie, dem nachfolgende interessante Daten entnommen sind.

Der Verfasser vergleicht den Konsum pro Kopf der Bevölkerung in Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Frankreich, England, Rußland und Italien in den Jahren 1900, 1906 und 1912 für folgende Waren: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Kartoffeln, Fleisch, Kaffee, Kakao, Tee, Reis, Verbrauchszucker, Salz, Bier, Wein, Branntwein, Tabak, Petroleum, Steinkohle, Braunkohle, Eisenerze, Roheisen, Baumwolle und Zute.

In Edelgetreide (Weizen, Roggen und Gerste) fällt zunächst die außerordentliche Steigerung des Konsums in den Jahren 1900 bis 1912 auf und erklärt bis zu einem gewissen Grade die ungünstige Gestaltung des heimischen Exports in diesen Produkten. Die Bevölkerung hat sich besser genährt und hat gemäß den besseren Ernteerträgen überraschend mehr Brotfrüchte verzehrt. (Sprung in der Monarchie in der Gesamtziffer von 179 auf 273, in Deutschland nur von rund 304 auf 324, in Frankreich von 253 auf 332 Kilogramm.) Das fleischessende, nur von der Getreideeinfuhr lebende England ist mit rund 200 Kilogramm unverändert geblieben, während Rußland mit der Menge und der Verdoppelung des Konsums (von 233 auf 427 Kilogramm) den Rekord hält. (Bei der österreichischen Ziffer ist der Einfachheit halber angenommen, daß der nicht weiter beachtete Gerstenkonsum für Brauereizwecke durch den Konsum von Mais zur menschlichen Nahrung — wie er im Südosten Ungarns erfolgt — ungefähr ausgeglichen werde.)

In Deutschland, Frankreich und gar Rußland gemessen, hat der Konsum an Edelgetreide der Monarchie noch immer nicht das Durchschnittsnormale von rund 300 Kilogramm erreicht. Auch im Kartoffelkonsum bleibt die Monarchie hinter Deutschland und Frankreich zurück. (337,5 Kilogramm gegen 593 Kilogramm in Deutschland und 361 Kilogramm in Frankreich im Jahre 1905, für welches Jahr für alle Länder Ziffern bekannt sind.) Nun sind aber gerade Brotfrucht und Kartoffeln die Hauptnahrung des Bauern und des Hilfsarbeiters, wie überhaupt jener Bevölkerungsschichten, die bei bescheidenen Einkommen von dieser Art Kost sich nähren und nähren müssen.

Wenn aber schon beim Konsum von Brotfrucht und Kartoffeln — den Gesamtziffern nach — gepart wird, läßt dies darauf schließen, daß es mit dem Verdienst der Bevölkerungsmassen bescheiden bestellt ist. Diese Anschauung wird durch den Konsum in den sonstigen wichtigsten Konsumartikeln bestätigt. Der Konsum von Fleisch ist der niedrigste unter den vier größten westlichen Kulturstaaten (29,9 Kilogramm gegen 52,6 in Deutschland, 33,6 in Frankreich und 47,6 in England). Jedenfalls steht er um 40 Prozent hinter Deutschland zurück. Stichproben bei der ländlichen und arbeitenden Bevölkerung bestätigen die Sachlage. Der Bauer, zum Beispiel in den deutschen Alpengegenden, ißt kaum ein- oder zweimal wöchentlich Fleisch, der Arbeiter in der Stadt ist weit davon entfernt, es sich täglich leisten zu können; in den wirtschaftlich rückständigen Gegenden ist das Fleisch nur eine Feiertagskost. Unter anderen Umständen würde man in der Monarchie mit dem Viehstand bei der fast vollständigen Sperrung der Grenzen schon längst nicht mehr ausgekommen sein.

• Hervorhebung verdient, daß das Zuckerexportland Oesterreich zu den sparlichsten Konsumenten von Zucker gehört (ähnlich wie Rußland, 13 Kilogramm gegen 19 in Deutschland, 15 in Frankreich und 37 in England), was allerdings weitgehend auf die hohe Besteuerung dieses Nahrungsmittels zurückzuführen ist. Ungleich sparsamer als Deutschland ist die Monarchie in Salz (14,8 Kilogramm gegen 24,6 in Deutschland), trotz des außerordentlichen Salzreichtums der Monarchie, auch in Petroleum (6,2 Kilogramm gegen 17,3 in Deutschland). Die Höhe der letzteren Ziffer in Deutschland ist trotz des dortigen größeren Konsums von elektrischem Licht nach Ansicht der Fachleute nicht auf den Verbrauch zu Motoren, sondern auf die höhere Kultur, das Bedürfnis nach ausreichender Beleuchtung, auch auf dem flachen Land zurückzuführen, nicht zum geringsten auf das größere Vesebedürfnis. In Kaffee, Tee und Reis verbraucht die Donaumonarchie nur rund die Hälfte des reichsdeutschen Durchschnittskonsums, in Kakao gar nur rund ein Fünftel. Im Branntweinkonsum übertrifft allerdings die Monarchie Deutschland (10,5 Liter gegen 6,3 Liter). Der Konsum in Baum-

wolle und Zute macht ungefähr die Hälfte des deutschen aus (5,43 Kilogramm gegen 10,84 Kilogramm), in Kohle ein Drittel (1104 gegen 3619 Kilogramm), in Roheisen ein Fünftel (33 gegen 253 Kilogramm).

Zu diesen Ergebnissen der Aufstellung macht Dr. Pistor folgende Schlussbemerkung: Wenn man die industriell-städtische Entwicklung als die höchste moderne Entwicklung ansieht, ergibt sich, wie gering diese Entwicklung trotz allen Aufschwunges bisher in Oesterreich-Ungarn war, da diese nicht die Hälfte der Gesamtbevölkerung umfaßt. Die größere Hälfte kommt demnach weder als Produzent noch als Konsument im Stil vollentwickelter moderner Staaten in Betracht. Daß es in der Monarchie an vollauf befriedigender Betätigung, Verdienstmöglichkeit und Wertung des Menschenmaterials mangelt, geht, abgesehen von den wenig befriedigenden Daten der Konsumstatistik, noch aus dem traurigen Stand der Auswanderung hervor.

Die Verteuerung des Kaffees.

In den letzten Tagen hat die lebhaftere Nachfrage nach Kaffee dazu geführt, daß viele Geschäfte Rohkaffee nicht mehr verkaufen und gebrannten Kaffee nur in kleinen Mengen von einem Achtel- bis einem Viertelfilogramm abgeben. Besonders die billigeren Sorten sind nur in geringeren Mengen zu haben, weil die Nachfrage danach am größten ist. Anderswo fehlen wieder die teuersten Sorten. Auch in Deutschland haben in der letzten Zeit Angstläufe stattgefunden, manche Leute bevorzugen den Rohkaffee, den sie aufspeichern, um bei einer neuerlichen Verteuerung Vorräte zu haben. Das hat die Behörden in einzelnen deutschen Städten veranlaßt, den Verkauf von ungebranntem Kaffee an Private ganz zu untersagen, um Aufstapelungen zu verhindern. Diese Angstläufe haben ihren Grund in den großen Preissteigerungen, die der Kaffee in der letzten Zeit erfuhr. Noch im Oktober bezahlte man für ein Kilogramm Rohkaffee in Wien im Kleinhandel 3.60 bis 5.60 Kronen, für gebrannten Kaffee 4 bis 6.20 Kronen, obwohl er auch da schon teurer geworden war als vor dem Kriege. Im Juni 1914 hatte man Rohkaffee in Wien für 3.20 bis 5.20 Kronen, gebrannten Kaffee für 3.60 bis 5.60 Kronen bekommen. Heute sind die Kaffeepreise gewaltig in die Höhe gegangen, heute muß man in vielen Großhandlungen den schlechtesten Kaffee mit 6 Kronen, die besseren Sorten mit 8 Kronen und höher bezahlen. Einzelne Geschäfte geben den billigsten Kaffee nicht unter 6.40 Kronen ab. Für diesen Preis konnte man noch im Dezember die besten Sorten erstehen.

Die Ursachen dieser gewaltigen Preissteigerungen, die besonders in den letzten sechs Wochen einsetzten, sind die, daß jetzt der Bedarf an Kaffee größer ist als in Friedenszeiten. Die Soldaten bekommen im Felde und im Hinterland mehr Kaffee, als sie früher tranken; viele Leute sind gezwungen, in dieser Zeit der Feuerung andere Nahrungsmittel durch Kaffee zu ersetzen. In den Wiener Kaffeehäusern wird jetzt mehr Schwarzer verbraucht als sonst, weil der Milchkaffee nachmittags eingeschränkt wurde. Der Kaffeeverbrauch in Friedenszeiten ist in Oesterreich an 900.000 Säcke, jetzt ist er weit größer. Die Vorräte im Inland haben sich verkleinert. In Holland sind die Kaffeepreise gewaltig gestiegen. Ehe es so weit war, wäre es vielen Wiener Großhandlungen möglich gewesen, sich größere Vorräte aus dem Ausland zu beschaffen. Sie hatten sich darauf verlassen, von der Regierung eine größere Menge Kaffee zugewiesen zu erhalten, weil sie verkautbaren ließ, daß etwa 120.000 Säcke in den Handel kommen würden. Die Zuweisung hat sich aber verzögert; mittlerweile ist die Zeit für günstigeren Bezug versäumt worden. Nun ist die Einfuhr durch die Preistreiberien im Ausland und durch den hohen Kurs des ausländischen Geldes erschwert. Das wirkt auf den Kaffeeverkauf im Kleinen nach. In Deutschland wurde bekanntgegeben, daß auf lange Zeit genügende Vorräte im Lande seien, daß Angstläufe unbegründet seien. Wir wissen noch nicht, wie groß die Vorräte im Inland sind. Heute bezahlt man vielfach schlechten Kaffee bei uns um die Hälfte und mehr über dem Friedenspreis. Da der Kaffee ein wichtiges Genußmittel weiter Volkskreise ist — viele Arbeiter und Arbeiterinnen in einzelnen Gebieten Oesterreichs kennen keine andere Kost als Kaffee und Erdäpfel —, wäre es angezeigt, daß die Regierung bekanntgebe, welche Vorkehrungen sie für die Kaffeerversorgung der nächsten Zeit getroffen hat.

„Los von der Köchin!“

Aus dem Christlichen Verband weiblicher Hausbediensteter wird uns geschrieben:

In einem Wiener Blatte wurde kürzlich ein ganzer Feldzug gegen die Köchinnen und Dienstmädchen unternommen. Gewiß, es muß zugegeben werden, auch im die-
 renden Stand gibt es Elemente, die ihre Pflichten nicht mit jenem Ernst und jener Hingabe erfüllen, die rechte Berufsausübung immer verlangt. Aber jene Schilderungen waren doch von größter Einseitigkeit. Warum wird dort nicht von jenen Mädchen gesprochen, die freiwillig ihre Arbeit vermehren und ihren Lohn erniedrigen von dem Augenblicke an, wo der Herr des Hauses den Tod auf dem Schlachtfelde erlitten hat, oder von jenen Mädchen, welche sich nicht scheuen, ihr eigenes Ersparnis in den Haushalt, in dem sie dienen, zu stecken, um die oft nötigen Anschaffungen, zu denen die karge Mittelstandspension nicht ausreicht, zu ermöglichen? Von solchen Mädchen wußten jene Klagen nichts zu erzählen, aber Schreiberin dieses kennt solche Mädchen. Sparen soll das große Motto „Los von der Köchin“ begründen. Sparen bei der Köchin; es gibt Häuser genug, wo sich das Sparen aber auch nur auf die Köchin und das Dienstpersonal beschränkt, wo Stubenmädchen und Köchin sich mittags gemeinsam mit einer Knackwurst begnügen müssen, während am Herrschaftstisch Rehfiletts stehen. Die Dienstmädchen verlangen nicht die gleiche Kost wie die Herrschaft; Rehfiletts dem Personal und in der Küche sind ein Luxus, aber es soll und muß eine gesunde und ausreichende Kost gegeben werden, der Mensch, der den ganzen Tag sich führen muß, der physisch arbeitet und mitunter recht schwer, der braucht genügende Nahrung. Und wie sieht das Sparen in manchem Haushalte aus? Man gehe doch einmal abends über die Ringstraße oder zum Theaterischluß in irgend eines unserer größeren Vergnügungslotale. Mehr Menschen hat man selten die Straßen füllen sehen, gepudzte Menschen, lachend, vergnügt und die großen teuren Restaurationen sind bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Gewiß, es gibt auch unter den Köchinnen noch viele, welche das Sparen noch nicht gelernt, welche noch nicht so viel Gemeinsinn erworben haben, um das Sparen im Interesse des allgemeinen Wohles jetzt als ihre Pflicht zu erachten. Hier muß eben mit praktischer Aufklärung entgegengearbeitet werden, mit praktischer Aufklärung in der Form von Koch- und Haushaltungsvorträgen, von Flugblättern, Anschlägen, Ausgabe von Rezepten usw. Praktische Aufklärung in freundlich, gutgemeinter, sozial verständiger Form. Ueber Antrag des Christlichen Verbandes der weiblichen Hausbediensteten werden jetzt in allen Wiener Bezirken von der Frauenhilfsaktion aus Kochvorträge für Hausfrauen und Dienstmädchen gehalten. Gehässige Schreiberien aber sind nie und nimmer geeignet, zwei Stände, die so sehr miteinander leben und arbeiten müssen, wie Hausfrau und Dienstmädchen, auch wirklich durch gegenseitige Hochschätzung und rechte Würdigung zusammen zu führen. Wir christlichen Wiener Dienstmädchen lehnen sie entschieden ab, und wir wissen, daß viele Hausfrauen uns beistimmen.

Das heilige Brot.

Seit neunzehn Jahrhunderten haben wir christliche Kirchen und christliche Staaten, besitzen wir eine Gemeinschaft des Denkens, also eine Organisation des Geistes, in deren Reich die Sonne nicht untergeht, aber die tiefen Symbole des christlichen Glaubens sind nirgends äußere Tatsächlichkeit einer schaffenden Organisation geworden. Aus den Vorstellungen einer fernen Vergangenheit, aus Not und Drang hilfloser Massen in dunkler Zeit geboren, enthalten die heiligsten christlichen Symbole tiefe Beziehungen zur Nahrungsnot der Massen, zu Speise und Trank, zu Brot und Wein. Nichts galt unseren Ahnordern so voll geheimnisvollen Wertes, so voll der Weihe als das Brot; es war ihnen nicht nur der Inbegriff des Lebens, des Arbeitslohnes und des Genusses der einzelnen, sondern auch der sozialen Gemeinschaft. Deshalb lebt in allen sozialen und ethischen Ueberlieferungen dieser Zeit immer der Gedanke auf, daß das Brechen des Brotes eine heilige Handlung sei, ein Priesteramt, dessen Würde über die Alltätigkeiten des Daseins erhebt. Ohne Brot kein Leben, ohne Brot keine menschliche Gemeinschaft! Das ist der soziale Sinn dieser weihenollen Bilder und Handlungen, die die Menschheit übernommen hat und die noch heute für Millionen Menschen tiefe, mystische Worte darstellen. Alles Leben, die gesamte körperliche und geistige Kraft der Völker hängt vom Brot ab, das sie essen können. Das Brot wird die Grundlage unserer gesamten Entwicklung und es wird mehr und mehr die treibende Kraft, die alles bewegt, je mehr die Kraft des einzelnen angespannt wird, um höchste Leistungen zu erzielen.

Weit hat sich die wirtschaftliche Wirklichkeit im Laufe der Jahrhunderte von dem alten Symbol des Brotbrechens entfernt; in die Irre sind wir gegangen und haben alle Paradiese verkauft für diesen Irrtum. Die alten Patriarchen der jüdischen Stämme, die durch die Wüste zogen, verstanden den Sinn des Lebens besser als wir nach den Triumphen, die menschlicher Geist und menschliche Kraft in den letzten Jahrtausenden erlebt haben. Maschinen und Land, Kapital und Besitz wurden uns zu den allbestaunten Gütern der Menschheit und ihnen galt alle staatliche Organisation, galt das Ziel aller menschlichen Wünsche, galt unsere Kraft und unsere Mühe.

Und doch — was nützen alle Güter der Erde, wenn die schaffende Kraft des Menschen fehlt! Sind wir schon dann allein reich, wenn wir Maschinen und Rohmaterialien haben, können wir dann leben und wirken? Nein, wir bleiben Unfähige und Uernährte, wenn der Mensch nicht kommt, der mit seiner persönlichen Kraft die neuen Werte hervorzaubert, aus der Scholle Frucht und also aus Steinen Brot macht!

Die kapitalistische Gesellschaft hat den Wert der Produktion wohl erkannt. Aber nicht sie hat den Sinn dieser Produktion verfehlt und seinen Hauptträger verkannt. Wir haben das Rohmaterial und die

Maschine geschützt und den Menschen haben wir ungeschützt gelassen. Vor allem aber haben wir nicht begriffen, daß der Mensch nicht geschützt wird, wenn man vergißt, daß seine Arbeit nach Leistung und Stärke bedingt wird von der Menge und Art der Nahrung, die er erhält. Wir sind nicht mehr Nomaden, die durch die Wüste irren. Wir sind nicht mehr Patriarchen, die den Wert des Brotes anerkennen, wir sind Menschen, die großen stofflichen Reichtum besitzen, aber wir sind auch Narren, die diese großen Reichtümer vergeuden, denn wir treiben Raubbau mit dem kostbarsten Material, „mit dem Menschen“. Deshalb bleibt die staatliche Organisation am Stofflichen hängen und das Leben der Völker verwandelt sich mehr und mehr in ein Chaos von Gegenätzen, in den Kampf um das Brot. Was würden wir von einem Hausvater denken, der viel Geld zu erwerben sich müht, der aber seine Kinder darben läßt, weil er vermeint, der Sachbesitz sei sein eigentlicher Reichtum und nicht sein Geschlecht, sein Fleisch und Blut? So wie dieser Hausvater handeln wir heute gesellschaftlich. Das ist der Sinn unserer Gesellschaft, der Sinn unseres Staates, der qualvolle Sinn des gesellschaftlichen Seins in unseren Tagen.

Der Mittelpunkt aller staatlichen Bestrebungen war uns bisher das formelle Gesetz. „Wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein“ — diesen Ausspruch Goethes könnte man dahin abwandeln, daß, wo uns organisierte Hilfe fehlt, ein Gesetz die soziale Blöße bedecken muß. Anstatt Horte zu schaffen und praktischen Jugendschutz zu treiben, haben wir zuerst die Strafgesetzgebung für die Jugend bekommen, kommt zuerst das Verbot, die Strafe und lange später erst die einzige wirkliche Hilfe, die vorförende Tat!

Der Mensch kann sich nicht vorstellen, daß die Welt entstanden ist, ohne geschaffen zu werden, die Gesellschaft aber vermeint noch immer, durch Befehls- und Verbots- worte zu regieren und nicht durch die schöpferische Arbeit. Aus nichts kann nur Sein entstehen, wenn wir schaffen. Deshalb genügt es nicht, daß wir erhöhte Leistungen von den Menschen durch Zwangsgesetze fordern, auch die Arbeitskraft des einzelnen kann nur geschaffen werden, und ihre Erschaffung heißt Nahrung! Des Arbeiters Konsum ist nicht einfach Verbrauch, sondern Produktion der Arbeitskraft. In kurzem wird in Wien ein Kongress tagen, der sich eingehend mit dem Problem der Bevölkerungspolitik befassen soll; im preussischen Abgeordnetenhaus hat Minister Sydow einen feurigen Appell an die deutschen Frauen gerichtet, man solle doch mehr Kinder zeugen, der Wille zum Kinde sei das ethische Element im Frauenleben. Wozu der Appell? Arbeiterfrauen und Landfrauen sagen immer wieder, sie möchten viele Kinder haben, wenn sie nur für sich und für sie auch satt zu essen hätten! Selbst Frauen, die vier und mehr Kinder sterben sehen mußten, weil sie nicht imstande waren, ihre Lebenskraft durch das nährende Brot zu sichern, sprechen immer wieder von dem Glück der Mutterchaft. Nicht die Frau ist es, die nicht mehr gebären will, außer jenen Frauen, die da zu viel haben und aus materiellen Gründen, damit das Vermögen nicht geteilt werde, oder aus Hang zum Genuß nicht Kinder wollen; aber ohne Brot gibt es kein Leben, weder Nachzucht noch Aufzucht der Generation!

Das tägliche Brot.

In den Mittelpunkt alles Interesses hat der Krieg die Versorgung mit Brot gestellt. Brot, das ist Rettung des Lebens, und keine andere Rücksicht dürfte den Staat leiten als die Rücksicht auf dieses Brot. Was die Menschen essen, das zahlen sie mit der Kraft ihrer Arbeit, mit der Steigerung der Produktion, mit der erhöhten Entwicklung des gesamtstaatlichen Lebens. Es ist kein Zufall, daß die entwickeltesten Völker Europas das englische und das deutsche Volk geworden sind. Ihre Nahrungsmenge auf den Kopf war höher — wir sagen nicht genügend —, höher als der Anteil der anderen Völker. Der Hausweber kann niemals die Arbeitsintensität und die organisierte geistige Kraft des Metallarbeiters aufbringen, weil sein Nahrungsausfall seine Entwicklung hindert.

Hat heute die Gesellschaft das Recht, von der Arbeiterfrau Kinder zu verlangen, wenn wir immer wieder vergeblich an die Tür pochen, damit endlich den Müttern durch die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge geholfen werde? Das Martyrium der Mütter ist manchmal größer als das Martyrium des Schützengrabens. Auch das ist ein Sittengebot: Menschen, für die kein Essen da ist, dürfen nicht geboren werden. Bewunderungswürdig ist trotz allem der Drang der Frauen nach dem Kinde: Manche, die vier und mehr Kinder begraben haben, verlieren den Mut nicht und geben dem nächsten das Leben. Die alten Patriarchen hatten das Recht, dem Volke zuzurufen: Seid zahlreich wie der Sand auf'm Meere! — Die heutige Gesellschaft hat das Recht nur bedingt: Wer kein Brot hat für alle, die geboren werden, der darf nicht verlangen, daß Leben werde!

Die Gesellschaft wollte nicht sehen, der Staat nicht hören, aber der Krieg zwingt uns, Auge und Ohr zu öffnen. Zum erstenmal muß der Staat für das Brot sorgen, wird die heilige Handlung des Brotbrechens wieder die Aufgabe der Allgemeinheit, die durchgeführt werden muß, mag sie dem inneren Wesen der heutigen Gesellschaft — einer Gesellschaft von Sachgüterbesitzern — auch noch so fremd und feindlich sein. Wenn auch Minister sagen, die Verstaatlichung sei eine Forderung extremster Marxisten, sie müssen doch verstaatlichen. Mag es zaghaft, unzulänglich und mit kleinem Erfolg geschehen, es muß geschehen, und das zeigt uns den Weg.

Nicht nur im Kriege soll die staatliche Gemeinschaft die Brotversorgung, die Lebenserhaltung der Massen in den Mittelpunkt ihrer Sorge stellen; auch im Frieden darf sie nicht allein Gesetze geben und die Polizeiaufsicht führen: die erste Aufgabe des Staates sei: im Mittelpunkt aller Sorgen der Gesellschaft stehe für alle Zeiten die Sorge um das Brot! Denn nach dem Kriege wird das nicht mehr eine Frage sein, die man lösen kann oder nicht, sie wird die Frage von Sein oder Nichtsein werden, die Lebensfrage der Gesellschaft! Ohne Brot keine Arbeitskraft, ohne sie keine Produktion, ohne Produktion kein Reichtum, und Reichtum in jeder Form werden wir haben müssen, denn wir sind eine bettelarme Welt geworden. Reichtum ohne wohlgenährte Menschen, das ist unmöglich, solange die Maschine nicht selbst organisiert, sondern Leitung, Führung und Handhabung verlangt.

Deshalb muß der Mensch vor allem die Fürsorge des Staates

fordern und das tägliche Brot wieder das Symbol der Gesellschaft werden. Gutes, reichliches und billiges Brot, das entscheidet über den Frieden nach dem Kriege, denn das Brot formt den Geist und den Körper des Einzelnen und der Gesamtheit.

Kann der Staat aber das reichliche und billige Brot nicht schaffen, reicht sein Gesetz und seine Autorität nicht aus, dann muß er aus eigenen Mitteln das Einkommen des einzelnen dem teuren Brot anpassen, so wie er die Unterhaltsbeiträge der Mütter erhöhen muß, weil in ihnen die Kraft des kommenden Lebens ruht und das reichliche und billige Brot heute fehlt. Und der Staat, der sich christlich nennt, muß endlich begreifen lernen, daß die tiefsten Symbole der Religion auf die wahren Quellen des Lebens hinweisen und die Gesetze der Gesellschaft in diesen tiefsten Erkenntnissen ursprüngliches Menschen schlummern. Aber nicht das Wort schafft den christlichen Staat, auch hier wirkt nur die Tat. Der Kampf der arbeitenden Massen aber darf nicht ruhen, bis die staatliche Organisation geschaffen ist, die das Brot für alle bricht und alle Symbole in wirkende Gegenwart verwandelt.

6. Juni 1916

Minderwertiger Nahrungsmittelerfab.

Das Polizeipräsidentium erläßt auf Grund der neuesten Untersuchungen und Erfahrungen folgende Warnung, die nicht nur den Konsumenten, sondern auch den Händlern frommen möge:

1. Neuerdings sind häufig in billigeren Bürsten, besonders Leberwürsten, größere Mengen unverdaulicher Stoffe wie Nadenband (auch Haarwachs genannt), Geraspfeifen (große Nbern), Flechten und ähnliche fehnige, unverdauliche Abfallstoffe des Großviehs festgestellt worden. Durch den Zusatz solcher Stoffe wird die Wurst zum Teil unverdaulich, also erheblich verschlechtert. Solche Zusätze sind als Verfälschungen im Sinn des Nahrungsmittelgesetzes anzusehen und strafbar.

2. Das unter den Namen Salatöl-Ersatz Badruska, Salatan, Salatin und ähnlichen Phantasienamen in den Verkehr gebrachte angebliche Ersatzmittel für „Salatöl“ bestand in allen zur Untersuchung gelangten Fällen nur aus einem 98- bis 99prozentigen wasserhaltigen dünnen Pflanzenschleim, der mehr oder weniger gelb gefärbt und teilweise auch mit dem Konservierungsmittel Benzoesäure versetzt war. Der für dieses Produkt in der Regel im Kleinhandel geforderte Literpreis von 1.20 bis 1.60 Mark — sogar 2.60 Mark wurden gefordert — ist keineswegs angemessen, sondern übermäßig hoch. Herstellern und Verkäufern droht Strafe nach § 5 der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915.

3. Als Ersatz für Butter unter den Bezeichnungen „Vollmilch-Produkt“, „Brotaustrich“, „Butter-Ersatz“ und dergleichen werden jetzt Mischungen von Sauermilchquark mit Zucker und gelber Farbe in den Verkehr gebracht, die in keiner Weise als Ersatzmittel für Butter in allen Fällen gelten können. Auch hier ist der geforderte Preis, d. B. von 2.20 Mk., viel zu hoch. Diese Produkte würden eventuell als Halbfettkäse angesehen sein, für die der Höchstpreis von 80 Pf. das Pfund durch die Verordnung vom 13. Januar festgesetzt ist. Da aber diese Verordnung alle erlaubten Käsearten aufzählt, nicht aber solche Butterersatz-Erzeugnisse und da weiter die Herstellung nicht genannter Käse durch diese Verordnung verboten wird, sind Hersteller und Verkäufer solcher Erzeugnisse strafbar.

4. Die Milchknappheit hat die Milchhändler vielfach zu einer Mischung von Vollmilch und Magermilch veranlaßt. Derartige Mischungen müssen nach der Polizeiverordnung vom 5. Mai 1907 und 20. Juli 1911 unbedingt als „Magermilch“ zu dem Höchstpreis von 22 Pfennig das Liter und in den polizeilich vorgeschriebenen roten Kennen mit deutlicher Aufschrift „Magermilch“ in den Verkehr gebracht werden. Wer Vollmilch mit Magermilch mischt und die Mischung als „Vollmilch“ oder unter anderer Bezeichnung als „Magermilch“ verkauft, macht sich eines Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig.

Vergehen der fraglichen Art werden von den hiesigen Gerichten in den zahlreichen jetzt vorgekommenen Fällen mit den schärfsten Strafen geahndet.

6. III. 1916

Der Einfluß des Krieges auf die Lebensmittelversorgung von Berlin.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 5. März.

Der Oberbürgermeister von Berlin Erzellenz Vermuth äußerte sich in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Lokalanzeiger“ über die Lebensmittelversorgung der Berliner Bevölkerung, über die er sich trotz einiger gegenwärtiger Schwierigkeiten in der Beschaffung einzelner Nahrungsmittel im allgemeinen günstig aussprach, und über die neuen Steueranforderungen der Stadt Berlin, die zu einem von hundert auf hundertsechzig Prozent erhöhten Gemeindesteuereinzuschlag zur staatlichen Einkommensteuer führen werden.

Erzellenz Vermuth sagte am Schluß der langen Unterredung: „Wegen des erfolgreichen Ausganges unseres Existenzkampfes sind wir ohne Wandel von hoher Zuversicht durchdrungen. Auch der einzelne Bürger, ob reich oder arm, darf sich über besonders drückende persönliche Beschwerden nicht beklagen, die augenblicklichen Versorgungsschwierigkeiten treffen nahezu die ganze Bevölkerung gleichmäßig. Gerade der Krieg hat außerordentlich gleichmachend den verschiedenen Bevölkerungsschichten gegenüber gewirkt. Infolge der notwendig gewordenen Zuteilungen hat sich die Lebenshaltung der verschiedenen Stände genähert. Der Luxus ist außerordentlich stark eingeschränkt, und anderseits bewirken die Brotkarte, die Butterzuteilung, das alle gleichmäßig treffende Haushalten mit den Nahrungsmitteln überhaupt, daß sich in den wohlhabenden und den weniger bemittelten Familien die Ernährungsverhältnisse sehr

ähnlich geworden sind. Manche Nahrungsmittel sind infolge der städtischen Nahrungsmittelpolitik sogar den Armeren in der Bevölkerung leichter zugänglich als den Reichen. Wir müssen dankbar sein, daß uns die ausreichende Lebenshaltung vollkommen gewährleistet ist, daß mit verschwindenden Ausnahmen unsere Städte und Provinzen unberührt sind und weiter blühen.“

Aktuelle Approvisionierungsfragen.

Donnerstag den 2. d. fand im Rathaus unter Vorsitz des Abg. Kraft und in Anwesenheit des Bundesobmannes Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Sitzung der Geschäftsleitung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt. Nach Erledigung einer größeren Anzahl laufender Angelegenheiten kamen Approvisionierungsfragen zur Sprache. Zunächst wurde über die Mängel der Kartoffelversorgung berichtet, die zum großen Teil auf das ungarische Ausfuhrverbot zurückzuführen sind. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Maßnahmen zur richtigen Verteilung der Kartoffeln nicht immer zweckentsprechend waren. Aus vielen passiven Bezirken wurden Kartoffeln unter der Zusage der späteren Rückerstattung abgezogen, die Rückerstattung konnte jedoch vielfach nicht erfolgen. Durch das Ein- und Herführen der Kartoffeln werden auch die Preise verteuert. Sämtliche Anwesende gaben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß in der so wichtigen Frage der Kartoffelversorgung die Regierung unbedingt mit aller Tatkraft eingreifen müsse. Es wurde ferner die bedenkliche Erhöhung der Kaffeepreise zur Sprache gebracht und die Forderung aufgestellt, daß die Regierung den vorhandenen Valorisationskaffee möglichst bald den Verbrauchern zu erschwinglichen Preisen zugänglich mache. Endlich sei dringend zu fordern, daß umgehend ausreichende Mengen von Zucker zum Verkauf freigegeben werden. Das Präsidium des Bundes wurde ersucht, in der nächsten Zeit die erörterten Fragen mit dem Ministerpräsidenten zu besprechen und insbesondere dahin zu wirken, daß die Regierung allen ihren Einfluß geltend mache, um ausreichende Kartoffelzufuhren aus Ungarn zu ermöglichen, daß ferner der Valorisationskaffee in den Verkehr gebracht, und daß alle Vorfragen zu einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Zucker getroffen werden.

Approvisionnementfragen im Bund der deutschen Städte Oesterreichs.

Im Rathhause fand am 2. d. unter Vorsitz des Abg. Kraft und in Anwesenheit des Bundesobmannes Bürgermeisters Doktor Weiskirchner eine Sitzung der Geschäftsleitung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt, in der Approvisionnementfragen zur Sprache kamen. Zunächst wurde über die Mängel der Kartoffelversorgung berichtet, die zum großen Teil auf das ungarische Ausfuhrverbot zurückzuführen seien. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Verfügungen zur richtigen Verteilung der Kartoffeln nicht immer zweckentsprechend waren. Aus vielen passiven Bezirken wurden Kartoffeln unter der Zusage der späteren Rückerstattung abgezogen, die Rückerstattung konnte jedoch vielfach nicht erfolgen. Durch das Hin- und Herführen der Kartoffeln werden auch die Preise verteuert. Sämtliche Anwesende gaben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß in der so wichtigen Frage der Kartoffelversorgung die Regierung unbedingt mit aller Tatkraft eingreifen müsse.

Es wurde ferner die bedenkliche Erhöhung der Kaffeepreise zur Sprache gebracht und die Forderung gestellt, daß die Regierung den vorhandenen Valorisationskaffee möglichst bald den Verbrauchern zu erschwinglichen Preisen zugänglich mache. Endlich sei dringend zu fordern, daß umgehend ausreichende Mengen von Zucker zum Verkaufe freigegeben werden. Das Präsidium des Bundes wurde ersucht, in der nächsten Zeit die erörterten Fragen mit dem Ministerpräsidenten zu besprechen und insbesondere dahin zu wirken, daß die Regierung allen ihren Einfluß geltend mache, um ausreichende Kartoffelzufuhren aus Ungarn zu ermöglichen, daß ferner der Valorisationskaffee in den Verkehr gebracht und daß alle Vorsorgen zu einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Zucker getroffen werden.

Eine bessere Organisation unserer Lebensmittelversorgung. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen stellt sich immer mehr die Notwendigkeit heraus, nicht nur alles zu tun, was dazu beiträgt, die Erzeugung unserer Landwirtschaft zu heben, sondern auch eine bessere und umfassendere Organisation der Lebensmittelversorgung und -verteilung ins Leben zu rufen. Höchstpreise allein können diese Aufgabe nicht erfüllen; sie sind im Gegenteil oft ein zweischneidiges Schwert und wirken lähmend auf Erzeugung und Handel. Es muß vielmehr versucht werden, die uns zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel so schnell, so zweckmäßig und so billig wie möglich dem Verbrauch zuzuführen. Dazu ist aber vor allem erforderlich, daß die maßgebenden Stellen eine bessere Uebersicht über den gesamten Nahrungsmittelmarkt bekommen, als sie jetzt auf Grund lückenhafter Unterlagen gewonnen werden kann. Ob sich eine erschöpfende Erzeugungsstatistik im Kriege schaffen läßt, ist zweifelhaft. Was aber erreicht werden kann, ist eine statistische Erfassung der im Lande vorhandenen Lebensmittel auf Grund von Betriebsstatistiken in den Fabriken und Bestandsaufnahmen im Groß- und Kleinhandel und in den Haushaltungen. Nachdem jetzt eine allgemeine Bestandsaufnahme der Kartoffeln im Handel und bei der großstädtischen Bevölkerung angeordnet ist, werden weiter zunächst die in gewaltigen Mengen hergestellten Konserven und Dauerwaren aller Art, die für unsere Volksernährung eine größere Rolle spielen als sonst, zu ermitteln sein. Gerade solche Nahrungsmittel lassen sich im Gegensatz zu den frischen Landeserzeugnissen wie Gemüse usw. viel leichter statistisch erfassen. Für

eine Gattung von Konserven — die in den Fabriken vorhandenen Fleischkonserven — ist allerdings eine Bestandsaufnahme bereits angeordnet, sie kann aber ein zutreffendes und vollständiges Bild über unsere Vorräte nur geben, wenn sie auch auf die großen, bereits im Handel und in vielen Haushaltungen befindlichen Mengen ausgedehnt wird, und zwar baldigst, da gerade jetzt große Mengen von Konserven in den Handel gelangen. Sehr umfangreich war auch die Herstellung von Gemüse- und Obstkonserven, und die Bereitung von Dauer Gebäck, Nests und Süßigkeiten hat in der letzten Zeit eher zugenommen. Bei weiter fortschreitender Regelung unserer Volksernährung wäre daher zu prüfen, ob nicht bereits genügend Fabrikate aus unentbehrlichen Rohstoffen, wie Fleisch, Zucker und Kakaó, hergestellt, und ob nicht zunächst die älteren Bestände auf möglichst kurzem und glattem Wege den Verbrauchern zuzuführen sind. Die Gefahr des Verderbens großer Vorräte ist besonders bei den Fleischkonserven groß, weil viel neu entstandene Betriebe mit unerprobten Kräften gearbeitet haben. Wir können aber Verluste, die einer Verschwendung gleichkommen, in der gegenwärtigen Zeit nicht vertragen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die gründlichere Ermittlung und planmäßigere Verteilung unserer Nahrungsmittelvorräte die Preise in angemessenen Grenzen halten oder auf solche zurückführen wird.

Lebensmittelversorgung.

Zu der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und der neuen Erhöhung der Kartoffelpreise gab der Minister des Innern, Graf Bismarck, wie unser Dresdener Mitarbeiter drahtet, in der sächsischen Zweiten Kammer eine wichtige Erklärung ab. Er erklärte bei der Beratung der Teuerungsfraße, daß die Regierung den wirtschaftlichen Schaden, die durch die Lebensmittelknappheit und die dadurch hervorgerufenen Preissteigerungen namentlich der minderbemittelten Bevölkerung zugefügt werde, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werde. Leider habe die Entwicklung der letzten Wochen gezeigt, daß die Verhältnisse, besonders auf dem Gebiet der Preisbildung, sich als stärker erwiesen, als die Wünsche und Absichten der Regierung. Eine Festsetzung der Preise unter ausschließlicher Wahrung der Interessen der Verbraucher sei allerdings schlechterdings nicht möglich. Dadurch würde die Einfuhr aus dem Auslande abgeschnitten und im Inland die Anregung zur Erzeugung vermindert werden. All das würde nur dazu führen, daß das Volk zwar billige Preise hätte, aber keine Ware. Dies gelte insbesondere von den Kartoffelpreisen. Die starke Preissteigerung, die am 15. März eintrete, gehöre zweifellos zu den bedauerlichsten Erscheinungen auf diesem Gebiet. Welche Gründe hierzu geführt hätten, könne er nicht angeben. Diese Preissteigerungen sind nicht vom Bundesrat, sondern auf Grund einer Ermächtigung des Bundesrats vom Reichstanzler getroffen worden. Der Minister sei daher nicht in der Lage, diese Preise vor dem Landtag zu rechtfertigen. Die sächsische Regierung sei selbst überrascht worden. Die Verhältnisse seien trotz aller Erhebungen sehr schwer zu übersehen und zu beurteilen, doch müsse angenommen werden, daß schwerwiegende Gründe für die Preiserhöhungen gesprochen hätten. Es bleibe nun zu prüfen, ob und in welchem Umfange bei dieser Sachlage durch staatliche Maßnahmen eine Erleichterung des auf der minderbemittelten Bevölkerung liegenden Druckes erzielt werden könne. Ganz besonders scheint es notwendig, für die Ernährung der Kinder zu sorgen, die sichergestellt werden müsse im Interesse der Zukunft und der Menschlichkeit. Die Regierung habe sich daher entschlossen, monatlich 250 000 M. zur Verfügung zu stellen, die an die Gemeinden verteilt werden sollen, um eine Verbilligung der Lebensmittel zu erzielen. Dieser Entschluß sei der Regierung zwar nicht leicht gefallen, da der monatliche Aufwand des Staates für Kriegszwecke schon jetzt 1 Mill. M. betrage und nunmehr auf 1½ Mill. steigen werde, worin der Aufwand zur Unterstützung der Textilarbeiter noch nicht eingeschlossen sei, aber die Verhältnisse hätten eine solche staatliche Unterstützung notwendig gemacht. Die Regierung werde bemüht bleiben, selbst unter Anwendung bedeutenderer Mittel Herr der Schwierigkeiten zu werden, die die arme Bevölkerung drücken. Er zweifle nicht daran, daß dies gelingen und die Gemeinden dabei mithelfen würden.

* (Errichtung einer Lehrkanzel für Technologie der Nahrungs- und Genussmittel.) Der Vorstand des Vereines österreichischer Chemiker in Wien hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, an die Professorenkollegien der Hochschulen mit der Anregung heranzutreten, die Errichtung eigener Lehrkanzeln für Technologie der Nahrungs- und Genussmittel in die Wege zu leiten. Ferner wird verlangt, die Untersuchungsanstalten für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände von den hygienischen Instituten zu trennen und selbständig zu stellen.

Neuerungen in der Lebensmittelversorgung der Türkei.

Konstantinopel, 6. März.

Der neue Stadtpräsident (Oberbürgermeister) von Konstantinopel Dschambolat Bey erklärte in den Blättern bezüglich der Maßnahmen, die er zu treffen gedenkt, um die Lebensmittelversorgung der Stadt Konstantinopel sicherzustellen, daß er beschlossen habe, in Nachahmung anderer europäischer Hauptstädte Niederlagen für die Bedürfnisse der Bevölkerung anlegen zu lassen. Die Brot- und Zuckererteilung werde von nun an durch die Stadtpräfektur erfolgen.

* (Die Köchin.) Sparjamkeit im Haushalte. Lebensmittelversorgung. Vereinfachung des Hausbetriebes. Das ist eine schlechte Zeit für die Köchin. Denn die Köchin ist eine Luxusperson wie das Stubenmädchen, die bürgerliche Kammerzofe. Und eine für den Mittelstand unentbehrliche Notwendigkeit bloß das „Mädchen für alles“. Die Köchin, die sich gerne eine Herrschaftsköchin nennt, hat sozialen Stolz und Selbstbewußtsein. Sie weiß, was sie wert ist. Sie locht perfekt. Sie ist mehr als eine bloße Handwerkerin und muß, wenn sie in ihrem Fach (und ihre Küchenstätigkeit deklariert sie als Fach) tüchtig ist, einige individuelle Begabung besitzen. Hausfrauen erklären, daß ohne diese dem Apfelstrudel immer die letzten delikaten Feineisen fehlen werden. Deshalb rührt eine adelstolle, edelraffige Köchin um keinen Preis den Besenstiel an oder gar den Abstaubesegen, sie kündigt, bevor sie etwa das Vorzimmer austräumt. Die Köchin ist schwer zu behandeln, ihre Natur ist komplizierter als die des Stubenmädchens. Sie neigt zur Hysterie. Das Stubenmädchen ist grazios und zart und jung, die Köchin rundlich, behäbig, im gefährlichen Alter. Sie hat eine dankbare Komit, besonders in Beziehungen zur Liebe- und zum Offiziersdiener. Witzblätter und Humoresken (und sogar feinere Lustspiele) haben sich das Sujet nicht entgehen lassen: die liebestolle Köchin, während in ihrem schon zu Jahren gekommenen, enttäuschungsreichen Altungfrauenbajon, und der junge Bursch, der hinter dem Herd sitzt und die der Herrschaft listig entzogenen Portionen verzehrt. Die lärmenden Konflikte der Köchin mit der Dame gehören zu den beliebtesten Bühnenschlagern. Manche Köchin versteht es, ein wenig beim Einkauf zu profitieren, die Küchenbuchhaltung zu ihren Gunsten zu beeinflussen — siehe Körbergeld. Auch hat sie eine gewisse Geschicklichkeit, ihre etwaigen Familienmitglieder mit den Speisevorräten zu versorgen oder mit dem Hut der gnädigen Frau Sonntags spazieren zu gehen. Sie hat eine listige Profitroutine, einen schlaun Vorteilsinn, der nicht unshympatrisch ist. Man kann ihr deswegen nicht böse werden. Sondern nur verzehrend lächeln. Sie hat Verwandtschaft mit der Waschfrau Wolf und mit den anderen Gestalten der Elise Lehmann und der Schmittlein. Sie hat die Begabung, Weinflaschen frühzeitig ausgehen oder Marmeladentöpfe verschwinden zu lassen. Es kommt einem

armen Burschen zugute. Siehe die „Liebesbriefe einer Köchin“. Dafür hat jede kluge Hausfrau nachsichtiges Verständnis. Häufig ist sie die betrogene Betrügerin. Sie wird ausgenützt, und die Liebe dauert nur so lange, wie die Lebensmittelversorgung des Liebhabers, der außer Naturalia auch eine kümmerlich abgepartete Monatsrate erhält. Vor Jahren erschien so ein tragikomischer Ausschnitt aus dem Liebesleben der Köchin von Geist: Brennheiße Briefe mit der Bitte um Geld. Durch Monate sandte sie es an den unbekanntem Adressaten, in dessen zärtliche Epistel sie sich verliebte. Das Rendezvous wurde immer wieder hinausgeschoben, die Köchin immer sehnlicher. Schließlich drang sie auf eine Zusammenkunft . . . Es stellte sich heraus, daß der Korrespondent eine Frau sei, welche die arme Köchin um Hunderte geprellt hatte. Sie hat jetzt schlechte Zeiten. In einer Küchenatmosphäre der Sparjamkeit kann sie nicht gedeihen. Die hohen Preise verhindern jeden Zwischengewinn, man sieht ihr auf die Finger, zählt genau jeden Apfel und jedes Ei nach. Der Franz ist im Feld, und sie kann nichts, gar nichts für ihn zur Seite legen. Der Luxus wird eingeschränkt. Und der Luxusköchin bleibt oft nichts anderes übrig, als wieder „Mädchen für alles“ zu werden. In ihren alten Tagen.

Maßregeln zur Kaffee- und Kartoffelversorgung.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, sind Maßregeln in Aussicht genommen, durch welche die Kaffee- und Kartoffelversorgung im Kriege sichergestellt werden soll.

„Los von der Köchin.“

Von den zahlreichen Zuschriften, die uns zu dem obigen Thema zugekommen sind, geben wir noch der nachstehenden Raum. Eine alte Abonnentin schreibt uns: Aus der Zuschrift einer Köchin vom 1. d. in der „Zeit“ treten Gak und Lücke gegen die Hausfrauen klar hervor. Es ist frivol von einem Dienstboten, sich zu äußern wie zum Beispiel, Frauen, die am Dienstboten sparen wollen, soll es verboten sein, solche zu halten. Also an der eigenen Familie nur darf die Frau sparen nach Ansicht der Magd: und das, was sie an Mann und Kind abdarbt, ihr überlassen. Man soll nur einmal hinschau'n, was diese „Damen“ schmausen, wenn sie dienstlos sind; dann geben sie sich zufrieden mit Kinderfeitzrieben und Brot. Kommen sie dann endlich mit ihren kurzen Beauiffen zu einer Dienststelle, sind sie die ersten acht Tage nicht zu sättigen; dann esser sie alles mit Stumpf und Stiel ohne Wahl, bis sie wieder angefüllert sind. Nachher beginnt das Wählen von neuem, und sie sind mit der Kost nicht zufrieden, die die Familie selbst genießt. Es ist eine unerhörte Kühnheit, wenn sich eine Magd erlaubt, vom Schmutz der Frauen zu sprechen, der sich oft von Großmutter auf Enkel vererbt; den sollen sich Frauen verjagen, zu tragen, um nicht den Neid bei der Magd zu erregen. Ich spreche aus eigener Erfahrung: Bekam meine Tochter eine neue Bluse, gleich nach 14 Tagen hat sich meine Dienstmagd dieselbe angeschafft. Einen Unterschied wird es wohl noch geben dürfen zwischen Diener und Dienstaeger. Es paßt das Sprichwort nicht hierher: „Wie der Herr, so der Knecht.“ Denn sonst müßte man den Dienstboten sehr hohen Lohn bieten, damit sie sich daselbe anschaffen können, was sich die Herrschaft leistet. Dann wäre es unerschwinglich, Dienstboten zu halten, selbst in Friedenszeit. In Deutschland wird der Lohn herabgesetzt und die Kost vermindert; bei uns verlangen die Dienstboten womöglich noch mehr.

Gegen die Abwanderung von Lebensmitteln.

Wie wir erfahren, befassen sich die städtischen Behörden gegenwärtig in Anbetracht der in der letzten Zeit aufgetretenen zeitweisen Knappheit an Lebensmitteln mit der Frage, die Abwanderung wichtiger Nahrungsmittel aus dem Bereich der Stadt zu verhindern. Eine Reihe fremder, unbefugter Elemente, die dem legitimen Handel gänzlich fern stehen, hat in Wien in einzelnen Kaffeehäusern förmliche Lebens- und Gebrauchsmittelbörsen eröffnet, in denen ohne Rücksichtnahme auf die Preisverhältnisse Gegenstände des täglichen Gebrauches und Lebensmittel gehandelt und dann waagronweise aus Wien abtransportiert werden. Man will diesen Elementen, die nur durch Preisüberbietungen zahlreiche Waren zusammenhamstern, das Handwerk legen. Sobald größere Lebensmitteltransporte einlangen, findet sich eine Reihe dieser unbefugten Händler ein und rafft alles zusammen, wodurch der Wiener Konsum empfindlich geschädigt wird. Aber nicht nur derzeit in Wien ansässige, sondern auch unbefugte Händler aus der Provinz versuchen, in großem Maßstab eine Abwanderung von Nahrungs- und Lebensmitteln aus der Stadt zu bewerkstelligen. Wie man hört, soll auch die Abgabefähigkeit Wiener Konsumhändler nach außen hin nur dann zugelassen

werden, wenn durch den Abgang von Waren die Versorgung des Wiener Konsums nicht erschwert oder gar gefährdet wird.

[Die Teuerung in der französischen Provinz.]
 Berichte Pariser Blätter aus der französischen Provinz sprechen übereinstimmend von der stetig anwachsenden Teuerung der wichtigsten Lebensmittel. Namentlich in den Departements im Zentrum des Landes soll die Teuerung geradezu unerträgliche Formen angenommen haben. Die Behörden und Gemeindeverwaltungen bilden Komitees, deren Aufgabe es ist, der weiteren Verteuerung der Lebenshaltung Einhalt zu tun. Besondere Erbitterung herrscht über den hohen Verkaufspreis der Milch. Eine Untersuchung ergab, daß der Viehstand nicht abgenommen hat und daß Futtermittel in ausreichender Menge vorhanden sind. Der Präfekt von Montceau-les-Mines richtete deshalb einen in energischen Ausdrücken gehaltenen Aufruf an die Milchhändler, die in gewissenloser Weise aus der Situation Profit schlagen wollen. Fast überall sind Höchstpreise eingeführt und Maßnahmen zur Selbsthilfe der Verbraucher getroffen worden. So wurden in kleineren Ortschaften genossenschaftliche Bäckereien errichtet. Große Sorge bereitet die Fleischversorgung, da das Ansuchen nach Einführung von überseeischem Gefrierfleisch bei der Seeresverwaltung auf Widerspruch stieß. Die Ursache davon dürfte wahrscheinlich der Mangel an Schiffsraum sein. Ein Großteil der Schuld an der Teuerung scheint den Zwischenhändlern zuzufallen, die das flache Land überschwemmen und unerhört hohe Preise für alle Bodenprodukte anbieten. Dabei ist es so weit gekommen, daß auch der Bauer für alle Lebensmittel, die er nicht selbst erzeugt, ebenso hohe Preise bezahlen muß wie in den Städten. So kostet auf dem Lande ein Dutzend Eier 220 Franken (also etwa 19 Heller das Stück), während man es früher mit 1-10 Franken bezahlte. Ein Kilogramm Butter ist für fünf Franken kaum zu erhalten. Sühner kosten vier bis fünf Franken pro Stück. Der Zwischenhandel, der vom Brennholz bis zum Schlachtvieh den Bauern alles abnimmt, hat neben der Teuerung auch die moralische Verwahrlosung der Landwirte auf dem Gewissen.

Approvisionierungsmaßnahmen in Spanien.

B. Bern, 10. März. Dem „Temps“ zufolge hat der spanische Ministerrat den Finanzminister ermächtigt, die Erlässe seines Vorgängers betreffend die Ausfuhrfreiheit für Gegenstände des notwendigsten Bedarfes aufzuheben, da durch dieselben Arbeitsmangel und Teuerung verursacht würden, die den Grund für die Volksunruhen bildeten. Außerdem wurden alle Getreidevorräte in den östlichen Provinzen beschlagnahmt und vom Staate aufgekauft und an die Bevölkerung nach Maßgabe des Bedarfes abgegeben. Der Staat regelte ferner die Frachtfähe, um ausländisches Getreide wohlfeil zu erhalten.

Die Approvisionnement Budapests.

Der Behner-Ausschuß gegen die Regierung.

Z Budapest, 11. März. (Priv.-Tel.)

In der letzten Sitzung des Behner-Ausschusses, der sich vornehmlich mit Approvisionierungsfragen zu befassen hat, kam es abermals zu scharfen Ausfällen gegen die Regierung, indem der Abg. Wilhelm Bazioni heftige Vorwürfe gegen die Regierung vorbrachte, daß sie sich den Lieferungsaktionen der Produzenten und Lieferanten gegenüber als kraftlos erweise. Weil er eben nicht die Verantwortung tragen wolle, daß die Bevölkerung Budapests in solcher Weise ausgenutzt werde, meldete er seine Demission als Mitglied des Behner-Ausschusses an.

Auch die anderen Mitglieder des Ausschusses teilten zwar die Besorgnisse des Abg. Bazioni wegen der Lieferung, meinten aber, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf ihren Posten verharren müßten, und folgten dem Beispiel des Abg. Bazioni nicht.

Die neuerliche Erhöhung der Milchpreise.

Während in Wien kein Mangel an Milch herrscht, haben sich schon seit Monaten in Budapest wesentliche Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Milch gezeigt. Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß ein wirklicher Milchmangel in Ungarn und speziell in Budapest nicht besteht, denn der beste Beweis hierfür ist die Tatsache, daß im Gegensatz zu Wien und Berlin in allen Budapestener Kaffee- und Gasthäusern zu jeder Stunde des Tages und der Nacht Milchkaffee zu allerdings immer steigenden Preisen erhältlich ist.

Nunmehr hat die städtische Approvisionierungskommission einen Beschluß gefaßt, wodurch angeblich Milch in Hülle und Fülle sich über die ungarische Hauptstadt ergießen wird. Der Milchpreis soll nämlich wieder einmal erhöht werden, und zwar in folgender Weise: Der Produzent bekommt von nun ab für den Liter 38 S Heller (bisher 36 S Heller), der Großhändler 44 oder 50 S Heller (bisher 36 oder 41 S Heller), der Kleinhändler im offenen Gefäß 48 S Heller (bisher 40 S Heller), in Flaschen 54 S Heller (bisher 44 S Heller). Die Kaffeechenken dürfen 50 S Heller berechnen.

Hausfrauen Sorgen.

Die Lebensmittelbeschaffung.

Nach den humorvollen Ausführungen eines gutgelaunten Mitbürgers über den Lebensmitteleinkauf im gestrigen Morgenblatt möge auch eine Hausfrau das Wort erhalten, welche die Sache etwas wehmütiger anspricht.

„Nun wird es aber schon etwas ungemütlich! Was soll man denn nun tun?“ Mit diesem Stoßseufzer empfing mich meine bessere Hälfte dieser Tage zum Mittagstisch und erzählte mir, daß die Emilie, unser dienstbarer Geist, nach zweistündigem Ausbleiben nur mit einem Achtelkilo Gramm Kaffee, einem halben Kilogramm Weizenmehl und gar keinen Kartoffeln nach Hause zurückgelehrt sei. An diese schmerzliche Mitteilung knüpfte sich dann ein langer Seguß, den in stenographischer Treue wiederzugeben wohl zu weit führen würde und vielleicht auch nicht ganz rätlich wäre. Ich will also nur das Wichtigste davon erzählen, auf die Gefahr hin, den Hausfrauen nicht viel Neues sagen zu können, aber doch ihre Sorgen ihnen vom Herzen zu reben.

Man hat sich, so ungefähr begann die lange Rede, ja gern damit abgefunden, daß man statt des Weißgebäckes auf dem Frühstückstisch ein Stück Schwarzbrot fand, sei es auch wieder mit 20 Prozent Maiszusatz. Wenn man aber das Brot auch mit der Brotkarte nicht bekommt oder nur nach mehrstündigem Warten, dann ist das doch gewiß recht unangenehm. Mehnlich geht es mit dem Mehl, das man ja leider auch nur in recht geringen Quantitäten austreiben kann, und an manchen Stellen auch nur, wenn man eine halbe oder ganze Stunde im Duenne gestanden hat. Von Reis, Erbsen und Bohnen wollen wir nicht reden — die kann man nur bekommen, wenn man gewisse verborgene Quellen zu finden weiß.

Nun kam auch noch eine andre Skalamität hinzu. Bei den teuren Fleischpreisen muß sich die Hausfrau darauf verlegen, und sei es auch nur an sogenannten fleischlosen Tagen, die aber nicht überall gehalten werden, durch verschiedenartige Zubereitung von Kartoffeln einige Abwechslung in den Mittags- oder Abendstisch zu bringen. Aber da hapert's schon wieder. Man hat uns Hausfrauen seit langem damit getröstet, daß Kartoffeln genug vorhanden seien, daß nur Verkehrsunterbrechungen die Zufuhren zum Stoden bringen. Das dauert aber nun schon recht geraume Zeit. Hoffentlich sind inzwischen nicht alle Kartoffeln in den sogenannten Mieten verfäult oder erstoren. Tatsache ist, daß man an manchen Tagen in der letzten Zeit auf keinem Markte und auch sonst nirgends dieses so dringlich benötigte Nahrungsmittel aufzutreiben imstande war.

Sehr bedauerlich ist es auch namentlich für bescheidene kleine Haushalte, daß nun neben der Milchnot auch noch der Kaffee rar wird. Das Schälchen Kaffee spielt bei vielen kleinen Leuten, die sich bei den teuren Zeiten recht einschränken müssen, eine große Rolle. Gleichwie vor den Brot- und Milchläden sieht man nun auch an den Türen der Kaufleute, die Kaffee führen, die ominöse Tafel: „Ausverkauft! — Morgen von 11 Uhr ab wieder zu haben!“ Da hilft es nichts, wenn wir in der Zeitung lesen, daß noch große Lager von sogenanntem Valorisationskaffee vorhanden seien. Warum schafft man sie nicht zur Stelle, gleichwie die ewig „rollenden“ Erdäpfel? Da wir gerade beim Kaffee sind, können wir an der in nächster Aussicht stehenden Zuckerkarte nicht vorübergehen. Sollte es möglich sein, daß wir auch an dem süßen Stoff schon Mangel haben, den wir doch in Oesterreich in großen Massen selbst erzeugen? Böse Zungen behaupten, daß unser Zucker via Schweiz in Paris verzehrt werde. Da sollte man ja doch rechtzeitig vorgesorgt haben.

Daß das Fleisch von Woche zu Woche teurer wird, ebenso das Gemüse, daß das Fett rar und übertrieben teuer ist, daran sind wir schon gewöhnt, daß aber auch Fische fast auf den doppelten Preis gestiegen sind, erscheint doch recht überflüssig. Die Leiden gewiß nicht unter dem Kriege und wachsen

und gedeihen in unsern Teichen und Flüssen trotz des Kanonendonners, der ja auch hübsch weit von uns ist, gerade so wie vor dem Kriege.

Ganz merkwürdig ist auch, daß zur jetzigen Jahreszeit, da Frau Kratesfuß ihre nützliche Tätigkeit — gemeint ist das Eierlegen — längst begonnen hat, auch die Eier, die in der Stube so notwendig sind, sich auf so hohem Preise erhalten. Und da fällt uns ein, daß wir vor einigen Tagen in einer Münchner Zeitung gelesen haben, daß es der Stadtverwaltung in Alpbach gelungen sei, einige Hunderttausend frische Eier aus Oesterreich einzuführen, und daß diese jetzt von dieser fürsorglichen Kommunalbehörde zum Preise von 6 Pfennig das Stück an die glücklichen Bewohner des thüringischen Städtchens abgegeben werden. Das würde, wenn der Fall etwa nicht vereinzelt wäre, es erklärlich erscheinen lassen, daß bei uns das Ei 14 bis 16 Heller kostet. Aber auch Fett scheint noch genig vorhanden zu sein, denn in zwei oberösterreichischen Orten wird solches zu 4 K. 50 S. pro Kilogramm ausgedoten, während wir hier in Wien 7 K. 50 S. bis 8 K. für das Kilogramm „Fitz“ bezahlen müssen.

Solche Beispiele wirken aber andererseits doch auch beruhigend. Sie zeigen, daß wir nicht ausgehungert werden können, daß in so manchen bei uns derzeit knappen Lebensmitteln noch bedeutende Vorräte da sein müssen. Es wird sich eben nur um die richtige Aufteilung des Vorhandenen handeln. Und die Hausfrauen Wiens, denen es nicht gleichgültig ist, wenn sie selbst oder ihre Köchinnen täglich mehrere Stunden mit Warten zubringen müssen, hoffen zuversichtlich, daß den herrschenden Nebelständen in der Versorgung der Zweimillionsstadt auf Grund der gemachten Erfahrungen recht bald abgeholfen werde.

E. Sch.

Krieg und Küche.

Eine ganze Schar von Frauen versammelte sich in diesen Tagen am Spätnachmittag wieder in den Gebäuden der verschiedenen Bezirksvertretungen — Frauen jeden Alters und jeden Standes, die Dame in Pelz und Federhut, die Frau des Mittelstandes und die Arbeiterin — junge Frauen, die zaghaft und ängstlich in dieser schweren Zeit die ersten Schritte in der eigenen Haushaltung tun und Rat und Belehrung suchen, und alte, erfahrene Hausfrauen, deren Weisheit den neuen, nie erlebten Schwierigkeiten auch nicht gewachsen ist. Die Frauenhilfsaktion im Kriege hatte sie, einer Anregung der Frau Bürgermeistern Weisfischer folgend, zu einem Unterrichtskurs geladen, einer Vortragsfolge über das aktuelle Thema: „Krieg und Küche“.

Schon vor Jahresfrist waren derartige Vorträge an der gleichen Stelle veranstaltet worden. „Sparen“ hatte damals die Devise geheißt. „Nichts unkommen lassen, was noch irgendwelchen Wert für die Ernährung hat, die Mahlzeiten vereinfachen!“ Seither ist die Zeit selbst die beste Lehrmeisterin zur Sparsamkeit geworden, und die große Frage von heute heißt: „Wie sparen wir richtig, welche Lebensmittel dürfen wir ohne Schaden für unsere Gesundheit entbehren, wie müssen wir unsere Speisefolge gestalten, damit sie alle die Stoffe enthält, die unser Körper zu seinem Aufbau braucht? Wie finden wir Ersatz für mangelnde oder allzu teure Lebensmittel?“

Der erste der vier Vorträge der Frauenhilfsaktion behandelte die Lebensmittel, die uns in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, und die Ersatzmittel für die allzu knappen. Von Trocken- und Kondensmilch wurde gesprochen, von Nährhefe, Eierersatz und von den Surrogatmehlen. Verschiedene Kochvorsätze wurden mitgeteilt, Erfahrungen aus der Kriegsküche. Ueber das Einlegen und Einsiedeln, das Trocknen von Gemüsen wurde gesprochen und Anleitungen zur Aufbewahrung der Vorräte gegeben sowie Vorsicht und häufiges Ueberprüfen empfohlen, damit nichts verderben kann. (Eier, insbesondere jene, die nicht in Kalz, sondern in Wasserglas oder „Garantol“ aufbewahrt wurden, sollen jetzt schon verwendet werden, da sie bei längerer Aufbewahrung verderben würden und die Zeit zum Einlegen frischer Eier jetzt die günstigste ist. Dagegen sollte mit den Marmeladen vom Vorjahre sparsam umgegangen werden, da wir nicht wissen können, ob zur Einsiedelzeit größere Zudermengen freigegeben werden.)

Der zweite Vortrag befaßte sich vornehmlich mit der Kochliste als dem Wunderparabeß an Brennmaterial und Zeit. Die Kochliste wurde demonstriert, Anleitungen zu ihrer Herstellung gegeben, Kochlistenrezepte mitgeteilt.

Ein wenig wissenschaftlich war der dritte Vortrag gehalten. Von der Pflege der Gesundheit wurde gesprochen, den Aufgaben der Ernährung. Die Hörerinnen erfuhren, daß der Körper Eiweißstoffe, Kohlenhydrate und Fette zu seinem Aufbau braucht, daß diese Stoffe in den Nahrungsmitteln in verschiedenen Mengen vorhanden sind, und die großen Tabellen an der Wand gaben das anschauliche Bild dazu, so daß die Beispiele von falscher, einseitiger Speisenzusammenstellung das beste Verständnis fanden. Wir hören, daß Fische in jeder Gattung und Form, auch der verhältnismäßig billige Hering, dem Körper das Fleisch ersetzen können, daß Käse in hohem Maß Eiweißstoffe enthält; das Braten im Öl wurde als fettsparend empfohlen. Mit Fragen der Hygiene in Küche und Vorratskammer befaßten sich die Vortragenden in eingehender Weise, die Grundsätze der Krankenkost und der Ernährung der Kinder wurden klar und leichtfaßlich besprochen.

Der letzte Vortrag soll über die Art der Vorbereitungen berichten, soll den Hausfrauen Ratschläge für ihre Einkäufe, ihre Marktgänge geben, sie über die Pflichten der Verkäufer den Kunden gegenüber belehren, aber auch auf die Pflicht des Käufers nachdrücklich hinweisen: die Maßregeln der Behörde zur Verhinderung des Lebensmittelwuchers und der Preistreiberei tatkräftig zu unterstützen. Sicherlich wird bei den Diskussionen auch ein wichtiger Punkt zur Sprache kommen: das „Haustrern“, jene Art der Kriegspsychose, die unter den heutigen Frauen so oft auftritt und oft trasse Formen annimmt. Hatte früher der Erwerb eines Mehlvorrates ihr ganzes Streben gegolten, so versuchen sie jetzt, durch Gänge von Kaufmannsläden zu Kaufmannsläden sich ein möglichst großes Quantum von Zucker und Kaffee zu erwerben. Wir haben es nun schon erfahren, daß die plötzlich auftretende Knappheit irgendeines Lebensmittels stets nur eine vorübergehende war, die rasch wieder behoben wurde. Fühlen es unsere Frauen aber wirklich nicht, daß sie durch ihre übergroßen Einkäufe gerade in solcher Zeit nur dazu beitragen, die Situation zu erschweren? Würde jede sich mit dem kleinsten täglichen Quantum begnügen, das sie unbedingt im Haushalte braucht, so würde für jede die notwendige Menge vorrätig sein. Durch unbedachte Vorratseinkäufe gerade zur Zeit der Knappheit schädigt jede Frau ihre minder geschickte, minder ausdauernde oder auch nur gewissenhaftere Schwester und hilft mit, die Preise in die Höhe zu treiben. Beim letzten Vortrag der Frauenhilfsaktion im 5. Bezirk haben sich ein paar hundert Frauen energisch gegen ein solches Vorgehen ausgesprochen. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß sie nicht eine kleine Minderzahl sind, sondern daß alle unsere Frauen sich zu ihrer Ansicht, ihrer Einsicht belehren werden.

Auch in der Provinz, in Neustadt, Baden, Gmünd, St. Pölten usw., soll die Vortragsfolge der Frauenhilfsaktion die Frauen belehren und aufklären, sie beruhigen und ermutigen. Wohl jede Frau wird aus dem Vortragssaal eine neue Erfahrung mit sich nehmen, die ihr bei ihrer Wirtschaftsführung von Wert und Nutzen sein kann. Heute gilt nicht mehr das stolze Hoch auf langbewiesene Tüchtigkeit. Jede Frau muß heute von neuem lernen, damit sie der schweren und großen Aufgabe gerecht werden kann, die in ihrer Hand liegt — die Kraft und Gesundheit unserer Generation zu erhalten, die der kommenden vorzubereiten.

Straffere Ordnung der Volks- ernährung.

Von amtlicher Seite wurden Sonntag einige Vorkehrungen zur Behebung der augenblicklichen Zufuhrstörung auf den Märkten bekanntgegeben, die von der Regierung geplant werden. Die löbliche Absicht in Ehren, aber der Gedanke ist nicht mehr von der Hand zu weisen, daß wir tiefer greifen müssen und uns mit der Heilung von Symptomen nicht mehr begnügen können. Wir haben schon im September dieses Ernte- und Ernährungsjahres mit Nachdruck auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die in der Kartoffelversorgung drohen. Ein ausnahmsweise milder, beinahe frostfreier Winter hat zwar das Schlimmste, was wir befürchteten, nicht eintreten lassen, aber es ist immerhin schlimm geworden, in Wien wie auswärts. Die an sich gar nicht unbeträchtlichen Vorräte der Gemeinde sind zu gering geworden,

weil der freie Handel völlig versagt und auch nicht einen Teil dessen geliefert hat, was man füglich von ihm erwarten konnte. Das wenige aber, das wir erhielten, kam in unzulänglicher Verteilungsweise an den Verbraucher. Dank der zögernd erteilten, verspäteten und noch dazu halbheartigen Zustimmung der ungarischen Regierung zur Höchstpreisfestsetzung für Getreide — für Fleisch war sie nicht zu erzielen, bei Getreide mußte monatweise der Preis „abgebaut“ werden — ist auch die Versorgung mit dem täglich unentbehrlichen Hilfsmittel des Herdes, mit dem Fett, überaus mangelhaft und der Minderbemittelte kommt neben der erhöhten Kaufkraft und häufigeren Kaufgelegenheit des Bemittelten auf dem Markte nicht zum Zuge. Uebermals muß der gesamte Versorgungsplan nachgeprüft, die Ordnung strenger gemacht und der Schutz der verbrauchenden Massen verschärft werden. Wir kommen um diese Pflicht nicht mehr herum.

Auch jetzt kann uns Deutschland wieder als Vorbild dienen; es hat die Zügel wieder strenger angezogen, selbst wenn man von den zwei fleischlosen, zwei fettarmen Tagen und dem fünften schmeißenlosen Tage absieht. In den letzten Wochen hat sich trotzdem überall im Reiche eine gewisse Butterknappheit bemerkbar gemacht, die vielfach schon die Regelung und Einschränkung des Verbrauchs nach dem Kopf der Bevölkerung durch die Butterkarte notwendig machte. Bayern hatte bisher unter dieser Knappheit verhältnismäßig wenig zu leiden; nur in den größeren Städten bereitete die Butterversorgung Schwierigkeiten. Nun nun die Versorgung auch in Bayern sicherzustellen, erlassen die drei bayrischen Generalkommandos Anordnungen, wonach vom 15. März 1916 ab die Butterzentrale für Bayern nur noch an solche bayrische Gemeinden und Kommunalverbände abgeben darf, die den Verkehr mit Butter in ihrem Bezirk mindestens in folgender Weise regeln:

Butter darf an Verbraucher nur gegen Vorzeigung der Brotkarte und nur in Mengen von höchstens 125 Gramm auf eine Brotkarte abgegeben werden. — Der Verkäufer muß bei der Abgabe der Butter die abgegebene Menge und den Tag der Abgabe auf der Brotkarte mit unverlöschlicher Schrift (Stempel) vermerken. — Das Gleiche hat auch für den Wochenmarktverkehr zu gelten.

In den Käsereien, Sennereien und Molkereien darf an die Milchlieferer für den Kalendermonat nur diejenige Menge Käse und Butter abgegeben werden, die im gleichen Monat des Jahres 1915 von ihnen bezogen worden ist.

Die näheren Anordnungen zum Vollzug und zur Ueberwachung dieser Maßnahme erläßt die Verteilungsstelle für Milchwirtschaft beim Ersten Armeeoberkommando. Sie setzt auch die Preise fest.

In Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Vereins- und Erfrischungsräumen sowie in Fremdenpensionen darf bis auf weiteres Butter lediglich zur Bereitung von Speisen verwendet werden. Nur an fleischlosen Tagen ist die Verabfolgung von Butter an die Gäste gestattet.

Wie nun in einzelnen größeren und kleineren Städten Fleischkarten eingeführt sind, ist Bayern daran gegangen, diese Regelung für das ganze Land vorzuschlagen. Und wie die bayrische Regierung erklärt, stehe „die Einführung der Fleischkarte nicht bloß für Bayern allein bevor. Nach den Verhandlungen, die mit

den übrigen süddeutschen Bundesregierungen gepflogen worden sind, ist zu erwarten, daß diese Einrichtung gleichzeitig auch in Württemberg und Baden, vermutlich auch in Sachsen getroffen wird. Die Verhältnisse werden voraussichtlich in sehr kurzer Zeit dazu führen, daß diese Einrichtung auch für das ganze Deutsche Reich geschaffen werden muß. Die Ansprüche an den Fleischmarkt sind nach und nach so gestiegen, daß sie in der bisherigen Form nicht mehr befriedigt werden können und daß eine Einschränkung notwendig ist.“ Man sieht, daß die Fortdauer des Krieges die aufgezwungene Verlängerung der „nationalen Selbstversorgung“ in folgerichtiger Weise zur systematischen Gemeinwirtschaft weitertreibt und daß diese Forderung von Deutschland aus den Dingen, wie sie einmal sind, auch mutig gezogen wird.

Schließlich wird von Berlin gemeldet, daß der Oberbürgermeister Bernuth den Pressevertretern gestern den Beschluß eröffnet hat, neben der Brot- und der Butterkarte nun auch noch die „Kartoffelkarte“ einzuführen. Der neue Beschluß der Gesamtschubhorden von Groß-Berlin ist gefaßt worden angesichts der knappen Eingänge an Kartoffeln während der letzten Wochen und andererseits zufolge der den Gemeinden auferlegten Verpflichtung, die Kartoffelversorgung zu regeln. In der letzten Zeit war die Kartoffelzufuhr so knapp geworden, daß täglich nur ein Drittel und meistens noch viel weniger der für Berlin notwendigen Kartoffeln hereinkam. In den letzten Tagen ist es besser geworden, doch lebt die Bevölkerung hinsichtlich der Kartoffeln immer noch von der Hand in den Mund. In Deutschland ist die Kartoffelversorgung den Gemeinden in dem Sinne übertragen, daß sie ihren Bedarf bei der Reichskartoffelstelle — wir haben eine solche nicht — anmelden und diese Stelle die angeforderten notwendigen Mengen liefern muß. Infolge der Erhöhung der Preise zu „Lockpreisen“ für die Landwirtschaft und das gleichzeitige Enteignungsrecht kann man darauf rechnen, daß draußen im Reiche nach dem 15. März weitere Schwierigkeiten nicht eintreten werden. Immerhin wird man bei der Reichskartoffelstelle nur die notwendigen Mengen anfordern, und daraus ergibt sich die Notwendigkeit der rechnermäßigen Zuteilung der Kartoffeln an die Bevölkerung. Man entschloß sich also für die Kartoffelkarte, die vom 20. März an gelten soll, ebenso wie die demnächst erscheinende Butterkarte. Die neue Kartoffelkarte wird in demselben Umfang wie die Brotkarte ausgegeben und wird die Berechtigung gewähren, auf den Kopf der Bevölkerung alle zwölf Tage fünf Kilogramm Kartoffeln zu entnehmen. Geliefert werden zwar von der Reichskartoffelstelle für den Kopf und Tag ein halbes Kilogramm. Der Ueberschuß soll aber benützt werden zur Ausgabe von Zusatzkartoffelkarten für die schwerer arbeitende Bevölkerung. Der Preis wird voraussichtlich 65 Pfennig für zehn Pfund, das ist nach dem Friedenskurs etwa 16 Heller für das Kilogramm, betragen. Die Karten werden zum erstenmal für sechzig Tage ausgegeben (also mit fünf Abschnitten zu je zwölf Tagen). Als im höchsten Maße wünschenswert bezeichnet es der Oberbürgermeister, daß die Reichsregierung nach den gemachten Erfahrungen nun dazukommen werde, für die neue Ernte schon im Sommer dieses Jahres den Plan für die Sicherstellung der zur Ernährung der Menschen nötigen Mengen zu entwerfen, damit man nicht abermals zu spät komme!

Man wird sich also in Deutschland für das dritte Erntejahr im Kriege endlich sofort auf das Kräftigste rüsten und nicht mehr zusehen, wie im Herbst die Ernte verzettelt wird, auf daß man sie im Frühjahr mit mühsamem und ärgerlichem Zwang erst wieder sammle. Und so haben denn auch wir alle Ursache, vollen Ernst walten zu lassen, für den Augenblick tatkräftige Maßregeln zu ergreifen und für die neue Ernte ein lückenloses Ernährungsregime vorzubereiten!

Der Lebensmittelhandel in Belgrad. Aus Belgrad wird uns geschrieben: Seit rund einem Monat kann hier wieder von einer hinreichenden Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln gesprochen werden. Die Landbevölkerung gewinnt immer mehr Vertrauen zu den neuen Behörden und bringt jetzt wieder ansehnliche Mengen von Gemüse und anderen Lebensmitteln auf den hiesigen Markt. Die Einführung von Brot- und Mehlsorten hat gleichfalls dazu beigetragen, die Versorgung der Stadt sicherzustellen und die anlangenden Nahrungsmittel in entsprechender Weise zu verteilen. Mehl kostet 90 Heller, Mais 70 Heller per Kilogramm. Ein großer Teil der einheimischen Kaufleute ist wieder zurückgekehrt und trägt dazu bei, Verkehr und Handel zu beleben. Zur Erleichterung der Einfuhr aus der Monarchie und aus Deutschland wird hier ein großes Zentralwarenlager errichtet. Im übrigen ist es den hiesigen Kaufleuten unbenommen, auch auf eigene Rechnung Waren kommen zu lassen.

Die Nahrungsmittelversorgung.

N. Berlin, 15. März. (Priv.-Tel.) Dem Reichstag ist wie vor jeder neuen Tagung wiederum eine Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen anlässlich des Krieges zugegangen. Darin werden Ermahnungen zu den Verordnungen gegeben, die in der Zwischenzeit zur Regulierung unseres Wirtschaftslebens erlassen worden sind. Vorangestellt ist der Denkschrift ein Ueberblick über die Nahrungsmittelversorgung, in der darauf hingewiesen wird, daß der Zeitabschnitt der letzten drei Monate auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfürsorge angespannte organisatorische Arbeit aller Stellen gehabt habe, und dann wird lobend die Tätigkeit des neu errichteten Beirats für Volksernährung, der aus 15 Mitgliedern des Reichstages besteht und seit Beginn des Jahres 1916 wöchentlich eine Sitzung abhält, hervorgehoben. Beachtenswerte Anregungen aus den Kreisen der Beiratsmitglieder seien bereits unmittelbar für die gesetzgeberischen Arbeiten verwertet, teils an die Bundesregierungen zur ferneren Verfolgung weiter gegeben worden. In dem Bericht heißt es dann weiter:

Daneben hat die Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise im Verein mit den Landes- und örtlichen Preisprüfungsstellen ihre Arbeiten fortgesetzt. Die wichtigsten Lebensmittel wurden in Bezug auf ihre Preisgestaltung dauernd unter Beobachtung gehalten. Gegebenenfalls wurde versucht, die Unterlagen für eine angemessene Bildung der Preise von der Erzeugung bezw. Einfuhr an bis zu ihrer Ueberführung an den Verbraucher der Bevölkerung festzustellen. Das System der Höchstpreise ist in zahlreichen Neuverordnungen planmäßig weiter ausgebaut, zugleich aber ist versucht worden, die Härten, die dieses System nicht nur für Erzeuger und Händler, sondern auch für die Verbraucher leicht im Gefolge haben kann, durch die Zulassung geeigneter Ausnahmebestimmungen zu mildern. Weiterhin haben die Erfahrungen der Praxis immer deutlicher gezeigt, daß eine wirksame Höchstpreispolitik nur entweder in Verbindung mit einer öffentlichen Bewirtschaftung der beschlagnahmten und enteigneten Nahrungsmittel oder aber mit einer planmäßigen Organisation ganzer Berufsgruppen von Erzeugern und Händlern durchführbar ist. Aus diesem Gesichtspunkte heraus sind in der Verichtszeit neben neuen gesetzgeberischen Bestimmungen auch umfassende Maßnahmen zur Organisation einzelner Wirtschaftszweige in Angriff genommen worden.

So sind in Vertwirklichung der früher erlassenen Bestimmungen über die Versorgungsregelung, über die bereits in der letzten Denkschrift berichtet ist, umfassende Versuche auf dem Gebiete der Viehversorgung gemacht worden. Zunächst sind in Preußen die Viehhändler provinzweise zu Zwangsverbänden und diese wiederum zu einem Zentralverband zusammengeschlossen, denen unter obrigkeitlicher Einwirkung die Regelung der Preise und die zweckmäßige Verteilung der aufgekauften Viehbestände zur gleichmäßigen Befriedigung des Verbrauches der verschiedenen Bezirke übertragen sind. In den anderen Bundesstaaten sind auf dem Gebiete der Viehversorgung organisatorische Maßnahmen zum Teil auf der gleichen, zum Teil auf einer im Endzweck ähnlichen Grundlage getroffen worden oder in Vorbereitung. Die vollständige Regelung des Verkehrs von der Erzeugung oder Einfuhr bis zu ihrem Uebergang in die Hände des Verbrauches unter gleichzeitiger Festsetzung von Höchstpreisen ist bei einigen der wichtigsten Nahrungsmittel eingeleitet. Ein Beispiel für die Durchführung einer solchen Regelung bietet in der Berichtsperiode der Verkehr mit ausländischer Butter, deren Einfuhr in der Hand der Zentraleinkaufsgesellschaft zusammengefaßt ist und deren planmäßige Verteilung bis zum Verbraucher unter Feststellung eines einheitlichen Verteilungsplanes für das ganze Reichsgebiet erfolgt. Für den Verkehr mit inländischer Butter ist der gleiche Weg insofern beschritten worden, als die Zentraleinkaufsgesellschaft der Anspruch auf Lieferung eines bestimmten Teiles der Buttererzeugung aller deutschen Großmolkereien erhalten hat und diesen Anteil nach dem gedachten Verteilungsplan verteilt. In beiden Fällen ist den butterbeziehenden Gemeinden die Verpflichtung auferlegt, den weiteren Betrieb an die Verbraucher durch Butterarten zu regeln. Auf diesem Wege einer planmäßigen Verteilung der vorhandenen und anfallenden Vorräte unter genauer Begrenzung des Anteils jedes einzelnen Verbrauchers wird sich dem Bedürfnis und den Möglichkeiten folgend auch bei anderen wichtigen Lebensmitteln der volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wünschenswerte und gerechte Ausgleich zwischen den Ansprüchen aller Kreise der Verbraucher erzielen lassen, wie er bereits bei Versorgung mit Mehl und Brot mit Erfolg durchgeführt ist.

Immer wieder muß daran erinnert werden, daß eine weitere Erschwerung und Vertiefung der gesamten Lebenshaltung notwendige Begleitererscheinung jeder Kriegszeit sind und daß die einschlägigen Verhältnisse in den feindlichen, aber auch in den meisten neutralen Ländern Europas gegenwärtig ein ähnliches, vielfach aber ein sehr viel ungünstigeres Bild bieten als in Deutschland. Die Erfahrungen der deutschen Kriegswirtschaft haben mit zunehmender Klarheit gezeigt, daß die Probleme unserer Volksernährung in überwiegendem Maße Verteilungsprobleme sind. Eben hierin liegt ein außerordentlich ermutigender Umstand, der uns hoffen läßt, daß wir mit einer stetig sich verbessernden Organisation der Schwierigkeiten dauernd Herr werden. Dazu darf eine fortschreitende Erleichterung der Nahrungs- und Futtermittelversorgung von zwei Seiten her erwartet werden. Einmal nämlich hat in den letztvergangenen Monaten im Zusammenhang mit der außerordentlich günstigen politisch-militärischen Entwicklung sich die Einfuhr namentlich von wichtigen Futtermitteln erheblich gehoben. Es sind hierbei wie auch in anderen Zweigen der Versorgungsregelung immer deutlicher die überwiegenden Vorzüge einer strikten Zentralisierung zutage getreten. Aber auch die inländische Erzeugung zeigt trotz ihrer naturnotwendigen Erschwerung durch die Kriegsverhältnisse an immer neuen Beispielen, daß es der deutschen Wissenschaft und Technik im Verein mit unserer hochentwickeltesten Landwirtschaft gelingt, auch auf dem Gebiete der Nahrung und namentlich der Futter-

mittel durch die Entdeckung und Ausbarmachung geeigneter Ersatzstoffe neue Werte zu schaffen. Damit wird, wie bereits in der letzten Denkschrift betont ist, nicht nur das Durchhalten während der Kriegszeit erleichtert, sondern eine dauernde Bereicherung der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt.

Diese wirtschaftlichen Fragen zeigen außerordentliche Vielgestaltigkeit und lassen eben deshalb sich nicht in ihrer Gesamtheit von einer Zentralstelle aus lösen. Den Landesregierungen und den örtlichen Verwaltungen, insbesondere den Gemeinden, bleiben mannigfache Aufgaben von starker Wichtigkeit vorbehalten. Wie bereits in der Rede des Stellvertreters des Reichskanzlers im Reichstag vom 11. Januar nachdrücklich hervorgehoben worden ist, gibt schon die bestehende Gesetzgebung namentlich durch die Verordnungen über die Versorgungsregelung den Gemeinden überaus weitgehende Befugnisse, zu deren umfassender Ausübung sich diese in allen Fällen entschließen müssen, in denen die Verschiedenartigkeit der örtlichen Produktionsbedingungen, die Mannigfaltigkeit der Formen des Handels und der Versorgung des betreffenden Marktes, sei es aus dem Inland, sei es aus dem Ausland, einer Zentralregelung durch den Bundesrat oder die Reichsleitung entgegenstehen. Sind erst einmal örtliche Regelungen durchgeführt, so wird sich vielleicht leichter die Möglichkeit eines weiteren Zusammenschlusses oder einer allgemeinen Zentralisation finden. Aber über die Tätigkeit aller amtlichen Stellen des Reiches, wie der Bundesstaaten und der Gemeinden weit hinausgehen muß — wie gleichfalls in der soeben angeführten Rede mit Nachdruck betont ist — in immer umfassenderem Maße eine bewußte Mitarbeit der großen Kreise der Bevölkerung, der Erzeuger und des Handels sowohl als der Verbraucher bei der planvollen Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung Platz greifen.

Bei einem solchen Zusammenarbeiten wird sich das Ziel der gesamten nationalen Ernährungs politik, das unbedingte Durchhalten bis zum siegreichen Frieden mit Sicherheit erreichen lassen.

Kundmachung.

Über die Erlässe des k. k. Ministeriums des Innern vom 6., beziehungsweise 8. März 1916, Z. 8664, beziehungsweise

11259, hat auf Grund des § 1 der kaiserlichen Verordnung vom 7. August 1915, R.-G.-Bl. Nr. 228, eine

Aufnahme der Vorräte an

1. (Speise- und Futter-) Kartoffeln,
2. (rohem und gebranntem) Kaffee

mit dem Stichtage vom 20. März 1916 stattzufinden.

Behufs Durchführung dieser Vorratsaufnahmen im Gebiete der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien werden im Sinne der Erlässe der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 10. März 1916, Z.-W. 1327, und 11. März 1916, Z.-W. 1349/2, folgende Anordnungen erlassen:

1. Die Aufnahme der genannten Vorräte in Wien erfolgt durch die daselbst eingesetzten Brot- und Mehl-Kommissionen, welche die Anmeldebogen nach den Angaben derjenigen Personen auszufüllen haben, in deren Verwahrung sich die anzumeldenden Vorräte befinden, gleichgiltig ob diese Personen die Eigentümer sind oder nicht.

2. Zur Anmeldung verpflichtet sind:

- a) Für Kartoffelvorräte: Erzeuger, Händler (Kaufleute, Lebensmittel-Verschleißer, Fragner etc.), Kartoffel verarbeitende Betriebe, Gast- und Schankgewerbe, öffentliche Anstalten und Verkehrsunternehmungen, Lagerhäuser, Gemeinden, Approvisionierungs-Ausschüsse etc., Konsumvereine und sonstige Vereinigungen. — Lediglich die Vorräte im Besitze der Heeresverwaltung und bei den Verbrauchern (Haushaltungen) selbst sind von der Aufnahme ausgenommen.
- b) Für Kaffeevorräte: Händler (Kaufleute, Lebensmittel-Verschleißer, Fragner etc.), Kaffee verarbeitende Gewerbe, insbesondere Gast- und Schankgewerbe, Erzeuger von Kaffee-Extrakten, Kaffee-Essenzen, Kaffee-Konserven, ferner Lagerhäuser, Verkehrsunternehmungen, Gemeinden, Approvisionierungs-Ausschüsse, Konsumvereine etc. — Lediglich die im Besitze der Heeresverwaltung und bei den Verbrauchern (Haushaltungen) selbst befindlichen, sowie die unter Zollverschluß bei den Zollämtern lagernden Vorräte sind von der Aufnahme ausgenommen.

3. Anzumelden sind alle Vorräte an (Speise- und Futter-) Kartoffeln, sowie an (rohem und gebranntem) Kaffee, welche die vorbezeichneten Anmeldepflichtigen am 20. März 1916 in ihrer Verwahrung haben. Abzüge welcher Art immer dürfen nicht gemacht werden. Es ist daher nicht gestattet, irgend welche Abzüge für den eigenen Bedarf des Haushaltes, des gewerblichen Betriebes (bei Kartoffeln auch nicht für Saatgut) oder für sonst einen anderen Zweck zu machen. Die Vorratsmenge ist nach dem Gewichte getrennt nach Speise- und Futter-Kartoffeln, beziehungsweise nach rohem und gebranntem Kaffee in Kilogrammen anzugeben. Jede andere Gewichts- oder Mengenangabe ist unzulässig.

4. Die am 20. März 1916 etwa auf dem Transporte befindlichen Vorräte haben die Empfänger binnen drei Tagen nach dem Empfange in der Konstriptionsamts-Abteilung des magistratischen Bezirksamtes ihres Wohnortes anzumelden.

5. Die Angaben sind vom Verwahrer der Vorräte oder dessen durch eine schriftliche Vollmacht legitimierten Vertreter persönlich bei der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission am

19. III. 1916

Hamster!

Ein Frankfurter Leser berichtet von einem Gespräch mit seiner Gie r f r a u, die ihm erzählte: sie habe hier eine Familie, bestehend aus Mutter, 2 Kindern und 2 Dienstmädchen (der Mann ist im Feld), der sie jede Woche 150 Eier liefern müßte; den Zucker etc. habe die Herrschaft zentnerweise gekauft.

Eine Frankfurter Leserin gibt ein Gespräch zwischen zwei Herren wieder, das sie in einem großen Café hier hörte: Der Eine: „Ja, meine Frau läßt Ihnen auch sehr danken für all Ihre Mühe. Wie hat sie sich gefreut.“ Der Andere wohlgefällig schmunzelnd: „Ich kann Ihnen sagen, ich habe da unten (wahrscheinlich Bayern oder Baden) aber auch gehörig zusammengelaufen. Der Hausbursche des Hotels hat tüchtig gestöhnt unter dem Gewicht meines Gepäcks. Was da alles drin war! Sie brauchen übrigens keine Angst zu haben, daß Ihnen das Fleisch verdirbt, das können Sie gut einlegen. Wir haben einen ganzen Schweinsrücken in Essig liegen, und der schmeckt vorzüglich. Jetzt haben wir tüchtig Vorräte. Gestern habe ich dann noch unter den schwierigsten Verhältnissen 10 Pfund Butter gekauft. Ich bin von Baden zu Baden, in den meisten bin ich bekannt, und ließ mir überall ¼ Pfund Butter geben. Als ich nachmittags wieder in den ersten Laden kam, in dem ich vormittags schon war, lächelte die Verkäuferin und wollte mir nichts mehr geben. Wie das Ding nun nicht mehr ging, holte ich mir einen roten Radler und fragte ihn, ob er sich eine Mark verdienen wolle. Natürlich wollte der. Den ließ ich nun an meiner Stelle in die Läden gehen und Butter verlangen. Dem armen Kerl gab man natürlich gerne Butter, die er mir dann abliefern mußte und so hatte ich bis zum Abend 10 Pfund Butter.“

Ein angesehenener Landwirt, der viel herumkommt, äußerte kürzlich in einem Gespräch (dessen pointierende Verallgemeinerung man natürlich richtig einschätzen muß): auf dem Lande werden die Nahrungsmittel niemals knapp werden, auch wenn der Krieg noch so lange dauerte; die Landwirte sind jetzt für einen siebenjährigen Krieg verproviantiert.

Das sind drei Bilder aus dem Leben. Man braucht nicht viel dazu zu sagen. Man braucht sich durch sie auch nicht einmal allzu sehr irritieren zu lassen: wer die Geschichte des Jahres 1813 nicht bloß aus der Schullegende kennt, der weiß, daß es auch damals viele kleinen, engen, engherzigen Geister gegeben hat, oben und unten, und oben noch mehr als unten — was besagen solche Dinge gegen das Gewaltige, das das Volk in seiner großen Mehrheit trägt und leistet, damals und heute! Wo Licht ist, ist Schatten. Und es wird wohl in der Welt immer Leute geben, die über der kleinen Eignen sorge das große Allgemeine vergessen, bis zu der grotesk wirkenden Ueberspannung, daß sie eher ihre Söhne hergeben als ihre Kartoffeln, oder daß sie in der gleichen Zeit, in der sie vielleicht ihr Liebstes verlieren, Zucker und Butter in den Kellern einhamstern! Immerhin mögen die Fälle mahnen, daß die allgemeine Bestandsaufnahme der Nahrungsmittelvorräte, die kürzlich angekündigt wurde, wirklich demnächst veranstaltet werden sollte. Sie kann überraschende Ergebnisse zeitigen.

Zucker und Kaffee.

Es ist förmlich Mode geworden, übermäßige Vorräte der verschiedensten Lebensmittel systematisch anzuhäufen. Man hat sich den Hamster als Vorbild genommen. Das Hamstern gilt jetzt vielen als erste Hausfrauenpflicht. Wer da nicht mittut, wird mitleidig über die Achsel angesehen. Vor den Verkaufsläden staut sich die Menge, namentlich Frauen, Kinder und dienstbare Geister, um bald dieses, bald jenes in größerer Masse, als es für den Haushalt gebraucht wird, einzukaufen. Geduldig oder auch nichtgeduldig harren sie stundenlang aus und wecken die Erinnerung an die seligen Zeiten des Einlasses vor dem Burgtheater. Es gibt Frauen, die nicht müde werden, alles mögliche zusammenzukaufen und große Quantitäten selbst von solchen Dingen, die dem Verderben ausgesetzt sind, auf Lager zu legen. Wie viele Kartoffeln haben nicht, nachdem sie ungenießbar geworden, weggeworfen werden müssen! Man wundert sich oft über die Börse, wenn Papiere einen nicht für möglich gehaltenen Kursstand erreichen. Aber im Warenhandel sind viele Preise noch unverhältnismäßig mehr gestiegen, manche auf das Drei- und Vierfache. Je lebhafter die Nachfrage und je geringer das Angebot, desto schneller und intensiver erhöht sich der Preis. Auf diese Weise ist mancher Artikel im Laufe weniger Tage rapid gestiegen. Den Angstkäufen vieler Hausfrauen, bald in der einen, bald in der andern Ware, stellt sich größere spekulative Zurückhaltung der Verkäufer, die bei solchem Andrang auf weitere Preiserhöhungen hoffen, entgegen. Das Hamstern bleibt also nicht auf die Haushaltungen beschränkt, es ruft Hamsterei auf der andern Seite hervor, und das beschleunigt in weiterer Folge die Verknappung. Diese Erfahrung hat man im Verlauf der durch den Krieg hervorgerufenen anormalen Wirtschaftsverhältnisse schon wiederholt machen können. Selbstverständlich nicht bei uns allein, denn in allen Ländern, sowohl bei den Kriegführenden als bei den Neutralen, zeigen sich so ziemlich die gleichen Erscheinungen.

In der vergangenen Woche waren es hauptsächlich Zucker und Kaffee, die der Ehre teilhaftig wurden, stürmisch begehrt zu werden. Sie standen auf dem Wochenrepertoire der Hausfrauen als Zugküde. Die Verkäufer konnten den Andrang nicht bewältigen, sie mußten zeitweilig ihre Geschäftslokale schließen und gaben, wenn sie sie wieder öffneten, die Ware nur in kleinen Partien ab. Wenn der Kaffee ganz ausgegangen wäre, so wäre das kein Wunder, denn bei uns wächst ja keiner, auch in ganz Europa nicht, er muß aus fernen Ländern über das Meer eingeführt werden, und die See Verbindung ist ja schon seit dem Ausbruche des Krieges unterbunden. Daß man überhaupt noch Kaffee bekommt, dankt man dem durch die Regierung rechtzeitig vorgenommenen Ankauf eines kurz vor Kriegsbeginn in Triest angekommenen Quantum. Es ist also noch lange keine Kaffeenot bei uns zu befürchten. Viel umbe-

greiflicher mußte es vielen erscheinen, daß in den Zuckerexportstaaten, zu denen außer Oesterreich-Ungarn auch Deutschland gehört, der Zucker knapp geworden ist. Unfre Monarchie hat in den letzten Jahren vor dem Kriege jährlich für mehr als zweihundert Millionen Kronen Zucker exportiert, im Jahre 1913 sogar im Werte von 287 Millionen Kronen. Man mußte deshalb selbst in Sachreisen annehmen, daß an allem andern eher als an Zucker Mangel eintreten werde. Als eine der Hauptaufgaben der Kriegsdarlehensklasse war es betrachtet worden, den wegen des Krieges nicht zum Export gelangenden Zucker zu belehnen, um die kleineren Zuckerproduzenten nicht in Verlegenheit zu bringen. Aber es sollte ganz anders kommen. Durch den Minderanbau an Rübe hat die Zuckerproduktion abgenommen, während gleichzeitig der Konsum in ungeahntem Maße zunahm, zumal angesichts der Verwendung des Zuckers zu Futterzwecken. Die Sucht des Publikums, sich Zuckervorräte zu schaffen, hat dann mit dazu beigetragen, behördliche Maßregeln zu veranlassen, die geeignet sind, den Zuckerverbrauch einzuschränken.

Schon die alten Römer sagten, daß es ein Trost ist, Genossen im Leide zu haben. Im Feindesland ist der Zuckermangel noch ein weit größerer als hier. Die Schweiz und andre Länder laborieren an demselben Uebel. Es hat sich wie in uralten Zeiten, die primitive Form des Warenaustausches im internationalen Verkehr herausgebildet. Es heißt jetzt bei vielen Vereinbarungen nicht wie in normalen Zeiten: Ware gegen Geld, sondern gebt eure Ware her, die wir brauchen, damit ihr von uns eine Ware bekommt, die ihr braucht. In Deutschland ist bei all seiner musterhaften Organisation manches weniger reichlich vorhanden als bei uns. Da tritt neulich eine Reichsdeutsche, eine Berlinerin, in den Speisesaal eines Wiener Hotels. Sie fragt, was es zu essen gebe. Der Kellner antwortet: „Da heute fleischloser Tag ist, haben wir nur Lämmernes, Schöpfernes, Ente und Rehschlegel.“ Die Frau sagt erstaunt: „Sie sagten doch, daß fleischloser Tag ist.“ Der Kellner gibt die Aufklärung, daß nur Fleisch vom Rind und Huhn verboten ist. „Da haben Sie,“ erwidert die Frau, „es in Oesterreich ja viel besser als wir in Berlin, dort gibt es an fleischlosen Tagen keine solche Auswahl, und außerdem haben wir jede Woche noch zwei fettlose Tage.“ Diesen Bemerkungen der Dame wäre noch hinzuzufügen, daß morgen, am 20. d., in Berlin die Butter- und Kartoffelkarte eingeführt wird. Erfahrungsgemäß ist übrigens die Versorgung mit Kartoffeln im Februar und März am schwierigsten. Man ist also, und dies gilt auch für uns, über die mißlichste Zeit, wie man hoffen darf, schon hinweg.

Der Hofloch auf Reisen.

Deutsche und österreichische Kriegsküche.

Herr Friedrich Hampel, der Hofloch, der sich fünf- und zwanzig Jahre in der Wiener Hofküche betätigte, ist nach Deutschland gereist. Herr Hampel hat eine durchaus gastronomische Reise unternommen, sich wenig um die Empfehlungen des Baedeker gekümmert, sich nicht in Sammlungen und Museen und Denkwürdigkeitsstätten aufgehalten, sondern ist immer irgendwie in der Küchenatmosphäre geblieben. Er fuhr als Hofloch durch Deutschland, sah sozusagen in alle Kochtöpfe, studierte die Speisefarten und hat seine Studien literarisch verwertet.

Nun, Herr Hampel, der Hofloch, hat aus Deutschland allerlei appetitliche Eindrücke mitgebracht und diese in einer Broschüre: „Deutsche und österreichische Küche. Eine zeitgemäße Reisetudie mit praktischen Folgerungen“ wiedergegeben. In diesem Büchlein sind gustifose Anmerkungen enthalten. In Begleitung des Küchenfachmannes besuchen wir die Gastwirtschaften, und es werden uns kulinarische Delikatessen, mit Kommentaren garniert, serviert. Die Grundtendenz dieser Beschreibungen: In Deutschland sind die Lebensmittelpreise erheblich billiger als bei uns. Ja, auf der Wanderung durch Tunde, Tomaten, Risotto und Gurkensalat glauben wir in ein üppiges Scharaffenland geraten zu sein. Aber täuschen wir uns nicht: Seit der Herr Hofloch die Küchen bereiste, sind wieder einige Monate vergangen, Monate der Preisteuerung, und gewiß sind auch die deutschen Tarife unangenehmer geworden. In Dresden kostete Herr Hampel Hinderbrust mit Konservendöhlen für Mark 1.20, Kaffee für 25 Pfennig, ein Schweinsröllchen für 75 Pfennige. In Leipzig „frischen Lachs mit Butter“, Kartoffeln und Birkone um 55, Kalbgetröse um 40 Pfennige. In Berlin Kalb mit Gurkensalat für 15, Fischmajonaise für 75 Pfennige. Hier reflektiert der Hofloch wienerisch: „Auffällig ist, daß der Norddeutsche im Essen sowohl quantitativ als qualitativ anspruchsloser ist als wir Oesterreicher.“ Er begnügt sich zum Beispiel mit einem „kalten Bissen“, „belegten Brötchen“ oder „Stullen“. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß dieser Brauch, der vielleicht einer falschen Sparsamkeit der deutschen Hausfrauen entspricht, nachahmenswert wäre. Er beginnt sich leider auch bei uns selbst in Hofküchen einzubürgern, zumeist aber in kleinen Bürgers- und Beamtenfamilien, vielleicht weniger aus Gründen der Sparsamkeit als vielmehr aus solchen der Bequemlichkeit. So vorbildlich für uns die Deutschen in allen praktischen Lebensfragen sein mögen, in diesem Punkte können wir ihnen nicht recht geben. Die Brötchenkost ist ja recht appetitlich und scheinbar billig. In Wirklichkeit ist sie jedoch verhältnismäßig teuer, denn sie enthält, wie ein berühmter Physiologe nachgewiesen hat, nur sehr geringe Nährwerte.

Daß die norddeutsche Küche uns fremd anmutet, weniger schmeckt und weniger sympathisch ist, dürfte Geschmackache sein, über die sich streiten ließe. Es ist jedoch sicher: Man würzt weniger, spart mit Zutaten, kocht einfacher (wodurch freilich Gebratenes vom Gekochten nicht immer zu unterscheiden ist), eine Kochsitte, die vielleicht beweisen könnte, daß auch in dieser Richtung die Sinne des Deutschen noch gesund, rein und natürlich sind gegenüber der raffinierten, gekünstelten Küche der überkultivierten Franzosen.

In Nürnberg entdeckt Hampel nicht die Schätze des Germanischen Museums, sondern einen Riesenmierenbraten für vierzig Pfennig und einen Kopfsalat für zehn. Als Paradies erscheint ihm der Chiemsee, wo fünf Portionen Milzwurst mit fünf Portionen Salat noch immer zwei Mark kosten. Er schwärmt überhaupt für die bayerische Küche, für „Kalbsbagen mit Schweinsrüssel“ und findet, ein nationaler Küchenhistoriker, einen Zusammenhang zwischen den Erfolgen und der Kost der Bayern.

Soweit die „zeitgemäßen Reisetudien“. Wie steht es nun mit den im Titel angekündigten „praktischen Folgerungen“ in bezug auf die Wiener Küche? Auch hier hören wir wieder den alten Wiener, der zur Raunzerei neigt: „Es muß leider gesagt werden, daß sie (die Wiener Küche) im Begriffe ist, von ihrem alten Ruf einzubüßen, denn im Verhältnis, wie die Nahrungsmittelpreise steigen, so fällt ihre Güte.“ Und nun ein konkreter Vorschlag: Ein neues Wiener Speisehaus mit folgenden Prinzipien:

1. Vereinfachter, rationeller Wirtschaftsbetrieb unter Leitung von Festangestellten.

2. Einschränkung der Fleischspeisen zugunsten der Gemüse-, Mehl- und Milchspeisen, der Hülsenfrüchte sowie Beilagen, welche in größeren als bisher üblichen Portionen (in besonderen Schalen) zu verabreichen wären.

3. Ausfall des Geträgzwanges.

4. Trinkgeldverbot.

5. Einheitliche Speisentarie (Witzwagstück mit bestimmten Stunden).

6. Die Speisepreise sollen billig ohne Regieaufschlag berechnet werden, und zwar nach den zeitweiligen Marktpreisen.

7. Die Ueberkleider wären vor Eintritt abzugeben und in einem besonderen Kleiderraume ohne Gebühr abzugeben.

8. Bezahlungen gegen Schein beim Ausgang an der Kasse.

9. Der Besuch des Hauses ist nur mit bezahltem Eintrittscheine gestattet, die im vorhinein blockweise zu erhalten wären.

10. Die dafür eingehenden Beträge gehören zur Dedung der laufenden Betriebsauslagen, könnten fallweise erhöht, beziehungsweise ermäßigt werden.

Im Hofhof auf Riesen.

11. Die Ausstattung der Speisefäle sei hygienisch, einfach, doch zweckdienlich.
12. Besteck, Brotkorb und andre Gebühelbe befinden sich, um die Bedienung zu erleichtern, in der Mitte jeder Tafel in einem besonderen Behälter.
13. Das Personal wäre durch Leistung einer entsprechenden Sicherstellung zur genauesten Dienstleistung verpflichtet.
14. Ein sich ergebender Reingewinn wäre zur Verbesserung der Küche, zur Ausbannung des Unternehmens und zu Jahresgeschenken an das Personal zu verwenden.

„Dieses neue Speisehaus sollte eine Heimstätte werden für unsere liebe, alte Wiener Küche, in welcher für eine gediegene, zugleich billige Ernährung des Mittelstandes gesorgt würde.“ Und zwar mit Ausschluß der Surrogate. Und nun folgen einige Preistabellen, auf denen zu ersehen ist, wie man für hundert Personen, es soll zugegeben werden: relativ billig, einkaufen kann. Aber wir haben doch wieder Bedenken, ob Herr Sempel hier nicht die leichtere Funktion als Schriftsteller gewählt hat, und zweifeln ein wenig, daß es für ihn ebenso einfach wäre, mit diesem Etat im Wiener Speisehaus, das ein bißchen Luftschloß ist, Hockoch zu sein.

Er kennt freilich die Preistarife zwischen Krieg und Frieden und beschließt sein Büchlein mit einer instruktiven Tabelle hierüber:

Damen einiger beliebter Speisen	Preise eines erhöhten Gasthofes (Hotel) in der Innereu Stadt vom 31. August 1914	Preise eines bürgerlichen Speisehauses (Restaurant) im selben Bezirk vom 31. August 1915
	in Kronen	
Schilbrötenfische	1.50	3.—
Reis- oder Nudelsuppe	—60	—70
Rheinlachs, gebraten oder gekocht	5.—	5.—
Schil mit Lunte (Sauce)	3.—	3.60
Rind- (Lenden-) Schnitte	3.50	3.30
Kalbsbratbe (Kotelette) mit Erbsen	3.80	3.90
1 Brathuhn (Masthuhn)	6.—	6.—
Bries mit Lunte (Sauce)	2.80	3.60
Rebhuhn, gebraten	5.—	4.60
Erbsen, Bohnen u.	2.—	1.—
Pannfuchen (Pannequets)	2.—	1.50
Auflauf	2.—	—80
Salzburger Nockerln	2.—	1.80
Katzenmarrn mit Röstler	2.—	1.50
1 Stück Rhrich	2.—	?
1 Stück Birne	2.—	?
Kohlscheiben	?	1.20
Schwarzer Kaffee mit Oberz	?	—80
Altwiener Kaffee	?	1.30

^{*)} Auszug aus Originalpreisetiketten.
^{**)} Seit Oktober wieder um zirka 20 Prozent gestiegen.

Herr Sempel hat jedenfalls die Küchen nicht nur mit den Augen des Hockoches gesehen, der ja mit dem Kochlöffel aus dem Rollen schöpft. Er, der für den König Milan und für die höchsten Herrschaften gebacken und gebraten, im vornehmsten Paris gelernt hat, wollte mit dieser Publikation der Volksnahrung dienen. Und weil er überhaupt zu Sinnsprüchen neigt, stellt er die Erkenntnis auf: „Die Wurzel der Volkskraft liegt in der Ernährung. Im Kriege sind die Knödel ebenso wichtig wie Kanonen.“

Sehr wahr: Die Knödel sind wichtig. Sie sind die gastronomischen 32-Zentimeter-Geschäfte, möchte man sagen. Aber man weiß nicht recht, warum Sempel als Einbandsornament den Lorbeerbehränzten, vollgesättigten Kopf des Lufullus gewählt hat. Er kann kein Schutzgeist eines Buches über Kriegslust sein. Mit den lufullischen Gastmählern hat der Feldherr keine Siege gewonnen. Und bei allem Respekt vor den Knödeln in bezug auf Kriegserfolge muß doch gesagt werden, daß auch Sparbarkeit und kluges Haushalten für den Sieg sehr wichtig sind und daß eine andre Analogie mit dem Altertum hier passender wäre: Mit den Spartanern.

E. D.

Etwas für die Hausfrau.

Eiereinlegen. — Gute Rezepte.

Endlich ist die Zeit gekommen, in der man wieder von Eierkonservierung sprechen kann. Man erhält nun 16 bis 17 Stück für 2 Kronen und das ist es gut, für den Herbst vorzujorgen.

Eier sind Nährwertträger; sie enthalten über zwölf Prozent Eiweiß und zwölf Prozent Fett, können uns daher in Verbindung mit Mahlprodukten, Reis u. dgl. alle zum Aufbau des Körpers notwendigen Nährstoffe bieten. Eier sind das einzige Nahrungsmittel, welches uns das unerreichliche Fleisch und das kostbare Fett ersetzen. Der Preis ist im Verhältnisse zu anderen gleichwertigen Nahrungsmitteln im gegenwärtigen Zeitpunkt billig zu nennen, auch darum, weil jetzt fast alle Eier gut sind. Diese günstige Zeit der Eierproduktion soll jede Hausfrau, welche die allerdings größere Ausgabe zu machen in der Lage ist, ausnützen und ihren Bedarf an Eiern für den Spätherbst und Winter konservieren. Dies liegt nicht nur im Interesse des einzelnen Haushaltes, sondern ist eine Pflicht gegen die Allgemeinheit. Durch den Vorrat im Haushalte wird die Nachfrage nach Eiern zur Zeit der Eierknappheit geringer, der Markt wird entlastet und der Preis der Eier für jene, welche nicht in der Lage sind, vorzujorgen, auf mäßiger Höhe gehalten.

Das Konservieren der Eier beruht auf dem vollständigen Luftabschluß; wenn es gelingt, das Eindringen der Luft durch die feinen Poren der Eischale zu verhindern, dann können Eier monatelang frisch erhalten werden. Der Luftabschluß geschieht am wirksamsten durch Einlegen der Eier in Kaltwasser, Wasserglas oder Garantol. Für den Einzelhaushalt empfiehlt sich Wasserglas oder Garantol. Wer Eier verlässlich gut konservieren will, muß folgendes beachten:

1. Die Eier müssen vollkommen frisch sein, dürfen keinen Sprung haben, müssen rein sein und sollen vor dem Einlegen nicht gewaschen werden.

2. Empfiehlt es sich, die Eier vor dem Einlegen zu prüfen. Dies geschieht, indem man die Eier im dunklen Räume durchleuchtet oder in eine Salzlösung legt (auf 1 Liter Wasser ein achiel Kilogramm Salz). Sinkt das Ei unter und bleibt am Boden wagrecht liegen, dann ist es vollkommen frisch.

3. Die verlässlich guten Eier werden nun mit der Spitze nach unten in ein Gurlenglas eingeschichtet, so daß 15 Zentimeter vom Rande frei bleiben. Eine Mischung von 10 Liter Wasser und 1 Liter konzentriertes Wasserglas (gekochtes kaltes Wasser ist vorzuziehen) wird über die Eier gegossen und muß 15 Zentimeter über den Eiern stehen; das Glas wird mit einem Brettchen bedeckt und an einen kühlen Ort gestellt.

Verwendet man statt Wasserglas Garantol, dann ist zu beachten, daß die Eier in die Flüssigkeit gelegt werden, also nicht die Flüssigkeit darüber gegossen wird, ferner daß ein irdenes Gefäß zu verwenden ist. Wenn auch nur ein schlechtes unter den eingelegten Eiern ist, dann werden in den meisten Fällen auch die andern Eiern verdorben; darum ist größte Aufmerksamkeit beim Prüfen der Eier geboten.

N. Sch.

Gute Rezepte.

Kalte Speise von Schwarzbrot. Geriebenez, altgebackenes Schwarzbrot wird leicht in Butter geröstet, dann mit Wein gut durchfeuchtet, nebst Zucker, einigen gestoßenen Nellen, etwas Zimt, auch Kardamon, leicht aufgekocht. Dann vom Feuer gezogen, auf jeden Suppenteller Brot, 2—4 Eidotter und mit gut gesüßtem, mit Vanille gewürztem Eierschnee bedeckt. Im Ofen fest geworden, garniert man die Speisen mit Eingemachtem. Bereitet man die Speise ohne Früchte und gibt sie warm, so reicht man eine Schokoladensauce dazu; kalt und hübsch verziert, dient sie statt Torte.

Brotkugeln. Von vier Eißlar fester Schnee wird mit 7 Deka Zucker abgerührt, 6 Deka geriebene Mandeln, 3 Deka mit Rum oder Zitronensaft befeuchtete Brotkrumen und 7 Deka geriebene Schokolade daruntergemengt, zuletzt ein halber Kaffeelöffel Backpulver beigegeben. In einer ausgestreuten Biskuitform langsam backen, ausgekühlt in Schnitten schneiden, welche man befeigen oder mit Marmelade bestreichen kann.

Kastanienkuchen reichlich für sechs Personen. 25 Deka eingeschnittene Kastanien werden ein wenig in der Röhre gebraten, geschält, mit 8 Deka abgezogenen Mandeln gerieben und mit 25 Deka Zucker, 5 Dotter und 1 ganzen Ei flaumig abgetrieben, schließlich der Schnee von 5 Eißlar dazugegeben und in einer ausgeschmierten, ausgestreuten Form (auch Tortenform) dreiviertel Stunden langsam gebacken.

N. Sch.

Die Approvisionnement Wiens.

Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

In der dieswöchigen Sitzung dieser Kommission wurde u. a. mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit dem Allgemeinen Verbands Landwirtschaflicher Genossenschaften Oesterreichs, und zwar sowohl in bezug auf direkte Geschäftsverbindung zwischen diesen Genossenschaften und den Konsumentenvereinigungen, als auch in bezug auf gemeinsame ernährungs- und handelspolitische Beratungen zu einem günstigen Erfolge geführt haben.

In bezug auf die Zuckerkarte wurde unter der Voraussetzung, daß die Vorräte der Kampagne ausreichen, eine Erhöhung der niederösterreichischen Quote pro Kopf und Monat auf 1,5 Kg.

gefordert, ferner eine unübertragbare Zusatzkarte für Haushaltungen während der Obst-, bezw. Einjahreszeit (Juni bis September), lautend auf 1 Kg. pro Kopf und Monat; weiters, daß Zusatzkarten für Nachtarbeiter, lautend auf 50 Prozent der gewöhnlichen Karte, ausgegeben werden, ebenso, daß die Kopfquote für jene Teile der Bevölkerung, welche unter besonders ungünstigen Ernährungsverhältnissen leiden, zur Erleichterung des Kaffeegenusses erhöht werde, und schließlich, daß Saccharin für Kriegsdauer freigegeben werde, da wissenschaftlich nachgewiesen wurde, daß Saccharin nicht gesundheitsschädlich ist und als Ersatzsüßstoff verwendet werden kann.

Im Interesse einer besseren Lederversorgung wurde eine Eingabe an das Handelsministerium beschlossen, in welcher verlangt wird: Anordnung von Maßnahmen zur Zwangserzeugung von Sohlenleder; Reorganisation der Häute- und Lederzentrale, sowie planmäßige Verteilung des Leders durch eine eigene Lederzentrale unter Zuziehung von Vertretern des Handels und der Verbraucher; Hintanhaltung einer Erhöhung der Preise für Sohlenleder und der Umgehung der Höchstpreise, sowie Abbau derselben; Höchstpreise für Strapazschuhe und Reparaturen; Errichtung von Preisprüfungsstellen für Leder und fertiges Schuhwerk; Ausgabe von Schuhmarken an solche Erzeuger, die sich der Preiskontrolle freiwillig unterziehen und den Anordnungen der Preisprüfungsstellen fügen; Entziehung der Materialabgabe an die der Preistreiberei überwiesenen Leder- und Schuhfabrikanten sowie Lederhändler; Requisition des älteren und nicht mehr modernen Schuhbestandes und dessen Abgabe an die Kriegshilfsaktionen.

Fleisch- und Kohlennot in England.

L. London, 16. März. Das Handelsamt veröffentlicht eine Aufforderung an das Publikum, den Fleischverbrauch einzuschränken, da es dringend notwendig sei, mit den Vorräten zu sparen, die Schifffahrt zu entlasten und einer weiteren Preiserhöhung auszuweichen.

„Daily Mail“ berichtet, in London herrsche große Kohlennot. Mehrere Schulen können nicht geheizt werden. Weder arme noch reiche Leute können so viel Kohle aufstreiben, als sie brauchen. Wenn in einer Straße ein Kohlenwagen auftaucht, stürzen sich Angehörige aller Gesellschaftsklassen mit allen möglichen Gefäßen auf ihn, um etwas Kohlen zu erhalten. Man sehe Prozessionen von Kinderwagen mit Kohlen auf der Straße. Es sei durchaus nichts Ungewöhnliches, elegant gekleidete Damen auf der Jagd nach dem kostbaren Brennstoff zu treffen; wenn sie etwas davon erlangen können, bringen sie diesen Schatz in Handkoffern und Champagnerkübeln, manche sogar in Automobilen nach Hause.

Die armen, drangsalieren Landwirte! Aus Budapest berichtet man uns: Seit kurzem sind Gemeindevotäre und Finanzwachleute auf der Suche nach nicht-

angemeldeten Getreidevorräten und fast täglich veröffentlichen die Zeitungen Namen von Landwirten, die bestraft wurden, weil sie beträchtliche Mengen Brotfrucht trotz aller Verordnungen versteckt hatten, darauf spekulierend, daß über den Höchstpreis hinaus vielleicht doch noch etwas herauszukommen sei. Aber der Abgeordnete Geza Polonyi — er ist nicht nur der berühmte Generalpotermacheradvokat, sondern auch Gutsbesitzer — stimmte in einer Parlamentsrede am 16. Februar ein Klagegedicht darüber an, daß man eine „Horde“ von dreihundert Kommissären und sechstausend Agenten gegen die Landwirte losläßt. „Was glauben die Herren,“ rief er entrüstet aus, „hebt es die Begeisterung, wenn Finanzler und Notäre die Requisition durchführen? Was haben Ungarns Landwirte verbrochen, daß sie ohne Ausnahme solchen Hausdurchsuchungen ausgesetzt sein sollen, daß jene Amtsgänge durch ganz Ungarn tanzen und nach den Ueberschüssen suchen?“ Aber der wadere Polonyi läßt Zweifel zu, ob die „Finanzerhorde“ überall hausucht; einer seiner ehrenwerten Freunde, ein Abgeordneter von der Regierungspartei, habe ihm gesagt: wenn sie zu ihm kämen, würde er sie mit der Flinte erwarten. So nämlich die Herrenleute. Auch von sonstigen Drangsalierungen der Landwirte wußte Polonyi zu erzählen. In Hajdu-Egoboszlo wollten die Bauern etwas mehr Schweine mästen als bisher, aber man hat ihren Mais requiriert, konfisziert; als Ursache ist in einem Aktenstück angegeben, daß die Leute den Mais, dessen Höchstpreis 28 Kronen sei, im Wege der Schweinemast mit 100 Kronen zu verwerten wußten. Aber, fügte Polonyi hinzu, es ist möglich, daß die Kreditbank ihren Mais solcherart mit 100 Kronen verwertet. Nun mag es ja wirklich Landwirte geben, die zu unbeholfen sind, um ihren Vorteil unter allen Umständen zu wahren. Von der Sorte ist der Hagfelder Großgrundbesitzer Graf Andreas Eselonics nicht. Er hatte seinerzeit einen auf zehn Jahre lautenden Vertrag mit der städtischen Milchzentrale von Temesvar geschlossen, worin er sich zur Lieferung von täglich 2500 Liter Milch zu 17 Heller für den Liter, nach der Stadt geliefert, verpflichtete. Bei Kriegsbeginn kündigte Graf Eselonics den Vertrag, war aber auf Betreiben des Temesvarer Magistrats bereit, die Milchlieferung zu 20 Heller für den Liter auch weiterhin zu sichern. Später trat er jedoch mit neuen Forderungen hervor und kündigte den Vertrag am 1. Oktober 1915 auf Jahresfrist. Mit Mühe erwirkte der Temesvarer Magistrat, daß sich der Graf Eselonics herbeiließ, die Milchlieferung vertragsmäßig bis 1. Oktober 1917 zu sichern, aber bis zum 1. Oktober 1916 um 28 Heller, später um 34 Heller für den Liter, und zwar ab Hagfeld, so daß die Milchzentrale künftighin auch die Transportkosten zu tragen haben wird. Der Temesvarer Stadtmagistrat war in einer Zwangslage und nahm die Bedingungen an. So werden die armen Landwirte drangsalieren.

Freizügigkeit der Brot- und Butterkarte?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Leipzig, 20. März.

Der Bund deutscher Verkehrsvereine und der Verband reisender Kaufleute Deutschlands haben zwecks einheitlicher Regelung der Brot- und Butterkarte für den Fremdenverkehr eine Eingabe an das Reichsamt des Innern eingereicht. In dieser Eingabe wird darauf hingewiesen, daß es im Reiseverkehr unangenehm empfunden wird, daß die Brot- und Butterkarten nicht in allen Bundesstaaten und nicht in allen Städten Gültigkeit haben. Da seit Anfang März d. J. die süddeutschen Bundesstaaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und die Reichslande die Brotkarte der einzelnen Staaten gegenseitig anerkennen, so hat der Bund deutscher Verkehrsvereine und der Verband reisender Kaufleute das Reichsamt des Innern gebeten, dahin zu wirken, daß auch Preußen und die übrigen norddeutschen Bundesstaaten sich diesem Vorgehen anschließen. Die gleiche Gültigkeit für das ganze Reich ist auch für die Butterkarte angeregt worden. Gleichzeitig hat der Bund deutscher Verkehrsvereine darauf hingewiesen, daß es sehr wertvoll sein würde, wenn das Reichsamt des Innern jetzt schon Vorkehrungen treffen würde, damit für die Hauptreisezeit Städten und Sommerfrischen, die mit einem starken Fremdenverkehr rechnen, entsprechend größere Mengen Butter, Brot und andere Lebensmittel zugewiesen werden können.

22. / III. 1916.

Die Verteilung der Lebensmittel.

Man schreibt uns: In der letzten Sitzung des Ernährungsbeirats ist auch die Frage gestreift, ob es nicht zweckmäßig sei, die vorhandenen Bestände der wichtigen Lebensmittel planmäßig zu verteilen, um dem Auslaufen einzelner vorzubeugen. Der Gedanke, der dieser Anregung zugrunde liegt, ist durchaus berechtigt, denn bei den mancherlei Schwierigkeiten, die in der Lebensmittelversorgung nun einmal vorhanden sind, ist eine gleichmäßige Verteilung der verfügbaren Bestände unbedingt erforderlich. Eine solche planmäßige Verteilung aller wichtigeren Lebensmittel wird aber auch tatsächlich erreicht werden durch die Maßnahmen, die bisher bereits getroffen sind, und die sich noch in Vorbereitung befinden.

Die Rationierung des Brotgetreides ist bereits seit länger als einem Jahre durchgeführt, mit der Verteilung der Kartoffelvorräte sind gegenwärtig die Gemeinden auf Grund der letzten Bundesratsverordnung beschäftigt. Ebenso ist für eine gleichmäßige Zuteilung der Butter durch die Gemeinden Sorge getragen. Für die Regelung des Verbrauchs von Fleisch sind die Vorarbeiten dem Vernehmen nach so weit vorgeschritten, daß schon in naher Zeit eine Verordnung des Bundesrats zu erwarten ist, die eine Zentralstelle ins Leben rufen wird, von der aus nach Art der Reichsgetreidestelle eine gleichmäßige Verteilung des Schlachtviehes herbeigeführt werden soll. Ueber eine noch weitergehende Regelung durch die Einführung von Fleischkarten sind die Erwägungen noch nicht zum Abschluß gebracht. Auch der Zucker dürfte wahrscheinlich eine Rationierung erfahren, nachdem sich herausgestellt hat, daß teilweise eine Vorversorgung in großem Umfange stattgefunden hat, durch die sich die gegenwärtige Zuckerknappheit im Kleinhandel erklärt. Es wird infolgedessen trotz mancher entgegenstehender Bedenken wohl zu einer Zuteilung des Zuckers kommen, wie sie in Oesterreich bereits durchgeführt ist. Auch eine Beschränkung des freien Handels mit Kaffee ist aus Verbraucherkreisen angeregt worden, und es ist nicht zu leugnen, daß die Notwendigkeit, mit den vorhandenen Vorräten hausälterisch umzugehen, den Gedanken einer Rationierung auch bei dem Kaffee nahelegt. Die Forderung nach einer planmäßigen Verteilung der wichtigen Lebensmittel ist mithin teilweise bereits erfüllt, teilweise geht sie ihrer Erfüllung entgegen.

Zu berücksichtigen ist dabei auch noch, daß jetzt nahezu die gesamte Einfuhr von Lebensmitteln zentralisiert ist, so daß auch die Zufuhren des Auslandes nur noch der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

Die Sommerfrischen Niederösterreichs.

Gute Verpflegungsverhältnisse.

Die vergangenen zwei schönen Sonntage sind von vielen Wiener Familien zu Erkundungsfahrten in die Sommerfrischen benützt worden. Es sind zwar die Allervorsichtsthaften, die sich heute schon um die Sommerfrische kümmern, die sie heuer besuchen wollen, doch wird es nicht mehr lange dauern, und die Raad nach der schönen billigen Wohnung mit bequemer Bahnverbindung, Gartenbenützung in einem Orte mit einer Apvovisionierung, die „Klappt“, wird bald beaimen. Und unter all den kornischen und ernstern Sorgen, die man sonst auf der Sommerfrischenuche hatte, wird die um die ausreichende Apvovisionierung nicht die letzte sein. In der Sommerfrische, in die die von den Sorgen der Kriegsküche geplagte Hausfrau gehen soll, muß es Milch und Butter geben, an Mehl darf kein Mangel sein, und der Fleischhauer muß Fleisch haben. Und nichts darf zu teuer sein, wenigstens nicht teurer als in Wien.

Wo gibt es eine solche Sommerfrische? Man darf darauf antworten, daß es in Niederösterreich solche ideale Orte in Menge gibt, worüber seit einigen Tagen eine Art amtliches Dokument vorliegt. Der Landesverband für Fremdenverkehr in Niederösterreich, der die Wünsche seines Publikums sehr genau kennt, hat nämlich vor einiger Zeit an seine Verbandsmitglieder (dazu gehören so ziemlich alle in Betracht kommenden niederösterreichischen Sommerfrischen) ein Rundschreiben gerichtet, auf dem unter allen Fragen die nach den Verpflegungsverhältnissen einen großen Raum einnahmen. Jahr für Jahr werden zwar die Sommerfrischen um Auskunft über die üblichen Verpflegspreise angegangen, heuer ist aber das Interesse für diese Dinge besonders groß. Die bisherigen Antworten sind sehr zufriedenstellend, manchmal überraschend. Zunächst ist hervorzuheben, daß es nirgends teurer ist als in Wien. Dann erzählt man phantastische Dinge. Eine Ortschaft bei Krems meldet einen Rindfleischpreis mit Zuzage von K. 4.20, eine andere Schweinefleisch um K. 5.—. Das aufstrebende schöne Kamptal ist billiger als Wien, die Apvovisionbahnstrecke erträglich, ebenso die Südbahnlinie. Interessant sind die Milchpreise. Es ergibt sich, daß in manchen Orten, denen man Milchüberfluß zuzuschreiben geneigt ist, die Milch nicht billiger ist als in Wien. Alle Sommerfrischen aber, die bisher Antworten eingeschickt haben, melden, daß die Verpflegung sichergestellt ist, was bekanntlich neben der Preisfrage das wichtigste ist. Die Hausfrau, die heute beim Landesverband befragt anfragt, ob sie da oder dort sich um Milch oder Erdäpfel anstellen werde müssen, wird eine beruhigende Auskunft erhalten können.

Die Wohnungspreise sind verschieden. Im allgemeinen sind sie auf der Höhe des Friedens geblieben, in einzelnen Orten sind sie billiger geworden, andertwärts um eine Kleinigkeit teurer.

Wichtig ist, daß aus ganz Niederösterreich vorzügliche Gesundheitsverhältnisse gemeldet werden, bei welcher Gelegenheit wieder die Erfolge des öffentlichen Kriegssanitätsdienstes zutage treten. Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß es um Niederösterreich in dieser Beziehung so gut steht, weil ja die Wiener im großen und ganzen außer den niederösterreichischen Sommerfrischen nicht viel zur Verfügung haben. Tirol, Kärnten und Steiermark kommen wegen des Krieges kaum recht in Betracht. In Steiermark sind gegen die gewöhnliche Grenzübertrittserlaubnis bloß die an die niederösterreichische Grenze anstoßenden fünf Bezirkshauptmannschaften zugänglich, Tirol ist nur in seiner Nordostecke frei. Offen stehen selbstverständlich die großen und kleinen böhmi-

schen Bäder, doch kommen sie für die Majorität des Publikums nicht in Betracht.

Die Verteilung der Lebensmittel.

N. Berlin, 22. März. (Priv.-Tel.) Eine offiziöse Korrespondenz schreibt:

In der letzten Sitzung des Ernährungsbeirates wurde auch die Frage gestreift, ob es nicht zweckmäßig sei, die vorhandenen Bestände der wichtigsten Lebensmittel planmäßig zu verteilen, um dem Aufstau Einzelner vorzubeugen. Der Gedanke, der dieser Anordnung zugrunde liegt, ist durchaus berechtigt, denn bei den mancherlei Schwierigkeiten, die bei der Lebensmittelversorgung nun einmal vorhanden sind, ist eine gleichmäßige Verteilung der verfügbaren Bestände unbedingt erforderlich. Eine solche planmäßige Verteilung aller wichtigeren Lebensmittel wird aber auch tatsächlich erreicht durch die Maßnahmen, die bisher bereits getroffen sind und die sich noch in Vorbereitung befinden. Die Rationierung des Brotgetreides ist bereits seit länger als einem Jahr durchgeführt und mit der Verteilung der Kartoffelvorräte sind gegenwärtig die Gemeinden auf Grund der letzten Bundesratsverordnung beschäftigt. Ebenso ist für eine gleichmäßige Zuteilung der Butter durch die Gemeinden Sorge getragen. Für die Regelung des Verbrauches von Fleisch sind die Vorarbeiten dem Vernehmen nach soweit vorgeschritten, daß schon in naher Zeit eine Verordnung des Bundesrates zu erwarten ist, die eine Zentralstelle ins Leben rufen wird, von der aus nach Art der Reichsgetreidestelle eine gleichmäßige Verteilung des Schlachtviehes herbeigeführt werden soll. Für eine noch weitergehende Regelung durch die Einführung von Fleischkarten sind die Ermägungen noch nicht zum Abschluß gebracht. Auch der Zucker dürfte wahrscheinlich eine Rationierung erfahren, nachdem sich herausgestellt, daß teilweise eine Vorratsversorgung in großem Umfange stattgefunden hat, durch die sich die gegenwärtige Zuckernappheit im Kleinhandel erklärt. Es wird infolgedessen trotz mancher entgegenstehender Bedenken wohl zu einer Zuteilung des Zuckers kommen, wie sie in Oesterreich bereits durchgeführt ist. Auch eine Beschränkung des freien Kaffeehandels ist in Verbraucherkreisen angeregt worden und es ist nicht zu leugnen, daß die Notwendigkeit, mit den vorhandenen Vorräten hausälterisch umzugehen, den Gedanken einer Rationierung auch bei dem Kaffee nahelegt. Die Forderung nach einer planmäßigen Verteilung der wichtigsten Lebensmittel ist mithin teilweise bereits erfolgt, teilweise geht sie ihrer Erfüllung bereits entgegen. Zu berücksichtigen ist dabei auch noch, daß jetzt nahezu die gesamte Einfuhr von Lebensmitteln zentralisiert ist, so daß auch die Zufuhren des Auslandes nur noch der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

Neue Bundesratsbeschlüsse.

WTB Berlin, 23. März. (Telegr.) In seiner Sitzung vom 23. März hat der Bundesrat eine Verordnung beschlossen, durch die die Strafvorschriften des Höchstpreisgesetzes und der Preiswucherverordnung so umgestaltet werden, daß Überschreitungen von Höchstpreisen und Preistreiberien wirksamer verhindert werden können. Insbesondere soll fortan die zu erkennende Geldstrafe grundsätzlich auf das Doppelte des erzielten Gewinns bemessen werden. Um einen Überblick über die vorhandenen Viehbestände zu haben, ist ferner die Veranstaltung einer Viehzwischenzählung am 15. April von Bundesrat beschlossen worden.

WTB Berlin, 23. März. (Telegr.) In seiner Sitzung vom

* (Kochkurs für Bürgermädchen.) In der Koch- und Haushaltungsschule in Ottakring, welche unter Leitung der Freienvereinigung für soziale Hilfstätigkeit seit Jahren schon große Erfolge erzielt hat, beginnt mit 3. April wieder der dreimonatige Kochkurs für Bürgermädchen. Gelehrt wird — an jedem Wochentag, außer Samstag, von 10 bis 2 Uhr von Fachlehrerinnen — die sparsame Herstellung von schmackhafter, kräftiger Kost, das Einsiedeln von Obst, das Wichtigste aber Kinder- und Krankenernährung, über Einkauf und Qualität von Lebensmitteln, die Berechnung und Einteilung der Kosten, das Reinigen und Instandhalten der Geräte, die Behandlung der Wäsche, Flick- und Stopfen und alle hauswirtschaftlichen Arbeiten, mit einem Worte die Grundlage, um geregelte Wirtschaftsverhältnisse und ein gesundes Familienwesen zu erzielen. Die Bedingungen zur Aufnahme sind die folgenden: Die Schülerinnen müssen das 16. Lebensjahr vollendet haben und bezahlen für das von ihnen bereitete und auch verzehrte Mittagessen jeden Montag im vorhinein 3 Kronen 75 Heller, das ist 75 Heller für die Mahlzeit. Das außerdem zu zahlende Schulgeld beträgt für den ganzen dreimonatigen Kurs 45 Kronen, von denen 30 K. beim Eintritt, die restlichen 15 Kronen mit Beginn des zweiten Monats zu erlegen sind. Für ein würdiges und unbemitteltes Mädchen besteht an der Kochschule ein Freiplatz in dem Sinne, daß von diesem nur das Kostgeld für die Mahlzeiten entrichtet wird, wogegen es von der Entrichtung des Schulgeldes befreit ist. Im Schullotal, 16. Bezirk, Bahnergasse Nr. 1, finden jeden Wochentag, außer Samstag, von 9 bis 2 Uhr nachmittags und von 6 bis 8 Uhr abends die Einschreibungen statt. Es ist frühzeitige Anmeldung geboten, da nur eine beschränkte Zahl von Schülerinnen aufgenommen werden kann.

Gute Rezepte für fleischlose Tage.

Es wäre mir am liebsten, den Hausfrauen mitteilen zu können, wo man sich z. B. recht viel Kartoffel beschaffen kann oder Gemüse, die so wichtig für die Ernährung sind, aber da dies leider nicht möglich ist, will ich, durch die Liebenswürdigkeit der Leiterin der Musterküche der „Rohd“, Frau Melanie Jac, in die Lage versetzt, den Leserinnen gute Rezepte bieten.

Sirnyubding. Enthäutetes Hirn mit Zwiebel und Petersilie andünsten lassen. Ueberkühlt mit 8 Dela eingeweichtem, ausgekünstetem, faseriertem Brot, 3 Dela Brotkrümel, zwei Mößeln geriebenem Käse, einem gekochten geriebenen Kartoffel, Salz und vier Dotter verrühren. Zum Schluß mit 4 Ei Schnee durchzogen in eine mit Fett bestrichene und mit Brotkrümel bestäubte Puddingform eingefüllt, bis zur Hälfte der Form ins siedende Wasserbad gestellt, $\frac{1}{2}$ Stunde angekocht und auf eine Stunde in die Kochkiste gestellt. Dazu Kohl, Spinat oder Spargel serviert.

Die Lebensmittelversorgung Wiens im Februar.

Darüber meldet der zwanzigste Kriegsbericht der Gemeinde: In der zweiten Hälfte des Monats machte sich Kartoffelknappheit bemerkbar. Die 2500 Waggons Kartoffeln der Gemeinde gingen zu Ende und der Anlieferung der weiteren 1500 Waggons, die bereits im Herbst auf Abruf von Februar an geschlossen waren, stellten sich Schwierigkeiten entgegen, die nur allmählich behoben werden können. Auch die Beschickung der Märkte mit Gemüse und Obst ließ nach. An Fleisch und Fett war dagegen die Versorgung ausreichend und zeitweilig waren sogar Preisrückgänge zu verzeichnen. Auch die Butterzufuhr war genügend und die Eierzufuhr hat sich merklich gehoben. Die Milchversorgung blieb andauernd hinter dem Bedarf zurück, hat sich aber nicht vermindert, sondern sogar ein wenig gebessert. — Wie man merkt, sieht sich die Lage vom Rathaus rosiger an als auf den Märkten!

Auf dem Schlacht- und Stechviehmarkt in St. Marx wurden in diesem Februar an Rindern nur 13.424 statt 22.595 Stück, an Kälbern 17.724 gegen 17.427, an Lämmern gar nur 692 statt 3554, an Schafen 444 statt 1731 und an Schweinen nur 39.053 statt 66.153 Stück im vorigen Februar aufgetrieben. Der Ausfall ist also höchst beträchtlich!

In die Großmarkthalle wurden in diesem Monat zugeführt: etwas mehr Rindfleisch (statt 1.877.850 Kilogramm 2.038.709), weit weniger Kalbfleisch (statt 18.625 Kilogramm 8443) und Schaffleisch (statt 3859 bloß 442 Kilogramm!) und ebenso an Schweinefleisch (statt 740.089 nur 548.525 Kilogramm!).

Diese Zahlen beleuchten die Schwierigkeiten deutlich, unter denen unsere Hausfrauen in diesem Wintermonat zu kämpfen hatten, zumal da auch die Zufuhren an sonstigen wichtigen

Lebensmitteln sich verringert haben, so an Gemüse von 48.166 auf 35.948 Meterzentner, an Obst von 21.506 auf 18.081 und an Butter von 2069 auf 587 Meterzentner. Nur die Eierzufuhr war bedeutend höher. Dabei sind die Kleinhandelspreise wieder beträchtlich angestiegen. Beweis genug, daß das städtische Ernährungsregime die gestellten Aufgaben alles eher als bewältigt hat.

Wie steht es mit den Kaffee- und Kartoffelvorräten? Am 21. und 22. d. haben in den einzelnen Brots- und Mehlkommissionen die Gast- und Kaffeehausbesitzer sowie die Kaufleute ihre Vorräte an Kartoffeln und an Kaffee angemeldet. Hierbei wurde in den meisten Kommissionen festgestellt, daß eine beträchtliche Zahl von Geschäftsleuten, von denen eine Anmeldung zu erwarten war, ihrer Verpflichtung nicht nachkamen, so daß entweder angenommen werden muß, diese Partei besitze keine Vorräte oder werde sie nachträglich in der Konfiskationsabteilung des magistratischen Bezirksamtes zur Anmeldung bringen. Das letztere ist unsomewhat zu vermuten als beispielsweise in einer Kommission, in deren Sprengel mehr als vierzig Anmeldungen hätten erfolgen sollen, nur die halbe Zahl einlief. In dieser Kommission, die an etwa 2000 Wohnparteien gegen 9000 Brotkarten zur Verteilung bringt, wurden nur 1624 Kilogramm Kaffee und nicht mehr als 1000 Kilogramm Kartoffeln angemeldet. Gewiß nur eine geringe Menge, die enttäuschen müßte. Hoffentlich wird sie durch tatkräftigeres Zugreifen der Behörde bald berichtigt!

= Kartoffel- und Milchkarten. In der letzten Sitzung der Kreisprüfungsstelle wurde die Magistratsvorlage über Einführung von Kartoffelkarten grundsätzlich genehmigt; sie werden jedenfalls in der zweiten Hälfte des Monats April in Wirkung treten. — Die gleichfalls in Aussicht gestellten Milchkarten bezwecken die Sicherung des Milchbedarfs für Kinder und Kranke. Die Milchhändler sind verpflichtet, aus ihren Vorräten in erster Linie die Milchkarten-Bezugsberechtigten zu berücksichtigen. Den Haushaltungsvorständen werden die Karten für die Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr durch die Post zugestellt. Für die älteren Kinder erfolgt die Zuweisung auf Antrag; Antragsformulare werden von den zuständigen Polizeireviere ausgegeben. Kranke können nur mit ärztlichem Attest Karten erhalten, ein solches Attest darf aber nur bei bestimmten Krankheiten und Zuständen ausgestellt werden. Eine weitere Regelung der Milchversorgung erwies sich nicht als notwendig. Die nach Frankfurt kommenden Mengen reichen zur Deckung des Gesamtbedarfs der Bevölkerung aus. Die Erwachsenen können sich aus dem Ueberflus, der nach Deckung des Bedarfs der Kinder und Kranken verbleibt, vollständig befriedigen, ohne daß für sie Karten notwendig sind. Die Karten sind also nur Vorzugsberechtigungen.

28.7.1916

Schweizerischer Städteverband

Zürich, 27. d. In seiner heutigen Sitzung in Zürich besprach der Vorstand des schweizerischen Städteverbandes die neuesten Maßnahmen des Bundes hinsichtlich der Verteilung der von ihm importierten Lebensmittel. Es wurde mit Bedauern konstatiert, daß der Bund ohne zwingenden Grund der segensreichen Tätigkeit der Städte auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung ein Ende gemacht habe, indem er die Abgabe der von ihm eingeführten Lebensmittel mit Zucker, Reis, Petroleum auf den Großhandel beschränkt und dadurch jede Preisregulierung durch Warenabgabe der Städte verunmöglicht habe. In einer Eingabe wurde der Bundesrat ersucht, dafür besorgt zu sein, daß die Gemeinden, die sich die Versorgung dieser Einfuhr mit Lebensmitteln angelegen sein lassen, weiterhin waggonweise Waren von den Bundesbehörden beziehen können. Sodann beschäftigte sich der Vorstand mit der Gestaltung der Versorgung mit Inlandprodukten pro 1916. Ein diesbezügliches Memorandum, das Erfahrungen des Vorjahres enthält, wird nächster Tage an die Verbandsstädte abgehen. An den Bundesrat wird erneut das dringende Gesuch gerichtet werden, an eine Feststellung der erneuten Ergebnisse des Inlandes heranzugehen (pro 1916 in Kartoffeln), um die Verhältnisse, die jetzt auf dem Kartoffelmarkt herrschen und die zum guten Teile auf Unkenntnis der erzeugten Inlandvorräte zurückzuführen sind, nicht sich wiederholen zu lassen.

29. III. 1916

90

Manche würzen auch das ganze mit einer Prise weißen Pfeffers und mit ein wenig Mustard. Das Gericht wird kochend serviert. Man stellt das Schüsselchen auf einen kleinen Dreifuß, unter dem eine Spiritusflamme brennt, und tunkt mit einem Stück Brot das brodelnde Gemisch heraus. Zuerst verbrennt man sich die Zunge, dann aber schmeckt es über alle Maßen köstlich. Die feinen Metzger des Weines mischen sich mit dem derben Ton des Käses in einer höchst wirkungsvollen, man möchte fast sagen, aufregenden Harmonie. Ich warne Neugierige, denen die Fondue beim ersten Versuch allzu gut schmecken sollte. Der glühende Käse kann einem ganz mächtig zu Kopf steigen, und man kann von einem solchen echt Walliser Gericht einen ganz respektablen Käserausch bekommen. Wie wäre es aber, wenn die Fondue einmal als Schlußgericht einer Wiener Tafel austauschen würde? Ihre Ersehnung wäre gewiß ein Erfolg. Auf silbernen Miniaturviritustöchern würden die indenen Köpfe stehen mit dem brodelnden, blasenwerfenden Gemisch, und eine Runde von Klammern würde um den Tisch herum tanzen und der scharfe Charme der Fondue würde selbst die ermüdeten Gaumenerven noch einmal erwecken und ergötzen.

Daß Käse- und Milchspeisen in einem Lande der Dirten eine große Rolle spielen, ist begreiflich. Ansonsten ist die Schweiz nicht sehr reich an spezifischen Nationalgerichten. Sie liegt kufmarisch zwischen Bayern und Stalien und hat von beiden Nachbarn das Beste gelernt. Süddeutschland und Westschland reichen sich in der Schweizer Küche die Hand. Die Lust an Knödeln und Nocken kam aus dem angrenzenden Osterreich, die Polenta rüfte aus dem Süden Siegreich vor. Der ärgste Feind einer Nationalität aber war der International-

durch diesen stolzen Namen aber nicht zu dem Glanz verleiten lassen, daß dies eine breite und hornehme Straße sei. Die Römergasse, die von der Linmat in die Gegend des Großmünsters hinaufführt, ist ein schmales Gäßlein in dem zwei Menschen nicht nebeneinander gehen können. So ein recht, echtes Gäßlein aus dem mittelalterlichen Zürich. Und dort, wo es sich ein bißchen weitet und der Schatten des Münsters über die Häuser fällt, ist ein schmales, niederes Lokal, nicht größer wie die gute Stube eines besseren Bürgerhauses, und das nennt sich das Café Baudois, auch Café Dézaley genannt. Wenn man dort auch nicht echt zürcherisch essen kann, so doch mindestens echt waadländisch. Und weil das ein ganz besonderer Genuß ist, so ist das kleine Lokal immer gesteckt voll, und man trifft hier nicht nur dauerhafte und erprobte Weinbesitzer, sondern auch die allerbeste Zürcher Gesellschaft, die einmal an einer echten Fondue sich erbauen will.

Die Fondue aber, meine Damen und Herren, ist eine der genialsten Erfindungen des Menschengeistes. Daß sie noch nicht über die Grenzen des Schweizerlandes gedungen ist, bildet für mich ein unlösbares Rätsel. Man nimmt ein halbes Pfund vom besten fetten Emmentalerkäse und zerschneidet ihn in kleine Scheiben. Dann reibt man ein irdenes Schüsselchen mit etwas Knoblauch aus, legt die Käsescheiben hinein, fügt ein nutzgroßes Stückchen Butter hinzu und gießt zwei Deziliter eines guten, spritzigen Weißweines darauf. Man stellt das Schüsselchen auf ein sanftes Feuer und rührt beständig um, bis der Käse geschmolzen ist und der Wein zu brodeln beginnt. Dann fügt man einen halben Kaffeelöffel Kartoffelmehl oder Maismehl und einige Löffel Bierchwasser zu und rührt fleißig weiter.

Schweizer Nationalgerichte.

Vor einigen Tagen besuchte mich ein Freund und stellte das Ansuchen an mich, ihm die internationale Hotelkost zu ersparen und ihn mit Schweizer Nationalgerichten bekannt zu machen. Das ist nun eine schwierige Aufgabe. Denn was in der Schweiz ein guter Gasthof ist, das legt den größten Stolz darein, jene Weltgerichte zu führen, die, um es schlanke zu sagen, allen Reisenden, die viel in der Welt herumkommen, schließlich zum Hals herauswachsen und wenn sie noch so gut sind. Es sollte einmal ein Bund der wirklich esfreudigen Menschen gegründet werden, der überall die Nationalgerichte bevorzugten Menüs Befreiung vom internationalen Menü gebietetisch verlangen würde. Man soll nicht im Osten und Westen, im Süden und Norden genau dieselben Speisen vorgelegt bekommen, sondern man soll sich in fremden Ländern auch an fremden Gerichten ergötzen dürfen. Man spricht heute ungeheuer viel vom Recht der Nationalitäten. Ich beantrage dieses Recht auch für die Küche. Die nationale Küche, die wohlwollenden Gegensatz zur Speisefolge, die schon jeder auswendig kennt, welsch eine Erlösung, welsch ein Labial wäre das!

Das waren denn auch die Gründe, die meinen Freund veranlaßten, von mir zu verlangen, ich möge ihn in ein echt schweizerisches Lokal führen. Und so ging ich denn mit ihm in die Römergasse. Der gütige Leser möge sich

Schweizer-Nationalgericht

ismus der Hotels, der Ehrgeiz eines jeden Schweizer Restaurants, sein Merit französisch parlieren zu lassen. So kommt es auch, daß in jenem Kanton der Schweiz, der vielleicht die ausgeprägteste Sonderliebe hat, in Crantbünden, man in keinem Hotel bündnerische Gerichte vorgelegt bekommt. Das ganze Engadin hat seinen Geschmack nach Paris und London orientiert — und nur in den schmucken, schweren Engadiner Häusern lebt in der Küche noch die gute, alte, völkische Tradition. Aber es war eine gute Idee des gemeinnützigsten Frauenvereines in Chur, die Kochrezepte bündnerischer Frauen in einem Büchlein zu sammeln. Was einem in dem Büchlein auffällt, ist der besondere Reichtum an Mehlspeisen. Freilich gibt es aber darunter auch manches, wie zum Beispiel die Tuorta con sang, die Wiltorte (aus Schweinsblut, Mehl, Pfeffer und Salz), die nicht jedermanns Geschmack ist. Charakteristisch ist auch im Engadin die große Rolle, die die Kastanie spielt. Die Kastanie ist bei uns immer noch das Mischenbrödel (in des Wortes buchstäblicher Bedeutung) und sie verdient eine weit größere Beachtung seitens unserer Hausfrauen. Im Bergell lernte ich ein ganz besonders gutes Kastaniengericht kennen. Das Rezept lautet nach dem Bündner Kochbuch folgendermaßen: Die Kastanien werden mit kaltem Wasser aufs Feuer gesetzt. Wenn das Wasser siedet, kommt Salz, eine Prise Pfeffer, ein Säckchen mit Anis oder Fenchel, dann ein Stück geräucherter Speck oder Butter hinzu. Sie werden gekocht, bis sie weich sind, doch so wenig als möglich gerührt, damit sie ganz bleiben. Nützigkeit soll fast keine zurückschleichen. Man ist sie mit Schlaghahne.

Aus dem Engadin stammt auch die ausgezeichnete, praktische Lehre, daß man Kastanien, die man brät, fortwährend mit einem nassen Tuch bedecken muß, damit sie

saftig bleiben und nicht springen. Im Pochiavo nennt man die kunstvoll im Ofen gebratenen Maronis Brasöc. Die frischen Maroni werden gleich nach dem Einsammeln ohne vorher geschnitten zu werden, in den Backofen geworfen, gleich nach dem Brotbacken, damit der Ofen nicht so heiß sei. Wenn man die Hitze richtig einhält, springen nur wenige. Sie braten eigentlich in der feuchtesten Wärme des nassen Tuches, das sie bedeckt. Und sie müssen, um recht schmackhaft zu sein, hellgelb werden. Man kann sie erkaltet in Säcke füllen und an einem luftigen, kühlen Ort den ganzen Winter aufbewahren. Sie bleiben immer saftig und weich. Im Engadin ist man übrigens auch gebratene Maroni mit Salz, Krenzel und frischer Butter. Man sieht also aus diesen paar Beispielen, daß auch das Maronibraten seine besonderen Feinheiten hat und daß es auch darin eine Kunst gibt, von der sich ein Wiener Maronibrater nicht träumen läßt.

Sich erwähnte bereits die große Rolle, die die Mehlspeisen in der Schweizer Küche spielen. Charakteristisch für diese Mehlspeisen aber ist, daß sie nicht immer des Bäckers bedürfen und daß gerade der in der Schweiz beliebteste und populärste Kuchen nicht süß ist. Dieser Kuchen, den man überall trifft und der in jedem Dorfwirtshaus trefflich zubereitet wird, heißt „Bähe“. Es ist bald ein Brotteig, bald ein Defenteig. Man füllt ihn mit Rahm, mit Kartoffeln, mit Zwiebeln, mit Reis, mit Quark, mit Zwiebeln (hochbeliebt), mit Käse, mit Speck, mit Kraut, mit Spinat. Wird er süß hergestellt, so dienen zur Fülle alle möglichen Obstsorten. Ganz besonders kunstvoll weiß die Schweizer Hausfrau mit den Birnen umzugehen. Sie bereitet eine gute Birnmasse aus gedörrten, weingefochten Birnen, die man durch die

Mehlschneidemaschine treibt. Man würzt die Masse mit Salz, Pfeffer, Melken, Korianther und Anis, fügt dann ein Gläschen gutes Kirchwasser und so viel von Birnenstrup hinzu, daß die Masse gut streichbar wird. Das ist nun die Füllung für den Birnfladen. Auch ein Birnbrot herzustellen ist eine hochgepriese Kunst der Schweizerin. Birnbrot und Birnwecken werden in allen Landschaften geliebt und gegessen, hauptsächlich im Kanton Glarus.

Das sind natürlich nur kleine Proben aus dem kulinarischen Folk-lore der Schweiz, aber sie weisen einige kennzeichnende Eigenschaften auf. Die etwas rüchtere Verböheit der Bähe, das Würzen und Salzen des Döstes sind typisch für ein herbés, hartes, ganz und gar nicht verweichtliches Volk. In dieser Richtung gibt es aber in der Schweizer Küche manche Anregung, die man sich auch jenseits seiner Grenzen zu Herzen nehmen könnte. Und ein Rezept fand ich im Bündner Kochbuch, das wohl verdiente, in der ganzen Welt bekannt zu werden. Es heißt: Probates Mittel, die Männer bei guter Laune zu erhalten (echt bündnerisch): Nimm 6 Pfund Geduld, 4 Pfund Nachsicht und 1 Pfund Vorsicht, mische dies unter Aufschüttung von einem Liter kaltem Wassers wohl durcheinander und lasse es so lange gehen, bis es zu einem Teige geworden ist. Sodann füge unter fleißigem Schöpfen als Gewürz soviel gute Laune bei, daß die Masse ganz davon durchdrungen ist. Backe sie im Backofen der Liebe gut und dauerhaft und gib deinem Mann bei nötiger Gelegenheit ein Stückchen davon, mit Feinheit und Weisheit besirent zu genießen.

Probatum est, sagt die Bündnerin, und somit sei es zur Nachahmung bestens empfohlen.

Audolf Lothar.

• [Vereinfachung der deutschen Speisefarte.]
Aus Berlin wird uns berichtet: Dieser Tage fand im Reichsamt des Innern eine Besprechung zwischen Vertretern der Regierung, der Gasthöfe, Gastwirtschaften usw. statt, in der die Grundlagen für eine einschneidende Vereinfachung der Speisefarte in allen öffentlichen Lokalen vereinbart wurden. Die entsprechende Verordnung wird im Laufe des April herauskommen. Rein äußerlich wurde zunächst beschlossen, daß Speisen zur Ersparung von Fett nicht mehr auf Platten, sondern allgemein nur noch auf Tellern verabreicht werden dürfen. Die Auswahl der Speisen selbst wird stark beschränkt. Es dürfen auf der Speisefarte nur noch erscheinen zwei Suppen, zwei Vorspeisen und zwei Fleischspeisen, doch darf dem Gaste nur je eine davon verabreicht werden. Der Nachtisch soll nicht beschränkt werden, da dafür kaum eine Notwendigkeit besteht. Etwas reichhaltiger als die Mittagskarte wird die Abendkarte sein, bei der vor allem die kalte Küche nicht beschränkt wird. Die Einführung eines allgemeinen fleischlosen Tages wurde wegen der Schwierigkeit der Nachprüfung abgelehnt, indessen wird dieser allgemeine fleischlose Tag auch für die Privatbevölkerung kommen, denn in Kürze werden jedem Milch, Fleisch, Kaffee usw. in ganz bestimmter Menge zugemessen werden. Diese Portionen werden beim Fleisch so groß sein, daß ganz von selbst ein fleischloser Tag überall kommen muß. Von dieser Maßnahme verspricht man sich eine große Erleichterung und eine Abwendung der zweifellos bestehenden Gefahr für die deutschen Viehbestände. Den Gastwirten wird eine bestimmte Fleischmenge zugebilligt werden, die nach dem bisherigen Bedarf berechnet wird. Gasthausfleischmarken sollen nicht eingeführt werden, da Mißstände wie beim Brot wegen der hohen Fleischpreise von vornherein nicht zu befürchten sind; auch soll dem Gastwirtstand das Leben nicht unnötig erschwert werden. Im ganzen wird man die bevorstehende Regelung als einen erfolgversprechenden Schritt in der weiteren gerechten Verteilung der Lebensmittel ansehen dürfen.

Holländisches Schweinefleisch und englischer Mais.

Man schreibt uns: Holland führt große Mengen Schweinefleisch nach Deutschland aus. Seit Ausbruch des Krieges hat diese Ausfuhr sich von Monat zu Monat gewinnbringender für die Mäster und die Großschlächter gestaltet; die Preise haben nach und nach eine Höhe erreicht, die man früher für ganz unmöglich gehalten hätte. Das Inland wird von der Regierung gegen Mangel an Schweinefleisch und gegen hohe Preise geschützt, indem sie an die Erteilung der Ausfuhrbewilligung die Bedingung knüpft, eine von ihr festgesetzte Menge zu billigem, ebenfalls von ihr festgesetztem Preise an sie zu liefern. Diese Menge wird dem inländischen Verbrauche zugeführt. Kürzlich ist die Ausfuhr auf einige Wochen hinaus gesperrt worden. Der Telegraaf untersuchte die Gründe, die für dieses Ausfuhrverbot maßgebend gewesen sein können, und schloß seine Ausführungen mit folgender Betrachtung:

Wir halten es daher auch für viel wahrscheinlicher, daß diese Maßregel mit unserer ausländischen Handelspolitik in Verbindung steht. Es ist allgemein bekannt, daß die englische Regierung uns die Forderung gestellt hat, nach England die gleiche Menge Schweinefleisch zu liefern, wie wir nach Deutschland liefern. Gehen wir auf diese Forderung nicht ein, so wird die Waiseinfuhr nach unserm Lande verhindert. Während die Verhandlungen schweben, ist die Ausfuhr von Schweinefleisch nun von unserer Regierung auf einige Wochen gesperrt worden, so daß weder nach Deutschland noch nach England Schweinefleisch geht. Dieser Zustand kann jedoch nicht bestehen bleiben, weil die Erzeugung von Schweinefleisch bei uns den inländischen Verbrauch ganz bedeutend übersteigt. Irgendwohin müssen wir mit dem Ueberflusse. Bis jetzt zahlten die inländischen Verbraucher billige Preise, weil Deutschland hohe Preise bezahlte. Muß indes auch an England Schweinefleisch geliefert werden, dann kann die bisher in Anwendung gebrachte Preisregulierung nicht aufrecht gehalten werden, weil England so hohe Preise nicht bezahlen will. Der Preis, den England bezahlen will, ist sogar noch billiger als der Selbstkostenpreis. Liefern müssen wir an England, da wir sonst keinen Mais mehr bekommen. Also bleibt nichts anders übrig, als in den sauren Apfel zu beißen und die Bevölkerung daran zu gewöhnen, in Zukunft wieder den wirklichen Kostenpreis zu bezahlen, das heißt, ungefähr 50 Prozent mehr, als in der letzten Zeit bezahlt wurde. Der Betrag, den die Regierung jetzt durch Verzicht auf die den Exporteuren auferlegte Lieferung von Schweinefleisch erzielt hat, setzt sie in die Lage, die Lieferung von Schweinefleisch mit einem Preisausschlag von 50 Prozent gegen früher wieder aufzunehmen. Die inländischen Verbraucher zahlen dann genau den Kostenpreis der Schweine, während gleichzeitig die Ausfuhr nach Deutschland und England wieder einsetzt, auf Grund der englischen Bedingung: Holland erhält wie gewöhnlich Mais (den wir auch für unsere Kühe sehr notwendig brauchen), wogegen England 50 Prozent von unserer Ausfuhr an Schweinefleisch erhält. — Angenehm ist die Sache nicht, aber es werden nun einmal in der letzten Zeit sehr wenig „Liebesbrötchen“ gebacken.

Soweit der Telegraaf, der getreue Schildknappe Englands. Es ist immerhin erfreulich, durch ihn festgestellt zu sehen, daß England die Freiheit der Meere und die Interessen der kleinen Staaten wieder einmal schützt, indem es Holland die Pistole auf die Brust setzt, mit der freundlichen Aufforderung: „Mir Schweinefleisch unter deinem Kostenpreis, wenn es auch dadurch für deine Bevölkerung teuer wird, oder ich lasse keinen Mais mehr in dein Land hinein, und du kannst zusehen, wie du deine Schweine und Kühe, und damit auch deine Bevölkerung ernährst!“

30./III. 1916.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Die neue Ernte eröffnet nach den letzten Saatenstandsberichten die besten Aussichten. Wenn der Krieg uns auch Entbehrungen und Erschwerungen auferlegt, so kann doch aufs bestimmteste erklärt werden, daß wir dem Hunger nicht entgegengehen, sondern daß wir aushalten und durchhalten werden bis zum

siegreichen Ende, das vielleicht nicht mehr allzufern

liegt, wenn wir die gegenwärtigen Erfolge unserer Truppen im Westen und Osten und die großen Verluste betrachten, die unsere todesmutige Marine schon der feindlichen Marine zugefügt hat. (Bravo!)

Mit den Kartoffeln werden bis zur nächsten Ernte auskommen. Bei Butter und Milch ist der Höhepunkt der Schwierigkeiten überwunden. In dem Fleischkonsum wird dagegen eine gewisse Beschränkung und vor allem eine gleichmäßige Verteilung der Bestände notwendig sein. Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß eine gewisse Mißstimmung durch Stadt und Land geht. Auf der einen Seite klagen die Verbraucher darüber, daß das Land nicht mit der genügenden Sorgfalt und vor allem Schnelligkeit entgegengekommen sei, auf der andern Seite fühlen sich die Erzeuger, die Landwirte, unangenehm dadurch berührt, daß so manche vielleicht auch unberechtigte Klagen ihnen gegenüber erhoben werden, und daß sie vor allem zu leiden haben unter der Last der vielen Verordnungen. Ich glaube, es entspricht dem patriotischen Empfinden dieses hohen Hauses und der Wichtigkeit und Größe seiner Stellung, wenn ich gerade an Sie die Bitte richte, diesen Stimmungen und Strömungen in Ihrem Kreise nach Möglichkeit entgegenzutreten. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo Sieg unsere Parole bleiben muß, darf keine Trennung zwischen Stadt und Land Platz greifen. Wir müssen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. (Bravo!)

Hohe Preise oder Höchstpreise?

Gegen die Höchstpreispolitik, d. h. nicht etwa nur gegen einzelne Preisfestsetzungen, sondern gegen die Preisbeschränkungen überhaupt und insbesondere für Lebensmittel, kämpft seit einiger Zeit mit großer Lebhaftigkeit der frühere Sozialdemokrat Richard Calmer. Um den Ausfall der Auslandszufuhr zu decken, müsse Deutschland, das ist etwa der Kern seiner Argumentation, den schon bebauten Boden intensiver nutzen, neuen Boden in Angriff nehmen, die Viehwirtschaft erhalten und ausdehnen; und das alles sehe steigende Kosten voraus. Um die Erzeugung zu steigern, müßte deshalb der Preis landwirtschaftlicher Produkte so hoch steigen, daß er einen genügenden Anreiz zur Produktionssteigerung ausübe; man müsse den Preisen ihre freie Bewegung lassen, dann würden sie sich als Steuer und Antrieb der Erzeugung erweisen.

Hiergegen wendet sich in dem halbamtlichen „Nachrichtendienst für Ernährungsfreunde“ eine Auslassung, die die Calmerische Theorie mit treffenden Argumenten widerlegt. Lasse man die Preise frei steigen, so sei der Preisforderung der Anbieter keine Grenze gesetzt, umso mehr, als die steigende Preistendenz sich notwendig durch den Angstbedarf der Käufer verschärfen würde. Damit aber ergebe sich eine weitere Steigerung der Löhne und der sonstigen Gesehungskosten, wodurch der hohe Preis seine Kraft als Anreiz der Erzeugung wieder einbüßen würde. Zudem würde die freie Preisbewegung eine Marktentwicklung schaffen, die die geregelte Produktion und Disposition im landwirtschaftlichen Betrieb unmöglich machen würde; denn der landwirtschaftliche Betrieb verlange klare, übersichtliche Preisverhältnisse, die er als feste Größe in Rechnung stellen kann, weil die landwirtschaftliche Erzeugung als naturbedingte und damit langfristige den Wellenschlag der Marktkonjunktur als stark störendes Moment empfindet, da sie es ja nicht in der Hand hat, der jeweiligen Konjunktur entsprechend die Disposition in der Erzeugung zu ändern. Vor allem aber: stärken denn wirklich frei sich bewegende Preise unter allen Umständen die landwirtschaftliche Erzeugung? Das ist ein Irrtum: „War die Wirkung unserer hohen Rindviehpreise etwa Steigerung der Rindviehzucht? Keine Spur davon; aus dem ganzen Lande kamen einmütige Klagen darüber, daß die hohen Preise das Vieh aus dem Stalle, die letzte Milchkuh und das letzte Zuchtstier, lockten. Genau daselbe wird aus Italien, Frankreich und Rußland gemeldet. Ueber diese Wirkung freier Preisbewegung kann man nach unseren Erfahrungen also auch nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Ohne Zweifel wäre eine freie Preisbewegung, die natürlich zu Phantastepreisen führen würde, nach Lage der Dinge ein Anreiz, sogar das unentbehrliche Saatgut auf den Markt zu bringen und dem Verbrauch zuzuführen. Gegenüber der Calmerischen These von der produktionssteigernden Wirkung freier und d. h. in diesem Falle stark steigender Preisentwicklung stellen wir fest: die freie stark steigende Preisentwicklung hat Neigung, die Grundlagen unserer Nahrungswirtschaft, nämlich das landwirtschaftliche Erzeugungskapital, soweit technisch möglich, in Verbrauchsform überzuführen, mit anderen Worten, den landwirtschaftlichen Betrieb teilweise zu liquidieren, damit unsere Nahrungswirtschaft zu Fall zu bringen.“

Genau das gleiche, was hier aus der Theorie ausgeführt wird, bestätigt überall die Praxis. So hat jüngst auf einer landwirtschaftlichen Versammlung in Hildesheim Geheimrat Professor von Seelhorst-Göttingen mit Sorge darauf hingewiesen, daß die Viehpreise jetzt viel zu hoch seien: sie verleiten die Landwirte, ihr Vieh einfach zu verkaufen, und für die Nachzucht bleibe nichts übrig. Das hat auf jener Versammlung der Generalsekretär des landwirtschaftlichen Hauptvereins ausdrücklich bestätigt, indem er gleichfalls von den verhängnisvollen Wirkungen der hohen Preise auf die Erzeugung sprach und schilderte, in welcher Weise die hohen Viehpreise auf eine Abschichtung von Milchkuhen, Schweinen usw. hingewirkt hätten.

Tatsächlich besteht ja wohl auch keine Gefahr, daß die theoretischen Einwände gegen die Höchstpreise, die in den ersten Kriegsmontaten manche nachher doch unabweisliche Maßnahme hinausgezögert haben, jetzt noch bei den entscheidenden Instanzen irgendwelchen Erfolg haben könnten. Nicht, daß eine schrankenlose, dauernde Erhöhung der Preise durch die Festsetzung von Höchstpreisen verhindert wurde, war ein Fehler, sondern umgekehrt, daß diese Preisbeschränkungen zu einem großen Teil zu spät und ohne die notwendig damit zu schaffende Organisation festgesetzt wurden. Gerade die Preisentwicklung für Vieh und Fleisch ist dafür ein trübes Beispiel, und man möchte nur hoffen, daß die Schaffung der Reichsfleischstelle da jetzt Wandel schaffe. Selbstverständlich können auch zu niedrige Preise gefährlich sein, indem sie wirklich die Erzeugung beschränken — denn die erste Sorge muß immer sein, daß wir reichen — doch diese Gefahr allzu niedriger Preise liegt im allgemeinen bei uns wohl ziemlich fern, gegen sie sind wirklich schon genügend starke Interessenten-Kreise im Reich wie in den Einzelstaaten auf der Wacht.

Vorratsicherung und Preisregulierung, diese beiden uns obliegenden Aufgaben, schließen einander nicht aus, sondern sie müssen nebeneinander hergehen und können sich gegenseitig fördern. Und zu wünschen bleibt nur, daß auch die dritte Aufgabe, die gleichmäßige Verteilung, immer mehr in ihrer gewaltigen, auch psychologischen Bedeutung erkannt werde und gelinge. Daß die Schwierigkeiten groß sind, soll gewiß nicht geleugnet werden, aber sie entbinden nicht von der Pflicht. Das muß immer wieder gesagt werden. Beim Brot ist die Aufgabe im großen Ganzen gelungen; die Verteilung von Butter und Fett liegt trotz der Karten noch vielfach sehr im argen, obwohl doch z. B. das Dresdner Beispiel, über das wir kürzlich ausführlich berichtet haben, einen Weg für eine wirklich gleichmäßige Verteilung zeigt, auf dem auch die ärgerliche, vielen Frauen eine Menge kostbarer Arbeitsstunden raubende Belagerung der Butterläden vermieden werden könnte; und über die Verteilung der anderen Nahrungsmittel entscheidet noch immer zu einem großen Teile das Portemonnaie, hier und da gemildert durch Volksküchen und städtische Verkäufe, die aber dann in der Regel nur den Unbemittelten zugute kommen und den Mittelstand auslassen, der es doch auch oft sehr nötig hätte. Von der spaetantischen Suppe sind wir noch sehr weit entfernt. Und wenn man hört, daß manche Familien, die es sich leisten können, Vorräte wie für einen kleinen Lebensmittelladen angespeichert haben, so wird das Bild dadurch nicht erfreulicher. Die notwendigen Einschränkungen sollen alle gleichmäßig treffen; ist dafür gesorgt, dann wird uns der ganze Aushungerungskrieg niemals etwas anhaben, auch wenn der Krieg noch so lange dauert. Denn es ist sicher richtig, und es schildert nicht nur die Stimmung der Arbeiterschaft, sondern auch die feste Meinung aller derer, die wissen, was der Krieg ist und was er von jedem einzelnen fordert, wenn die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ dieser Tage schrieb: „Wenn das arbeitende Volk nur weiß, wieviel da ist, und die Ueberzeugung gewinnt, daß es gerecht verteilt ist, wird es sich dabei vollkommen beruhigen. Nur der nach den Erfahrungen nicht unbegründete Verdacht, daß es hintergangen werden könnte, daß man den

Reichen üppig zu schmausen erlaube, während eine fehlerhafte Organisation den Arbeiterfamilien nicht einmal das Notwendigste sichert, ruft die fortdauernde Unruhe hervor. Man nehme sich doch an der Butterfrage ein Beispiel! Seitdem man weiß, daß die Butter gleichmäßig verteilt wird, gibt man sich auch mit einer knappen Portion zufrieden; wenn man die Sicherheit hätte, daß auch durch die Post unmittelbar von den Erzeugern nirgends mehr größere Buttermengen zu haben wären, als jeder bekommt, wäre es noch besser. Nur Gerechtigkeit ist es, was die schwerarbeitende Bevölkerung verlangt, und die sollten ihr die verantwortlichen Verwaltungsstellen in dieser bitteren Zeit ungesäumt und in vollem Umfang zuteil werden lassen.“

Wiens Kriegsleiden vor 100 Jahren.

In der am Montag in Lembachers Saal abgehaltenen Hauptversammlung des politischen Fortschrittsvereines „Eintracht“ hielt Bürgermeister Dr. Weisskirchner eine Rede, in der er sagte: Ich habe vor einiger Zeit ein Buch in die Hand bekommen, welches die Lage Wiens in den Kriegsjahren 1808, 1809 und 1810 behandelt. Aus diesem Buch ist zu ersehen, daß damals ganz ähnliche Verhältnisse wie heute herrschten, doch kommen mir jene Verhältnisse weit schlechter vor als die heutigen. Es wird dort geschildert, wie die Hausherrn unter der Last der französischen Einquartierung gelitten haben; damals mußte jeder Hausherr die einquartierten Franzosen aus seinen Mitteln verköstigen und versorgen; das Ergebnis war, daß so und so viele Hausherrn an den Bettelstab gebracht wurden. Das „Anstellen“ war damals auch üblich. Die Bäcker- und Fleischerläden — so heißt es in den Polizeirapport — sind immer von einer Menge Menschen belagert, die Brot und Fleisch verlangen, koste es was es wolle. Die Teuerung war damals, so heißt es, eine ganz enorme. Das Pfund Butter kostete sechs Gulden, ein Eisech Kreuzer; dann bekam man 6 Eier um einen Gulden. Dazu kam ein Mangel an Brennholz und viele Bäcker konnten infolgedessen nicht mehr backen. Die Regierung dachte damals daran, um der Not der Bevölkerung abzuweichen, Lebensmittel aus Ungarn zu beziehen, doch diese große Aktion hat nichts genützt. Das war im Jahre 1809! Nun aber haben unsere Vorfahren noch etwas anderes zu erleiden gehabt, von dem wir verschont waren und, wie ich glaube, mit Sicherheit sagen zu können, auch verschont bleiben werden. Es hat nämlich Kaiser Napoleon der Stadt Wien und dem Lande Niederösterreich eine

Kriegskontribution von 50 Millionen Franken auferlegt, eine für die damalige Zeit unerhörte Summe. Heute sind ja Millionen gar nichts mehr, wir werden gewöhnt, mit Milliarden zu jonglieren. Aber damals war mein verehrter Vorgänger, Bürgermeister Stefan v. Wohlleben in einer sehr schwierigen Situation. Er und die Stände Niederösterreichs mußten daran gehen, diese Kriegskontribution aufzubringen. Da wurden verschiedene Zwangsanlehen gemacht, wo wieder die Hausherrn bluten mußten und dann sehen Sie, meine Herren, es ist immer dasselbe, es hat mein verehrter Vorgänger auch Schatzanlehen aufgenommen und zwar zu 6%; da bin ich wieder besser daran, da die Gemeinde Wien nur 5 1/2% zu zahlen hat. Ferner hat er nur eine einjährige Laufzeit erhalten, ich hingegen eine solche von fünf Jahren, so daß wir erst im Jahre 1921 daran denken müssen, wie wir die Schatzscheine einlösen werden. Aber noch ein Unterschied ist darin gelegen, daß der damalige Bürgermeister die größten Schwierigkeiten hatte, das Geld zu bekommen. Und wie ist es heute? Der Gemeinderat hat, ich hebe das mit Stolz hervor, einstimmig beschlossen, hundert Millionen Kronen Schatzscheine aufzunehmen; in drei Tagen waren diese 100 Millionen Kronen Schatzscheine verkauft und es ist nicht ein Liter mehr zu haben. In dieser Tatsache liegt eine große Genugtuung für uns alle. Daraus geht hervor, welchen Kredit die Stadt Wien besitzt, welches Vertrauen der städtischen Verwaltung entgegengebracht wird. Es ist eine Genugtuung für uns alle, die wir in der Gemeindeverwaltung arbeiten, daß dieser finanzielle Erfolg zur Tat wurde. (Stürmischer Beifall.) Sie sehen, es gibt Ähnlichkeiten zwischen der Kriegszeit 1810 und heute, aber auch Verschiedenheiten. Eine Ähnlichkeit nach dem Kriege möchte ich auch für uns wünschen. Es heißt in dem Buche, nach dem Kriege hat sich Wien und Niederösterreich völlig erholt. Das wünsche ich auch heute. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte meinem heißen Wunsche Ausdruck geben, daß es auch uns vergönnt sein möge, nach Kriegsschlus wieder an Friedenswerken zu bauen, und wiederum zu schaffen zur Ehre und zum Ruhme unserer Stadt, damit ein Wirtschaftsleben durch die Straßen Wiens hinrolle und riesle, damit aber auch geschaffen werde, was der Bevölkerung zum Nutzen und Frommen gereicht. (Lebh. Beifall.) Wenn ich von Stefan von Wohlleben und seinen Approvisionierungsschwierigkeiten gesprochen habe, so haben sich diese damals wesentlich erhöht, weil die sich zurückziehende österreichische Armee die Brücken über die Donau verbrannte und so nichts nach Wien geschafft werden konnte. Wir müssen immer mit Sorge arbeiten, weil wir nicht wissen, ob der nächste Tag jene Dispositionen erfüllt, welche die Gemeindeverwaltung am Vortage getroffen hat. Ich will aber nicht irgendwelche Namen nennen, doch kann ich Sie versichern: Nach den Berichten, die ich erhalten habe, daß andere Großstädte schlechter daran sind als Wien, und wenn es auch bei uns Krisen gibt, in gewissen Artikeln eine Knappheit besteht, muß ich Sie auffordern: Gehen Sie nach Schluß eines Marktes auf den Platz und Sie werden dieselbe Erfahrung machen wie ich: Ich habe noch nie eine Kräutlerin ausverkauft gefunden! Immer ist ein Vorrat übriggeblieben, der in den Keller geschafft wird, um am nächsten Tag wieder zu Markt gebracht zu werden! Natürlich, die Hausfrau darf sich heute nicht laprizieren, eine bestimmte Ware zu erhalten. Es muß eben zu Mittag das gegessen werden, was sie in der Früh erhalten hat, was eben zu billigeren Preisen am Markte ist.

Ein Opfer der Hamsterkrankheit. Man schreibt uns: In einem der inneren Bezirke Wiens holte sich kürzlich gelegentlich des Kaffee- und Zuckerrummels eine Dame durch überlanges „Anstehen“ bei Wind und Regen vor einem Geschäft eine schwere Erkältung, die der Bedauernswerten, einem älteren alleinstehenden Fräulein, den Tod brachte. Bei der Inventaraufnahme in der Wohnung stellte man dort eine Anhäufung von Lebensmitteln fest, darunter von etwa 80 Kilogramm Kaffee und über 100 Kilogramm Zucker! Nicht etwa, um am Zwischenhandel zu spekulieren, sondern lediglich aus Angst sammelte die Dame derartige Massen von Vorräten an, die sie niemals zu verzehren imstande gewesen wäre. Und trotzdem stellte sie sich noch beim letzten Kaffee- und Zuckerrummel stundenlang vor den Kaufläden an, um ihre Sammlung um ein $\frac{1}{4}$ Kilogramm zu vermehren! Sie „hielt durch“ bei Sturm und Regen, ausdauernd im Hamstern bis zum Tod. Die Angstkäufe und das Hamstern sind, wie der Fall lehrt, zu einer Kriegstrankheit geworden, gefördert durch das fortwährende künstliche Angstmachen gewisser Demagogenzeitungen. Man würde seine blauen Wunder erleben, wenn man einmal in der ganzen Stadt Stichproben in verschiedenen Wohnungen vornehmen ließe, vielleicht durch bezirkkundige oder gassenvertraute Personen, die über die Pappenheimer schon so häufig Bescheid wissen. Das Traurige an der Sache ist, daß so vielen Familien durch solche hamstertrante Mitmenschen schwerer Schaden erwächst.

31. III. 1916

* **Fahrbare Küchen in den Straßen von Berlin.**

Die Berliner Blätter berichten: Das schwierige Problem einer ausreichenden und billigen Ernährung breiter Volksmassen, doppelt schwierig in diesen Zeiten unaufhörlicher Preissteigerungen der notwendigsten Lebensmittel, ist im Osten der Reichshauptstadt, draußen in Dichtenberg, auf die denkbar einfachste Weise praktisch gelöst worden: seit kurzem ziehen durch die Straßen von Dichtenberg um die Mittagszeit zwei fahrbare Küchen, „Gulaschkanonen“ genannt, feilmarschmäßig in ihrem Neuhern, die hauchigen Kessel gefüllt mit dampfendem Essen. Und jedermann kann sich da sein Mittagbrot holen und es daheim, in seinen vier Pfählen, in aller Gemütsruhe verzehren. Der Verein der Berliner Volksküchen von 1866 hat diese Neuerung in der Ernährung der Berliner Bevölkerung während des Krieges eingeführt und sicherlich damit eine treffliche Idee zur Bewirklichung gebracht. In dem großen und neuen Schulhause an der Pfarrstraße ist im Erdgeschosse eine geräumige und helle Küche eingerichtet. Zwei mächtige Kochkessel sind da in einen Herd von gewaltigen Abmessungen eingebaut, jeder Kessel vermag fünfhundert Liter Essen zu fassen, so daß also zu gleicher Zeit immer 1000 Liter gekocht werden können. An den Kesseln hantieren linke Köchinnen, geleitet von freiwilligen Helferinnen, die in Sachen der Volksernährung eine langjährige praktische Erfahrung besitzen. Fleißige Hände schälen eifrig Kartoffeln, bewältigen ganze Berge von Weißkohl, zerteilen saftiges Schweinefleisch in kleine Stücke, und an dem lodenden Kessel steht eine Helferin, rührt mit einem Kochlöffel, der fast wie ein Schiffsruder aussieht, in der brodelnden Masse umher. Heute gibt es Weißkohl, Kartoffeln und Schweinefleisch, zu einer dickflüssigen Speise zusammengelocht und mit Kümmel, Salz und Pfeffer kräftig gewürzt. Draußen auf dem weiten Schulhof stehen die beiden „Kanonen“, jede mit einem Pferde bespannt. In großen Eimern wird das fertiggelochte Essen aus der Küche zu den „Kanonen“ gebracht, unter deren Kessel gelindes Feuer brennt, um die Suppe heiß zu erhalten. Ein Plakat mit der Inschrift: „Städtischer Küchenwagen — warmes Mittagessen — Portion 35 Pfennig — Geliefert vom Verein der Berliner Volksküchen von 1866“ ist an dem Wagen befestigt und zeigt den Zweck der Einrichtung an. Jetzt sind die Kessel gefüllt, die Deckel werden fest geschraubt, der Fahrer und sein Begleiter, mit einer großen Kelle ausgerüstet, besteigen den Bod — es kann losgehen. Eben läutet die Glocke Schulschluß. Und zu Hunderten und Überhundert kommen die Kinder in Bindeseile in den Hof gestürmt, frische Ruben, schüchterne Mädels. Auf den Straßen aber stehen schon in dichten Scharen die Frauen und Mütter. Mit Töpfen und Becken und Kannen sind sie bewaffnet und sie warten, daß ihnen das Mittagessen zugeteilt wird, das sie sich unter den obwaltenden Verhältnissen in gleicher Güte und zu dem gleichen billigen Preise niemals selbst beschaffen könnten. Von der Pfarrstraße, durch den Verbindungsweg, geht die Fahrt nach der Frankfurter Allee, überall mit Eifer willkommen geheißen und von Mund zu Mund fliegt der Ruf: „Die Gulaschkannon kommt!“ Nur zu rasch sind die Kessel, deren jeder nur 200 Liter zu fassen vermag, geleert, die Wagen müssen zur Küche zurück, neue Füllung zu holen. Auf diese Weise hofft man, bald Tausende von Menschen speisen zu können.

O, diese — „Agrarier“!

Von einer „agratischen Wuchererin“, die auf dem Wiener Markt ihr bischen Gemüse zum Verkauf bringt, Frau Blaschke aus Erdäpfelsdorf bei Wien, vor einiger Zeit zu etlichen Tagen Arrest verurteilt, weil sie ihren Kohl um 0.5 Heller über den Betrag der mutmaßlichen „Gestehungskosten“ verkauft hatte, bittet uns, folgenden Zeilen Aufnahme zu gewähren:

Wer kann mir Auskunft geben: Ist die Wiener „A.-Z.“ unter die „Agrarier“ gegangen? Sie sagt heute in einem Aufruf an ihre Abnehmer, Leser und Freunde, daß sie ein Blatt sei, welches die Arbeiterschaft „besonders dringend brauche“, ein Blatt der „Besitzlosen“, ein Blatt für die „Lebensinteressen der Arbeiterschaft“, ein „zuverlässiger Wegweiser“ usw. Schon dachte ich mir: Aha, da kommt jetzt die Ankündigung, daß dieses einfach unentbehrliche geistige „Nahrungsmittel“ in Zukunft mit Rücksicht auf die ohnehin recht empfindliche Kriegsteuerung an die sozialdemokratischen Konsumenten umsonst oder doch zu erheblich herabgesetzten Preisen abgegeben werde. Ja Schnecken! Da hat mich meine Erwartung schön in den April geschickt. Gerade das Umgekehrte ist der Fall. Es wird eine sehr empfindliche Erhöhung der Bezugspreise vom 1. April an mitgeteilt. Das ist beileibe kein Aprilscherz. Den „Besitzlosen“ wird also auch noch das, wie versichert wird, unentbehrlichste aller Nahrungsmittel ganz unerschwinglich verteuert! Und die Gründe? Ich traute meinen Augen kaum, als ich las: „Niedrige Verteuerung sämtlicher Produktionsmittel“, „die Fuhrwerkskosten um hundert Prozent gestiegen“, „geradezu unerschwingliche Höhe der Ausgaben“, während „die Einnahmen stetig und beträchtlich gefallen“ sind, „Einengung und Unterbindung des normalen Verkehrslebens“, „auch sonst beträchtliche Opfer des Krieges“, Einberufungen usw. Das mag alles richtig sein, ich zweifle gar nicht daran. Aber als wir vom Lande für die Preise unserer Produkte genau die gleichen Gründe anzuführen wagen, waren wir „Wucherer“, „agratische Ausplünderer der Konsumenten“, des „Städtvolkes“, und mit einem wahren Freudengeheul verzeichnete gerade die „A.-Z.“ die Verurteilung jeder Gemüßbäuerin, jedes Erdäpfelbäuerleins, jedes Butterweibleins der ganzen Monarchie, das seinen Kunden viel geringere Zuminutungen gestellt hatte, als es jetzt die „A.-Z.“ ihren „Besitzlosen“ Kostgängern gegenüber tut. Ich bin zwar nur die Frau Blaschke, die ihren Kohl baut und verkauft, aber ich bin weder so begriffstüchtig, die Zwangslage der „A.-Z.“ nicht zu begreifen, noch so neidig, ihr die Preissteigerung zu mißgönnen. Aber überrascht war ich doch, sie so rasch in unserer „agratischen Wuchersprache“ reden und eine Preiserhöhung ankündigen zu hören, noch dazu gegenüber Besitzlosen Konsumenten und obendrein für ein Nahrungsmittel, das angeblich noch viel unentbehrlicher ist als mein Kohl, und für einen Kohl, der häufig lange nicht so genießbar sein soll, wie meine Nahrungsmittel.

Womit ich mich bestens empfehle usw. (Die genaue Adresse der Briefschreiberin ist der Redaktion unbekannt.)

Einkaufsgesellschaft für das Großherzogtum Hessen.

— Mainz, 31. März. Unter dem Vorsitz des Provinzialdirektors der Provinz Rheinhessen Geheimrat Best erfolgte gestern in Mainz die Gründung der Einkaufsgesellschaft für das Großherzogtum Hessen m. b. H. Die Gesellschaft hat, entsprechend den in anderen deutschen Landesteilen gebildeten Organisationen gleicher Art, den Zweck, Nahrungsmittel und sonstige Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens während des Krieges und, so lange die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse noch andauern, im Inland und Ausland zu erwerben und der Bevölkerung im Großherzogtum Hessen möglichst ausreichend und zu angemessenen Preisen zuzuführen. Ihr gehören an die 18 Kreise des Großherzogtums die Städte Mainz und Gießen sowie 38 Nahrungsmittelgroßhändler und die Konsumvereine in den beiden Städten. Das Stammkapital beträgt 400 000 Mark und ist zur Hälfte bar eingezahlt. Den Vorsitz des Aufsichtsrats führt der Vorsitzende der Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe des Ministeriums des Innern, Darmstadt, Ministerialrat Schliehale, in seiner Vertretung Provinzialdirektor Geheimrat Best bezw. Geheimer Kommerzienrat Dr. Damberger. Das Tätigkeitsgebiet der Gesellschaft erstreckt sich auf das ganze Großherzogtum Hessen mit Ausnahme der Städte Darmstadt, Offenbach, Worms, Densheim, Heppenheim, Lampertheim. Offenbach wird erst in den nächsten Tagen über den Beitritt zur Gesellschaft Beschluß fassen, während die übrigen Städte dem Südwestdeutschen Städteeinkauf in Mannheim angehören und sich ihren späteren Beitritt vorbehalten haben. — Die bisherige Einkaufsgesellschaft der Nahrungsmittel-Großhändler m. b. H. in Mainz geht mit allen Aktiven und Passiven an die neue Gesellschaft über.

Kirche und Volksernährung.

Eine Anregung des Ackerbauministeriums.

Der Ackerbauminister Dr. Benker hat an das Wiener fürsterzbischöfliche Ordinariat eine Zuschrift gerichtet, in der der Wunsch ausgesprochen wird, die Diözesangeistlichkeit in den Dienst der Volksernährung zu stellen. In der Zuschrift wird unter anderem ausgeführt:

„Im Kriege sind der Geistlichkeit, wie jedem anderen Stande, neue große Aufgaben erwachsen. Nicht nur die Pflichten des Seelsorgers haben eine Erweiterung erfahren, auch die wirtschaftlichen Aufgaben haben an Größe und Wichtigkeit gewonnen. Die vornehmste Pflicht der Landwirtschaft ist aber die Ernährung des gesamten Volkes. Diese Pflicht kann aber der landwirtschaftlichen Bevölkerung von keiner anderen Seite so nachdrücklich und wirksam vor Augen geführt werden als vom Seelsorger, und ich erlaube mir daher im Einvernehmen mit dem Herrn Minister für Kultus und Unterricht die Bitte zu stellen, das hochwürdigste Ordinariat wolle die Diözesangeistlichkeit beauftragen, in Ausübung des kirchlichen Lehramtes und insbesondere auch von der Kanzel herab der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Bedeutung eines restlosen Frühjahrsanbaues vor Augen zu führen, sie zur Erfüllung ihrer diesfälligen Pflichten gegen das gesamte Vaterland und zum Ausharren trotz aller Mühsale anzuwachen und sie darüber aufzuklären, daß jedes Nachlassen in der landwirtschaftlichen Arbeit nur ein Dienst wäre, der unseren Feinden erwiesen wird. Die Seelsorger mögen sich, soweit nur irgend möglich, der Tätigkeit in den Erntekommissionen widmen.“

Weiter regt der Ackerbauminister an, das Ordinariat möge die Frage in Erwägung ziehen, ob es nicht angehe, aus den Priesterseminarien jene Böglinge, die vom Lande kommen, für die Zeit des Frühjahrsanbaues und der Ernte zu beurlauben. Diese jungen Männer, die landwirtschaftliches Verständnis mit höherer Bildung und erstem Pflichtbewußtsein verbinden, würden nicht nur für den väterlichen Besitz, sondern für die ganze Gemeinde in dieser schweren Zeit von unschätzbarem Nutzen sein und auch den Ortsseelsorger der Heimatgemeinde bei der Erfüllung der angegebenen Aufgaben aufs beste zu unterstützen vermögen.

Ein an das Ordinariat gelangter weiterer Erlaß des Unterrichtsministeriums bezieht sich auf die Einwirkung der Geistlichkeit bezüglich der Erhaltung des Sparsinns auf dem Lande. Die zugemessene Brot- und Mehlration solle nicht als ein zugebilligtes Minimum betrachtet werden, der einzelne solle vielmehr nach seinen Kräften und Mitteln versuchen, seinen Verbrauch noch unter die ihm zukommende Menge herabzudrücken. Ebenso wäre der trotz des bestehenden Verbotes noch immer stattfindenden Versütterung von Brotgetreide entgegenzuwirken.

Klerus und Volksernährung.

Das Wiener Diözesanblatt veröffentlicht eine Zuschrift des Ackerbauministers Dr. Jenker an das k.-e. Ordinariat, welcher die Mitwirkung des Seelsorgerklerus in den Kriegsfragen der Volksernährung verlangt. In der Zuschrift heißt es: „Im Kriege sind der Geistlichkeit, wie jedem anderen Stande, neue große Aufgaben erwachsen. Nicht nur die Pflichten des Seelsorgers haben eine Erweiterung erfahren, auch die wirtschaftlichen Aufgaben haben an Größe und Wichtigkeit gewonnen. Die vornehmste Pflicht der Landwirtschaft ist aber die Ernährung des gesamten Volkes. Und wenn auch unser Nährstand den größten und tüchtigsten Teil unserer tapferen Krieger beisteht, so ist seine Pflicht, für die Ernährung der Armeen und der Bevölkerung in unvermindertem Maße zu sorgen, nicht minder wichtig und bedeutsam. Diese Pflicht kann aber der landwirtschaftlichen Bevölkerung von keiner anderen Seite so nachdrücklich und wirksam vor Augen geführt werden, als vom Seelsorger und ich erlaube mir daher im Einvernehmen mit dem Herrn Minister für Kultus und Unterricht die Bitte zu stellen, das hochwürdigste Ordinariat wolle die Diözesangeistlichkeit beauftragen, in Ausübung des kirchlichen Lehramtes und insbesondere auch von der Kanzel herab, der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Bedeutung eines restlosen Frühjahrsanbaues vor Augen zu führen, sie zur Erfüllung ihrer diesfälligen Pflichten gegen das gesamte Vaterland und zum Ausbarren trotz aller Mühsale anzuspornen und sie darüber aufzuklären, daß jedes Nachlassen in der landwirtschaftlichen Arbeit nur ein Dienst wäre, der unseren Feinden erwiesen wird. Aber auch bei Durchführung der landwirtschaftlichen Arbeiten rechne ich mit Zuversicht auf die Mithilfe der Geistlichkeit, die bereits durch Ministerialverordnung berufen wurde, in den Erntekommissionen mitzuwirken. Heute ist die werktätige Mithilfe unserer Priester in noch höherem Maße notwendig, als zu Beginn des Krieges. Aus vielen Landgemeinden wurden die Gemeindevorsteher und Gemeinderäte zu den Waffen gerufen, und es wird daher vielfach der Seelsorge die einzige Persönlichkeit von öffentlicher Autorität sein, von der ein wirksamer Einfluß auf das richtige Funktionieren der Erntekommissionen erwartet werden kann. Die Seelsorger mögen sich, soweit nur irgend möglich, der Tätigkeit in den Erntekommissionen widmen, sich bemühen, den Anordnungen dieser Kommission Gehör zu verschaffen und den Landwirten die Pflichten der Nächstenliebe, die das vornehmste Gebot unserer Religion ist, nachdrücklich vor Augen halten. Ich setze meine besten Hoffnungen auf eine günstige Einflußnahme der Geistlichkeit gerade in dieser Richtung und glaube, daß eine Mahnung des hochwürdigsten Ordinariates überall reiche Früchte tragen wird. Die österreichische Geistlichkeit hat diese wichtige Aufgabe stets voll erfährt und insbesondere das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, vor allem die Spar- und Darlehenskassen, verdanken ihr Aufblühen nicht zum mindesten der unermüdbaren Fürsorge der katholischen Priester.“

Weiters bringt der Ackerbauminister eine Anregung der Beurlaubung der vom Lande stammenden Böglinge des Priesterseminars zur Zeit des Frühjahrsanbaues und der Ernte. „Schließlich bitte ich mir eine Anregung zu gestatten, welche mir in dieser schweren Zeit, in welcher nicht nur jeder einzelne Mann, der die heimatische Scholle verteidigt, sondern auch jeder, der sie bebaut, ungemein wertvoll ist, im hohen Maße wichtig erscheint. Sie geht dahin, das hochwürdigste Ordinariat wolle die Frage in Erwägung ziehen, ob es nicht angehe, aus den Priesterseminarien jene Böglinge, welche vom Lande stammen, für die Zeit des Frühjahrsanbaues und der Ernte zu beurlauben. Die jungen Männer, welche landwirtschaftliches Verständnis mit höherer Bildung und ernstem Pflichtbewußtsein verbinden, werden nicht nur für den väterlichen Besitz, sondern für die ganze Gemeinde in dieser schweren Zeit von unerschätzbarem Nutzen sein und auch den Ortsseelsorger der Heimatgemeinde bei der Erfüllung der angedeuteten Aufgaben aufs Beste zu unterstützen vermögen.“ Das Ordinariat gibt gleichzeitig bekannt, daß bezüglich der Alumnen bereits das Zweidentprechende angeordnet wurde.

Das Unterrichtsministerium spricht den Wunsch aus, der Seelsorgerklerus auf dem Lande möge den Sparsinn der Bevölkerung wecken. Auch innerhalb des gesetzlich zugebilligten Brot- und Mehlsatzes möge eine tunliche Sparsamkeit als Regel empfohlen werden. Die Bevölkerung möge außerdem unterwiesen werden über die Verwerflichkeit der noch immer vorkommenden Verfütterung von Brotgetreide.

2. IV. 1916

* (Errichtung einer Lehrkanzel für Technologie der Nahrungs- und Genussmittel.) Der Vorstand des Vereines österreichischer Chemiker in Wien hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, an die Professorenkollegien der Hochschulen mit der Anregung heranzutreten, die Errichtung eigener Lehrkanzeln für Technologie der Nahrungs- und Genussmittel in die Wege zu leiten. Ferner wird in einer weiteren Eingabe verlangt, die Untersuchungsanstalten für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände von den hygienischen Instituten zu trennen und selbständig zu stellen.

Schwierigkeiten in der Volksernährung.

Es muß der Bevölkerung alles Lob gezollt werden für die übermenschliche Geduld, die sie gegenüber nötigen und überflüssigen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung an den Tag legt. Namentlich die Frauen, deren heißeres Blut zu fürchten war, sind unermüdet im Anstellen bei verschiedenen Lebensmittelgeschäften, um die verfügbare Menge an Lebensmitteln für ihren Haushalt zustande zu bringen. Wenn sich die christlichsozialen Blätter über die Hamsterer ereifern, so haben wir demgegenüber festzustellen, daß bei der Arbeiterschaft von einer größeren, die Allgemeinversorgung gefährdenden Anhäufung von Lebensmitteln nicht die Rede sein kann, weil den Arbeitern hiezu vor allem das Geld fehlt. Vertrauen zu den Regierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Volksernährung ist es wohl auch nicht, was sie vom Hamstern abhält, sie können sich eben durch Vorauskauf nicht helfen. Die wohlhabende Bevölkerung verläßt sich nicht auf die öffentlich-rechtliche Regelung, sie kauft zusammen, was ihr an Nahrungsmitteln erreichbar ist. Nun sollte die Rationierung diesem Uebelstand abhelfen und jeder gezwungen werden, sich mit der ihm zugewiesenen Portion an gewissen Nahrungsmitteln zu begnügen. Aber auch die Rationierung versagt, weil die Lebensmittelversorgung fortwährend Störungen erfährt. Die Streckung der Edelmehlvorräte kann nicht durchgeführt werden, weil weder Mais noch Kartoffeln zu haben sind. Die Regierung hat das Kochmehl besonders rationiert, aber seitdem diese Vorschrift in Geltung steht, bekommt man das Mehl in so ungenügenden Mengen, daß die Mehlmarken verfallen oder dafür Brot gekauft werden muß. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß namentlich die von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt versorgten Arbeiterkonsumvereine ganz unzureichende Mengen Kochmehl zugewiesen erhalten, die Händler aber von der Gemeinde in gleichem Maße mit Weizenmehl versorgt werden wie in früheren Monaten. Am 20. März ist eine strenge Handhabung der Kontrolle der Brotmarken eingeführt worden. Die Brot- und Mehlmarken müssen an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt abgeführt werden und nach Maßgabe dieser Abfuhr von Marken soll die Mehlzuweisung erfolgen. Die Marken werden von den Konsumvereinen gewissenhaft eingesammelt und abgeführt, aber das Mehl hierfür bekommen sie nicht! Ueber die elende Beschaffenheit des rumänischen Mehles ist besser zu schweigen protestiert muß aber dagegen werden, daß dieses Mehl als Muttermehl zu 120 Kronen für das Kilogramm in Verkehr gesetzt wird. Der Verkäufer ist unschuldigerweise Insulten ausgesetzt. Wir haben der Anstalt den Vorschlag gemacht, aus gesundem rumänischen Weizen Gleichmehl zu erzeugen und in den benötigten Mengen in Verkehr zu setzen. Dieses Mehl wird dem rumänischen Feinmehl nicht sehr nachstehen, aber um die Hälfte billiger sein. Die Anstalt will die Wiener mit größeren Rationen an Maisgrieß traktieren; das ist unmöglich. Die Wiener Bevölkerung ist an den Speiszeitel der Italiener, Steirer und Tiroler nicht gewöhnt, auch fehlt das hiezu nötige Fett. Was erträglich wäre, ist eine kleinere Portion an Maismehl sechzigprozentiger Ausbeute. Alle diese Vorschläge blieben bisher unbeachtet.

Die Erschwernisse in der Milchversorgung steigern sich ins Unerträgliche. Die Milchlieferungen sind gegen die Friedenszeit um mehr als ein Drittel gesunken. Es wird aber keine Milchkarte eingeführt, sondern den Molkereien und Milchgroßhändlern die Milchversorgung überlassen. Die Herrschaften denken nicht daran, die vorhandene Milchmenge gerecht aufzuteilen, sondern denken nur an die Steigerung ihres Profits. Dem Scheine nach lassen sie einen Preis von 40 Heller für den Liter Milch im Verkauf in Geltung, schenken aber in ihren Filialen keine Milch aus. Höchstens eine Kanne Ausschankmilch kommt in jede Filiale, der Rest ist Flaschenmilch zu 46 bis 48 Heller, Kindermilch von 72 bis 90 Heller, Kefir, Joghurt u. Ä. Frauen und Kinder stehen stundenlang bei den Milchgeschäften, um einen halben Liter Ausschankmilch zu erhalten, den Wohlhabenden werden die Flaschen teurer Milch ohne Beschränkung ins Haus gestellt. Die Molkereien gewinnen durch diese Milchverarbeitung so viel, daß sie den Milchproduzenten ständig höhere Preise für die Milch anbieten und so den Verkauf von Ausschankmilch zu billigerem Preise ganz unmöglich machen. Seit Monaten verlangen wir, daß diesen Durchstechereien ein Ende gesetzt werde. Der Verkauf von Flaschenmilch ist zu verbieten oder auf einen Bruchteil, etwa ein Viertel des gegenwärtigen Umfangs, zu beschränken. Damit könnten jene Bezirke, die weniger Milchgeschäfte haben, versorgt

werden. In den anderen Bezirken kann sich jeder seine Milch selbst holen, warum sollen sich nur Proletarierinnen, deren Zeit Geld ist, darum bemühen müssen? Schließlich würde, wenn Milcharten eingeführt werden, die Anstalterei aufhören. Die Milchverarbeitung ist zu verbieten. Die Kinder der Reichen werden auch ohne Kindermilch lebenskräftig bleiben, es wird aber Milch, „gewöhnliche Milch“, frei für die Kinder der Armen. Wer Kefir oder Joghurt braucht, soll sich das zu Hause bereiten; warum wird ihm die Arbeit erspart, wenn er sauren Rahm zu seinen Saucen haben will, was ja nebenbei bemerkt verboten ist? Mit den Milchproduzenten mußte ein Einheitsabgabepreis vereinbart und dann ein einheitlicher Verkaufspreis festgesetzt werden, um die gegenseitigen Preistreiberien zu verhindern.

Die Zuckerverversorgung obliegt einer Zuckergentrale, das ist dem Zuckerkartell unter staatlicher Aufsicht. Jetzt haben wir es zu Zuckerkarten gebracht, aber es fehlt der Zucker, obwohl offiziell versichert wird, daß die nötigen Zuckermengen in den Fabriken lagern. Das liebliche Spiel vom vorigen Jahre wiederholt sich. Es mangelt angeblich an Waggons; die Eisenbahnverwaltungen aber behaupten, daß dieser Waggonmangel nicht so arg sei. Dabei ist festzustellen, daß namentlich jene Waggons fehlen, die den Arbeiterkonsumvereinen Zucker zuführen sollen. Ja die Eingabe eines Vereines betreffend die Zuckerzuweisung für den Monat März ist am 1. April noch nicht erledigt! So sieht der Burgfriede der Zuckerfabrikanten aus! Die Zuckerfabriken sind reine Dividendenfabriken geworden; die Drofflung des Zuckerverkehrs ist strafbar, weil die den Zuckerkarten entsprechende Menge nicht angeliefert wird.

Seit einigen Wochen liegt der Regierung unser Antrag vor, für Arbeiter in Nachtbetrieben die Zuckerration um die Hälfte zu erhöhen. Die Arbeiter sollen und dürfen in solchen Betrieben keinen Alkohol genießen, müssen daher Kaffee und Thee als Nahrungs- und Erfrischungsmittel zu sich nehmen und bedürfen daher einer größeren Zuckerration als die Bevölkerung, die nachts schläft. Auch für stillende Mütter und Säuglinge ist eine Aufbesserung der Zuckerration dringend nötig, aber die Regierung bezieht sich nicht, die nötigen Maßnahmen zu erlassen.

So geht es nicht weiter. Die unerschöpfliche Geduld der Bevölkerung darf nicht eine unnötige Belastung erfahren, sie darf auch nicht mißbraucht werden. Der Absolutismus ist schon in der Verwaltung des Staates schädlich und schwer erträglich, er findet in dem Kriegszustand weder Begründung noch Rechtfertigung. Aber ganz unerträglich ist der Absolutismus der Zuckerbarone und der Kaffeehändler. Wir verlangen deshalb in allen Verwaltungsstellen der Lebensmittelversorgung eine Vertretung der Verbraucher, insbesondere der arbeitenden Verbraucher, damit die Bevölkerung an der Gestaltung der Ernährungsverhältnisse kontrollierend und bestimmend mitwirken kann. Es ist durchaus nicht angängig, in derartige Verwaltungsstellen lediglich die Vertreter der interessierten Produzenten zu berufen, die durch solche Berufung natürlich nicht aus Profitjägern in gewissenhafte Vertreter der Allgemeininteressen umgewandelt werden. Die Beaufsichtigung durch die Regierungsorgane, denen ja vielfach die nötige geschäftliche Erfahrung mangelt, ist nicht ausreichend, um ein gemeinnütziges Wirken dieser Stellen zu gewährleisten. Noch wichtiger erscheint uns, durch Berufung von Vertretern der konsumierenden Bevölkerung zu bewirken, daß sie erfährt, was in diesen Zentralen vorgeht, und daß diese Stellen in dem Volke jenes Vertrauen erwerben, das ihnen schon infolge ihrer gegenwärtigen einseitigen Zusammensetzung fehlen muß. Jedenfalls würde durch die Arbeit der Konsumentenvertreter eine gemeinnützige Wirksamkeit dieser Verwaltungsstellen angebahnt werden. Der augenblickliche Zustand unserer Volksernährung ist ernst genug, um endlich eine Regelung herbeizuführen, die auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit gebührend Rücksicht nimmt.

Kommunale Kriegseinrichtungen

Bürgergärten. — Städtischer Hühnerhof.

Ueber neuartige und zweckmäßige Kriegsvorsorgemaßnahmen deutscher Städte wird uns von unterrichteter Seite geschrieben:

Nachdem Köln damit vorangegangen war, sind — wie bekannt — auch in Groß-Berlin fahrbare Stadtküchen („Gulaschkanonen“) eingeführt worden, und zwar hat als erste Groß-Berliner Gemeinde Lichtenberg zwei fahrbare Stadtküchen in den Dienst der Volksernährung gestellt. Die Nachahmung dieses Versuchs auf breiterer Grundlage ist durchaus erwünscht, da es damit nicht nur einer großen Anzahl städtischer Einwohner ermöglicht würde, die Kriegszeit besser zu überstehen, sondern auch eine sparsame Verwendung der vorhandenen Lebensmittelvorräte unterstützt würde, weil sich im großen leichter als im kleinen sparen läßt.

Auch die von Lanitz zuerst eingeführte Butterstreckung, die in der Weise geschieht, daß eine Fabrik die überwießene Menge Naturbutter mit Zusatz von fermentierter Joghurt-Milch verdoppelt und die so erhaltene doppelte Menge dann zum Verkauf an die Kleinhändler weitergegeben wird, könnte bei der Einführung in anderen Gemeinden wesentlich zur Hebung des Buttermangels und zum sparsamen Butterverbrauch beitragen.

Erwähnenswert erscheint auch das von der Stadt Barmen gewählte Vorgehen, städtische Gärten für seine Bürger einzurichten. Für 30 Mark Pacht erhält man dort einen 200 Quadratmeter großen Garten. Die Stadt hat für diesen Zweck vorläufig 30 000 Mark bewilligt.

Zum Schluß verdient noch ein von der Stadt Halberstadt unternommener Versuch Erwähnung. Die Stadt besitzt inmitten ihrer Kläranlagen ein Gelände, das bei sonst günstiger Lage weder für die Erweiterung noch für sonstige Zwecke gebraucht wird; auf ihm beabsichtigt der Magistrat einen städtischen Hühnerhof zu errichten. Das sonst brachliegende Gelände wird hierdurch sehr gut ausgenutzt. Es soll das Hauptgewicht auf die Gewinnung von Eiern gelegt und das Abschachten nur in dem Maße betrieben werden, wie es zum Erhalten und Ergänzen eines gut legenden Hühnerstammes erforderlich ist. Die Stadtverwaltung will mit 50 Hühnern beginnen. Um die Aufzucht lohnend betreiben zu können, und hierbei von der Jahreszeit unabhängig zu sein, soll eine Brutmaschine beschafft werden, die sich bei allen derartigen Anlagen aufs Beste bewährt hat. Da fast jede Stadtverwaltung ein Gelände zur Verfügung hat, meist innerhalb von städtischen Betriebsanlagen, das als städtischer Hühnerhof ausgenutzt werden kann, verdient auch dieser Versuch Nachahmung.

Wiener Lebensmittelpreise.

Billige und teure Bezirke.

Der Krieg hat in die Wiener Lebensmittelpreise einigermaßen eine Reform gebracht. Für eine Reihe der wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens wurden gesetzliche Höchstpreise festgesetzt, an die viele Kreise der Geschäftswelt anfangs schwer glauben wollten, die aber infolge der ständigen Preiskontrolle und der abschreckenden Abstrafungen wegen Preistreiberei schließlich doch in Fleisch und Blut des Geschäftsverkehrs übergingen. Mehl, Brot, Zucker, Milch, Fett, Kartoffeln, Kohle, Holz, Petroleum und Spiritus erfreuen sich im gesamten Stadtgebiet so ziemlich eines Einheitspreises, wenn auch bei den Brennmaterialien und bei der Milch hin und wieder seitens kleinerer Verschleißer und Händler Ueberhaltungen des Publikums versucht werden und auch noch gelingen. Beim Kaffee dürfte die jetzt unhaltbare Preissituation ebenfalls bald fast verschwinden, so daß auch dieses Nahrungsmittel keinen weiteren bedeutenden Preisschwankungen mehr unterworfen sein wird. Hinsichtlich der Butter und der Eier hat die behördliche Regelung ebenfalls schon vor einiger Zeit eingesetzt und der Preisbildung für diese Artikel Schranken gezogen.

Die Versorgung der Stadt mit Gemüse, Obst und Grünwaren hat seit Beginn der Kriegszeit nicht gelitten, wenn auch hier und da in einzelnen Artikeln eine vorübergehende Knappheit herrschte. Sie wurde aber immer wieder überwunden. Dies ist auch bei der gegenwärtigen Kartoffelknappheit zu hoffen, denn im Gegensatz zu vielen deutschen Städten und sogar zu Berlin, wo gegenwärtig eine ausgebrochene Kartoffelkrise besteht, vermag der Wiener Konsum jetzt doch noch zur Not mit Kartoffeln versorgt zu werden. Der Andrang bei den Kartoffelständen hat seit einigen Tagen sichtlich nachgelassen. Sache der Behörden wird es aber trotzdem sein müssen, die Kartoffelzufuhren zu beschleunigen, denn wir haben noch genügend Kartoffeln im Lande zur Verfügung. Als wertvolle Ergänzung zu dieser täglichen Zuspeise, die wohl selten in einem Haushalt und an den Wirtschaftlichen vermehrt werden mag, stehen uns große Krautzufuhren zur Verfügung. Ueberdies hat die Gemeinde reiche Mengen von Sauerkraut auf die Märkte gebracht; auch sind noch beträchtliche Quantitäten saurer Rüben im Handel. Die jetzt einsetzende Zufuhr frischer Grünwaren, die mit einer reichlichen Spinatbeimischung der Märkte begonnen hat, schafft viel gesunde Nahrung auf den Tisch, wenn auch die heutigen Spinatpreise wahre Phantasiepreise genannt werden müssen. Die zu erwartende Steigerung der Zufuhren wird aber auch hier das Preisbarometer zugunsten des Konsums beeinflussen. Bezüglich der Grünwaren- und Gemüsepreise hat die straffe Organisation des städtischen Marktes seit Kriegsbeginn die Räden der Preisbildung an sich gezogen. Täglich werden auf dem Wiener Zentralgemüsemarkt (Machmarkt) die Preise amtlich ermittelt und telephonisch für sämtliche Märkte und Markthallen hinausgegeben. Beim Wiederverkauf von Gemüse und Grünwaren durch Zwischenhändler in den Bezirken mag es ja hin und wieder vorkommen, daß vergessen wird, wo die Grenzen des bürgerlichen Gewinnes in das Geäder preistreiberischer Preisforderungen münden; doch die gute Hausfrau hat während der Kriegszeit gelernt, die täglichen Markt- und Preisberichte zu lesen. Sie weiß daher zu beurteilen, was hier gerechtfertigt ist oder nicht.

Dennoch gibt es aber eine Gruppe von Lebensmitteln, bei denen alle Schulkneipeit von

Preisbildung und Preisentwicklung in den Hintergrund tritt. Das sind vor allem Fleisch und Fleischwaren, Würste, Delikatessen usw. Hier herrscht vielfach noch eine ganz unerwünschte Willkürlichkeit in den Preisforderungen. Wohl ist auch für dieses Gebiet der Lebensmittelversorgung in der Preisbindung des St. Marxer Vieh- und des Zentralfleischmarktes in der Großmarkthalle ein Meilenzeiger aufgerichtet, doch er steht leider noch immer auf schwachen Füßen. Hier steht ein großer Unterschied zwischen den Preisen der einzelnen Bezirke ein, der im Vergleich zu den amtlich ermittelten Vieh- und Fleischpreisen oft unbeeindruckt erscheint. Auf das Wort „Primqualität“ wird in diesem Falle ein großes Gewicht gelegt. Aus dieser Verichanzung heraus, die wohl nur für einzelne Fleischgeschäfte ihre Begründung haben mag, werden allgemein Fleischpreise abgeleitet, die ungewöhnlich erscheinen und es auch sind, vom verwöhnten Publikum aber immer noch bezahlt werden. Daß hierbei die größeren Geschäftszentren der Stadt, die Cottageviertel und einige innere Stadtbezirke hauptsächlich in Betracht kommen, mag als selbstverständliche Erscheinung aufgenommen werden, obwohl diese Stadtteile auch wieder Fleischgeschäfte aufweisen, in denen man billiger einkaufen kann als in Fleischbaugegeschäften in den ausgesprochenen Arbeitervierteln, wo durch die Kriegskonjunktur so manche Kreise zugewachsen sind, deren gesteigerter Arbeitsverdienst ihnen gestattet, der Fleischnahrung mehr Gewicht beizulegen als Mittel- und Beamtenstandsfamilien, denen infolge der teuren Fleischpreise die Fleischnahrung höchstens nur mehr als Sonn- oder Feiertagsessen beschieden ist. Ähnlich verhält es sich auch bezüglich der Wurstpreise, die bedeutenden Schwankungen unterliegen.

Eine reinliche Scheidung zwischen billigeren und teuren Bezirken zu ziehen, wie es vor dem Kriege noch möglich war, erscheint jetzt sehr schwer, doch gibt es immerhin unter den 21 Wiener Gemeindebezirken einen, der in bezug auf Grünwaren, Gemüse- und teilweise auch hinsichtlich der Obstversorgung eine Ausnahmestellung einnimmt. Das ist der 21. Bezirk, der ohne Passierung der Verzehrungssteuergrenzen mit diesen Artikeln aus dem ihm anrainenden Hinterland direkt alimentiert wird und daher oft und oft billiger dran ist als seine übrigen 20 Geschwister, mit denen im Verein er das „liebe teure Wien“ bildet, das schon in normalen Zeiten hinsichtlich seiner Gasthaus- und Lebensmittelpreise als teuerste Großstadt verschrien war, in der man aber, wenn man die Quellen weiß, auch heute noch vielfach billiger und besser leben kann als in so mancher Provinzstadt.

Die Brot- und Zuckerkarte beim Dienstbotenwechsel.

In den Kreisen der Wiener Hausfrauen sind über die Bestimmungen wegen des Brot- und Zuckerkartengebrauches noch vielfach Unklarheiten vorhanden, die oft zu Differenzen zwischen der Hausfrau und der Brotkartenkommision führen, worüber wieder sich viele Hausfrauen mit schriftlichen Beschwerden an uns gewendet haben. Hauptsächlich handelt es sich da um die Mitgabe der Brotkarten an die austretenden Dienstboten. Die Hausfrauen sind zumeist der Ansicht, daß sie beim Dienstbotenwechsel die Brotkarte des früheren Dienstboten behalten und für die Neueintretende benutzen können. Diese Ansicht ist aber vollkommen falsch, da nach der Verordnung über die Brotkarten diese nicht übertragbar sind, somit dem austretenden Dienstmädchen mitgegeben werden müssen. Das neue Dienstmädchen hat die Brotkarte von der früheren Dienstgeberin mitzubringen. Gleichzeitig ist das ausgetretene Dienstmädchen bei der zuständigen Brotkartenkommision abzumelden, die dem Dienstmädchen einen Abmeldechein ausfolgt, mit dem sie von der neuen Dienstgeberin bei der neuzuständigen Brotkartenkommision anzumelden ist. Mit dem Termine der nächsten Brotkartenausgabe erhält dann die Hausfrau die Brotkarte für das neue Dienstmädchen. Dieselben Vorschriften gelten auch bezüglich der Zuckerkarten und wir glauben, im Interesse der Wiener Hausfrauen sie auf diese Vorschrift aufmerksam machen zu sollen.

Wirtschaft und Recht.

Die Lebensmittelversorgung und die Frauen.

Frau Elisabeth Krutenberg-Conze schreibt uns:

Daß die Frauen in unmittelbarer Beziehung zur Lebensmittelversorgung stehen, wird niemand bestreiten. Aber nur als Objekte; als empfangender, als wartender, leidender Teil haben sie in den meisten Fällen für die mehr und mehr staatlich geregelte Volksernährung Bedeutung. Als aktiv Helfende, als mit beratende, mit ausführende Organe kommen sie nur in seltenen Ausnahmefällen zur Verwendung. Das ist sehr zu bedauern.

Denn die bei der Regelung der Volksernährung in Betracht kommenden Verwaltungsinstanzen können den sich immer mehr anhäufenden Aufgaben ohne Hinzuziehen neuer, sachverständiger, arbeitsbereite Kräfte — und das wären in diesem Falle die Frauen — nicht nachkommen. Beweis: Die trotz vorhandener wirklicher Lebensmittel in vielen Gemeinden fehlende richtige und schnelle Verteilung, die oft fehlende sachverständige pflegliche Behandlung. Beweis: Der Erlaß des preußischen Ministers des Innern, das Versagen der aufsichtführenden untern Instanzen betreffend. Beweis: die Veröffentlichung der offiziellen Preiszentrale der Lebensmittelabteilung des Reichsamts des Innern, die gegen Bestechung der die Lebensmittel verteilenden Verkäufer seitens der Käufer und gegen Bevorzugen der beamteten Persönlichkeiten seitens der mit dem Verkauf Betrauten eine Warnung erläßt.

Mit unzureichenden Kräften läßt sich eine Riesenaufgabe, wie die gleichmäßige, gerechte Versorgung des deutschen Volkes mit den wesentlichen Nahrungsmitteln nicht durchführen. Nur auf diese wesentlichen Nahrungsmittel, d. i. neben dem Brot: Kartoffeln, Fett und für Kinder Milch (Fleisch ist bei ausreichendem Fettvorrat entbehrlich) kommt es zur sichern Versorgung an. Alles andere könnte dem freien Verkehr überlassen bleiben, denn die Geschäftstreibenden sollen und dürfen nicht der Existenzmöglichkeit beraubt werden. Sie sind als Zwischeninstanz zwischen Produzenten und Konsumenten nicht zu entbehren. Rückkehr in im Frieden bewährte Geschäftsformen soll nach Möglichkeit offen gehalten werden.

Aber eine andere Aufgabe ist es: seinen Kunden uninteressiert und unparteiisch gerecht zu werden. Daß wir diese Forderung an unsere Geschäftsleute stellen, ist vielfach ein Mißgriff. Die Verteilung der für unser Volk notwendigen Lebensmittel sollte in den Händen sozial denkender volkswirtschaftlich einsichtsvoller, geschäftlich uninteressierter Menschen liegen. Wir sehen, daß auch das beste System, z. B. auf dem Gebiete der Butter- und Fettversorgung, versagt, wenn nur Geschäftsleute die mit dem Verkauf betrauten Personen sind. Der Bevorzugung einzelner Käufer reiht sich eine zeitvergehende Verkaufsart als volksaufreizend, Unzufriedenheit bringend an. Denn Zeit ist für die Arbeiterfrauen Geld. Stundenlanges Warten verteuert durch Erwerbsverlust in dieser Zeit die Lebensmittel. Und wie oft war es schließlich umsonst. Das muß vermieden werden.

Städtische Verkaufsstellen mit beamteten oder ehrenamtlich arbeitenden Frauen ist die beste Lösung. Die Leitung, die Aufsicht könnte wohl überall ehrenamtlich sein, Hilfskräfte eventuell besoldet. Frauen, die volle Verantwortung fühlen für die von ihnen übernommenen Ämter müssen es sein. Wir haben solche Frauen fast allerorts. Die großen Frauenvereine haben nicht umsonst gearbeitet. Der Einsicht, der Reife, dem Takt und der Vaterlandsliebe ihrer Mitglieder vertraut man in erster Linie die Arbeit an. Sie werden nicht nur — Verkäufern gleich — geschäftsmäßig Fett und Milch und Butter verteilen, sondern zugleich zu Beratern und Helfern der Kaufenden werden. Sie werden auf die Stimmung einwirken, Vertrauen neu wecken, Vertrauen neu einflößen. Uninteressiert, nur an das Volk ganze denkend, werden sie arm und reich gleichmäßig zu berücksichtigen wissen, den bangen Zweifel der einen nach sicherer Versorgung bannen, die leeren Ansprüche der andern auf Vorzugsstellung in ihre Schranken zurückweisen. Lebensmittel-

verteilung in der Frauen Hand wäre zugleich Neuaufbau vertrauensvoller Volksstimmung, wäre Garantie für gerechtes, dem Volksganzen dienendes Verfahren. Gut arbeitendes Verteilungssystem vorausgesetzt. Solches System aber besitzen wir, es ist bereits erprobt.

Aus der Praxis fast viermonatiger Arbeit heraus darf das gesagt werden. Schwierig bleibt auch da das teilweise Versagen zentraler Verteilungsstellen, schwierig die oft schablonisierende Neigung am grünen Tisch arbeitender Instanzen. Das Schwierigste, weil volksaufreizendste, aber ist z. B. das zum großen Teil gerechtfertigte Mißtrauen gegen unzureichend ausführende und lässig aufsichtführende Stellen, die unmittelbar mit dem Publikum in Berührung kommen. Sie könnten mildern und ausgleichen, auch was in oberen Instanzen bei der Verteilung etwas versäumt wurde, sie können aber auch vernichten, was oben Gutes geschaffen wurde.

Noch einmal: überlastete Beamte, selbst interessierte Geschäftsleute, sind oft genug schlechte Vermittler zwischen Lebensmittelzentralen und kaufendem Publikum. Stellt man dagegen sozial empfindende, uninteressiert handelnde Persönlichkeiten ein auf diesem Gebiet, so wird alles sich glatter abwickeln. Frauen sind dazu die gegebenen Sachverständigen in Lebensmittelfragen. Laßt sie mitraten, mittaten. Die Organisation der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes wird dadurch an Wert und Güte gewinnen.

4. IV. 1946

Fahrbare Küchen.

▷ Mannheim, 1. April. Dem Beispiel der Stadt Köln folgend hat die Stadtgemeinde Mannheim beschlossen — zunächst versuchsweise — zwei Fahrlüchen einzurichten, die alltäglich um die Mittag- und Abendzeit die verschiedenen Stadtteile befahren und warme Speisen zum Preise von 20,3 für die Portion von $\frac{1}{4}$ Liter abgeben sollen. Zur Zubereitung der Speisen wird eine besondere Küche eingerichtet, die die erforderlichen Lebensmittel von der Warenabteilung des städtischen Lebensmittelamtes bezieht, und ihren Platz auf dem alten Gelände der Mannheimer Milchzentrale erhält.

Stadtverordneten-Versammlung.

Den Vorsitz führte Stadtv. Dr. Friedleben.
Auf der Tagesordnung stand
Generaldebatte zum Haushaltsplan 1916.

Verbunden wird damit der Antrag Fund und Gen. über die Lebensmittelversorgung.

Stadtv. Fund (Sp.) erklärte, daß seine politischen Freunde den Etat bewilligen. Eine Erhöhung der Einkommensteuer um 15 Prozent sei bei den heutigen Verhältnissen mäßig zu nennen. Eine Erhöhung der Realsteuern ist bei der Notlage der Hausbesitzer nicht angängig. Nicht zu vermeiden sind die erhöhten Ausgaben für das Krankenhaus. Man darf hoffen, daß der Bezirksverband mit seinen Mitteln auskomme. Erfreulich sind die Mehreinnahmen der Straßenbahn, bedauerlich ist die Art der Behandlung der Erneuerungsfonds. In normaler Zeit muß das anders werden. Eine Vereinfachung in der ganzen städtischen Verwaltung ist gerade jetzt angebracht. Man will natürlich keine alten Beamten beseitigen, aber es muß möglich sein, zumal da große Unternehmungen nicht in Aussicht stehen, Ersparungen zu machen. Die Kreditgenossenschaft soll erfreulicherweise weiter bestehen, denn es gibt kein Land, der gegenwärtig schlimmer dran ist. Hoffentlich werden die Schatzämter uns keinen Strich durch die Rechnung machen. Daß der Schulneubaufonds geringer dotiert ist, ist durchaus nicht erfreulich. Denn an der Erziehung der kommenden Generation soll nicht gespart werden. Die Kriegsunterstützungen haben sehr große Ausgaben verursacht und Anleihen nötig gemacht. Man darf hoffen, daß das Reich die Zinsen rückvergütet. Künftig werden Monopolisierungen zu erwarten sein, in Sachsen ist eine Monopolisierung der elektrischen Werke geplant. Man wird abwarten müssen, inwieweit die Städte von den Monopolbestrebungen getroffen werden man wird alles tun müssen, soziale Gärten zu verpflanzen. Was die

Lebensmittelfrage

betrifft, so darf unter keinen Umständen eine Verminderung der Brotrationen eintreten. Sehr wichtig ist die Versorgung mit Kartoffeln. Würde man sich entschließen, rücksichtslos zu enteignen, dann werden viele Beschwerden hinfällig. Die Landwirtschaft hat gewiß Schwierigkeiten, aber es ist doch nicht zu verkennen, daß Kartoffelverheimlichungen vorgekommen sind. Es ist anerkennenswert, daß der Magistrat den Gemüsebau fördert. Ueber die Butterverteilung ist sehr geklagt worden. Hoffentlich wird die jetzige Regelung ihren Zweck erfüllen. Die Versorgung mit Vieh und Fleisch läßt viel zu wünschen übrig. Für uns sind die hessischen Grenzen geschlossen, dagegen sollen hessische Metzger in Frankfurt Vieh aufgeschlachtet haben. Das ist natürlich nicht angängig. Die Reichsfleischstelle kommt etwas spät, kann aber doch noch Gutes wirken. Bedauerlich ist, daß man sich auch hier wieder vor Enteignungen scheut. Höchstpreise ohne Entleerung sind wirkungslos. Die Beschränkung des freien Handels, den die Regierung plant, wird nicht die erhoffte Wirkung haben. Das Hamstern ist gewiß verdammenwert, mitschuld aber sind die vielen Verbindungen, die das Publikum kopfschütteln machen. Es ist nicht verständlich, weshalb es die Regierung ablehnt, mit Agenten zu verhandeln. Eine völlige Ausschaltung des Zwischenhandels ist nicht angebracht.

Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung zu beraten, ob den Barunterstützungen nicht Naturalienunterstützungen vorzuziehen sind. Sehr empfehlenswert ist die weitere Errichtung von Volksküchen. Wir haben bis jetzt für 20 Millionen Lebensmittel gekauft und für 17 Millionen verkauft. Das Gewerbe- und Verkehrsamt hat sich nach Ansicht der Bürgererschaft als unzulänglich erwiesen. Wir sind zwar mit der Tätigkeit der unbefoldeten Herren zufrieden gewesen, aber ein besoldeter Beamter im Hauptamt ist doch vorzuziehen. Ein glänzendes Beispiel gibt die Kriegsfürsorge. Auch die Tätigkeit der Frauen ist hoch anzuerkennen. Die Frau sollte mehr als bisher zur Gemeindeverwaltung herangezogen werden. Möge auch diese Beratung in sachlicher Weise geführt werden zum Wohle unserer Vaterstadt! (Bravo!)

Stadtv. Zielowski (Soz.) ist der Ansicht, daß der Zuschlag von 15 Prozent Einkommensteuer der Anfang weiterer Steuererhöhungen ist. In Frankfurt wurde bei der Organisation der Lebensmittelversorgung viel versäumt. Was Stadtv. Fund über das Gewerbe- und Verkehrsamt sagte, ist vollkommen richtig. Eine Reorganisation ist dringend nötig. Dabei sollen die Verdienste des Stadtrats Dr. Köhler durchaus anerkannt werden. Dringent sei die von Herrn Fund beförderte Enteignung bestimmter Lebensmittel, wie das von sozialdemokratischer Seite schon lange verlangt wurde. Das Hamstern ist verständlich. Wer's nicht tut ist der Dumme. (Heiterkeit.) Die Privatleute sind nicht die schlimmsten Hamstierer, sondern die Fabrikanten, die Kaffee und Kakao in Hunderten von Zentnern aufgespeichert haben. Es sollen sofort Fabrikanten solche Waren für ihre Arbeiter aufspeichern, damit diese letzten Falles Lebensmittel haben. Nach dem Butterchema sollten alle Lebensmittel verteilt werden. Bei der Besprechung des Etats forderte der Redner die Schuldverwaltung auf, endlich Maßnahmen für Einföhrung der Einheitsküche zu treffen. Die Lebensmittelfreiheit muß endlich durchgeführt werden. Der Redner schloß mit der Aufforderung, alles zu tun, um eine bessere Organisation der Lebensmittelverteilung herbeizuführen, namentlich für eine bessere Kartoffelversorgung Sorge zu tragen.

Stadtv. Dr. Rumpf (nl.) mahnte zur Sparsamkeit auch nach dem Krieg. An eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer ist ohne Erhöhung der Realsteuern nicht zu denken. Doch sei wieder der einen noch der anderen Steuererhöhung das Wort geredet. Nötig ist darum eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Der Redner würdigte eingehend die Leistungen der Kriegsfürsorge und der Armenpflege, verlangt gleichfalls, daß Höchstpreisfestsetzungen mit der Beschlagnahme Hand in Hand gehen und beantragte:

den Magistrat zu ersuchen, raschestens die Errichtung einer städtischen Zentrale für Bodenausnutzung in die Wege zu leiten, deren Aufgabe die weitausgedehnte Aufbarmachung allen brachliegenden oder unwirtschaftlich verwendeten Geländes durch Erzeugung von Nahrungsmitteln (Gemüse, Kartoffeln usw.) sein soll. Zur Erfüllung dieser Aufgabe sollen nicht nur Grundstücke der Stadtgemeinde oder der Stiftungen, sondern auch Gärten, Aecker oder Oedland privater Eigentümer herangezogen werden. Die nicht zum Selbstverbrauch des Pächters bestimmten Bodenerzeugnisse sollen der Stadtgemeinde durch Vorkaufsrecht oder dergleichen gesichert werden.

Überbürgermeister Böigt erklärte, der Magistrat werde allen Anregungen gerne nachkommen. Die Frage der Ein-

heitsküche ist eine Frage des Lehrplans. Was möglich ist, den Aufstieg begabter Schüler zu ermöglichen, ist bisher getan worden und wird weiterhin geschehen. Die Lebensmitteldebatte hat nicht viel Neues gebracht. Es handelt sich nicht um eine reine Organisationsfrage, denn es steht fest, daß eine Knappheit in manchen Lebensmitteln herrscht. Das Gewerbe- und Verkehrsamt ist entlastet worden. Man darf nicht zwischen besoldeten und unbefoldeten Magistratsmitgliedern unterscheiden. Jeder arbeitet mit ganzer Kraft für die Stadt. In der rhein-mainischen Einkaufsstelle ist eine weitere Organisation für die Lebensmittelverteilung geschaffen worden. Das Hamstern ist eine Sünde gegen das Vaterland. So wurden große Mengen Kaffee gekauft und Nähmaschinen dazu, sogar Papier und Schafwolle wurden gehamstert. Aber es hamstern nicht nur Reiche, sondern auch — sehr zum Verdruss des Vereins — Mitglieder des Konsumvereins. Im Brotverbrauch muß große Sparsamkeit eintreten, sonst müssen die Nationen heruntergesetzt werden. Jeder nicht gebrauchte Brotschein muß abgeliefert werden. Wir werden in nächster Zeit genügend Streckungsmittel erhalten. Kartoffeln werden wir in genügender Menge haben. Neue Gemüsearten werden eingeführt. Beim Fleischgenuss muß eine erhebliche Einschränkung eintreten. Die Rassenpeinigung wird sich schließlich nicht vermeiden lassen. In Frankfurt geschieht, was möglich ist. Man muß aber Geduld haben, auch bei der Butterverteilung.

Stadtrat Dr. Köhler hofft, daß es möglich sein wird, die bisherigen Brotrationen, trotz aller Schwierigkeiten beizubehalten.

Alsdann wurden die Anträge Fund und Rumpf angenommen. Die Magistratsvorlagen wurden debattelos erledigt. Für den Bau von Hallen im Osthafen wurden 300 000 Mk. genehmigt. Die Holzhausen-Stiftung, worüber an anderer Stelle berichtet ist, wurde dem Finanz- und Rechtsausschuß überwiesen.

Schluß der Sitzung 9 1/2 Uhr.

Neue Wirtschaftsmaßnahmen.

Berlin, 4. April. (W. B.) In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrat zwei Verordnungen beschlossen, die sich auf die Benutzung von Grundstücken städtischen Charakters zu landwirtschaftlichen und gärtnerischen Zwecken beziehen. Durch die eine wird die Möglichkeit gegeben, solche Grundstücke, die sich zur Bebauung mit Gemüse und landwirtschaftlichen Produkten eignen, dieser Nutzung zuzuführen. In der anderen Verordnung wird bestimmt, daß Grundstücke in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern zur gärtnerischen Nutzung nur zu mäßigen, von einer unteren Verwaltungsbehörde festzusetzenden Pachtpreisen verpachtet werden dürfen. Es soll dadurch einer spekulativen Ausnutzung durch den Besitzer Einhalt getan werden.

Weiter hat der Bundesrat eine Verordnung über Kaffee, Tee und Kakao erlassen, durch die die bisher schon bestehende Befugnis des Reichskanzlers, den Verkehr mit diesen Gegenständen zu regeln, dahin ausgedehnt wird, daß der Reichskanzler nunmehr auch Bestimmungen über den Verbrauch dieser Gegenstände treffen kann. Weiterhin kommen die betreffenden Bestimmungen nun auch für Kaffeersatzmittel in Anwendung. Die entsprechenden Bestimmungen des Reichskanzlers sind schon für die nächste Zeit zu erwarten.

Endlich hat der Bundesrat die Verordnung über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 dahin erweitert, daß der Reichskanzler neben der Möglichkeit, Bestimmungen über die Einfuhr zu treffen, nunmehr auch den Verkehr mit den eingeführten Salzheringen regeln darf, und daß er weiterhin befugt ist, die betreffenden Vorschriften auch auf andere Fischarten auszudehnen. Die entsprechenden Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers, durch die die für Salzheringe bestehende Zentralisation verschärft wird, und durch die weiterhin die Einfuhr von Salz- und Klippfischen sowie Fischrogen zentralisiert wird, werden ebenfalls bald erlassen werden.

Hamsterfieber.

Das Einhamstern ist einer der dunkelsten Punkte unseres Wirtschaftslebens im Kriege. Der Umfang, in dem es geübt wurde und geübt wird, wirft ein bedenkliches Licht auf die geringe soziale Reife und den Mangel an Pflichtgefühl der Gesamtheit gegenüber — wenn man diesen Mangel nicht als Entschuldigung für den Hamsterer ansehen will, denn für gewöhnlich kommt dem Hamsterer gar nicht zum Bewußtsein, daß sein Tun seine Nebenmenschen schwer schädigt und zur Gefahr für die Gesamtheit werden kann. Möglicherweise bildet sich der Hamsterer auf seine Schläue und Vorsicht noch etwas ein und denkt nicht daran, daß diese Vorsicht kurzfristig ist. So erheitert und ungefährlich der Hamster von Hochsitz z. B. ist, so traurig ist es, wenn das Einbedungsieber übergreift auf knapp gewordene, lebensnotwendige Erzeugnisse, um so mehr, als es Neigung hat, immer als Massenerscheinung aufzutreten. Hier gilt es für jeden, Selbsterziehung genug zu besitzen, vom Hamstern abzustehen und es möglichst zu verhüten; das ist gemeinsames Interesse von uns allen. Wie fühlbar wären unsere Versorgungsnot in den Großstädten erleichtert, wenn alle soziales Empfinden genug besäßen, nicht sinnlos aufzutreten, was für sie erreichbar ist. Wie viele Unruhe erregende und erschwerende behördliche Eingriffe in Handel und Verkehr könnten unterbleiben, wenn der Hamsterer nicht die Vorräte aus dem Marktangebot herausriffe und für sich aufstapelte. Wenn man vornehme Rücksichtnahme auf andere sonst für eine elementare Pflicht des gesellschaftlichen Zusammenlebens hält, so sollte man auch in diesem Punkte Erziehung genug besitzen, nicht für sich mit Beschlag zu belegen, was anderen aus unserer großen Volksgemeinschaft, die vom Krieg und von Nahrungsnoten vielleicht schwer getroffen sind, zusteht. Es ist keine Entschuldigung, daß man diesen Hamster bezahlt — er bleibt trotzdem ein Raub am Gut des Nächsten; denn von unseren Vorräten müssen wir alle leben.

In vielen Geschäften hängen Aufschriften: „Das Gold gehört in die Reichsbank!“ Mindestens ebenso nötig wäre überall eine Aufschrift, die die Käufer auf die Gefahren des Hamsterns hinweist unter der Überschrift:

Wer hamstert, versündigt sich
am Vaterland!

**Regelung des Verbrauchs von Fleisch und Milch
in Bayern.**

☾ München, 6. April. (Priv.-Tel.) Ueber die Regelung des Fleischverbrauchs in Bayern sind ministerielle Anordnungen ergangen, insbesondere über die vom 1. Mai an durch die Kommunalverwaltungen erfolgende Einführung von Fleischkarten, deren Geltung sich auf das ganze Königreich Bayern erstreckt. Die bayerische Fleischversorgungsstelle setzt auf Grund einer am 26. April erfolgenden Bestandsaufnahme fest, welche Höchstmenge von Fleisch für einen Zeitraum von acht Wochen auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht werden darf. Dabei werden Kinder unter sechs Jahren nur mit der Hälfte der Menge berücksichtigt.

Auch steht die Einführung von Milchkarten unmittelbar bevor, um besonders die Kinderreichen, minderbemittelten Familien in den Städten ausreichend mit Milch zu versorgen.

Verordnungen, die sie nicht erreichen. Der Verkauf von Mazze in Wien ohne Brotkarte nimmt großen Umfang an. So finden wir in der „N. Fr. Pr.“ vom 5. d. abermals ein Inserat folgenden Inhaltes:

„Mazze, einige Waggonz zu 5000 Kilo, primissima rumänische Ware, hier lagernd, abzugeben. Kann ohne Brotkarte verkauft werden.“ Usw.

Das ist innerhalb weniger Tage schon die zweite öffentlich verlautbarte Verletzung der Mazzeverordnung der niederösterreichischen Statthalterei!

Vorstellungen in Ernährungsfragen.

Ueber Aufgaben der Lebensmittelfürsorge haben in den letzten Tagen die Genossen Eidersch und Kerner wiederholt Schritte im Ministerium des Innern und im Handelsministerium unternommen. Dem Handelsministerium wurde die Forderung der Arbeiterschaft, die in Nachschichten arbeitet, um die anderthalbfache Zuckerration unterbreitet. Die Arbeiter können auf die Nachsicht kaum anderes mitnehmen als Kaffee; auch die Bergarbeiter sind in der Grube auf Kaffee angewiesen, da Speck ganz unerschwinglich ist. Im allgemeinen hat die Lohnarbeiterklasse mangels der Fleischnahrung kein Ersatzmittel als Zucker. Das Handelsministerium verhandelt mit der Zuckergentrale, ob die vorhandenen Vorräte zu einer Zubuße langen. — Dem Ministerium des Innern wurden Vorstellungen in der Milchfrage unterbreitet, über deren Dringlichkeit wohl kein Zweifel obwaltet. Die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung werden, wie versichert wird, wohl in der nächsten Zeit gemildert werden können, jedenfalls sollen sie vom Ministerium des Innern und dem Armeekommando einverständlich bewilligt werden. In der Frage der Fleischkarte wurde auf die inzwischen erfolgte Regelung in Deutschland hingewiesen und ein erschöpfendes Uebersichtsinkommen der ungarischen und österreichischen Regierung über einen Versorgungsplan und eine einheitliche Preisregelung gefordert. — Im Beirat der niederösterreichischen Zweigstelle der Kriegs-Getreide-Verzehrkanstalt werden die Vorkehrungen zur neuen Ernte beraten, wobei die Organisation der Erntestatistik, der Aufbringung und Verteilung der Brotrucht, die rechtliche Stellung der Selbstversorger, die Einschränkung des Getreideverbrauchs für die Brauindustrie den Gegenstand eingehender Behandlung bilden. Wie aus diesem Anlaß mitgeteilt wurde, sind die Zufuhren aus dem Südosten in vollem Gang und wird der Gleichgewichtszustand zwischen Bedarf und Anlieferung bald erreicht sein.

Sahrbare Küchen.

Seidelberg, 5. April. Der Vorgang der Stadt Köln, Kriegsküchen einzuführen, also sahbare Küchen, welche für die Minderbemittelten der Bevölkerung ein gut zubereitetes Mittag- und Abendessen zum Preis von 20 S für die Literportion verabfolgen, hat auch in unserm Lande Beachtung gefunden. Das badische Ministerium des Innern hat in diesen Tagen in besonderem Erlaß auf das Vorbild Kölns hingewiesen und sämtliche Städte unseres Landes mit mehr als 10 000 Einwohnern aufgefordert, sich die Einrichtung von Kriegsküchen angelegen sein zu lassen.

Prof. Rubner über die Teuerung.

Prof. Dr. Rubner, der Direktor des Physiologischen Instituts der Berliner Universität, ist seit Jahren dafür eingetreten, daß wir mehr Gemüse und Obst bei unserer Kost verwenden müssen. Er hat es bedauert, daß die Kenntnisse genußfähiger Gemüse in weiten Kreisen nur sehr unvollkommen sind.

In der neuesten Nummer der „Berliner Klinischen Wochenschrift“ veröffentlicht er einen bemerkenswerten Aufsatz über Nährwert einiger wichtiger Gemüsearten und deren Preiswert. Seine Untersuchungen hat er unter dem Gesichtspunkt unseres heutigen Abchlusses der Volksernährung vom Auslande angestellt. Er hat die bisherigen Erzeugnisse untersucht, die etwa Mitte Februar bis Anfang März in Berlin im Handel zu erhalten waren. Manchmal war Ware reichlich vorhanden, wurde aber zum Verkauf verweigert, weil die Preise den Händlern nicht hoch genug waren. Rubner kommt auf Grund sorgfältiger Untersuchungen zu folgendem Schluß: Die Gemüseerzeugnisse fallen innerhalb des Geltungsbereichs des Preiswerts von animalischen Nahrungsmitteln mit Ausnahme der Kohlrüben und des Spinats, der teurer ist als tierische Erzeugnisse. Diese sind aber gegenwärtig im Preise enorm gesteigert, aber auch die Preise für Gemüse stiegen so hoch, daß es dasselbe bedeutet, ob man sich Birthing oder Eier, Spinat oder Fleisch besorgt, Milch oder etwa Kohlrüben; wie da gewählt wird, liegt auf der Hand. Es ist aber auch klar, daß nur an eine ausgedehnte Verwendung gedacht werden kann, wenn die Sommerpreise so sinken, daß eine reelle Konkurrenz mit anderen Nahrungsmitteln aufgenommen werden könnte. Der verdienstvolle Gelehrte beendet seine Betrachtungen mit folgenden beherzigenswerten Sätzen:

An die Gutgläubigkeit der Konsumenten werden heute die weitgehendsten Anforderungen gestellt, denn tagtäglich wird versichert, daß Preissteigerungen „überall“ eintreten und im Kriege unvermeidlich seien. Man verlangt, daß die Konsumenten allen diesen Erscheinungen gegenüber die innere Ueberzeugung von deren Unvermeidlichkeit und ihrer rechtlichen Begründung haben und unerschütterliches Vertrauen den Produzenten und Zwischenhändlern gegenüber hegen sollen. Weiße Kreise der Bevölkerung sind anderer Meinung; man bezweifelt die allgemeine Berechtigung der heutigen Preisbildung, man empfindet, daß die Zögerung in den Entscheidungen unwiederbringlichen Schaden verursacht hat, und daß die letzteren einen Blick für die auf diesem Gebiete notwendigen Eingriffe haben vermissen lassen. Die gegenwärtigen Zustände sind als eine ernste nationale Schädigung und als eine allzu schwerwiegende Benachteiligung unserer politischen Kraft zu bezeichnen. Im feindlichen Auslande werden sie als Aeußerungen unserer inneren Schwäche mit Genugtuung aufgenommen. Sie können auch von uns selbst im Verhältnis zu den sonstigen kraftvollen Leistungen militärischer Organisation und industrieller Betätigung kaum als erträgliche Lösungen angesehen werden. Jedenfalls warten wir auf diesem Gebiet noch immer auf die Anzeichen eines kraftvollen, zielbewußten und sachgemäßen Vorgehens. Stetigkeit und Gleichmäßigkeit sind in der Ernährung eine Voraussetzung für ein befriedigendes Verhältnis; man findet sich selbst mit unbequemen Ereignissen ab, wenn sie in ihrer Zeitdauer sich übersehen lassen. Eine kurze Störung erträgt man mit dem Bewußtsein der baldigen Aenderung zur Besserung, auf eine lange unbequeme Lage richtet man sich schließlich auch wieder ein.

(Höchstpreise in Rumänien.) Wie man uns aus Budapest telegraphiert, wird dem „Bester Lloyd“ aus Bukarest telegraphiert: Der Handelsminister hat eine neue Verordnung erlassen, in der unter andern folgende Höchstpreise festgesetzt werden: Mais im Großhandel 14, im Kleinhandel 16 Bani das Kilogramm; Maismehl im Kleinen 20, Weizenmehl im Kleinen von 27 bis 40 Bani; Rindfleisch im Kleinhandel 20, Butter im Großhandel 5, Kohle im Großhandel 6 Lei das Kilogramm. Die Verordnung enthält auch Höchstpreise für Käse, Fett, Weizen, Teigwaren, Gemüse, Bohnen, Spiritus, Wolle, Bauholz und verschiedene vegetabilische Artikel.

‡ (Maximalpreise in Rumänien.) Aus Bukarest wird telegraphirt: Der Handelsminister hat eine neue Verordnung erlassen, worin unter Anderem die folgenden Höchstpreise festgesetzt werden: Mais im Großhandel 14, im Kleinhandel 16 Bani per Kilogramm; Maismehl im Kleinhandel 20 Bani; Weizenmehl im Kleinhandel von 27 bis 40 Bani; Rindfleisch im Kleinhandel 120 Bani; Butter im Großhandel 5, im Kleinhandel 6 Lei per Kilogramm. Die Verordnung enthält auch Höchstpreise für Käse, Fette, Weizen, Teigwaren, Gemüse, Bohnen, Spiritus, Wolle, Bauholz und verschiedene vegetabilische Artikel. Für eine Reihe von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen wur-

den bereits früher Höchstpreise festgesetzt. Für obige Artikel wurde auch die Bestandsaufnahme angeordnet.

Zur Lebensmittelversorgung der Städte

Zürich, 7. d. Die unter dem Vorsitz des Sekretärs des Schweizerischen Städteverbandes in Bern versammelten Vertreter städtischer Lebensmittelfürsorge-Organisationen beschäftigten sich mit der Versorgung der Städte mit den Inlandsprodukten des Jahres 1916. Die Zentralstelle des Städteverbandes hat die Maßnahmen und Erfahrungen des vergangenen Sommers in einer kleinen Broschüre vereinigt und den Städten zur Verfügung gestellt. Es wurde unter anderem beschlossen, zu versuchen, die Städteverwaltungen zur Beschaffung von Gemüse und Obst direkt mit den Produzentenverbänden der Umgebung in Verbindung zu bringen. Die Versammlung konstatierte, daß der Schweineimport aus dem Auslande leider bisher nicht imstande gewesen sei, die Preise des Schweinefleisches zurückgehen zu lassen, die sich immer noch nach der teureren Inlandware richten. Es soll der Versuch gemacht werden, durch eine rationelle Verteilung der Importiere an die Metzger oder durch das Auswägen derselben durch die städtischen Behörden einen billigeren Preis herbeizuführen, um so mehr, als jetzt größere Sendungen aus dem Auslande eintreffen als bisher. Herr Knuchel, der Chef des eidgenössischen Bureaus für Kartoffelimport, gab der Versammlung in entgegenkommender Weise Auskunft über den Stand der Kartoffelversorgung. Er hofft, daß in kurzer Zeit, nach überall vollzogener Ausaat, die nicht als Saatgut verwendete Ware in den Handel gebracht werde und erwartet davon eine bessere Versorgung des Marktes und ein Sinken der Preise. Die Versammlung stellte mit Bedauern fest, daß es in Holland, im Gegensatz zu Deutschland, den schweizerischen privaten Händlern möglich gewesen sei, die Ware selbständig einzukaufen. In kurzer Zeit sei dadurch der Preis der holländischen Kartoffeln fast auf das Doppelte des ursprünglichen getrieben worden. Es wäre sehr verdienstlich, wenn das Kartoffeln-Importbureau des Volkswirtschaftsdepartements in Zukunft auch in Holland die Kartoffelankäufe für die ganze Schweiz allein besorgen würde.

Das Kali-Gesetz.

☞ Berlin, 8. April. (Telegr.) Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen lautet:

Das Gesetz über den Absatz von Kalisalzen vom 25. Mai 1910 in der Fassung des Gesetzes, betreffend Änderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen vom 7. September 1915 wird wie folgt geändert: I. Im § 17 Abs. 1 wird hinter den Worten „am 1. Januar 1912“ eingefügt: „mit Wirksamkeit bis zum 31. Dezember 1918“. II. Im § 20 wird hinter Abs. 2 eingeschaltet: Für die Zeit vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes bis zum 31. März 1917 dürfen die Preise für das Inland — für Carnallit mit mindestens 9 Prozent und weniger als 12 Prozent K_2O in gemahlenem Zustand 11,0 $\%$, — für Rohsalze mit 12 bis 15 Prozent K_2O in gemahlenem Zustand 13,0 $\%$, — für Düngesalze mit 20 bis 22 Prozent K_2O 17,0 $\%$, — für Düngesalze mit 30 bis 32 Prozent K_2O 17,5 $\%$, — für Düngesalze mit 40 bis 42 Prozent K_2O 18,5 $\%$, für Chlorkalium mit 50 bis 60 Prozent K_2O 30,0 $\%$, — für Chlorkalium mit über 60 Prozent K_2O 32,0 $\%$, — für schwefelsaures Kali mit über 42 Prozent K_2O 38,0 $\%$, — für schwefelsaures Kalimagnesia 34,0 $\%$ für 1 Prozent Kali (K_2O) im Doppelzentrner nicht übersteigen. III. Im § 27 Abs. 3 treten in der ersten und in der vierten Zeile an Stelle der Worte „das Rechnungsjahr 1915“ die Worte „Rechnungsjahr 1915 und 1916“. IV. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die Begründung zum Kaligesetz stellt die Notlage der deutschen Kali-Industrie fest und führt dann aus:

Wenn auch der Inlandabsatz an Kalisalzen 1915 gegen 1913 durch die Kriegsverhältnisse nur einen Rückgang von 7,2 v. H. der Menge nach erfahren hat, so darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Wert des Gesamtabsatzes durch einen erheblichen Minderabsatz in den wertvollsten Erzeugnissen der Kali-Industrie sehr ungünstig beeinflusst wurde. Dieser geringere Absatz in den teuersten Kalisalzfabrikaten ist auf den Minderbedarf der deutschen chemischen Industrie zurückzuführen, die in ihrer Ausfuhr von Fertigfabrikaten aus Kalisalzerzeugnissen durch den Krieg stark beschränkt ist. Für die Kalisalzausfuhr kommen fast nur Schweden, Norwegen und Dänemark sowie die Niederlande, die Schweiz und die besetzten Gebiete von Belgien, Frankreich und Rußisch-Polen in Frage. Die Ausfuhr nach den übrigen neutralen Ländern mußte im Hinblick auf die Möglichkeit des Weiterverkaufs an feindliche Länder und der Verwendung von Kalisalzen zur Erzeugung von Sprengstoffen, die zur Belieferung des feindlichen Auslandes dienen könnten, auf das Mindestmaß beschränkt werden, wenn auch im Interesse des Ausfuhrmarkts und der Balutaregulierung die Kalisalzausfuhr überall da zugelassen wird, wo hinreichend Sicherungen gegeben werden, daß die Kalisalze nicht nach den feindlichen Ländern übergeführt und zur Herstellung von Sprengstoffen verwandt werden. Eine weitere Steigerung der durch das Gesetz vom 7. September 1915 erhöhten Preise erscheint daher geboten. Aus den gleichen Gründen rechtfertigt sich eine Erhöhung der Preise der übrigen Salzsorten des § 20. Die vorgesehenen Erhöhungen werden bei der gegenwärtigen Preisgestaltung der Erzeugnisse der deutschen chemischen Industrie und Landwirtschaft als eine ungebührliche Belastung nicht empfunden werden können. Die in dem Entwurfe vorgesehenen Preise sind derartig bemessen, daß die Erhöhung nur 2 v. H. der zurzeit für den Kunstdünger erforderlichen Aufwendungen ausmachen. Die gleichen Gründe die für die Bestimmung des Gesetzes vom 7. September 1915 über die Abstandnahme von der Erhebung der Abgabe gemäß § 27 des Kaligesetzes vom 25. Mai 1910 maßgebend waren, treffen bei den mißlichen Verhältnissen in der Kali-Industrie auch für das Rechnungsjahr 1916 zu. Der am Schlusse des Rechnungsjahres 1915 verbleibende, auf rund 4,7 Millionen Mark geschätzte Reservefonds wird zur Deckung der dem Reiche aus der Ausführung des Kaligesetzes entstehenden Kosten und der Aufwendungen zur Hebung des Kaliabsatzes im Rechnungsjahr 1916 ausreichen.

Etwas für die Hausfrau.

Fastenspeisen.

Gute, abwechslungsreiche Eierspeisen.

Netzt naht die Zeit, in welcher man ratloser als alle Jahre vorher sein Kochbuch aufschlagen wird. Gemüsespeisen sind enorm teuer und schwer zu bekommen, Mehlspeisen sind etwas Seltenes geworden und so wollen wir denn mit guten erschwinglichen Rezepten an die Hand gehen.

(Haschee-Eier.) 6 harte Eier werden geschält, dann bereitet man eine Masse aus ungefähr 25 Dekka beliebigem fasziierten Fleisch, gibt etwas Brösel, Pastetengewürz dazu und macht ebensoviel Teile als Eier; nun drückt man auf ein mit Mehl oder Bröseln bestreutes Brett solch einen Teil mit den Fingern auseinander, legt ein hartes Ei hinein, schließt das Ei darüber zu und macht eine runde oder ovale Kugel. Man kann diese Eier in Schmalz baden oder man macht eine Brühe aus etwas Zwiebel, Fett, Paprika, Salz und einem Stückchen Brot, wie zu Gulasch, legt die Kugeln nebeneinander und dünstet sie vorsichtig fertig.

(Grüne Haschee-Eier.) Man macht aus gekochtem oder gebratenem Fleisch ein saftiges Haschee, dem man sogar etwas Eischnee zufügt, damit es weich ist. Eine Porzellan-Puddingschüssel, in welcher die Eier zu Tische kommen können, bestreicht man mit Fett, gibt das Haschee hinein und macht soviel Löcher, als man Eier haben will. Schlägt die Eier wie zu Spiegeleiern hinein, gibt etwas Parmesan und ein Sardellenstreifen darauf, stellt die Schüssel ins heiße Rohr, bis die Eier wie Spiegeleier gestockt sind. Die Zwischenfelder bei den Eiern bestreut man dicht mit fein gehacktem Schnittlauch.

(Fisch-Eier.) Ein Rest Fisch, es kann jede Gattung sein, auch gebadener, wird von den Gräten gelöst; etwas Petersilie in Butter

anlaufen lassen, den Fisch dazugeben, gut heiß werden lassen und vom Feuer wegstellen. Nun werden je nach der Menge ein bis zwei Eier und etwas Brösel dazugegeben. Eine Porzellan-Schüssel mit Butter bestreichen, die Hälfte der Masse hineingeben, dann Spiegeleier darauf legen, soviel Platz haben, und zuletzt den Rest der Masse. Darüber kommen ein paar Brösel.

(Muschel-Eier.) Ein Stückchen Butterreibt man mit ein paar Eidottern ab, gibt dann zu vier Eiern vier Dekka geriebenen Käse, einen Löffel voll fein geschnittene Sardellen, 4 Dekka Schinken, gehackt, Salz, Petersilie und zuletzt den Schnee der Eier dazu, eventuell falls es zu weich ist, einen Löffel Brösel. Die mit Butter ausgeschmierten Muscheln werden gefüllt, aufs Backblech in die Röhre gegeben und 20 Minuten gebacken. Zuletzt beim Anrichten auf jede Nagoutmuschel ein Spiegelei geben, mit etwas geriebenem Käse bestreuen und rasch servieren.

(Eier-Bürog.) Zu einem Teller geriebenen Topfen gibt man zwei Eier, ein Stück Butter, Salz, zwei Würfel Zucker und macht mit Mehl einen ziemlich festen Teig. Dieser wird klein fingerdick ausgewalzt, in schiefe Vierecke geschnitten und in Salzwasser wie Nudeln kochen und abtropfen lassen, dann auf die Anrichtschüssel gegeben, dazu heiße Butter mit gerösteten Zwiebeln oder Zuder und Zimt darüber gießen.

(Spiegeleier in Saft.) In übriggebliebenen Braten- oder Gulaschsaft gibt man etwas Zwiebel, fein geschnittene Petersilie oder Schnittlauch, kocht ihn, schlägt ein Ei neben das andere hinein, läßt es stehen, bis sich das Eiweiß gesetzt hat, bestreut die Eier nach Geschmack mit Pfeffer, Paprika, Parmesan und gibt sie in der Pfanne zu Tisch. Dazu wird Gemüse serviert.

(Frühlings-Eier.) Geschälte, hart gekochte Eier, durchschneiden, die Dotter mit etwas Del, Essig, einem Löffel feingehackter Kappern, ebensolchen Sardellen, Frühlingskräutern und Salz gut durchpassieren, die leeren Hälften füllen, den Rest der Masse in die Mitte geben, die gefüllten Eier herum legen, ebenso einen Kranz feingehackter Kräuter und rote und weiße Radisheschen sowie ein wenig geriebenen Aren.

(Süße Eier.) In einer weiten Pfanne löst man etwas Zucker braun werden, gibt einen Löffel Mehl dazu sowie ein Stückchen Lebkuchen, der in etwas Essig erweicht wurde. Man läßt alles gut verkochen, gibt Wasser dazu, bis es eine dickliche Sauce bildet. Nun passiert man sie, gibt Salz, Zucker, etwas Essig dazu, damit es angenehm süß-sauer schmeckt. Nun kocht man sie auf und schlägt vorsichtig ein Ei nach dem andern hinein; langsam weiterkochen lassen, bis die Eier kernweich geworden — sie sollen wie ganze Eier aussehen — dann in eine tiefe Schüssel geben, die Sauce darüber gießen und Kartoffeln, Nudeln oder Wasserspazzen dazu servieren.

S. R.

Die nationalen Nahrungsorgen.

Die nationalen Nahrungsorgen stellen an die Tatkraft und Intelligenz, an die Opferwilligkeit und das Anpassungsvermögen des deutschen Volkes fortgesetzt die höchsten Anforderungen. Daß wir denselben bisher leidlich genügen konnten, soll ein bleibender Ruhmesitel für uns sein. Die ihm anhängende Genugtuung lassen wir uns auch durch manche unliebsame Wahrnehmungen in Sachen der Verböhrtheit und des Erwerbsfanatismus vieler Mitmenschen nicht entzweifeln. Die Organisation des staatlichen und kommunalen Ernährungsdienstes, um den gegnerischen Auswüchsen der Hungerpläne zu begegnen, stellt sich als ein großzügiges System der Nahrungswirtschaft im Kriege dar. Immerhin erscheint es geraten, die Grundzüge des ganzen ernährungspolitischen Aufbaues von Zeit zu Zeit sich zu vergegenwärtigen, teils zur Ermutigung überängstlicher Gemüter, teils wegen der moralischen Einwirkung auf die hartgefottenen Nahrungsmittelfresser. Beiden Zwecken bringt ein Büchlein uns näher, das unter dem Titel „Ernährung und Teuerung“ vom *Ministerium des Innern* herausgegeben wird und zur Verbreitung in weitesten Kreisen bestimmt ist.

Im Hinblick auf die amtliche Herkunft der Schrift ließ sich vermuten, daß in ihr die Versorgungs- und Preispolitik der Regierung eine warme Fürsprache finden würden. Es berührt daher angenehm, daß die Verfasser vor den Schwächen ihres Systems keineswegs die Augen verschließen. Ihnen steht aber die Rechtfertigung zur Seite, daß sie den wirtschaftlichen Feldzug auf unerforschtem Boden und gegen heimtückische Gegner unter Bedingungen führen mußten, die von heute auf morgen in wechselnden Formen auftraten. Die Wahrheit solchen Eingeständnisses bezeugen die Irrungen bezüglich der angeblich unerschöpflichen Kartoffelvorräte, die Ueberschätzung unseres Schweinereichtums und vieles andere. Im allgemeinen werden jedoch die Vorzüge der staatlichen Verordnungen selbst dort in eine günstige Beleuchtung gerückt, wo die kritischen Urteile nachträglich ziemlich hart ausgefallen sind. Das gilt z. B. bei der zwangsweisen Verminderung des Schweinebestandes um eilf Millionen Stück, weil nach oberflächlichen Schätzungen die Kartoffelreserven erschreckend eingeschrumpft sein sollten. Bekanntlich ergab sich beim Deffnen der Mieten der Irrtum, durch den so viele lebenslustige Borstentiere den Todesstreich erleiden mußten. Etwas Gutes scheint das Schlachtopfer aber dennoch bewirkt zu haben, denn wir lesen: „Die Kartoffelvorräte wurden auf diese Weise der Volkswirtschaft gerettet und haben die Brotstreckung in den ersten Monaten der neuen Ernte ermöglicht.“

In den ministeriellen Darlegungen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die nationalen Nahrungsorgen durch staatliche Dekrete sich nur mildern, aber nicht aus dem Wege räumen lassen. Die Bereitstellung aller gewünschten Nahrungsmittel in erforderlicher Menge sei infolge unserer Absperrung von dem breiteren Strome der Auslandswaren ebenso unmöglich, wie die Erzwingung von Verkaufspreisen, die hinter den Erzeugungskosten zurückbleiben. Von diesem Standpunkt aus werden mit eifernder Beredsamkeit die Vorwürfe zurückgewiesen, daß die Landwirtschaft ihre Erzeugnisse den Lebensmittelmärkten arglistig vorenthalten oder nur zu wucherischen Preisen geliefert habe. In einer Lobrede auf die glänzende Bewährung der inländischen Lebensmittelproduktion ist kein Raum für solche häufig genug willkürliche Gehässigkeiten dem landwirtschaftlichen Stande gegenüber. Wenn die Nation lediglich der Leistungsfähigkeit der heim-

ischen Landwirtschaft ihren Wirtschaftsfieg zu danken hat, können die gewinnfüchtigen Instinkte einzelner die Hilfsbereitschaft der Allgemeinheit nicht verdunkeln. Die Denkschrift läßt aber überhaupt nicht gelten, daß die großen und kleinen Landwirte unberechtigtem Konjunkturgewinn nachgegangen wären. Die landwirtschaftlichen Betriebskosten sind ungleich höher als vor dem Kriege, hauptsächlich infolge der Futtermittelnot. Da dürfe den Erzeugern nicht verargt werden, wenn sie ihre Unkosten durch die Preise decken, während die Verbraucher zu Unrecht Lebensmittelpreise verlangen, die außer Verhältnis zu den Besonderheiten der Kriegszeit ständen.

Das Büchlein über die nationalen Nahrungsorgen soll, wie verlautet, in einer Million Exemplaren ins Volk gehen. Es will ein Rüstzeug im Wirtschaftskampfe sein. Der Wunsch guter Erfolge geleite es.

Milch- und Kartoffelversorgung.

Unter dem Vorhitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Sierhammer, Hoß und Rain fand gestern eine Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. In derselben berichtete Magistratsrat Dr. Jamöck über die Maßnahmen des Magistrats für eine zweckmäßigere Milchverteilung, bei welcher Gelegenheit Gemeinderat Staret darauf aufmerksam machte, daß vielfach Schankmilch als Kindermilch zu teureren Preisen verkauft werde, und Abstellung dieses Uebelstandes durch das Markamt forderte. Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete eingehend über die Kartoffelbeschaffung und die Schwierigkeiten, die sich ausreichenden Zufuhren noch immer entgegenstellen.

Ferner bat der Bürgermeister um die Ermächtigung, Matzgrich vor Ort durch die Frauenhilfskomitees der einzelnen

Bezirke an arme kinderreiche Familien in Paketen zu je 1 Kilogramm verteilen zu dürfen.

Bezug kondensierter Milch.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Milchmangel hat das Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern größere Mengen gezuckerter kondensierter Vollmilch mit 9 Prozent Fett und 45 Prozent Zuckergehalt erworben, welche großen Absatz finden; es stellt seinen Vorrat Kinderschutzhäusern und Vereinen, Spitalverwaltungen, aber auch der Geschäftswelt oder einzelnen Abnehmern zur Verfügung. Eine Kiste mit 48 Büchsen zu 450 Gramm Kr. 81.—, mit 72 Dosen à 256 Gramm Kr. 72.— ab Magazin Wien. Einzelne Büchsen zu 450 Gramm Kr. 1.70, zu 256 Gramm Kr. 1.— Bestellungen auf Kisten sind schriftlich oder mündlich beim Kriegshilfsbureau (Milchabteilung), Wien, 1. Bezirk, Hoher Markt 5, einzubringen. Bezahlung bei der Bestellung, eventuell billige Zustellung ins Haus mit Eintastierung. Einzelne Büchsen sind im Verkaufslokal, 1. Bezirk, Trattnerhof, erhältlich.

Die Detailmärkte.

In der Großmarkthalle wickelte sich gestern der Verkehr wie gewöhnlich während eines fleischlosen Tages in vorwiegend ruhiger Stimmung ab. Die Nachfrage konzentrierte sich hauptsächlich auf Schaf- und Lammfleisch wie auch auf Würste und Innereien. Fettstoffe wurden gestern trotz anhaltend gesteigerten Bedarfes nicht zugeführt. Die Knappheit wird mit den fortgesetzt unzulänglichen Austrieben in Fettschweinen auf den Märkten für lebende Ware begründet. Während in normalen Zeiten die Zufuhren sich auf 18.000 bis 20.000 Stück allwöchentlich belaufen, bewegen sich die Austriebe während letzterer Zeit zwischen 2500 bis 4500 Stück. Ebenso macht sich der Ausfall in den Zufuhren ungarischer und serbischer Provenienzen empfindlich fühlbar.

In Fischen und Geflügel hat das Angebot dem schwachen Bedarfe entsprochen.

Von Wildbret wurden nur Schnepfen zu 5 Kronen per Stück ausbezogen.

Die auswärtigen Fleischzufuhren in der Großmarkthalle beliefen sich gestern auf 10 Waggons mit 238 Tonnen inländischer Provenienzen. Die Preise für Rindfleisch wurden im Einklange mit der Steigerung auf den Rindermärkten in St. Mary und entsprechend der Aufwärtsbewegung auf den auswärtigen Märkten, die täglich ein großes Kontingent liefern, amtlich um 30 Heller per Kilo erhöht. Man zahlte im Engrosverlehrs je nach Qualität: böhmisches und mährisches Rindfleisch, vorderes, Kr. 6.80, hinteres Kr. 7.— bis 7.20 und Kalber Kr. 4.10 per Kilo.

Der Deutsche Städtetag zur Nahrungsmittelfürsorge.

Der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages hat gestern im Berliner Rathaus eine Sitzung abgehalten, an der außer dem Vorsitzenden Oberbürgermeister Wermuth und dem Geschäftsführer Dr. Luther die Oberbürgermeister Dr. v. Borscht-München, Dr. Gehler-Nürnberg, Lindemann-Kiel, Dr. Rive-Halle a. S., D. Schwander-Strasbourg, Tramm-Hannover, Voigt-Frankfurt a. M. und Dr. Wilms-Posen teilgenommen haben. In der Sitzung ist eine Eingabe an die Reichsregierung beschlossen worden, deren Hauptinhalt der Hinweis auf die dringende Notwendigkeit ist, unter Benutzung aller bisherigen Erfahrungen schon jetzt eine umfassende Vorsorge für die Ernährung der städtischen Bevölkerung im nächsten Erntejahr zu treffen.

Die fahrbare Volkstüche.

Vor einem Jahre (am 16. April 1915, Nr. 105) machte unser Blatt unter der Spitzmarke „Die Mumfordsche Suppe als Volksernährungsmittel“ den Vorschlag, diese Mahlzeit wieder in Gebrauch zu bringen. Diese Anregung kommt nun in den Städten Deutschlands zur Verwirklichung, nachdem sich die „Gulaschkonone“ bei den Truppen im Felde trefflich bewährte, die auf dem Marsche kocht und in den kurzen Augenblicken der Rast die Krieger abspeist. Die Stadtgemeinde Köln am Rhein hat den Anfang gemacht, eine fahrbare Volkstüche durch die Arbeitervertel zu führen und für den billigen Preis von 35 Pfennig ein kräftiges Mittagessen zu verabreichen. Berlin ist in Lichtenberg diesem Beispiele gefolgt, und erfreut sich auch hier diese Konzeption des regsten Zuspruches. Hoffentlich werden auch die leitenden Faktoren Wiens diesem humanitären Unternehmen geneigte Aufmerksamkeit zuwenden.

Die nun in Deutschland ins Werk gesetzte Auspeisung mit halbflüssigen Stoffen (Fleisch und Gemüße) ist nur eine Erneuerung der Mumfordschen Suppe, die, vor mehr als einem Jahrhundert in ganz Europa in Millionen von Portionen verabreicht, der

entsetzlichen aller Landplagen, der Hungersnot, Einhalt tut, und ist wohl kein Zeitraum wie der jetzige dazu angetan, diese Wohlthat der notleidenden Menschheit aufs neue zuteil werden zu lassen.

Wie gering waren damals die technischen Hilfsmittel, wie ganz unbekannt die hygienischen Maßregeln, und doch gereichte diese Institution zum Segen, wie ganz anders heutzutage, wo andre Mittel zu Gebote stehen!

Bei den deutschen Versuchen geschieht die Herstellung dieses neuen Nahrungsmittels auf gleiche Weise, wie einst bei der Mumfordschen Suppe. In einem Kessel läßt man Wasser mit Erbsen kochen, fügt geschälte Kartoffeln bei, rührt die Mischung fleißig um, bis sich eine Masse bildet, die dann gefalzen und mit Essig gesäuert wird. In möglichst kleinen Teilen kommen Stücke von Fleischgattungen hinzu, je nach dem Feuerungsstande des Marktes billigere wie Speck, Leber, Innereien, oder bessere, und endlich Gemüse, Kürben und besonders Sauerkraut mit Zwiebeln untermischt. Dieser Mischung Kornstreu zu geben, kommt zum Schluß Brot (am besten Gebätes) in würfelförmigen Stücken dazu.

Die Erzeugung dieser kräftigen Kost muß selbstverständlich, wenn sie zweckentsprechend billig sein soll, im großen geschehen, und in diese können sich Staat und Stadt teilen, da ja beide das gleiche Interesse haben, denen, welche unsern tapfern Soldaten opferwillig alle nur erdenklichen Hilfsmittel spendeten, auch eine Vergeltung zu bieten.

Man berufe sich nicht auf die Volkstüchen, die bei den früheren Verhältnissen zweckentsprechend gewesen; sie verdanken ihr Dasein der Privatwohlthätigkeit, daher reichen ihre Mittel jetzt bei der großen Zersplitterung der Wohlthätigkeit nicht aus, auch unterliegen sie der Zentralisation, und die Lebensbedingung einer Großstadt liegt in der Dezentralisation, denn „Zeit ist Geld“. Was hilft die Volkstüche, wenn sie vom müden Arbeiter und Fabrikmädchen erst in einer Wegstunde, von der Familie mit Kindern aber gar nicht zu erreichen ist?

Darin liegt nun der in die Augen springende Vorteil der neuen Institution, daß die Gabe in die Straße kommt, von Haus zu Haus als transportable Volkstüche und ohne Zeitverlust eine Mahlzeit gekauft werden kann, um einen Preis, wie die sparfamste Hausfrau sie herzustellen nicht imstande ist. Unbekümmert kann die Frau ihrer Beschäftigung nachgehen, ohne Sorge für das tägliche Brot, sie weiß, daß um die Mittagzeit das Glöcklein klingt und sie in ihrer Schale erhalten muß, was für ihr und ihrer Kinder Bedürfnis genügt, und dabei die Verabreichung hat, daß die hygienische Aufsicht garantiert den Schutz vor verdorbener Ware.

Und welches Feld eröffnet sich hier der Privatwohlthätigkeit, wenn Speisefarten angekauft und an Arme verteilt werden!

Wer wird die Ueberwachung und Verteilung der Portionen vornehmen? — Eine ganz überflüssige Frage — die Engel Wiens: unsere Frauen und Mädchen!

Festsetzung von Höchstpreisen in Frankreich.

Paris, 12. April.

Die Senatskommission zum Studium von Höchstpreisen nahm nach Anhörung des Ministers des Innern den Abänderungsantrag Clementels an, der die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen für die Kriegsdauer und für die Zeit von drei Monaten nach dem Kriege ermächtigt. Die Höchstpreise können festgesetzt werden für Zucker, Kaffee, Petroleum, Brennholz, Brennspiritus, Kartoffeln, Eier, Milch, Butter, Käse, gewisse grüne Gemüse, Dörrgemüse, Wein, Obstwein, Margarine, Speisefette und Speiseöle.

13. IV. 1916

Die Höchstpreise in Frankreich.

Ermächtigung der Regierung.

Paris, 12. April.

Die Senatskommission zum Studium von Höchstpreisen nahm nach Anhörung des Ministers des Innern den Änderungsantrag Clementels an, der die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen für die Kriegsdauer und für die Zeit von drei Monaten nach dem Kriege ermächtigt. Die Höchstpreise können festgesetzt werden für Zucker, Kaffee, Petroleum, Brennholz, Brennspiritus, Kartoffeln, Eier, Milch, Butter, Käse, gewisse grüne Gemüse, Dörrgemüse, Wein, Obstwein, Margarine, Speisefett und Speiseöle.

Sturmjahren im Senat.

Genf, 12. April. (Priv.-Tel.)

Der Rhoner Progrès berichtet über Sturmjahren in einer der jüngsten Sitzungen des französischen Senats. Zur Verhandlung stand die Frage der Einführung von Höchstpreisen für Lebensmittel.

Senator Limond bekämpfte den Plan, da die Höchstpreise die Leuerung nur verschlimmern würden, da sie ein Hindernis für die Einfuhr seien. Andererseits würden sie nur die Landleute erbittern.

Herriot entgegnete ihm, die bäuerliche Bevölkerung sei gegen die Höchstpreise, weil sie ihnen die Möglichkeit nimmt, beliebige Gewinne zu erzielen. Die Regierung begehe in Approvisionierungsfragen nur Fehler. Sie gab zuerst den Bürgermeistern die Vollmacht, Höchstpreise anzusetzen, jetzt wieder stattet sie die Präfekten mit Vollmachten aus, die diese aus politischen Rücksichten mißbrauchen.

Limond sprach sich ein seiner Erwiderung abermals gegen die Höchstpreise aus und führte unter Worten der Anerkennung die Organisation des Lebensmittelhandels in Deutschland und Oesterreich-Ungarn als Beispiel an, da in diesen Staaten die Bevölkerung so diszipliniert sei, daß sie die von der Regierung angeordnete Rationierung mit Verständnis hinnehme. In Frankreich wäre dies unmöglich.

Minister Malvy versuchte die Gesetzesvorlage zu verteidigen, wurde aber daran durch stürmische Zwischenrufe der Senatoren gehindert. Er verließ schließlich die Tribüne mit den Worten: „Wir wollten das französische Volk vor einer Hungersnot retten. Unser Gesetz bezweckte nur die Wohlfahrt Frankreichs.“

Senator Girard bekämpfte die beabsichtigten Höchstpreise für Wein; das Volk wünsche vornehmlich die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte sowie den Schutz vor privaten Ausbeutern.

Unsere Nahrungsfürsorge.

Eingabe des Deutschen Städtetages an den Reichskanzler.

Von der Notwendigkeit überzeugt, daß schon jetzt von der Reichsregierung die Vorkehrungen getroffen werden müssen, die in einem neuen Kriegswinter eine ausreichende Versorgung besonders der Großstädte mit Nahrungsmitteln verbürgen, hat, wie schon im gestrigen Abendblatt erwähnt, der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages folgende Eingabe an den Reichskanzler gerichtet:

Bisher sind alle Maßregeln des Reiches, welche auf die Sicherung, sparsame Verwendung und gerechte Verteilung unseres Vorrates an Lebensmitteln abzielten, im Laufe des Erntejahres unter dem Drange augenblicklicher Ereignisse und Erwägungen erlassen worden. Wir sehen an dieser Stelle davon ab, diese Maßnahmen einer näheren Erörterung zu unterziehen. Nach den mit ihnen gemachten Erfahrungen ist es aber jetzt zur Vorbereitung eines etwaigen dritten Kriegserntejahres dringend erforderlich, für die wichtigsten Nahrungsmittel von vornherein ein Programm festzulegen, welches sich auf dieses ganze Erntejahr erstreckt und mit festem Willen durchgeführt wird. Wir erlauben uns, auf das lebhafteste zu befürworten, daß schon die allernächste Zeit, die Monate des Frühlings und Frühsommers, zur Ausarbeitung eines solchen Programms benützt werden, und werden es mit besonderem Danke begrüßen, wenn wir zur Mitarbeit hieran sobald als tunlich herangezogen werden.

Bei den folgenden Einzelabregungen unserer Wünsche beschränken wir uns auf die wichtigsten Nahrungsmittel, obwohl es noch andere Nahrungsmittel gibt, die der Natur der Sache nach einer zentralen Beeinflussung unterworfen werden müssen. Im allgemeinen glauben wir, daß die Sicherstellung der Nahrungsmittel je wirkungsvoller sein wird, je mehr sie sich auf die hauptsächlichsten Nahrungsmittel beschränkt. Der Erfolg solcher Maßregeln aber muß sein, daß Stadt und Land gleichmäßig bedacht werden. Denn die Entwicklung der letzten Zeit hat in der städtischen Bevölkerung das Bewußtsein wachgerufen, daß sie bei der Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln vielfach der ländlichen Bevölkerung nicht völlig gleich steht. Deshalb ist die Frage gerechter Verteilung für die städtische Bevölkerung von gleicher Wichtigkeit wie die Vorratsfrage und die Preisfrage.

Diesen Gesichtspunkt erachten wir auch hinsichtlich der

Brot- und Mehlversorgung

für entscheidend, obwohl auf diesem Gebiet die Technik der Organisation sicherlich am erfolgreichsten entwickelt ist. Wir halten es für notwendig, daß die der städtischen Bevölkerung zugeteilte Brotmenge so hoch wie irgend möglich bemessen wird, selbstverständlich unter Vermeidung jeder in ihrer Durchführbarkeit nicht völlig gesicherten Entschlebung. Deshalb erscheint uns eine Nachprüfung angezeigt, ob die Grundsätze für die Selbstversorgung, Selbstlieferung und ländliche Selbstwirtschaft nicht einer Abänderung bedürfen, hinsichtlich der

Kartoffeln.

die neben dem Brot die Grundlage der Volksernährung bilden und deren Kopfmenge mithin ebenfalls nicht gering sein darf, sind wir der Meinung, daß die Sorgen und Unmöglichkeiten dieses Frühjahrs und Winters sich nicht wiederholen dürfen! Hier vor allem andern ist — wohl in Weiterentwicklung einiger Grundgedanken der Bundesratsverordnung vom 7. Februar 1916 — eine ganz feste Regelung nötig, welche alsbald mit Beginn des Herbstes in Kraft tritt, die volle Versorgung für die Wintermonate gewährleistet und dann vom Mai ab den nach dem Ernteausschlag verschiedenen Möglichkeiten Rechnung trägt.

Für sehr bedeutungsvoll halten wir weiter eine Erfassung der Zuckerbestände, die den deutschen Zuckerreichtum sachgemäß während des ganzen Jahres seinen einzelnen Verwendungszwecken zuführt. Auch

die Fleischversorgung

der Bevölkerung wird von der bevorstehenden Ernte abhängen, da nur diejenigen Erträge als Viehfutter zur Verfügung gestellt werden dürfen, die für die unmittelbare menschliche Ernährung nicht erforderlich sind. Aber auch hier bedarf es eines einheitlichen Wirtschaftsplanes vom Herbst an, wofür nicht die Interessen der Städte auf das schwerste benachteiligt werden sollen. Die Erfahrung der letzten Monate hat gezeigt, daß der Auftrieb auf den städtischen Märkten um eine viel größere Verhältniszahl abgesunken ist, als der Verminderung unserer Viehstapel entspricht. Die in der Bundesratsverordnung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 enthaltene Anordnung, daß Hauschlachtungen und Notchlachtungen auf das Schlachtungskontingent der einzelnen Gemeinde anzurechnen sind, würde, wenn sie bereits im Herbst bestanden hätte, sicherlich sehr wesentlich zu einer gerechten Verteilung des verfügbaren Fleisches beigetragen haben, während jetzt die Hauschlachtungen im wesentlichen abgeschlossen sind. Allgemein bitten wir im Interesse der hinreichenden Ernährung der städtischen Bevölkerung mit Fleisch, die Frage der Erhaltung der Viehbestände auf der jetzigen Höhe nicht zum alleinigen Ausgangspunkt der Entschlebung zu machen, trotz der letzten Endes unter dem Gesichtspunkt der Vorratswirtschaft hier wie überall bestehenden Interessengemeinschaft von Stadt und Land. Von besonderer Bedeutung für die städtische Bevölkerung ist die Erhaltung der Milchkuhe. Wir hegen überhaupt die Hoffnung, daß an die Regelung der Fleischversorgung sich eine wirkliche Regelung auch der

Butter- und Milchversorgung

anschließen wird. Bei der Butter ist der jetzige Zustand, wonach in weiten ländlichen Kreisen keinerlei Mangel herrscht, in den Städten aber vielfach ernste Not besteht, in hohem Maße unbefriedigend. — Völlig im ungewissen steht zurzeit noch die Gemüseversorgung. Obgleich wir der Ansicht sind, daß sie sich nur in beschränktem Umfang zu einer zentralen Behandlung eignet, so ist doch der jetzige Zustand nicht geeignet, ein sicheres Zukunftsbild zu gewinnen, besonders auch nicht über die offenbar so wichtige Herstellung von Dörrgemüse.

Auch dem Ausland gegenüber wird es unseres Erachtens von segensreichster Wirkung sein, wenn recht bald unsere Volksernährung für das nächste und die kommenden Erntejahre in einer Weise sichergestellt wird, die die Feinde jeder Hoffnung auf innere Schwierigkeiten des Deutschen Reiches beraubt.

Unsere Nahrungsfürsorge.

Es ist traurig und beschämend, daß das, was in der Eingabe des Deutschen Städtetages an den Reichskanzler über die rechtzeitige Aufstellung eines durchgreifenden und lückenlosen Programms für die Nahrungsmittelpolitik eines dritten Kriegsjahres gesagt ist, überhaupt noch hat gesagt werden müssen. Aber die Erfahrungen des ersten und zweiten Kriegsjahres konnten dem Deutschen Städtetag in der Tat nicht das Vertrauen wecken und stärken, das dazu gehört hätte, die in seiner Eingabe geäußerten Besorgnisse und Mahnungen unausgesprochen zu lassen. Die Erfahrungen auf allen wichtigsten Gebieten unserer Nahrungsfürsorge außer auf dem mustergültig verwalteten der Brot- und Getreideverteilung, berechtigen und verpflichten eine Körperschaft wie den Deutschen Städtetag, das zu sagen, was der Verlauf der Dinge jedem Beobachter unwiderstehlich ausgedrängt hat.

Als vor Jahresfrist es galt, aus den Erfahrungen des ersten Kriegsjahres die logischen Folgerungen für das zweite zu ziehen, da suchten wir an unserem bescheidenen Teil schon ungefähr denselben Erwägungen zur Geltung zu verhelfen, die jetzt der Städtetag in seiner Eingabe auf Grund der Erfahrungen zweier Kriegsjahre anstellt. Was sich damals mit der Neuheit der gestellten Probleme und Aufgaben entschuldigen ließ, ließ sich für das zweite Kriegsjahr durch nichts und auf keine Weise entschuldigen. Sollen wir nun etwa wirklich diese ganze Unzulänglichkeit, namentlich auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung, zum drittenmal verstärken sehen? Oder wird es diesmal einem verstärkten Chor der Warner gelingen, gegen alle Bürokratie die Auffassung durchzusetzen, daß, wie der Städtetag in seiner Eingabe es unzweideutig ausdrückt, „die Sorgen und Unmöglichkeiten dieses Frühjahrs und Winters sich nicht wiederholen dürfen?“ Die Reichskartoffelstelle selbst stellte kürzlich statistisch fest, daß in Deutschland der Kartoffelbau an Anbaufläche, Gesamtertrag und Hektarertrag stetig zugenommen hat und zunimmt. Sie stellte fest, daß „Deutschland unter allen Staaten der Welt bei weitem die größte Kartoffelproduktion aufzuweisen hat. Deutschland liefert nicht weniger als ein Drittel der Weltproduktion an Kartoffeln.“ Es hätte schon im zweiten Kriegsjahr verlangt werden dürfen und muß unter allen Umständen in einem dritten Kriegsjahr verlangt werden, daß eine mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattete Kriegsverwaltung es auf Grund der so überaus drastischen Erfahrungen, die sie auf unsere Kosten gesammelt hat, fertigbringt, mit einem so reichen Material, wie die deutsche Landwirtschaft es ihr zur Verfügung stellt, auch den Bedarf gleichmäßig, ohne Störungen und zu gelinden Preisen zu decken. Freilich muß, wer den Zweck will, die Mittel wagen und rechtzeitig wagen, nicht erst dann, wenn es zu spät ist.

Unsere in Betracht kommenden Behörden könnten zur Genüge gelernt haben, daß auch sie nur mit Menschenkräften und Menschenhirnen ausgestattet sind, und daß mit überlegenem Achselzucken über beschränkten Untertanenverstand keine Kartoffeln zu verdienen sind. Der Weg unserer Kriegsernährungspolitik wird durch eine unaufhörliche Folge von Unterlassungen und verhängnisvollen Verspätungen bezeichnet. Wer erinnert sich nicht der monatelangen Beweisführungen der Sachverständigen für die Unmöglichkeit der Butterkarte. Heute haben wir die Butterkarte, und spüren wir doch alle ihren Segen. Wer erinnert sich nicht, mit welcher unendlichen Ueberlegenheit uns schon vor Jahr und Tag der Gedanke an die Einführung einer Fleischkarte als absurde Ausgeburt laienhafter Gehirne abgetan wurde. Heute haben Bayern, Baden, Württemberg die Fleischkarte, und wir werden sie nächstens auch haben. Daß das Reich sich dabei fortwährend von einzelnen Bundesstaaten hat überholen lassen und überholen läßt, ist eine

Sache für sich. Um so noch ein Einzelnes zu nennen, so ist es doch aufs tiefste beschämend, daß für uns, die wir in der Zückerzeugung noch mehr als im Kartoffelbau alle Länder der Erde weit überholt haben, die Frage der Zückerzeugung überhaupt in das Stadium hat treten können, in dem sie sich heute befindet. Seit dem Kriegsbeginn haben wir immer und immer wieder auf die ungesunden Bestrebungen hingewiesen, die auf diesem Gebiete sich geltend zu machen suchten, um auch hier gegen die Natur der Dinge und Verhältnisse Knappheit und Preistreibererei zu schaffen. Trotzdem hat man die Verhältnisse zu dem widerwärtigen Zustand von heute sich verfahren lassen, ehe man nachzubessern suchte, statt daß man vorbeugte.

Möge der Deutsche Städtetag mit seiner Erinnerung an das Mögliche und Notwendige mehr Glück haben und Gehör finden als vor seimerzeit mit unseren Anregungen. Immer wieder muß betont werden, daß die einfachste Organisation in diesen Dingen die beste ist. Wir haben bisher viel zu viel verordnet, verfügt und Pflasterchen aufgelegt. Was wir brauchen, ist nicht eine neue Fülle von Verordnungen und Verfügungen, sondern Beseitigung eines völlig unfruchtbaren Bielelei durch wenige, aber durchgreifende Ordnungen. Viel zu viel haben wir in unserer Nahrungsmittelpolitik schiefe, unsachliche Rücksichten geübt, d. h. Rücksichten, die nicht einzig und allein den Kriegszweck kannten; viel zu viel haben wir uns eingebildet mit dem „Mach mir den Pelz, aber mach mich nicht naß“ uns durchzufristen. Je länger der Krieg dauert, desto rücksichtsloser muß gegen all solche Halbheit angekämpft werden. Denn sie war und ist uns ein Fluch. Möge die Eingabe des Deutschen Städtetages ein kräftiger und wirksamer Beitrag zur Förderung dieser Erkenntnis sein.

F. S.

Die Eingabe des Städtetages.

Ein Wirtschaftsplan, keine Einzelmaßnahme.

Wie im gestrigen Abendblatt mitgeteilt, hat der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die sich mit der Vorsorge für die Ernährung der städtischen Bevölkerung im kommenden Jahre befaßt. Darin wird betont — und zwar mit vollem Recht —, daß bisher alle Maßregeln des Reiches, die auf die Sicherung sparsamer Verwendung, gerechte Verteilung unseres Vorrates von Lebensmitteln abzielen, im Laufe des Erntejahres unter dem Drange augenblicklicher Ereignisse und Erwägungen erlassen wurden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es aber jetzt zur Vorbereitung eines etwaigen dritten Kriegsjahres dringend erforderlich, für die wichtigsten Nahrungsmittel von vornherein ein Programm festzulegen, das sich auf dieses ganze Erntejahr erstreckt und mit festem Willen durchgeführt wird.

Man kann dieser Forderung des Städtetages nur zustimmen. Hat doch selbst der freikonservative Landtagsabgeordnete v. Dewitz die Maßnahmen der Regierung über die Kartoffelversorgung als ganz unzulänglich bezeichnet. Alles, was hier geschah, ist viel zu spät erfolgt, noch schlimmer sieht es, trotz aller Beschönigungsversuche, die von gewisser Seite unternommen werden, auf dem Gebiete der Zuckerversorgung aus. Was nützt es, wenn es in dem vom Ministerium des Innern herausgegebenen Büchlein: „Ernährung und Teuerung“ heißt:

„Es besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, auch nach dem 1. Oktober 1916 vom Verbrauch eine Erhöhung des Zuckerpriees abzuwenden durch eine entsprechende Verminderung des Verdienstes der Zuckerfabriken? Mehr als 1 bis 2 Pf. für das Pfund Zucker würde auch im ungünstigsten Falle die Preiserhöhung nicht betragen.“

Heute erhält man in ganz Groß-Berlin kein Pfund Zucker. Seit Monaten hört man von einer geradezu erschreckenden Zunahme der Hausflachtungen, und erst in den letzten Wochen hat sich die Regierung entschlossen, auf dem Gebiete der Fleischversorgung ein wenig Wandel zu schaffen. Naturgemäß werden durch so plötzliche Maßnahmen die Nurverbraucher am stärksten betroffen. Es ist aber notwendig, daß — wie es in der Eingabe heißt —, „die Maßnahmen so getroffen werden, daß in der städtischen Bevölkerung nicht das Bewußtsein wachgerufen wird, sie stehe bei der Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln vielfach der ländlichen Bevölkerung nicht völlig gleich“. Neben der Vorrats- und Preisfrage ist die Frage gerechter Verteilung für die städtische Bevölkerung, wie die Eingabe betont, von besonderer Bedeutung.

Im einzelnen verlangt die Eingabe: hinsichtlich der Brot- und Mehlversorgung eine Nachprüfung, ob die Grundsätze für die Selbstversorgung, Selbstlieferung und ländlicher Selbstwirtschaft nicht einer Abänderung bedürfen. Hinsichtlich der Kartoffeln ist der Städtetag der Meinung, daß die Sorgen und Unmöglichkeiten dieses Frühjahrs und Winters sich nicht wiederholen dürfen. Hier vor allem anderen ist eine feste Regelung nötig, die alsbald mit Beginn des Herbstes in Kraft tritt, die volle Versorgung für die Wintermonate gewährleistet und dann von Mai ab den nach dem Ernteausfall verschiedenen Möglichkeiten Rechnung trägt. Notwendig ist auch eine Erfassung der Zuckerbestände, die den deutschen Zuckerreichtum sachgemäß während des ganzen Jahres seinen einzelnen Verwendungszwecken zuführt.

Hinsichtlich der Fleischversorgung heißt es: Wir bitten im Interesse der hinreichenden Ernährung der städtischen Bevöl-

terung mit Fleisch die Frage der Erhaltung der Viehbestände auf der jetzigen Höhe nicht zum alleinigen Ausgangspunkt der Entschlüsse zu machen, trotz der letzten Endes unter dem Gesichtspunkt der Vorratswirtschaft hier wie überall bestehenden Interessengemeinschaft von Stadt und Land. Von besonderer Bedeutung für die städtische Bevölkerung ist die Erhaltung der Milchkuhe. Wir hegen überhaupt die Hoffnung, daß an die Regelung der Fleischversorgung sich eine wirkliche Regelung auch der Butter- und Milchversorgung anschließen wird. Bei der Butter ist der jetzige Zustand, wonach in weiten ländlichen Kreisen keinerlei Mangel herrscht, in den Städten aber vielfach ernste Not besteht, in hohem Maße unbefriedigend.

Zum Schluß heißt es: Auch dem Ausland gegenüber wird es u. E. von segensreichster Wirkung sein, wenn recht bald unsere Volksernährung — für das nächste und die kommenden Erntejahre in einer Weise sichergestellt wird, die die Feinde jeder Hoffnung auf innere Schwierigkeiten des Deutschen Reiches beraubt.

Hoffentlich findet diese Eingabe, die durchaus keine Bevorzugung der Städte fordert, die wahrlich in diesem Kriege Lasten genug zu tragen haben, eine wohlwollende und verständnisvolle Berücksichtigung. Was die Städte hier verlangen, soll nicht einer einzelnen Klasse, sondern dem ganzen Volke zugute kommen. Es ist auch endlich an der Zeit, daß anstelle der Hunderte von sich durchkreuzenden Maßnahmen ein bestimmter Wirtschaftsplan tritt. Wenn die Bevölkerung sieht, daß ein solcher vorhanden ist und daß er nicht zuliebe einem einzelnen Stande entworfen ist, dann wird sie gern und willig durchhalten.

oc.

Die Lebensmittelfrage in München.

München, 12. April. Zurzeit macht man hier wieder die gleiche Beobachtung wie vor Jahresfrist bei Einführung der Brotkarte. Damals im Publikum viel Sorge und Aufregung wegen des vermeintlich nicht ausreichenden Brotgetreides und auch noch in der ersten Zeit nach dem Erscheinen der Brotkarten das Bestreben, sich namentlich viel Mehl zu sichern. Allmählich aber die Erkenntnis, daß man bei einiger Einteilungskunst mit der festgesetzten Menge ohne jede Schwierigkeit auskommt, daraufhin Beruhigung und im Verlaufe der Zeit steigende Zufriedenheit. Ganz ebenso geht es jetzt mit dem seit kurzem in die Brotkarten einbezogenen Butterbezug und mit den heute zum ersten Male ausgegebenen Milchkarten. Daß auf jede Person in vier Wochen nicht mehr als ein Pfund Butter entfallen soll, daß Frauen täglich

ein halbes und Männer ein viertel Liter Milch erhalten (Säuglinge, stillende Mütter und Kranke natürlich mehr), erschien, als es erst noch bevorstand, den Leuten recht bitter. Mit der vollendeten Tatsache aber findet man sich nicht nur auffallend schnell ab, so daß die erwähnten Mengen binnen kurzem als vollkommen ausreichend erscheinen, sondern gewissenhafte Leute, die schon vorher aus freien Stücken noch viel mehr gespart hatten, verzehren jetzt die amtlich bemessenen Mengen von Brot, Butter, Milch usw. mit dem beruhigenden Gefühl, daß sie damit dem Vaterlande und der Allgemeinheit keinen Schaden zufügen. Die heute verteilten neuen Brotkarten brachten sogar die angenehme Überraschung, daß sie zum Bezug von je einem Pfund Hülsenfrüchte oder Reis, also von Nahrungsmitteln berechtigen, die schon gleich beim Kriegsausbruch derart knapp waren, daß manche Leute sie seitdem kaum mehr zu Gesicht bekommen haben. Ähnlich wie mit Brot, Butter und Milch wird es sicherlich auch mit den am 1. Mai einzuführenden Fleischkarten ergehen, die von dem weitsichtigeren Teil des Publikums längst dringend ersehnt worden sind. Nicht ohne Besorgnis hörte man, wie bei leider nicht wenigen Familien auch an den fleischlosen Tagen die Fleischtöpfe dampften, besonders aber wie schon während des ganzen vorigen Jahres findige Händler von Bauernhof zu Bauernhof zogen, um zu Spekulationszwecken das Vieh aufzulaufen. So dankbar im allgemeinen die militärisch knappen und gewöhnlich sehr deutlichen Verfügungen der Generalkommandos begrüßt wurden, so sitzen doch hinsichtlich der Fleischkarte, so meinte man, die Behörden allzu lange auf sich warten. Auch in diesem Falle dürfte ähnlich wie in den frühern einige Zeit nach Einführung der Fleischkarte Beruhigung eintreten. Gerade während der Übergangszeiten werden diese schwierigen Fragen der Volksernährung am meisten besprochen, und es wird dann auch am meisten und am abfälligsten kritisiert. Zweckmäßig wäre es, wenn der bei diesem Kritizieren eine besonders große Rolle spielende Begriff des „Hamsterns“ nach seiner unberechtigten, aber auch nach seiner berechtigten Seite hin etwas näher umschrieben würde. Leute, die in Saus und Braus leben, die die fleischlosen Tage nicht innehalten, die auch jetzt noch die von Friedenszeiten her gewohnten Biermengen heruntergießen und verschmausen, was ihnen in die Finger kommt, sind trotz ihrer höchst unpatriotischen Handlungsweise vor dem Verdacht des Hamsterns gesichert. Wenn aber beispielsweise Familien während des Winters dem Zuckergenuß völlig entsagten, um im Sommer zum teilweisen Ersatz der fehlenden Fettstoffe einen Vorrat zum Einkochen des Ertrages ihrer Obstgärten zur Verfügung zu haben, so spricht man auf Grund der amtlich angedrohten Beschlagnahme, aber sicherlich höchst ungerechterweise von Hamstern. Denn selbst zu einem mittelgroßen Obstgarten wird immerhin ein halber oder ganzer Zentner benötigt werden, und das Obst verkommen zu lassen oder im Sinne der Leichtsinigern unter den Nicht-Hamstern sofort zu vertilgen, ist doch sicherlich der Allgemeinheit keineswegs dienlich. Das gleiche gilt, wie in so vielen andern Fällen, für diejenigen Hausfrauen, die auf Grund äußerster Sparsamkeit einige Dauerrwürste, einige Flaschen Salatöl oder ähnliches aus bessern Zeiten hinübergerettet haben. Die denkbar schwersten Strafen verdient das Hamstern, wenn es in eigenem Sinne zum Zwecke der Bereicherung geschieht. Daß aber bei noch so gewissenhaften Familien nicht immer bloß mit dem laufenden Bedarf gerechnet werden kann, zeigt, wie in vielen andern Fällen, so ganz besonders das Beispiel des Einmachzuckers. Dazu kommt, daß es meistens nicht die sparsamen und vorsichtigen, sondern im Gegenteil eher die leichtsinnigen Leute sind, die sich, wenn irgendein Lebensmittel knapp zu werden beginnt, mit übertriebenen Preisangeboten auf die Verkaufsläden stürzen.

Die Lebensmittelversorgung der Städte.

Berlin, 12. April. (Priv.-Tel.) Der Nahrungsmittel-Ausschuß des deutschen Städtetages hat, wie wir bereits angekündigt haben, gestern im Berliner Rathaus eine Sitzung abgehalten, an der außer dem Vorsitzenden Oberbürgermeister Bermuth und dem Geschäftsführer Dr. Luther die Oberbürgermeister Dr. v. Borscht-München, Dr. Geßler-Mannberg, Lindemann-Niel, Dr. Rive-Halle, Dr. Schwander-Strasbourg, Tramm-Hannover, Voigt-Frankfurt a. M. und Dr. Wilms-Bosen teilgenommen haben.

Bei den eingehenden Beratungen, die zunächst natürlich der gegenwärtigen Lebensmittelversorgung in den großen Städten galt, wurde auch über den Tag hinaus ein Programm für die Zukunft aufgestellt. Die Widerwärtigkeiten und die Schwierigkeiten, die im laufenden Jahre, namentlich in der Kartoffelversorgung aufgetreten sind, haben bestätigt, was prophezeit worden ist: daß von den Zentralinstanzen aus zu spät wichtige unumgängliche Aufgaben in Angriff genommen worden sind. In der Hoffnung, daß sich vieles von selbst regeln würde, bei dem ein richtiger Ausweg nicht immer sofort zu erkennen war, hat man versäumt, rechtzeitig ein großzügiges Programm für das ganze Wirtschaftsjahr aufzustellen. Die glänzenden Erfahrungen, die wir im ersten und zweiten Kriegsjahr bei der Brotgetreide-Versorgung gemacht haben, sind leider nicht in genügendem Maße für andere Lebensmittel ausgewertet worden. Namentlich in der Kartoffelversorgung haben die Zentral-Instanzen die Fäden lange Zeit zu sehr schleifen lassen, und so ist es gekommen, daß trotz der glänzenden Ernte Schwierigkeiten aufgetreten sind, die im letzten Moment nur mangelhaft wieder wettgemacht werden konnten. Auch in der Fleischversorgung hat man viel zu lange zugehört, hat so lange gewartet, bis die Not der Zeit Maßnahmen aufdrängte und eine Wahl in den zu ergreifenden Mitteln nicht mehr zuließ. Ein Grundfehler, auf den wir so oft schon hingewiesen haben, war, daß man jedes Nahrungsmittel für sich behandelte und reglementierte, anstatt, wie es in einer belagerten Festung selbstverständlich gewesen wäre, ein einheitliches Wirtschaftsprogramm für alle Nahrungsmittel aufzustellen. Wir begrüßen es deshalb aufrichtig, daß der deutsche Städtetag zur rechten Zeit als ernstster Mahner auftritt, und wir können nur wünschen, daß seine Stimme nicht ungehört verhallen möge, und daß die Zentralinstanzen über den Bedrängnissen des Tages die Zukunft nicht vergessen, sondern sofort, möglichst jetzt schon, wo es noch Zeit ist, dazu übergehen, das bisher entbehrte einheitliche Wirtschaftssystem aller Nahrungsmittel aufzustellen und mit Nachdruck für seine Durchführung zu sorgen.

In der von dem deutschen Städtetag an den Reichskanzler gerichteten Eingabe, deren Hauptinhalt der Hinweis auf die dringende Notwendigkeit ist, unter Benützung aller bisherigen Erfahrungen schon jetzt eine umfassende Vorsorge für die Ernährung der städtischen Bevölkerung im nächsten Erntejahr zu treffen, heißt es:

Wir erlauben uns auf das lebhafteste zu befürworten, daß schon die allernächste Zeit, die Monate des Frühling und Frühsommers, zur Ausarbeitung eines Programms bemüht werden und werden es mit besonderem Danke begrüßen, wenn wir zur Mitarbeit herangezogen werden.

Im allgemeinen glauben wir, daß die Sicherstellung der Nahrungsmittel desto wirkungsvoller sein wird, je mehr sie sich auf die hauptsächlichsten Nahrungsmittel beschränkt. Der Erfolg solcher Maßregeln aber muß sein, daß Stadt und Land gleichmäßig bedacht werden, denn die Entwicklung der letzten Zeit hat in der städtischen Bevölkerung das Bewußtsein wach gerufen, daß sie bei der Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln vielfach der ländlichen Bevölkerung nicht völlig gleich steht. Deshalb ist die Frage gerechter Verteilung für die städtische Bevölkerung von gleicher Wichtigkeit wie die Vorratsfrage und die Preisfrage. Diesen Gesichtspunkt erachten wir auch hinsichtlich der Brot- und Mehlversorgung für entscheidend, obwohl auf diesem Gebiet die Technik der Organisation sicherlich am erfolgreichsten entwickelt ist.

Hinsichtlich der Kartoffeln, die neben dem Brot die Grundlage der Volksernährung bilden und deren Stoffmenge mithin ebenfalls nicht gering sein darf, sind wir der Meinung, daß die Sorgen und Unregelmäßigkeiten dieses Frühjahrs und Winters sich nicht wiederholen dürfen. Für sehr bedeutungsvoll halten wir weiter eine Erfassung der Zuderbestände, die den deutschen Zuderreichtum sachgemäß während des ganzen Jahres seinen einzelnen Verwendungsweisen zuführt.

Auch die Fleischversorgung der Bevölkerung wird von der bevorstehenden Ernte abhängen, da nur diejenigen Ertragnisse als Viehfutter zur Verfügung gestellt werden dürfen, die für die unmittelbare menschliche Ernährung nicht erforderlich sind, aber auch hier bedarf es eines einheitlichen Wirtschaftsplanes vom Herbst an, wofür nicht die Interessen der Städte auf das schwerste benachteiligt werden sollen.

Von besonderer Bedeutung für die städtische Bevölkerung ist die Erhaltung der Milchläde. Wir begen überhaupt die Hoffnung, daß an die Regelung der Fleischversorgung sich eine wirkliche Regelung auch der Butter- und Milchversorgung anschließen wird. Bei der Butter ist der jetzige Zustand, wonach in weiten ländlichen Kreisen keinerlei Mangel herrscht, in den Städten aber vielfach ernste Not besteht, in hohem Maße unbefriedigend.

Völlig im Ungewissen steht zur Zeit noch die Gemüseversorgung. Obgleich wir der Ansicht sind, daß sie sich nur in beschränktem Umfang zu einer zentralen Behandlung eignet, so ist doch der jetzige Zustand nicht geeignet, ein sicheres Zukunftsbild zu gewinnen, besonders auch nicht über die offenbar so wichtige Herstellung von Dörrgemüse. Auch dem Ausland gegenüber wird es unseres Erachtens von segensreicher Wirkung sein, wenn recht bald unsere Volksernährung für das nächste und die kommenden Erntejahre in einer Weise sichergestellt wird, die unsere Feinde jeder Hoffnung auf innere Schwierigkeiten des Deutschen Reiches beraubt.

Der Städtetag hat weiter an die Reichsfleischstelle und die zuständigen Behörden eine Eingabe gerichtet, in der darum gebeten wird, eine genaue Feststellung aller in der Stadt und auf dem Lande vorhandenen Fleischwaren, auch in geräucherter, gefalzener und gepökeltem Zustand, vornehmen zu lassen, damit auch hier ein Ueberblick über die vorhandenen Vorräte und die praktische Verteilung an die Städte für die Zukunft möglich ist.

14. IV. 1916

Scharfe Maßnahmen gegen das „Hamstern in Bayern“.
Aus München wird uns gedrahlet: Da trotz aller Mahnungen und Warnungen das „Einhamstern“ kein Ende nimmt, hat der „Ständige Ausschuß für Lebensmittelversorgung“ in München Maßnahmen getroffen, die wohl die einschneidendsten sind, die bisher überhaupt getroffen worden sind. Folgender Beschluß wurde gefaßt:

Es ist verboten, von nachgenannten Gegenständen des täglichen Bedarfs in den einzelnen Haushaltungen größere Vorräte anzuhäufen und anzuhäufen, als nachstehend für zulässig erklärt wird: Pro Kopf der Haushaltung setzen sich die Vorratsmengen folgendermaßen zusammen: Kaffee 2 Pfund roh oder gebrannt, Tee $\frac{1}{2}$ Pfund, Kakao 1 Pfund, Zucker 5 Pfund, Teigwaren 3 Pfund, Dauerfleisch, Wurstwaren und Speck 4 Pfund, Schmalz und sonstige Speisefette 2 Pfund, Eier 10 Stück frisch und 100 konserviert. 2) Zur Sicherstellung der Regelung dieses Verbrauches werden durch den Magistrat abgesehen von Durchsuchungen bei einem Verdacht fortlaufende örtliche Vorratsausnahmen in den einzelnen Anwesen vorgenommen. Die Wohnungsinhaber sind verpflichtet, dem Beamten genauen wahrheitsgemäßen Aufschluß zu erteilen, den ungehinderten Zutritt zu allen Räumlichkeiten zu gestatten und auf Verlangen sämtliche Behälter aufzuschließen. 3) Zuwiderhandlungen werden mit sechs Wochen Gefängnis bzw. einer Geldstrafe bis zu 1500 M. geahndet. 4) Diese Bestimmungen treten am 1. Mai in Kraft.

Es gibt noch keine Stadt in Deutschland, die so tatkräftig wie München in diesem Falle den „Hamstern“ auf die Finger sieht.

Ferienkolonien und Lebensmittelversorgung.

Von Dr. K. v. Mangoldt.

Mancherlei Anzeichen deuten darauf hin, daß auf dem Lande vielfach die in den Städten und insbesondere in den großen Städten vorhandenen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung nicht oder doch wenigstens nur in sehr viel geringerem Grade vorhanden sind. Sehr beachtenswerte Ausführungen hierüber macht insbesondere auch ein Artikel von Professor Gihbacher-Berlin über „Die Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Stadt und Land“ in der „Sozialen Praxis“ vom 23. März d. J. Um nun diese anscheinend ziemlich oft vorhandene ländliche Lebensmittelfülle auch der städtischen Bevölkerung nutzbar zu machen, gibt es logisch zwei Wege: entweder man bringt die ländlichen Lebensmittel zur städtischen Bevölkerung oder man bringt die städtische Bevölkerung zu den ländlichen Lebensmitteln. Bisher ist, soviel wir sehen, fast immer nur an den ersten Weg gedacht worden, sollte nicht aber auch der zweite, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, gangbar sein? Natürlich ist eine Massenumsiedlung der städtischen Bevölkerung in die ländlichen Bezirke ausgeschlossen. Aber wir haben doch schon in Friedenszeiten eine Einrichtung gehabt, die erhebliche Mengen der städtischen Bevölkerung, und zwar gerade der minderbemittelten, alljährlich für eine gewisse Zeit auf das Land brachte — die Ferienkolonien. Sollte es nicht möglich sein, diese Einrichtung in der gegenwärtigen Zeit derart auszubauen, daß wenigstens einige Hunderttausend städtischer Kinder für das bevorstehende Sommerhalbjahr, etwa von Ostern ab, aufs Land kämen und dort mit ernährt würden, daß also nicht nur für eine bessere Ernährung dieser Kinder gesorgt, sondern auch die Lebensmittelversorgung der Stadt erleichtert würde? Allerdings käme es nicht einfach nur darauf an, städtische Kinder überhaupt auf das Land zu schaffen, sondern sie müßten in solche Gegenden kommen und so untergebracht werden, daß sie gewissermaßen vom ländlichen Ueberfluß mitleben könnten. Jedenfalls müßte dafür Sorge getragen werden, daß nicht etwa diejenigen freien Lebensmittelvorräte des Landes eine Verringerung erfahren, die sonst in die Stadt gelangen würden.

Der Vorschlag geht also dahin, in möglichst großem Umfange städtische Kinder für das Sommerhalbjahr in solchen ländlichen Familien unterzubringen, in denen ohnedies ein reichlicher Lebensmittelverbrauch stattfindet und wo recht wohl noch ein oder zwei Esser mehr mit durchgebracht werden könnten, ohne daß dadurch die Menge der in die Stadt abfließenden Lebensmittel wesentlich beeinträchtigt würde. Daraus ergibt sich übrigens, daß im allgemeinen wohl von einer Kolonieweisen Unterbringung der Kinder, wie sie unseres Wissens bei den eigentlichen Ferienkolonien überwiegend üblich ist, abgesehen wäre, die Kinder vielmehr besser in einzelnen Familien untergebracht würden. Selbstverständlich hätte die Unterbringung der Kinder grundsätzlich gegen Bezahlung zu geschehen. Die Kosten hätten die einzelnen städtischen Familien, in den Fällen der Bedürftigkeit wohl auch ganz oder teilweise gemeinnützige und wohlthätige Einrichtungen oder öffentliche Kassen zu tragen. Für eine geeignete Beaufsichtigung der Kinder und die Ueberwachung ihrer Verpflegung wäre natürlich zu sorgen. Man wird annehmen dürfen, daß hier die ländlichen Lehrer, Geistlichen usw. gerne mithelfen. Wenn wir übrigens recht unterrichtet sind, besteht schon in Dänemark die Einrichtung der ferienweisen Unterbringung Kopenhagener Kinder in einzelnen bäuerlichen Familien des Landes im größten Maßstabe. Im Unterschiede von den seitherigen Ferienkolonien würde man bei dieser, in erster Linie durch die wirtschaftlichen Umstände verursachten Umsiedlung aber gerade an die kräftigsten, gesündesten und intelligentesten Kinder denken, die besonders geeignet sind, sich rasch und gut in neue Verhältnisse zu finden und die einen vorübergehenden Schulwechsel am ehesten vertragen können. Die Schule müßten diese städtischen Kinder jedenfalls auch auf dem Lande besuchen; dabei könnten sie, soweit es ihren Kräften angemessen ist, auch bei den ländlichen Arbeiten mithelfen. — Gewiß lassen sich mancherlei Einwände gegen den Gedanken erheben, z. B. führt der Umstand, daß die Kinder aus dem gewohnten Schulgang herausgerissen werden, zu mancherlei Bedenken. Aber kann das in dieser Zeit entscheidend sein? Außerdem würde doch auch das körperliche Wohl der Kinder sehr gefördert und sie würden bei einem längeren Landaufenthalt und durch den Anschluß an die ländlichen Familien vieles lernen und sehen, was ihnen für das spätere Leben von unerschätzbarem Wert wäre.

Die Hauptsache ist aber natürlich die Frage, ob die ländlichen Familien zur Durchführung eines solchen Vorschlages ihre Hand bieten würden. Einen Zwang in dieser Richtung auszuüben würde wohl kaum möglich und auch nicht ratsam sein, da man die Kinder nicht in eine Umgebung bringen könnte, wo man sie nicht gerne sähe. Man sollte sich darum an das vaterländische Gefühl der Landbevölkerung wenden und vor allem versuchen, die auf dem Lande einflussreichen Organisationen, wie die Bauernvereine, die gemeinnützigen Vereine, die Landwirtschaftskammern und die sonstigen Berufsorganisationen der Landwirte für die Sache zu gewinnen. Wenn der ganze Gedanke, wie wir hoffen möchten, gebilligt wird, könnte man sich die Durchführung in großen Zügen etwa so denken, daß durch Bekanntmachungen der Verwaltungsbehörden auf dem Lande und mit Unterstützung der eben erwähnten ländlichen Organisationen geeignete Stellen in größerer Zahl ausfindig gemacht werden, während zugleich in den Städten für die Auswahl der Kinder und die Deckung der Kosten gesorgt würde. Uebrigens haben wir im Laufe dieses Krieges ja schon ähnliche Umsiedlungen, und zwar zum großen Teile von Landbevölkerung in die Stadt, gehabt, nämlich bei der Unterbringung der ostpreussischen Flüchtlinge und bei der Räumung schlesischer Grenzbezirke vor wehrfähigen jungen Leuten vor der drohenden Russengefahr.

Es ist jetzt soviel die Rede von der notwendigen einträglichen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, und sicher beruht auf dieser ein gutes Teil unserer Volkszukunft. Prüfen wir ernstlich, ob nicht mit dem eben gemachten Vorschlag ein wichtiges und segensreiches Stück dieser Zusammenarbeit verwirklicht werden könnte!

* [Lebensmittelhöchstpreise in Belgrad.] Das Stadtkomitee von Belgrad hat, wie die Belgrader Nachrichten melden, für einzelne Lebensmittel und Verbrauchsmittel Höchstpreise festgesetzt. Es ist nicht uninteressant, einige dieser Höchstpreise mit den Wiener Preisen zu vergleichen. Fleisch ist in Belgrad unverhältnismäßig billiger. Der festgesetzte Höchstpreis für 1 Kilogramm Rindfleisch beträgt dort K. 3.— (in Wien K. 7.— bis 8.—), für 1 Kilogramm Schweinefleisch K. 3.60 bis 4.— (in Wien K. 6.50 bis 8.—), für 1 Kilogramm Sechsfleisch K. 5.— (bei uns K. 7.— bis 8.—), für 1 Kilogramm Lammernes K. 3.60 (bei uns K. 7.—). Dagegen ist Schweinefett in Wien billiger; während 1 Kilogramm in Belgrad K. 8.— kostet, bezahlt man in Wien K. 6.— bis 6.40 dafür. Schwarzes Brot kostet in Belgrad pro Kilogramm 80 Heller, weißes Brot K. 1.20, in Wien bekanntlich 67 Heller. 1 Kilogramm Weizenmehl 80 Heller bis K. 2.—, in Wien bis K. 1.10. Sehr teuer sind die Kartoffeln in Belgrad: 1 Kilogramm 65 Heller (in Wien 17 Heller inländische, 34 Heller ausländische). Für ein Ei zahlt man in Belgrad 20 Heller, bei uns durchschnittlich 16 Heller; für 1 Kilogramm Butter in Belgrad K. 8.—, bei uns ungefähr ebensoviel. 1 Liter Milch kostet in Belgrad 50 Heller, in Wien 46 bis 48 Heller. Der Belgrader Höchstpreis für Kaffee beträgt K. 15.— pro Kilogramm (in Wien bis zu K. 14.—). 1 Kilogramm Zucker kostet in Belgrad K. 2.—, in Wien K. 1.04; 1 Liter Petroleum in Belgrad K. 1.—, in Wien 44 Heller.

Städtetag und Nahrungsmittelversorgung.

Der Deutsche Städtetag hat, wie schon kurz gemeldet, eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, die von dem ernstesten Bestreben erfüllt ist, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln auch in diesem Jahre sicherzustellen und die bisher aufgetretenen Mängel dabei zu vermeiden. In der Eingabe heißt es u. a.:

„Bisher sind alle Maßregeln des Reiches, die auf die Sicherung, sparsame Verwendung und gerechte Verteilung unserer Vorräte an Lebensmitteln abzielten, im Laufe des Erntejahres unter dem Drange augenblicklicher Ereignisse und Erwägungen erlassen worden. Nach den mit ihnen gemachten Erfahrungen ist es aber jetzt zur Vorbereitung eines etwaigen dritten Kriegserntejahres dringend erforderlich, für die wichtigsten Nahrungsmittel von vornherein ein Programm festzulegen, das sich auf dieses ganze Erntejahr erstreckt und mit festem Willen durchgeführt wird. Wir erlauben uns, auf das lebhafteste zu befürworten, daß schon die allernächste Zeit, die Monate des Frühlings und Frühsommers, zur Ausarbeitung eines solchen Programms benutzt wird, und werden es mit besonderem Danke begrüßen, wenn wir zur Mitarbeit hieran sobald wie tunlich herangezogen werden. Im allgemeinen glauben wir, daß die Sicherstellung der Nahrungsmittel je wirkungsvoller sein wird, je mehr sie sich auf die hauptsächlichsten Nahrungsmittel beschränkt. Der Erfolg solcher Maßregeln aber muß sein, daß Stadt und Land gleichmäßig bedacht werden. Die Frage gerechter Verteilung ist für die städtische Bevölkerung von gleicher Wichtigkeit wie die Vorratsfrage und die Preisfrage. Diesen Gesichtspunkt erachten wir auch hinsichtlich der Brot- und Mehlversorgung für entscheidend. Wir halten es für notwendig, daß die der städtischen Bevölkerung zugeteilte Brotmenge so hoch wie irgend möglich bemessen wird. Deshalb erscheint uns eine Nachprüfung angezeigt, ob die Grundzüge für die Selbstversorgung, Selbstlieferung und ländliche Selbstwirtschaft nicht einer Abänderung bedürfen. Hinsichtlich der Kartoffeln sind wir der Meinung, daß die Sorgen und Unmöglichkeiten dieses Frühjahres und Winters sich nicht wiederholen dürfen. Hier vor allem anderen ist eine ganz feste Regelung nötig, die alsbald mit Beginn des Herbstes in Kraft tritt, die volle Versorgung für die Wintermonate gewährleistet und dann vom Mai an den nach dem Ernteaussfall verschiedenen Möglichkeiten Rechnung trägt.

Für sehr bedeutungsvoll halten wir weiter eine Erfassung der Zuckerbestände, die den deutschen Zuckervebrauch sachgemäß während des ganzen Jahres seinen einzelnen Verwendungszwecken zuführt. Auch die Fleischversorgung der Bevölkerung wird von der bevorstehenden Ernte abhängen, da nur die Erträge als Viehfutter zur Verfügung gestellt werden dürfen, die für die unmittelbare menschliche Ernährung nicht erforderlich sind. Aber auch hier bedarf es eines einheitlichen Wirtschaftsplanes vom Herbst an, wofür nicht die Interessen der Städte aufs Schwerste benachteiligt werden sollen. Die Anordnung, daß Hauschlachtungen und Rotschlachtungen auf das Schlachtungscontingent der einzelnen Gemeinde anzurechnen sind, würde, wenn sie bereits im Herbst bestanden hätte, sicherlich sehr wesentlich zu einer gerechten Verteilung des verfügbaren Fleisches beigetragen haben, während jetzt die Hauschlachtungen im wesentlichen abgeschlossen sind. Von besonderer Bedeutung für die städtische Bevölkerung ist die Erhaltung der Milchkuhe. Wir hegen überhaupt die Hoffnung, daß der Regelung der Fleischversorgung sich eine wirkliche Regelung auch der Butter- und Milchversorgung anschließen wird. Bei der Butter ist der jetzige Zustand, wonach in weiten ländlichen Kreisen keinerlei Mangel herrscht, in den Städten aber vielfach ernste Not besteht, in hohem Maße unbefriedigend.“

Nahrungsmittel für Kranke. Der Ärzte-Ausschuß von Groß-Berlin wendet sich an die Ärzte, um diese über einige Punkte, die sich auf den Nahrungsmittelbezug für Kranke beziehen, aufzuklären. Zusatzarten von Weizenmehl und Weizenbrot sind nicht zulässig. Für den Verkauf von Sahne, die auf ärztliche Anordnung abgegeben werden kann, ist ausschließlich die Polizei zuständig. Für den Bezug einer größeren Menge von Butter sind ärztliche Zeugnisse notwendig, für die in Zukunft bestimmte Formulare geliefert werden. Die Prüfung der Zeugnisse erfolgt durch sachverständige Ärzte bei den Stadtverwaltungen. Es ist anzunehmen, daß in Zukunft alle, denen Zusatzarten bewilligt werden, auch die Butter wirklich erhalten. Nur eine verschwindend geringe Zahl von Ärzten hat in der Begründung der Zusatzarten die erforderliche Genauigkeit vermissen lassen. Da dieses aber geeignet ist, den Arztstand und auch die Gesunden zu schädigen, da jede Menge Butter, die an Kranke abgegeben wird, den Gesunden, besonders der arbeitenden Bevölkerung und auch den Kindern entzogen wird, erwartet der Ärzte-Ausschuß, daß die Ärzte die Bescheinigungen mit größter Gewissenhaftigkeit ausstellen.

Vorforgel fürs nächste Erntejahr.

Mit der von uns bereits eingehend gewürdigten Eingabe des Nahrungsmittelausschusses des Deutschen Städtetages an die Reichsregierung, in der diese gebeten wird, für die wichtigsten Nahrungsmittel von vornherein ein Programm festzulegen, das sich auf das kommende Erntejahr (falls der Krieg noch weiterdauert) erstreckt und mit festem Willen durchgeführt wird, beschäftigt sich auch der amtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“. Er schreibt zum Schluß:

Dem Inhalt der Eingabe, die von jeder Bevorzugung oder Sonderstellung der Städte absteht, kann man grundsätzlich in allen Einzelheiten zustimmen. Ob es allerdings möglich sein wird, auf allen Versorgungsgebieten einen von vornherein bestimmten Wirtschaftspian festzulegen, erscheint uns namentlich bei Nahrungsmitteln, die dem Wechsel in der Erzeugung unterworfen sind, nicht immer sicher. Es ist aber selbstverständlich, daß die im bisherigen Verlauf des Krieges in Ernährungsangelegenheiten gemachten Erfahrungen verwertet und die Anregungen des Städtetages wohlwollende und verständnisvolle Erwägung finden werden.

Soffentlich begnügt man sich an amtlicher Stelle nicht bloß mit dieser zu nichts verpflichtenden Erklärung und läßt den Worten auch Taten folgen. Wir verweisen auf die geradezu ungläubliche Behandlung der Zuckerfrage. Vor dem Kriege versorgten wir zahlreiche Länder mit Zucker. Noch zu Beginn des Krieges wurde die Bevölkerung amtlich und halbamtlich aufgefördert: „Eßt Zucker!“ Und jetzt ist man genötigt, den Verbrauch dieses wichtigen Nahrungsmittels zu rationieren; das versetzte Saccharin, das freilich auch nicht den geringsten Nährwert hat, sondern ein — übrigens ganz harmloser — Süßstoff ist, kommt wieder zu Ehren.

Man kann nur wünschen, daß man aus den bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung gelernt hat, wie es in vielen Fällen nicht gemacht werden soll. Aber nicht nur die Regierung ist mancher Unterlassungsünde zu zeihen, auch die Einzelnen sündigen schwer. Geradezu unbegreiflich ist das sinnlose

Samstern.

Vor den Kolonialwarengeschäften Groß-Berlins sieht man jetzt täglich große Menschenansammlungen. Die Butter-„Polonaise“ ist durch die Kaffeepolonaise abgelöst worden. Manche Familien entleeren ihre sämtlichen Mitglieder nach den verschiedensten Kaffeegeschäften. Triumphierend berichtet manche Hausfrau, daß sie bereits mehrere Kilogramm gerösteten Kaffee „in Reserve“ habe, ohne zu ahnen, daß gerösteter Kaffee sich nicht allzu lange hält. Auch auf Wurst- und Teigwaren wird in ähnlicher Weise Jagd gemacht. Es ist nicht nur in Berlin so, auch in anderen Städten. Mit vollem Recht hat der städtische Lebensmittelausschuß in München folgenden Beschluß gefaßt:

Nach dem 1. Mai 1916 ist es verboten, von den nachgenannten Gegenständen des täglichen Bedarfs in den einzelnen Haushaltungen größere Vorräte anzusammeln und zu halten, als für jedes Haushaltungsmitglied zwei Pfund Kaffee ohne Unterschied ob roh oder gebrannt, ein halbes Pfund Tee, ein Pfund Kakao, fünf Pfund Zucker, drei Pfund Teigwaren, an Fleisch, Wurst, Speck und Konserven zusammen nicht mehr als vier Pfund, an Schmalz und sonstigen Speisefetten zwei Pfund, zehn frische und 100 eingefaltete Eier. Zur Sicherstellung vorstehender Regelung des Verbrauchs der genannten Gegenstände des täglichen Bedarfs werden durch den Magistrat — abgesehen von den Durchsuchungen bei bestehendem Verdacht im Einzelfall — fortlaufend örtliche Vorratsaufnahmen in einzelnen Anwesen der Stadt vorgenommen. Die Wohnungsinhaber sind verpflichtet, an die diese Nachschau vornehmenden Beamten die gewünschten Aufschlüsse

wahrheitsgetreu und vollkommen zu geben, den ungehinderten Zutritt zu allen Räumlichkeiten zu gestatten und auf Verlangen sämtliche Behälter aufzuschließen. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geld bis zu 1500 Mark bestraft.

Die Fleischversorgung in Sachsen.

Zur Durchführung der neuen Fleischverordnung in Sachsen und der Fleischzuteilung an die Fleischer wurde — nach einem uns aus Leipzig zugehenden Telegramm — der „Biehhandelsverband“ gegründet, der den Handel zu regeln hat und dessen Geschäftsstelle sich in Leipzig befindet. In Sachsen werden 6 Zentralen — in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen, Zwickau und Bautzen — ins Leben gerufen, deren Ausschüsse beauftragt sind, das Vieh zu sammeln. Von ihnen erhält es der Kommunalverband der betreffenden Stadt und dieser gibt es an die Fleischverorgungsstellen ab, die mit der Fleischerinnung in Verbindung steht. Jeder Fleischer, der sein Gewerbe vor 1914 angemeldet hat, kann für 20 M. zum Fleisch, bzw. Viehkauf einen Fleischschein erwerben. Die Fleischversorgung tritt am 1. Mai in Kraft. Die Warenbestände der Fleischer müssen bis zum 17. April aufgenommen sein, an diesem Tage treten auch die neuen Fleischkarten in Kraft.

Die Höchstpreise für Rindfleisch, Rinder- und Schweinefleisch, wie sie die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vorgeschlagen hat, sind bereits vom Landrat des Kreises Niederbarnim für den Bezirk des Kreises veröffentlicht und in Kraft gesetzt worden. Die anderen Kommunalverbände Groß-Berlins dürften in den allernächsten Tagen dieselben Preise veröffentlichen. Kalb- und Hammelfleisch sind zunächst ausgenommen, da sie sich noch im freien Handel befinden.

15./IV. 1916

Gegen das Einhamstern.

München, 12. April. (Priv.-Tel.) Das bayerische Kriegsministerium wendet sich in einer Bekanntgabe gegen das Einhamstern von Lebensmitteln und bezeichnet es als eine dringende vaterländische Pflicht, dem Marke nur so viel von der betreffenden Ware zu entziehen, als für den eigenen laufenden Bedarf unbedingt notwendig sei. Wer dies nicht beachte, schädige nicht nur seine minderbemittelten Volksgenossen in unverantwortlicher Weise, sondern er werde auch die Ursache gemeingefährlicher Preistreibereien. Wer größere Vorräte über seinen Bedarf vor gekauft habe, tue gut daran, abgesehen von der genauesten Befolgung der bereits gegen Kaffee, Tee und Zucker ergangenen Anordnungen, diese Ware sofort freiwillig den für die Lebensmittelversorgung gebildeten Organisationen zur Verfügung zu stellen, ehe die militärischen Befehlshaber rücksichtslos einschreiten und die aufgestapelten Vorräte z w a n g s w e i s e dem Marke wieder zuführen.

München, 13. April. (Priv.-Tel., ff.) Wegen des Einhamsterns wurde im städtischen Lebensmittelversorgungsausschuß mitgeteilt, daß von Einführung der Fleischarten eine genaue Aufnahme aller Bestände in Lebensmitteln in den Geschäften und Haushaltungen vorgenommen werden soll, um einen Überblick über die vorhandenen Vorräte zu erhalten. Es wurde ein Beschluß angenommen, nach dem es vom 1. Mai an verboten ist, für den Kopf des Haushaltsmitgliedes mehr als zusammen 4 Pfund Fleisch, Fleischwaren und Speck, 2 Pfund Schmalz und Speisefett, $\frac{1}{2}$ Pfund Käse, 1 Pfund Kakao, 2 Pfund Kaffee, roh oder gekaut, 5 Pfund Zucker, 3 Pfund Teigwaren, 10 Stück frische Eier und 100 konservierte Eier aufzubewahren. Durch fortlaufende örtliche Bestandsaufnahme sollen in den Haushaltungen Stichproben über die gemachten Angaben vorgenommen, den Beamten Zutritt zu allen Räumen der Wohnung gestattet und ihnen alle Behälter geöffnet werden. Die Ausdehnung dieser Bestimmungen auf weitere Lebensmittel bleiben vorbehalten. Der sich ergebende Ueberschuß an eingehamsterten Vorräten ist an die Lebensmittelstellen zum hiesigen Marktpreis zurückzugeben.

Die Approvisionnement im Kriege.**Marktbericht der vergangenen Woche.**

In der abgelaufenen Woche wurden um 264 Meterzentner Grünwaren und um 218 Meterzentner Erdäpfel mehr zu Markte gebracht als in der Vorwoche. Die Obstzufuhr war um 929 Meterzentner schwächer. Die Kartoffelzufuhren wurden zu mehr als zwei Dritteln von der Gemeinde Wien bestritten; sie waren besser als in der Vorwoche, und an den meisten Tagen konnte man der Nachfrage zur Gänze gerecht werden. Die Zufuhren auf dem Eiermarkt waren in dieser Woche um 976,000 Eier schwächer als in der Vorwoche. Auf dem Buttermarkt haben die Zufuhren an inländischer Butter neuerlich abgenommen; ausländische Butter, die wie in der Vorwoche zum Preise von 839 bis 869 K. pro 100 Kilogramm, je nach Sorte und Herkunft, verkauft wurde, war genügend zugeführt worden. Inländische Butter hat sich um 5 bis 10 K. pro 100 Kilogramm verteuert.

Die dieswöchigen Zufuhren in die Großmarkthalle an Fleischwaren waren schwächer als in der Vorwoche. Rindfleisch wurde ungefähr 80,000 Kilo-

gramm, Schweinefleisch 10,000 Kilogramm, Kälber wurden 400 Stück weniger zugeführt. Die Preiserhöhungen betragen bei Rindfleisch 30 S., bei Kälbern und Kalbfleisch 10 S., bei Schweinen und Schweinefleisch sowie Schafen und Schaffleisch 30 bis 50 S. pro Kilogramm.

* Mainz mit eigener Milchwirtschaft und Schweinezucht. Die Stadtverwaltung in Mainz hat beschlossen, die Milchversorgung sowie die Schaffung erträglicher Verhältnisse hinsichtlich des Schweinefleisches in eigene Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck wird das 354 Morgen große Wirtschaftsgut bei Elsheim im Kreise Mainz von der Stadt angekauft. Der Preis beläuft sich auf 360 000 M. Mit dem Gut wird eine ausgedehnte Milchwirtschaft erworben, die in erster Linie für die Versorgung der städtischen Krankenanstalten dienen soll, ferner wird auf dem Besitztum eine Schweinezüchterei nach dem erfolgreichen Vorbild anderer Städte eingerichtet. Ein zum Gut gehöriger Park wird unter Umständen später für den Aufenthalt Genesender und Erholungsbedürftiger nutzbar gemacht.

Zentralisierung der ausländischen Lebensmittel-Importe.

Budapest, 18. April.

Wichtige Interessen unserer öffentlichen Approvisionierung erheischen es, daß wir möglichst viel Lebensmittel aus dem Vollausslande, namentlich aus den neutralen Staaten importieren und auf diese Weise unsere Inlandsbestände schonen, beziehungsweise ergänzen. Auf diese Weise wird in zahlreichen Artikeln des öffentlichen Bedarfes den bestehenden Mängeln abgeholfen und es können namhafte Mengen von Lebensmitteln dem Konsumt zugesührt werden. Es scheint, daß an maßgebender Regierungsstelle das Bestreben vorherrscht, diese ausländischen Lebensmittelimporte zu zentralisieren, und da wir in der vollständig fertigen Organisation der Kriegsprodukten-A.-G. eine Institution besitzen, die sowohl die Einfuhr als auch im Inlande die Verteilung der in Betracht kommenden Lebensmittel entsprechend durchzuführen vermag, werden diese ausländischen Lebensmittelimporte der Reihe nach der Kriegsprodukten-A.-G. anvertraut. Dem Wesen nach kommt mithin auf diese Weise eine Zentralstelle für ausländische Lebensmittelimporte zustande, wie solche bereits im Auslande, namentlich in Deutschland, in der Form der Zentral-Einkauf-Gesellschaft (Z. E. G.) bestehen. Die Lebensmittel, die bereits im Rahmen der Kriegsprodukten-A.-G. aus dem Auslande importiert werden, sind Reis, Käse und Butter. Neuerdings wurde in den Bereich dieser Tätigkeit der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft auch die Einfuhr von Kartoffelstärkemehl sowie von Heringen und gesalzenen Fischen überhaupt einbezogen. Insbesondere der Heringimport verspricht große Dimensionen anzunehmen. Die Interessenten würden gut tun, sich wegen solcher Bezüge mit der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft in Verbindung zu setzen, wobei jedoch nur Posten von mindestens einer Wagonladung in Betracht kämen. Dagegen wäre es möglich, daß sich mehrere Käufer geringerer Mengen zum gemeinsamen Bezuge kompletter Waggon vereinigen. Ferner sei erwähnt, daß jetzt der Plan ausgetaucht ist, auch den Fleischimport zu organisieren. Die Regierung hat auch diese Aufgabe der Kriegsprodukten-A.-G. überantwortet, so daß diesbezüglich die Vorbereitungsarbeiten jetzt im Zuge sind. Die Kriegsprodukten-A.-G. hat auch bereits sämtliche Interessenten des Fleischkonsums zu einer Besprechung eingeladen und die Einzelheiten dieser Aktion erörtert. Gleichzeitig hat die Kriegsprodukten-A.-G. außer ihrer ständigen Vertretung einen Delegierten nach Berlin gesandt, um dort mit den deutschen und österreichischen Importzentralstellen gemeinsam die Verfügungen zu besprechen, die notwendig sind, um diese Aktion gemeinsam und erfolgreich durchführen zu können. Bei den Fleischimporten ist es noch nicht entschieden, ob die Importe in Form von Fleisch oder in Form lebenden Viehes erfolgen sollen. Auch ist die Frage hinsichtlich der zentralen Einkaufsstelle für Oesterreich noch offen, indem es noch nicht entschieden ist, ob dort eine besondere neue Organisation mit der ausländischen Fleischbeschaffung betraut oder ob diese Aktion ebenfalls in den Rahmen einer bereits bestehenden Zentrale eingefügt werden soll.

Nährhese als Eiweißnahrung.

Eine bedeutende Rolle in der Ernährung des Menschen spielt das Eiweiß. Auf seinem großen Gehalt an Eiweiß beruht in erster Linie der Nährwert des Fleisches. Als Eiweißnahrung, die geeignet ist, im Falle, wo das Fleisch naturgemäß teuer und knapp ist, einen Teil des Fleischprotein zu ersetzen, wird die in dem Institut für Gärungsgewerbe, Berlin, Seestraße, hergestellte Nährhese empfohlen. Ihr Eiweißgehalt ist außerordentlich hoch, der von einem Kilogramm gleich dem von 2,5 Kilogramm Rindfleisch, ihr Preis im Verhältnis dazu niedrig, 6 Mark das Kilogramm.

Daß die Nährhese vielfach eine abfällige Beurteilung erfahren hat, liegt anscheinend daran, daß man, nicht zufrieden damit, in ihr ein hochwertiges Nährmittel zu haben, sie in jeder Beziehung als Fleischersatz ansprach, sie in jedes Gemüse, sie in jede Suppe, ja sogar in den Brotteig hineintrührte und dann enttäuscht war, als sie den Gerichten nicht den gewünschten Fleischgeschmack verlieh, sondern sie bitter machte, zuweilen recht bitter. Wer würde darauf verfallen, Leberthran an Stelle von Butter zu verwenden, ihn den Speisen zuzusetzen, Fleisch und Fische damit zu braten? Sicherlich niemand; man ist zufrieden damit, ein gutes Nähr- und Heilmittel in ihm zu besitzen und verlangt nicht mehr von ihm. Auch von der Nährhese sollte man fürs erste nicht mehr verlangen und sie im allgemeinen nicht als Zusatz zu Speisen verwenden, sondern vor oder nach dem Genuß eines eiweißarmen Mittag- oder Abendbrotes einen oder zwei Teelöffel davon in einem halben Weinglase kalten Wassers oder schwachen Malzsaftes (ohne Milch und Zucker) verrührt nehmen. So schmeckt sie gar nicht übel; zu gleichen Teilen mit Butter verrührt als Brotaufstrich wird sie sich auch Freunde erwerben.

Im Essen gelocht, verleiht Nährhese, die nicht vollkommen entbittert wurde — und das scheint vorläufig selten zu gelingen — den Speisen einen bitteren Geschmack, wenn man soviel davon nimmt, daß sie ihren Zweck, einen erheblichen Teil des Eiweißbedarfs des Körpers zu decken, auch wirklich erfüllt.

Suppen, die einen säuerlichen Geschmack vertragen, wie Hafermehl-, Graupen-, Tomatensuppe und andere mehr, gelingt es ohne oder

doch nahezu ohne bitteren Beigeschmack herzustellen, indem man die Hese mit kaltem Wasser und etwas Zitronensaft, aufgelöster Zitronensäure oder Essig verrührt und dieses Gemisch der fertigen, nicht mehr kochenden Suppe zusetzt.

*** Genossenschaftsversammlung der Kleinhändler mit Lebensmitteln.** Unter dem Vorsitz des Vorstehers Johann P a b st fand kürzlich eine stark besuchte Genossenschaftsversammlung der nichtprotokollierten Kaufleute statt. Der Vorsteher berichtete über die Aktion der Genossenschaft betreffend die Vermittlung von Waren für die Mitglieder; dank besonderen Einschreitens habe die Gemeinde Wien auch die Kartoffelversorgung in eigene Regie übernommen. Der Redner nahm Stellung gegen das Vorgehen einiger Lieferanten gegenüber dem Kleinhandel, ganz besonders dagegen, daß Milchgroßhändler die Milchzustellung bei vielen Verschleißern einstellten und in ihren eigenen Filialen einen Kleinverschleiß ausübten. Die Genossenschaftsvorsteherung habe in dieser Sache eine Beschwerde an den Bürgermeister gerichtet. Schließlich wurde eine vom Vorsteherstellvertreter S o l l a u s beantragte Entschließung angenommen, in der unter anderem an die Regierung die Bitte gerichtet wird, bei Verfügungen wirtschaftspolitischer Natur den kleingewerblichen Unternehmungen Schutz angedeihen zu lassen, damit die Selbständigkeit möglichst vieler Einzelunternehmungen gesichert werde.

Gemeinsame Beratung der Konsumenten-Organisationen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

Wie uns die Kriegskommission für Konsumenteninteressen in Wien mitteilt, sind die Nachrichten über eine Zusammenkunft der Vertreter der Konsumenten-Organisationen der beiden Zentralmächte insoferne verfrüht, als zwar Dresden als Ort in Aussicht genommen ist, der Zeitpunkt der Beratung jedoch noch nicht feststeht. Bisher wurde lediglich darüber verhandelt, über welche Gegenstände eine gemeinsame Aussprache wünschenswert sei, hingegen war von einer, wie mehrfach mitgeteilt wird, förmlichen Gründung eines Zentralbundes nicht die Rede.

Vorschläge der Stadtverwaltungen.

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs hat beschlossen, an die Regierung mit folgenden Forderungen heranzutreten: Wirksame Einschränkung des Fleischgenusses der wohlhabenden Bevölkerung. Schaffung

von Landesviehverwertungsstellen. Verzeichnung des von den Händlern gezahlten Viehpreises auf den Viehpässen und Registrierung der Verkaufspreise auf den Märkten bei gleichzeitigem Verbot des Handels ab Stall und des sogenannten Handels auf dem Fuße. Nichtanwendung der Verordnung über die Höchstpreise für Fett auf Auslandsbezüge. Probeschlachtungen in den größeren Gemeinden behufs sachgemäßer Festsetzung der Detailverkaufspreise. Ferner wurde beschlossen, von der Regierung die Freigabe des Saccharins für den Verbrauch und Maßnahmen gegen den übermäßigen Verbrauch von Zucker, Kaffee, Tee usw. in den Kaffeehäusern während der Nachtzeit zu verlangen. Ferner kamen verschiedene laufende Angelegenheiten, darunter Fragen des Städtecredits und der Jugendfürsorge (Verbot des Tabakrauchens und des abendlichen Gasthausbesuches jugendlicher Personen) zur Sprache.

ts [Höchstpreise für Holz und Gewürze in Mähren.] Die Statthalterei in Mähren hat Höchstpreise für Holz im Kleinverkauf festgesetzt. Ein Bund Brennholz von mindestens 14 Kilogramm Gewicht darf mit Zustellung ins Haus für 1 Krone 44 Heller, ohne Zustellung für 1 Krone 24 Heller verkauft werden, was eine bedeutende Herabsetzung der bisherigen Preise zur Folge hat. — Aus O l m ü t z wird uns berichtet: Durch einen Beschluß des hiesigen Gemeinderates wurden die Höchstpreise für Pfeffer mit 12 Kronen und Paprika mit 10 Kronen für 1 Kilogramm festgesetzt. Gleichzeitig wurden von der mährischen Statthalterei die Preise für 1 Kilogramm K ü m m e l mit 2 Kronen 50 Heller und K a f a o mit 16 Kronen angeordnet.

20. IV. 1916

*** Selbsthilfe gegen Ubertenerung.** Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, Bezirk Leipzig, hat an allen Anschlagssäulen der Stadt ein großes Plakat anbringen lassen, das von allen dem Ausschuß angehörenden Vereinen unterzeichnet ist und folgendermaßen lautet: Gegen die Ubertenerung schützt sich die Leipziger Einwohnerschaft am besten durch strenge Einhaltung und Kontrolle der behördlichen Kriegsvorschriften. Zu ihrer richtigen Durchführung genügen die infolge des Krieges in ihrer Zahl bedeutend verringerten Beamten allein nicht. Darum ist der Grundsatz aufzustellen: Das Volk muß sich selbst helfen, indem es alle Uberschreitungen, die ihm zur Kenntnis gelangen, bei der Geschäftsstelle des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen ohne Ansehen der Person zur Weiterverfolgung meldet. Diese Meldung ist keine Denunziation, sondern ein Schutz gegen die inneren Feinde, ohne deren Niederringung die Erfolge unserer Feldgrauen gefährdet werden.

20. VII. 1916

* Unhöflichkeit beim Verkauf von Lebensmitteln. Eine Anzahl Zuschriften von Hausfrauen beklagen es, und die eigene Erfahrung bestätigt es, daß beim Einkauf von Lebensmitteln meist eine üble Zugabe mit eingesteckt werden muß: die zunehmende Unhöflichkeit der Verkäufer. Nicht nur die „Butterfräulein“ fühlen sich, sondern beinahe jeder, der mit dem Verkauf von Lebensmitteln zu tun hat. Und dieses „Sich-fühlen“ nimmt mitunter Formen an, die von Ungezogenheit nicht mehr zu unterscheiden sind, besonders gegen solche, die keine „guten Kunden“ sind. Zu machen ist da nicht viel, denn man ist auf die Gunst der Verkäufer angewiesen. Aber das ist nicht nur in Berlin so; überall ist dieselbe Klage, doch will man das sich nicht mehr überall gefallen lassen.

In bemerkenswerter Weise geht der Stadtrat von Zittau gegen diese Unhöflichkeit einzelner Lebensmittelverkäufer vor. Er hat eine amtliche Bekanntmachung erlassen, in der es heißt: „Es sind dem Stadtrat wiederholt Klagen über das Verhalten des Personals in einzelnen Läden für Nahrungsmittelverkauf gegenüber dem kaufenden Publikum zu Ohren gekommen, insbesondere wird darüber geklagt, daß das Publikum kurz und unliebenswürdig behandelt wird, so daß es den Anschein gewinnt, als ob der Verkauf der gewünschten Gegenstände lediglich eine „Zuvorkommenheit“ des Verkäufers sei. Dieses Verhalten ist in keiner Weise gerechtfertigt, denn die Verkäufer von Lebensmitteln sind verpflichtet, die von ihnen geführten Lebensmittel an jeden, der sie verlangt, abzugeben. Der Stadtrat würde sich veranlaßt sehen, wenn weitere derartige Klagen eingehen, in Erwägung zu ziehen, den betreffenden Händler von der Zuteilung der durch die Stadtverwaltung bezogenen Waren auszuschließen. Gleichzeitig wird anderweit darauf hingewiesen, daß der Händler verpflichtet ist, Lebensmittel an jedem Käufer abzugeben, solange er im Besitz solcher ist. Die Einwohnerschaft aber ersuchen wir, um Abhilfe solcher Mißstände schaffen zu können, uns Vorgänge ähnlicher Art mitzuteilen. Wir würden im Falle der Bestätigung unnachlässiglich vorgehen.“

gelassen, wandte ich mich in meiner Bedrängnis an den Seepräfekten, den damaligen Kontreadmiral Bienaimé, der mich alsbald mit beinahe verwirrender Liebenswürdigkeit empfing und in meiner Gegenwart Befehl gab, mir sämtliche Einladungen zu geben. Die zwei Wochen, die ich in Loulon — die zweite Woche als Gast eines höhern Marine-Offiziers — verbrachte, sind mir unvergänglich.

Der Kommandant konnte mein Wohlwollen für das italienische Volk, meine Schätzung der gebildeten Italiener nicht begreifen, und meinte, es würde mir wohl schwer fallen, zehn Franzosen zu finden, die nicht mit der größten Verachtung von den Italienern dächten und sprächen. Man habe eine fürchterliche Not gehabt, etwas Verbrüderungsstimmung unter die Seeleute der befreundeten Geschwader zu verbreiten, und habe schließlich Zuflucht zum Alkohol genommen. (Wer Sorgen hat, hat auch Viskör.) Dieses Bild hatte ich übrigens durch eigene Wahrnehmungen bestätigt gefunden. Seinen überwältigenden Ausdruck fand es dann in den Tagen der Carthage und Manonba, als die ganze französische Kammer sich wie ein Mann haßerfüllt gegen Italien erhob. Ohne den Dreibund hätte damals Italien den Krieg im Lande gehabt, und jene Erfahrung mit der französischen Volksseele trug wesentlich zur vorzeitigen Erneuerung des Bündnisvertrags auf Italiens Verlangen bei.

Es widerstrebte uns, in diesem, wie in ähnlichen nicht seltenen Fällen, eine Volksseelen-Lage zu nutzen. Wie richtig... (The text continues with a detailed, somewhat repetitive account of the author's experiences and reflections on the Italian situation during the war, mentioning various events and the state of the Italian people.)

verständliche Zufuttsforderung, die bekanntlich auch von maßgebenden Mitgliedern der belgischen Regierung in De Haare geteilt und eifrig vertreten wird.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

© Berlin, 17. Februar.

(Telegramm.)

Am Ministeriell Frhr. v. Schorlemer-Besler. Haus und Tribünen sind gut besetzt. Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Volksversorgung. (3. Tag.)

Die zweite Lesung des Etats des Staatsministeriums wird fortgesetzt.

Hoff (fortschr. Sp.): Die Brotgetreideversorgung rückt um so mehr in den Mittelpunkt der Volksernährung, je knapper das Fleisch wird. Deshalb ist es gut, daß wir mit erhöhten Reserven in das neue Jahr eintreten, daß wir schon daran gehen, die Regelung für das nächste Jahr vorzubereiten, und es ist erfreulich, daß die bisherigen Preise für Brot und Brotgetreide bis zum Ende des Krieges durchgehalten werden sollen. Nicht nur der Rede des Abg. Hofer wohnte eine agitatorische Tendenz inne, auch die des Abg. Köfide war davon nicht frei. Ohne jede Tendenz habe ich überhaupt noch keine Rede gehört. Wir jedenfalls haben die Erörterung dieser Wirtschaftsfragen in der Zeit des Burgfriedens im Plenum nicht angeschnitten, nehmen aber jetzt den Handschuh auf. Unser Antrag, der gegen die Verfüterung von Brotgetreide schärfere Maßnahmen fordert, ist keineswegs überflüssig. Es hatte im zweiten Kriegswirtschaftsjahr tatsächlich eine Lage Auffassung Platz gegriffen. Meine Ansicht, daß es der Landwirtschaft finanziell gut geht, stützt sich nicht auf das Urteil eines einzelnen Landwirtes. Finanziell ist es der Landwirtschaft seit 1870 nicht so gut gegangen. Dr. Köfide hat es im Reichstag bestätigt, hier hat sogar der Berichterstatter Hösch gesagt, daß ein bedingender Zustrom landwirtschaftlichen Geldes zu den Sparkassen stattfindet. Schlamm geht es dem Mittelstand. Dem Abg. v. Campe pflichte ich darin bei, daß man bei den Kartoffeln um eine weitgehende Beschlagnahme nicht herumkommt. Wir dürfen doch die Grundlagen der Kriegswirtschaft nicht gänzlich verlassen. Bevor wir durch Nachzahlung der Hafererhöhung 180 Millionen ausgeben, wenden wir das Geld doch besser an, indem wir der minderbemittelten Bevölkerung billige Nahrungsmittel schaffen. Es ist bedauerlich, daß derartige Ansprüche in dieser schweren Zeit überhaupt gestellt werden. Unser Antrag stellt keine unerfüllten Forderungen, gibt aber die Möglichkeit, in Notfällen wirklich lindernd einzugreifen. Meine Ausführungen über die Capriovische Wirtschaftspolitik sind vom Abg. Köfide in keinem Punkte erschüttert worden. Mit dem Wohlstand des deutschen Volkes ist seine Konsumkraft gestiegen, und auf ihr beruht das letzte Ende die Blüte der Landwirtschaft. Wenn von Führern der Landwirtschaft die ganzen Maßnahmen als überflüssig und Schikanen hingestellt werden, dann wird dadurch die Grundlage geschaffen für die Verbeziehung zwischen Produzent und Konsument. Das Einfuhrsystem hat verschuldet, daß stets ein Minimum von Korn im Lande war. Von Regierungsseite hat man deshalb gesagt, es sei ein Glück gewesen, daß der Krieg im August ausbrach, wo noch alles Korn im Lande war. Das wollen wir nach dem Kriege kommentieren. Die Herren von der Rechten sehen alles einseitig an. Wir betrachten alles vom Standpunkt des Ganzen und verbitten es uns, uns als Feinde der Landwirtschaft hinzustellen.

Johannsen (freison.): Wir verwahren uns dagegen, daß wir nur die Interessen der Produzenten vertreten. Unter den Landwirten herrscht Enttäuschung und Erbitterung über manche Maßregel.

Die Rede des Ministers.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer spricht über die Ernährungsfrage. Seine einleitenden Betrachtungen über die Wirtschaftspolitik und seine Darlegungen der Kartoffelerzeugung haben wir schon in Nr. 174 wiedergegeben. Im weiteren führte der Minister aus:

Was bei den Kartoffeln der Fall ist, trifft auch bei den andern Fruchtarten zu. Wir haben unsere größte Aufmerksamkeit darauf gerichtet, daß nicht allein die augenblicklich vorhandenen Borräte in möglichst gleichartiger Weise den Verbrauchern zugeführt werden, es kommt ebenso darauf an, daß wir die Erzeugung in ihrem bisherigen Umfange aufrechterhalten und wenn möglich, noch steigern. Und wenn dazu kein anderes Mittel zu Gebote steht, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als eine Erhöhung der Preise, wie sie von der Reichsregierung vorgenommen worden ist, eine Erhöhung, die, wie ich schon bemerkte, den Preis der Kartoffeln in einigermaßen anschließt und die unbedingt auch deswegen notwendig ist, weil, wie schon öfter bemerkt wurde, man den Preis der Kartoffeln einigermaßen dem Wert gleichstellen muß, den die Kartoffel als Futtermittel hat. Ich komme nun zum Hafer und zur Gerste. Durch die Verordnung vom 10. Januar ist die Möglichkeit gegeben worden, bei der sofortigen Einziehung von Hafer den Preis zunächst um 60 und weiterhin um 30 Mark gegen den bisherigen Höchstpreis zu erhöhen. Der Abg. Johannsen hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, und zwar, wie er sagt, in Übereinstimmung mit dem weitaus größten Teile des Hauses, daß der erhöhte Haferpreis auch denjenigen nachgezahlt werden möchte, die schon früher ihren Hafer abgeben mußten. Es ist zweifellos nicht zu verkennen, daß diejenigen, die ihren Hafer rechtzeitig und auf

danken gibt ja auch der Antrag Ausdruck, der von den Vertretern der Zentrums- und auch anderen Parteien gestellt worden ist. Es ist Ihnen ja bekannt, daß durch die Verordnung vom 27. Januar 1916 die Heeresverwaltung, die Marineverwaltung, die Reichsartoffelstelle und die von diesen ermächtigten Stellen und Personen in Zukunft an die Höchstpreise nicht gebunden sind, daß sie jedoch bei den anderen Verkäufen den Befehlen des Reichskanzlers unterliegen. Der Reichskanzler hat auf Grund dieser Verordnung zunächst den genannten Stellen die Ermächtigung erteilt, den Preis um 1,25 M. mit monatlichen weiteren Steigerungen um 25 Pfennig zu erhöhen, während im übrigen, das heißt abgesehen von den Einkäufen, die von diesen Stellen bewirkt werden, die bisherigen Höchstpreise in Kraft bleiben. Sie können sich denken, daß ein derartiger Beschluß nur nach sorgfältiger Erwägung und unter Prüfung aller Verhältnisse gefaßt worden ist, und daß es der Reichsleitung durchaus nicht leicht geworden ist, auch in den hier vorgesehenen Fällen die vorher festgesetzten Höchstpreise für Kartoffeln weiter zu erhöhen. Aber die Gründe, die bereits in der Kommission und auch von verschiedenen Rednern hier geltend gemacht worden sind, waren ausschlaggebend. Es handelt sich ja zunächst nicht darum, der Bevölkerung schon die Versorgung mit Kartoffeln für den Winter zu verteuern. Reichs- und Staatsregierung haben Vorkehrungen getroffen, daß die Kartoffeln bis zum 15. März unter allen Umständen zum bisherigen Höchstpreis geliefert werden können. Wenn nach diesem Datum eine mäßige Erhöhung der Preise eintritt, so steht dieselbe durchaus im Einklang mit den Erhöhungen der Preise, die die Kartoffeln überhaupt, auch in Friedenszeiten, aufzuweisen hatten. Aber auch ganz abgesehen davon erschien eine Preissteigerung notwendig, weil doch unbedingt dafür gesorgt werden muß, daß die Kartoffeln nicht weiter verfaulen, sondern sparsamer mit ihnen umgegangen wird und daß die Kartoffelerzeuger auch einen Anreiz haben, die Kartoffeln soweit wie möglich dem menschlichen Konsum zu erhalten und zuzuführen. Es wird mir entgegengehalten werden, daß das auf dem Wege der

ist hart, aber die einzige Möglichkeit, nach dieser Richtung hin Wandel zu schaffen und vor allen Dingen dem unmöglichen Anrennen der Bevölkerung bei den Butterläden ein Ende zu machen. (Sehr richtig!) In einer Reihe von Städten ist eine solche Regelung bereits erfolgt.

Auch bei der Milch ist nicht davon die Rede, daß der notwendige Bedarf der Bevölkerung bei diesem Nahrungsmittel nicht gedeckt werden könnte. Aber da die Milchproduktion zurückgegangen ist, ist auch die Milchproduktion zurückgegangen. Die notwendige Aufrechterhaltung unserer Milchproduktion führt von selbst dazu, bei den Kartoffeln, die zur Verfütterung des Rindviehs gelassen werden, möglichst weite Zugeständnisse zu machen. Die Viehbestände müssen am Leben bleiben und für die weitere Zucht muß gesorgt werden. Die Heeresverwaltung macht dauernd großen Anspruch an die Viehbestände. An Schweinen kann der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden. Beim Rindvieh kommt es sehr darauf an, nach Möglichkeit für entsprechenden Nachwuchs zu sorgen.

Ich stelle aber fest, daß wir über die schlimmsten Monate des Winters schon wieder hinweg sind. Wir gehen dem Frühjahr entgegen. Wir werden demnächst die Weide haben, die wir in einigen Bezirken des Westens schon haben. Dann wird die Ernährung der Viehbestände besser sein, und für die Ernährung der Bevölkerung werden die Gartenerzeugnisse auf den Markt kommen.

Aus den Reden einiger Abgeordneten und aus der Presse wurde den Landwirten die sogenannte

Zurückhaltung der Vorräte

zum Vorwurf gemacht. Ich bin weit davon entfernt, zu leugnen, daß an einzelnen Stellen eine Zurückhaltung von Vorräten stattgefunden hat. Aber der Gesamtheit der Landwirte ist eine derartige Zurückhaltung, wie die Zahlen bei der Kartoffelversorgung im Westen beweisen, nicht zum Vorwurf zu machen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wenn der kleinere Landwirt zurückgehalten hat, so hat er es nicht getan, um sich selbst und seine Angehörigen besser zu ernähren, sondern um seine Viehbestände am Leben erhalten zu können. Dieses Streben sollte man nicht unterdrücken, sondern nach Möglichkeit fördern. Denn wenn der kleine Mann seine Liebe zum Vieh verliert, dann wird die weitere Ernährung unseres Viehbestandes ohne weiteres preisgegeben. (Sehr richtig!) Sehen Sie mit dem Ernst, den die Lage erfordert, aber auch vertrauensvoll in die Zukunft. Sie sind überzeugt, daß die Regierung und das Landwirtschaftsministerium jede berechtigte Kritik gern entgegennehmen. (Beifall.) Noch besser aber sind praktische Vorschläge, die möglich und erreichbar sind. Sie dürfen dann überzeugt sein, daß sie nicht vergeblich an die Türen des Landwirtschaftsministeriums klopfen werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Braun (Soz.): Auf dem wirtschaftlichen Kriegsschauplatz im Innern haben wir leider keine geschlossene Front mehr wie draußen im Felde, sondern hier fliegen mehr die materiellen Interessen. Die Kartoffelgroßhändler haben ihre Vorräte zurückgehalten und wahrhaft Wucher getrieben. Herr Roefide sollte hier nicht von den Opfern der Landwirtschaft sprechen. Es ist von einem christlichen Pfarrer zugegeben worden, daß die Landwirte in diesem Kriege große Verdienste eingeleistet haben, und das erbittert eben die Bevölkerung. Gegen den Lebensmittelwucher muß viel schärfer vorgegangen werden.

Abg. Giesberts (Ztr.): Nicht in allen Kreisen der Bevölkerung erkennt man die Tragweite der Maßnahmen zur Abwendung der Hungersnot. Die Arbeiter erkennen sie. In seinem Lande der Welt ist die Arbeiterschaft so anpassungsfähig wie bei uns, verrichtet sie während des Krieges eine solche Mehrarbeit trotz erschwelter Ernährung. Unangenehme Lebensgewohnheiten müssen in der Kriegszeit beiseite gestellt werden. Die neu geschaffenen Einrichtungen für die wirtschaftlichen Fragen haben keine Erfahrungen, die dem Kriege Rechnung tragen, man hat sich eben immer zu sehr für den Kriegsausfall auf das Militär verlassen, wir brauchen für später einen wirtschaftlichen Kriegsplan. Kein Mensch glaubt der Regierung mehr, wenn sie sagt, die Preise werden erhöht oder nicht erhöht. Es wäre erwägenswert, mit den Landwirten Verträge abzuschließen, daß sie bestimmte Speisekartoffeln bauen und dafür hinreichende Mindestpreise bekommen. An Hand der Kriegserfahrungen muß die Lebensmittelversorgung der Großstadt, besonders des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, studiert werden, damit entsprechende Maßnahmen getroffen werden können. Dem deutschen Volke muß die Gemeinsamkeit in dieser schweren Zeit erhalten bleiben. (Beifall.)

Abg. Kretz (Kons.): Alle Kreise der Bevölkerung müssen zusammengehalten. Hohe Preise sind nicht zu vermeiden, weil wir in einer belagerten Festung sind, weil England den Krieg gegen Greife, Frauen und Kinder führt. Die bösen Agrarier sind an der Leuerung nicht schuld. Die Frauen auf dem Lande leisten jetzt das, was sonst kräftige Männer tun mußten. (Zuruf: Das ist in allen Kreisen!) Gewiß, aber die Landwirtschaft hat man noch nicht genügend erwähnt. Dann die angeblich verhältnismäßig geringen Vorräte. Es ist volkswirtschaftlich besser, die Landwirte überlassen, als wenn sie unterschätzt hätten. Man konnte sich in diesem Jahre außerordentlich täuschen. Die Prokration ist in Belgien größer als bei uns. Das geht in der Nächstenliebe zu weit. Die brüderliche Einigkeit ist bei den Sozialdemokraten mit ihrer Mehrheit und Minderheit nicht groß. Hört man von dort Mahnungen, wie sie der Abg. Braun hier ausgesprochen hat, so ist das so, als wenn jemand seine Frau prügelt und dann Vorträge über glückliche Ehen hält. (Heiterkeit.) Die Blüte der Landwirtschaft hat die Blüte der Industrie und des Handels zur Folge. Herr v. Campe hat recht, die Höchstpreise sind fast überall zu Normalpreisen geworden. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Höchstpreise zu niedrig gewesen sind. Die Landwirte schwimmen nicht im Gelde. Beim Handel und bei der Industrie liegt fast viel Geld brach, weil die Betriebe stillliegen. Die freien Berufe leiden besonders schwer. Der Redner bespricht dann die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung. Eine Beschlagnahme würde für die kleinen Landwirte und ihren Viehbestand ruindis wirken. Organisation und Einteilung ist das einzige Hilfsmittel, sie müssen verbunden sein mit Einheitlichkeit und Opferinn.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Persönlich erklärt Abg. Hoff (Fortschr. Vp.), daß auch die Fortschrittliche Volkspartei die Leistungen der Landwirtschaft durchaus anerkenne. Wir sind nicht grundföhllich gegen jeden Zoll, das beweist unsere Zustimmung zum Caprivischen Zolltarif. Wir sind aber auch nicht grundföhllich gegen jeden Schutz Zoll.

Die Abstimmungen.

Die Beschlüsse der Staatshaushaltskommission zu den Fragen der Volksernährung werden im wesentlichen angenommen.

Angenommen wird auch ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei, wonach Maßnahmen getroffen werden sollen, um das Brotgetreide aus der kommenden Ernte wirksamer als bisher gegen Verfaulung zu sichern.

Auch der Antrag Porstch (Z.), dahin zu wirken, daß die Höchstpreise für Kartoffeln vom 28. Oktober 1915 bis

Beschlagnahme und Entelgnung

auch zu erzielen sein würde. Ich glaube, das ist eine irrige Annahme. Man wird in einzelnen Fällen — und das ist auch geschehen — zu einer Beschlagnahme und zu einer Entelgnung schreiten, aber eine generelle Beschlagnahme der Kartoffeln ist einfach unausführbar, weil sie die Fortführung zahlreicher Wirtschaften in Frage stellen würde, weil sie die Erhaltung unserer Viehbestände, die ebenso notwendig sind und zweifellos gefährdet sind, auf die Dauer in Frage stellen würde. Ich glaube, wenn man diese Gesichtspunkte beachtet, wird man der Reichsregierung in den getroffenen Maßnahmen zustimmen müssen, so hart sie auch für diejenigen sind, die die Kartoffeln im Frühjahr teurer bezahlen müssen, als es im Winter der Fall gewesen ist.

Was bei den Kartoffeln der Fall ist, trifft auch bei den anderen Fruchtarten zu. Wir haben unsere größte Aufmerksamkeit darauf gerichtet, daß nicht allein die augenblicklich vorhandenen Vorräte in möglichst gleichartiger Weise den Verbrauchern zugeführt werden, es kommt ebenso darauf an, daß wir die Erzeugung in ihrem bisherigen Umfange aufrecht erhalten und wenn möglich noch steigern, und wenn dazu kein anderes Mittel zu Gebote steht, kann bleibt eben nichts anderes übrig, als eine Erhöhung der Preise, wie sie von der Reichsregierung vorgenommen worden ist, eine Erhöhung, die, wie ich schon bemerkte, den Preiserhöhungen der Friedenszeiten sich einigermaßen anschließt und die unbedingt auch deswegen notwendig ist, weil, wie schon öfter bemerkt wurde, man den Preis der Kartoffeln einigermaßen dem Wert gleichstellen muß, den die Kartoffel als Futtermittel hat.

zu Hafer und Gerste.

Durch die Verordnung vom 10. Januar ist die Möglichkeit gegeben worden, bei der sofortigen Einziehung von Hafer den Preis zunächst um 60 M. und weiterhin um 30 M. gegen den bisherigen Höchstpreis zu erhöhen. Der Abg. Johannsen hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, und zwar, wie er sagt, in Übereinstimmung mit dem weitaus größten Teile des Hauses, daß der erhöhte Haferpreis auch denjenigen nachgezogen werden möchte, die schon früher ihren Hafer abgeben mußten. Es ist zweifellos nicht zu verkennen, daß diejenigen, die ihren Hafer rechtzeitig und auf besonderen Wunsch der Heeresverwaltung früher abgeliefert haben, wie sie es sonst getan haben würden, hernach dadurch sich betroffen fühlen, daß andere, die ihren Hafer später ausgedroschen, später zur Ablieferung gebracht haben, einen erhöhten Preis erzielen. Aber ich bitte ja zunächst nicht zu vergessen, daß ein derartiger Kummer im Kriege an der Tagesordnung ist und daß zum Beispiel diejenigen, die im Sommer 1914 ihre Ernte zu den damaligen verhältnismäßig niedrigen Preisen verkauft hatten, zweifellos ein sehr langes Gesicht gemacht haben, als nachher die Höchstpreise eingeführt wurden und diejenigen einen höheren Preis bekamen, die den Verkauf ihrer Ernte zurückgehalten hatten. Es erscheint mir nicht gerechtfertigt, allen denjenigen, die früher ihren Hafer abgeliefert haben, den erhöhten Preis nachzuschlagen. Ich glaube, daß die nach dieser Richtung hin geäußerten Hoffnungen definitiv begraben werden müssen. Was die Frage betrifft, ob den Landwirten der sogenannte ersparte Hafer und die sogenannte ersparte Gerste, also die Quantitäten, die sie nach den bisherigen Bestimmungen mit Recht beanspruchen könnten, die sie aber tatsächlich nicht veräußert haben, nicht in Anspruch genommen werden, so schweben darüber noch Verhandlungen mit dem Kriegsminister. Es ist nicht richtig, daß ich meinerseits definitiv zugesichert habe, daß diese Quantitäten nicht in Anspruch genommen werden, dazu hatte ich gar keine Berechtigung. Ich habe mich darauf beschränkt, dem Kriegsminister den Antrag zu unterbreiten, wenn möglich diese in Frage stehenden Quantitäten den Landwirten zu belassen. Die Sache hängt schließlich davon ab, ob die Heeresverwaltung genötigt ist, zur Deckung ihres Bedarfes diese Quantitäten in Anspruch zu nehmen oder ob sie darauf verzichten kann. Es handelte sich beim Hafer um Verhältnisse, die beim Beginn des Herbstes nicht übersehen werden konnten. Unter allen Umständen mußte, selbst bei Erhöhung des Preises, die rasche Versorgung des Heeres sichergestellt werden.

Butter-, Milch- und Fleischversorgung.

Es ist meines Erachtens unumgänglich notwendig und wird von verschiedenen großen Städten auch schon betont, daß der Verbrauch an Butter durch Butterkarten rationiert wird. Es wird vorausichtlich auch in den nächsten Monaten noch mit der Knappheit der Butter so bleiben, und es wird unbedingt notwendig sein, über die Butter, die zur Verfügung steht, in der Weise zu verfügen, daß jeder einzelne, wenigstens in den größeren Städten und Industriebezirken, nur ein bestimmtes Quantum Butter erhalten kann. Das

9. Sitzung, Donnerstag, 17. Februar. Zweite Lesung des Haushalts. (Dritter Tag.) (Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer (fortfahrend):

Da sind einige Zahlen für die Kartoffelversorgung im Westen charakteristisch. Durch eine amtliche Statistik des Ministers der öffentlichen Arbeiten wird nachgewiesen, daß im Jahre 1915 90 000 To. Kartoffeln nach dem Westen mehr genommen sind als im Jahre 1914. (Hört, hört!) Im Jahre 1914 waren es 255 244 To., im Jahre 1915 aber 344 320 To. Nun ist von verschiedenen Oberbürgermeistern die Richtigkeit dieser Statistik bestritten worden. Gewiß mögen einigen Städten einige oder mehrere Wagen Kartoffeln angehängt sein, die ihren Weg in andere Gegenden genommen haben. Aber es steht doch wohl fest, daß der Wahrscheinlichkeit nach im Jahre 1915 mehr Kartoffeln nach dem Westen gekommen sind als im Jahre 1914. Der kartoffelreiche Osten und auch die Mitte der Monarchie haben ihre Schuldigkeit gegenüber den westlichen Verbrauchern getan. (Sehr richtig! rechts.) Wenn sie 1915 noch mehr Kartoffeln als 1914 nach dem Westen geliefert haben, wird man ihnen nicht vorwerfen können, daß sie mit ihren Kartoffeln ganz besonders in diesem Jahre zurückgehalten hätten. (Sehr richtig!) Wenn das richtig ist, und wenn man erwägt, daß im Jahre 1915 die Kartoffelverzehrung in den Städten nicht zugenommen, sondern infolge der Einberufungen zum Militär abgenommen hat, so drängt sich mit Recht die Frage auf: Wo sind eigentlich diese Kartoffelvorräte geblieben? (Sehr richtig! rechts.) Diese Kartoffelvorräte sind von den Städten des Westens in Empfang genommen und dem

Kleinhandel

übergeben worden. Eine Bestandsaufnahme, die am 16. Januar stattgefunden hat, ergibt das ebenfalls sehr interessante Resultat, daß zum Beispiel im Regierungsbezirk Düsseldorf, wenn man 1 1/2 Pfund Kartoffeln für den Tag und Kopf zugrunde legt, die Vorräte bis zum 15. März (hört, hört!), und im Regierungsbezirk Köln ebenfalls bis zu diesem Datum und wahrscheinlich noch länger reichen würden, und daß trotzdem in nahezu allen Städten dauernde Kartoffelnot bestand. (Hört, hört!) Wenn man die Kartoffeln dem Kleinhandel übergibt und nicht dafür sorgt, daß sie dem Verbraucher zugeführt werden, so ist das Ergebnis nicht wunderbar. Nach den Berichten der Regierungspräsidenten haben sich auch die wohlhabenderen Kreise der Bevölkerung teilweise reichlich und für Monate mit Kartoffeln eingedeckt, die ärmeren Haushaltungen, die nach ihren Mitteln nur in der Lage sind, für wenige Tage Kartoffeln zu beziehen, haben, wenn diese Tage vorüber sind, wiederum Mangel an Kartoffeln. Bei diesem Verfahren würde der Osten, auch wenn er doppelt soviel Kartoffeln hätte, auf die Dauer dem Bedarf nicht gerecht werden können.

Ich habe sowohl den Oberpräsidenten wie den Regierungspräsidenten und Oberbürgermeistern gesagt, daß es unbedingt notwendig sein würde, die weitere Verteilung der Kartoffeln in der Weise zu regeln, daß sie in erster Linie denjenigen zugeführt werden, die noch notwendigen Bedarf an Kartoffeln haben. Die Verordnung vom 7. Februar wird hoffentlich dazu beitragen, die Klagen, wie sie jetzt geltend gemacht wurden, in Zukunft verstummen zu lassen. Dabei möchte ich noch bemerken, die Städte und Industriebezirke haben nicht allein 1 1/2 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Tag als Bedarf angegeben, sondern außerdem noch für jedes Schwein 5 Pfund und für jedes Stück Rindvieh 2 Pfund täglich. Was das für Wirkungen hat, bitte ich daraus zu entnehmen, daß zum Beispiel im Regierungsbezirk Düsseldorf für diese vom Osten bezogenen Kartoffeln 113 131 Schweine in Betracht kommen, was bei 5 Pfund nahezu 600 000 Zentner macht, und vom Rindvieh 185 781 Stück, die mit 2 Pfund täglich bei der Kartoffelversorgung in Anrechnung gebracht werden. Für die Ernährung besonders der arbeitenden Bevölkerung ist es wichtig, daß sie auch ihre Kuh oder ihr Schwein weiterzubringen vermag. Aber der Zweck der Versorgung der Städte mit Kartoffeln und der Heranziehung der Kartoffeln von den Landwirten, selbst unter Anwendung von Beschlagnahme, war doch eigentlich nicht die Ernährung der Viehbestände, sondern der Bevölkerung. Nur unter dem Gesichtspunkte sind die Höchstpreise zu rechtfertigen, wie sie im vorigen Herbst festgestellt worden sind. Der Abg. Herold hat besonders die in Aussicht stehende Erhöhung der Kartoffelpreise bemängelt. Diesem Ge-

Die Approvisionnement der Hauptstadt.

Sitzung der Zehner-Kommission.

Budapest, 10. März.

Nach langer Pause hielt die Zehner-Kommission heute nachmittags wieder einmal eine öffentliche Sitzung. Es wurden mehrere wichtige Approvisionnementfragen besprochen und einige Beschlüsse gefasst, von denen der auf die Erhöhung der Milchpreise bezügliche Beschluß besonders hervorzuheben ist. Das interessanteste Ereignis der Sitzung war aber der Austritt Dr. Wilhelm Bázsonyi aus der Kommission, den er in einer längeren Rede begründete.

Die Beratung, die Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy leitete, nahm folgenden Verlauf:

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy sprach zunächst über die der Hauptstadt zur Verfügung stehenden Getreide- und Mehlvorräte. Er teilte sodann mit, daß die Hauptstadt von der Regierung ermächtigt worden sei, auch die Frage des Heilbrotes zu regeln.

Erhöhung der Milchpreise.

Um die Milchproduzenten zur Steigerung der Milchproduktion anzuweisen und um andererseits zu verhüten, daß die Milchzufuhr sich verringere, wurde bekanntlich beschlossen, die Milchpreise zu erhöhen. Die Preise der Milch werden im allgemeinen um 8 Heller pro Liter erhöht; den größeren Teil dieses Betrages erhalten die Produzenten, den Rest die Milchhändler. Die Milchfrage referierte Obernotär Konstantin Szantovics. Die Approvisionnementsektion proponiert, daß der minimale Produktionspreis mit 38 Hellern festgesetzt werde; in diesem Betrag sind die Transportgebühren und die Pflastermaut inbegriffen, nach deren Abzug den Produzenten 35 bis 35½ Heller bleiben. Die Milchpreise werden wie folgt festgesetzt: Kannenmilch, ein groß, in geschlossenem Gefäß 44 h (bisher 36 h), im Detailhandel, in offenem Gefäß 48 h (40 h), Flaschenmilch, ein groß, 50 h (41 h), im Kleinvertrieb 54 h (bisher 44 h). Preis der von den Kaffeehäusern und Kaffeeschenken „über die Straße“ verkauften gekochten Milch 50 h, Preis der abgerahmten Milch, ein groß 26 h, im Kleinvertrieb 30 h, der pasteurisierten Milch 58 h (bisher 48 h), der Heilmilch 74 h (bisher 70 h). Die beiden letzteren Milcharten werden bloß von zwei Unternehmungen erzeugt, die höchstens 8 Prozent ihrer Milch dazu verwenden dürfen.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy bemerkte, daß die Erhöhung der Milchpreise wohl bebauerlich, jedoch unerlässlich sei. Vielleicht werde sich später die Notwendigkeit einer noch größeren Steigerung der Preise ergeben. Man müsse den Produzenten eine Steigerung ihrer Produktion ermöglichen, was nur durch Gewährung höherer Preise erreicht werden könne.

Dr. Samuel Glucksthal führt den Milchmangel hauptsächlich darauf zurück, daß immer mehr Kühe geschlachtet werden. Dies müßte die Regierung mit allen Kräften verhindern. Viele Landwirte seien gezwungen, ihre Kühe zu verkaufen, weil sie sich nicht das nötige Futter verschaffen könnten.

Dr. Josef Stern bewilligt die Erhöhung der Milchpreise nur unter der Bedingung, daß durch diese Maßregel eine stärkere Milchzufuhr ermöglicht wird. Redner spricht sich gegen die Erhöhung der Preise der Heilmilch aus und wünscht, daß der Milchkonsum der Kaffeehäuser eingeschränkt werde.

Dr. Emerich Németh fordert, daß der Verkauf von Heilmilch überhaupt verboten werde. Nur eine einzige Milchqualität soll verkauft werden dürfen.

Ministerialrat Johann Serbán reflektierte auf die Bemerkungen Dr. Samuel Glucksthal und bemerkte, der Ackerbauminister habe schon vor einem Jahre das Schlachten trächtiger Kühe verboten. Leider lasse sich dies nur schwer kontrollieren. Was die Milchfrage betrifft, äußert der Redner den Wunsch, daß die Erzeugung von Heilmilch nicht ganz untersagt werde, da man ja für Säuglinge oft solcher Milch bedarf. Auch die Erzeugung von pasteurisierter Milch dürfe nicht zu sehr eingeschränkt werden, denn durch die Pasteurisierung wird im Sommer, wenn vielleicht ein Eismangel herrschen sollte, ein großer Teil der Milch erhalten werden.

Gustav G. Ehrlich bedauert, daß die Milchpreise nicht schon vor zwei Monaten erhöht wurden, wie er es beantragt habe. In diesem Falle hätten sich die Verhältnisse nicht so verschlimmert.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy reflektiert auf die Ausführungen der einzelnen Redner. Was die Heilmilch betrifft, hat er nichts dagegen, daß der Prozentsatz, der für die Erzeugung solcher Milch festgesetzt wurde, von 8 auf 6% reduziert werde. Er ist ferner geneigt, auch von der Erhöhung des Preises der Heilmilch Abstand zu nehmen. Den Antrag auf Restringierung des Milchkonsums der Kaffeehäuser begrüßt er mit größter Genugtuung; in dieser Frage wird er in der nächsten Sitzung konkrete Vorschläge unterbreiten.

Die Kommission nahm die Unterbreitung der Sektion zur Kenntnis.

Schweinefleisch und Fett.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy teilte mit, daß am 15. d. für Schweinefleisch, Fett und Speck neue Höchstpreise ins Leben treten. Die neuen Höchstpreise sind: Fett im Großhandel k 5.50, Scher k 5.10, frischer roher Speck k 4.90; Schweinefleisch: halbes Schwein mit Kopf, Füßen und Speck k 4.80 bis k 5.—, ohne Speck k 4.14 bis k 4.30. Der letztere Preis ist mit dem bisherigen identisch; die interessierten Gewerbetreibenden haben nämlich um die Aufrechterhaltung des jetzigen Preises gebeten. Die Gewerbetreibenden wünschen ferner, die Kommission möge an die Regierung eine Eingabe richten, daß sie, wenn sie schon für die lebenden Schweine keine Höchstpreise festsetzen wolle, die Hauptstadt von dem Zwange der Festsetzung der Höchstpreise für Schweinefleisch befreie.

Johann A. Horváth tritt für die Erfüllung dieses Wunsches ein.

Dr. Samuel Glucksthal betont, daß die Festsetzung der Höchstpreise für Schweinefleisch eine unvollkommene Maßregel sei, die die Kommission jedoch durchführen müsse, weil die Regierung dies wünsche. In erster Reihe hätten die Höchstpreise der lebenden Tiere festgesetzt werden sollen, denn trotz der Höchstpreise für Schweinefleisch und Fett steigen die Preise der Schweine immer höher.

Die Kommission nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Abdankung Dr. Bázsonyi.

Dr. Wilhelm Bázsonyi: Seitdem die Zehnerkommission besteht, war sie stets bestrebt, ihre Pflicht zu erfüllen. Allein je tiefer Redner in die Sachen eindringt, desto

festler wird in ihm die Ueberzeugung, daß die Bemühungen der Kommission vergeblich sind, daß ihre Tätigkeit unfruchtbar bleiben muß. Die Kommission hat gebundene Hände, trotzdem trägt sie allein für die ganze Approvisionnement der Hauptstadt die Verantwortung; sie erweckt in dem Publikum Hoffnungen, die sie nicht zu erfüllen vermag.

Redner unterzieht nun die Approvisionnementpolitik der Regierung einer abschließenden Kritik. Was hat die Regierung — fragt er — zur Lösung der einzelnen Approvisionnementfragen bisher getan? Welche Verfügungen hat sie in der Milchfrage getroffen? Wie hat sie die Futterfrage gelöst, was hat sie zur Hebung der Milchproduktion getan? Gar nichts! Sie hat alles unterlassen, was geeignet gewesen wäre, die Verhältnisse zu bessern. Sie hat weder die Erzeugung der Butter eingeschränkt, noch die Höchstpreise für dieses Lebensmittel festgesetzt. In der Milchfrage hat sich die Regierung darauf beschränkt, uns den väterlichen Rat zu erteilen, daß wir die Milchpreise erhöhen, um dadurch die Milchproduzenten zur Steigerung der Milchproduktion anzueisern. Das haben wir nun getan, obgleich wir alle überzeugt sind, daß es nichts helfen wird.

Die Getreide- und Mehlfrage wurde noch irgendwie gelöst. Im Verlaufe der Lebensmitteldebatte im Abgeordnetenhaus ist Redner zu der Ueberzeugung gelangt, es herrsche in den maßgebenden Kreisen darin volle Uebereinstimmung, daß man an diese Fragen nicht rühren dürfe. Auch unter den oppositionellen Abgeordneten fanden sich zwei Redner, die selbst die Teuerung der Hasenpreise als motiviert bezeichnen.

Die Regierung zeigt kein ernstes Bestreben, der Teuerung zu steuern. Sie wagt sich an die Lösung vieler Fragen nicht heran, die in Deutschland in befriedigender Weise gelöst wurden. Redner kritisiert die zur Milderung der Teuerung der Schweinefleisch- und Fettpreise getroffenen Verfügungen der Regierung; während in Deutschland in erster Reihe für die lebenden Schweine Höchstpreise festgesetzt wurden, hat man sich bei uns auf die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweinefleisch, Fett und Scher beschränkt. Man sagte, diese Höchstpreise würden auch die Preise der lebenden Tiere günstig beeinflussen, die Erfahrung zeigt aber, daß gerade das Gegenteil eingetreten ist. Diese Fragen hätten für das ganze Land und im Einvernehmen mit Oesterreich geregelt, in erster Reihe aber die Höchstpreise für lebende Schweine festgesetzt werden sollen.

Doch all dies ist unterblieben; wie soll nun unter solchen Umständen die Zehnerkommission ihre Aufgabe erfüllen und den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden?

Redner hat keine Lust, durch seine Teilnahme an den Sitzungen der Kommission die Unterlassungen der Regierung, ihr planmäßiges Nichtstun, gewissermaßen zu sanktionieren; er will nicht länger dazu beitragen, den Schein zu erhalten, als ob die Kommission etwas zur Verbesserung der Zustände tun könnte. Die Regierung kümmert sich um die Hauptstadt nicht; die Landwirte und auch die Banken verteidigt der Ministerpräsident gegen jeden Angriff, hört dagegen ruhig lächelnd die Behauptung an, daß das Geld der Postsparkasse bei der Hauptstadt schlecht angelegt sei. Redner hat in den Sitzungen der Kommission niemals politisiert, sondern stets nur seine Pflicht erfüllt, doch nunmehr ist er nicht länger geneigt, die bisherige Rolle weiterzuspielen und dazu beizutragen, daß sich die Autonomie der Hauptstadt auf diese Weise abmühe. Er gibt der Regierung den Rat, nach ihrer eigenen Approvisionnementseigenschaft und durch ihre eigenen Organe die Approvisionnement zu leiten.

Vizebürgermeister Dr. Theodor Bödy, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, fragt den Redner, was seine Worte zu bedeuten haben.

Dr. Wilhelm Bázsonyi: Ich wollte vor der Öffentlichkeit meine Abdankung von der Stelle eines Mitgliedes der Zehner-Kommission begründen.

Dr. Samuel Glucksthal begreift wohl die Erbitterung Dr. Bázsonyi, doch wolle er sich ihm nicht anschließen, denn er halte es für seine Pflicht, bis zum letzten Augenblick auf seinem Posten auszuharren. Mit ruhigem Gewissen kann Redner behaupten, daß wenn die Bewohner der Hauptstadt bisher keinen Mangel gelitten haben, dies zum großen Teile dem Wirken der Zehner-Kommission zu verdanken sei. Erfüllt die Regierung nicht ihre Pflicht, so muß wenigstens die Kommission ihre Pflicht erfüllen. Redner bittet Dr. Bázsonyi, seine Absicht aufzugeben.

Gustav G. Ehrlich teilt vollkommen den Standpunkt Dr. Glucksthal's. Die Kommission muß unverdrossen ihre Tätigkeit fortsetzen.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy teilte sodann noch mit, daß von den kommunalen Reis- und Bohnenvorräten bisher 3278, beziehungsweise 921 Metertzener verkauft wurden.

Die Kommission nahm diese Mitteilung zur Kenntnis, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Kundmachung

seinem Geschäftslokale an einer deutlich sichtbaren Stelle und in gut lesbaren Schriftzeichen nachstehende Verlautbarung sofort anzuschlagen:

„An einzelne Käufer (unmittelbare Verbraucher) darf Zucker bis einschließlich 18. März 1916 an einem Tage nur in Mengen, die $\frac{1}{4}$ kg nicht übersteigen, und vom 19. März 1916 an nur gegen Vorweisung einer gültigen Zuckerkarte und gegen Abtrennung einer der begehrten Menge entsprechenden Anzahl von Abschnitten, abgegeben werden.

Die Nichteinhaltung dieser Vorschrift wird sowohl an dem Verkäufer als auch an dem Käufer geahndet.“

V. Wer den Bestimmungen dieser Kundmachung zuwiderhandelt, insbesondere wer in das von ihm zu führende Vormerkbuch über den Verkehr mit Zucker unrichtige Angaben einsetzt, wird, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde gemäß § 7 der bezogenen Statthaltereiverordnung, beziehungsweise § 14 der bezogenen Ministerial-Verordnung mit einer Geldstrafe bis zu 2000 K oder mit Arrest bis zu drei Monaten, bei erschwerenden Umständen aber mit einer Geldstrafe bis zu 5000 K oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Bei einer Reurteilung kann auch auf den Verlust einer Gewerbeberechtigung erkannt werden.

VI. Diese Kundmachung tritt am 13. März 1916 in Kraft.

Auszug aus der Ministerial-Verordnung vom 4. März 1916, R.-G.-Bl. Nr. 61.

§ 5, Abs. 1: Personen, welche in Humanitäts- und Wohltätigkeitsanstalten, Klöstern, militärischen Anstalten, in Lehr- und Erziehungs-Instituten, Zwangsarbeitsanstalten, Gefängnissen, Asylen, Flüchtlingslagern u. s. w. zur Gänze verpflegt werden, erhalten keine Zuckerkarte (§ 6).

§ 6, Abs. 1: 1. Gast- und Schankgewerbetreibende,
2. Bäcker, Zucker- und Kuchenbäcker, Mandolettibäcker und Lebzelter, ferner

3. die im § 5 genannten Anstalten dürfen Zucker nur gegen von der zuständigen politischen Bezirksbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle auszufertigende Bezugsscheine beziehen.

§ 7, Abs. 1: Wer gewerbsmäßig Zucker im Handelsverkehre abgibt, darf, insofern er nicht zu den im § 8 bezeichneten Großhändlern gehört, Zucker nur gegen von der politischen Bezirksbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle auszufertigende Bezugsscheine beziehen. Beim Bezuge des Zuckers hat er seinen Bezugsschein dem Verkäufer auszufolgen.

§ 8, Abs. 1 u. 2: Großhändler können Zucker ohne Bezugsschein kaufen und beziehen.

Als Großhändler im Sinne dieser Verordnung gilt, wer in den Betriebsjahren 1913/14 oder 1914/15 mindestens zwei Waggons Zucker pro Monat von Verbrauchszuckerfabriken unmittelbar gekauft und bezogen hat.

§ 9: Der Zuckerbezug der Zucker verarbeitenden Industrien und Gewerbe (ausgenommen der unter § 6, Punkt 1 und 2 genannten), wie Erzeuger von Zuckerwaren, Schokoladewaren, Kanditen, Marmeladen, Konserven, Likören, Fruchtsäften u. dgl., welche dem Zentralvereine der Schokolade- und Zuckerwarenfabrikanten in Oesterreich-Ungarn, dem Reichsverbande der öster-

reichischen Spirituosen-, Likör- und Essig-Erzeuger oder dem Bunde österreichischer Fruchtsäfte-Erzeuger und -händler als Mitglieder angehören, wird von der Zucker-Zentrale nach den Weisungen des Handelsministeriums geregelt. Diese Unternehmungen haben ihren monatlichen Bedarf im Wege dieser Organisationen unmittelbar bei der Zucker-Zentrale in Wien anzusprechen und bedürfen zum Bezuge der durch die Zucker-Zentrale angewiesenen Zuckermengen keines Bezugsscheines.

In der gleichen Weise erfolgt der Zuckerbezug jener Zucker verarbeitenden Industrien und Gewerbe, welche sich mit Lieferungs-aufträgen des k. u. k. Kriegsministeriums ausweisen können.

Die im ersten und zweiten Absätze genannten Unternehmungen werden den politischen Bezirksbehörden durch die Zucker-Zentrale namhaft gemacht werden.

Zucker verarbeitende Industrien und Gewerbe, welche nicht in einer der im ersten Absätze genannten Organisationen angehören, können Zucker nur gegen von der politischen Bezirksbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle auszufertigende Bezugsscheine beziehen. Hinsichtlich der Ausstellung und Einrichtung dieser Bezugsscheine, ferner hinsichtlich der Verpflichtung zur Führung eines Vormerkbuches gelten für diese Unternehmungen die im § 6 dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen.

Die Abgabe von Zucker ist den vorstehend bezeichneten Unternehmungen verboten.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung IX,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 10. März 1916.

! Approvisionnement und die Frauen.

Vortrag, gehalten von Frau Fanny Freund-Markus, der Präsidentin der „Kohö“, im Pössonher Hausfrauenverein „Unitas“.

Vor einem distinguierten Publikum, das den schönen, großen Saal der Honved-Offiziersmesse bis auf das letzte Plätzchen füllte, hielt Frau Freund-Markus, die Präsidentin der „Kohö“, eine formvollendete Rede, die, mit hinreißender Verbe und glänzender Sachkenntnis vorgetragen, oft von begeistertem Beifall der zahlreichen Zuhörerinnen begleitet wurde.

Einleitend gab Frau Freund-Markus unverhohlen ihrem Erstaunen und ihrer Bewunderung Ausdruck über die großartigen Erfolge, welche die „Unitas“ in den wenigen Monaten ihres Bestehens errungen und welche andere Vereine oft nicht einmal in der doppelten Anzahl von Jahren erreichen können. Das Geheimnis dieses Erfolges liege wohl in der vorzüglichen Führung seiner Präsidentin, Frau Scorlich, welche, wie sich Nednerin überzeugte, die seltene Gabe besitze, ausgezeichnete Ideen praktisch zu verwirklichen und sie gleichzeitig auch journalistisch vorzüglich vertreten zu können. Solche Führerinnen seien notwendig, wolle man den Hausfrauen-Organisationen ein festes Fundament geben. Ueber die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Frauen-Bewegung zu reden, sei heute wohl überflüssig. Man hat sie schon in den Jahren 1900—1910 deutlich erkannt. Damals schon setzte die Lening ein, welche von Jahr zu Jahr, ja von Monat zu Monat derartige Fortschritte machte, daß sich die Hausfrauen Oesterreichs zu einem Zusammenschluß genötigt sahen, wollten sie den stetig aufwärts strebenden Preisen einen Damm setzen. Sowohl in der Organisation, als auch in der sozial-wirtschaftlichen Betätigung waren und sind die Frauen bis heute Autodidakten; der Staat hat die Pflicht versäumt, für die Schulung der Frauen auf diesem Gebiete Sorge zu tragen und wenn bis heute erreicht wurde, daß der perfide Ausbungerungsplan der Engländer zu Schanden wurde, so sei dies nur dem Willen und nicht dem „Müssen“ der Frauen zuzuschreiben. Die glühende Vaterlandsliebe der Hausfrauen des Mittelstandes habe zu diesem Ergebnis den Hauptteil beigetragen und wenn in hoffentlich absehbarer Zeit unsere tapferen Truppen mit den Siegesabzeichen triumphierend

zurückkehren werden, dann wird der Staat gewiß auch dankbar des Anteils der Frauen gedenken, die durch ihr Durchhalten im Hinterlande zum endgültigen Siege beigetragen haben. Dann, wenn wieder geordnete Zustände eintreten werden, natürlich erst dann, werden wir Frauen dem Staat unseren Gutschein präsentieren. Dann werden wir, mit diesem Gutschein in der Hand, unsere Wünsche und Forderungen aufstellen, Wünsche und Forderungen, welche das Wohl unserer Familien und dadurch auch das Wohl des Staates betreffen.

Und wie uns in Oesterreich schon heute vielfach gestattet ist, am grünen Tisch der Behörden unsere beratende Stimme hören zu lassen, so wird man uns und wohl auch Ihnen in Ungarn gestatten, auch späterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die sich mit Marktbeschickung, Produktion und Preis der Lebensmittel und Bedarfsartikel befassen. Es ist äußerst notwendig, daß die Frauen in diesen Fragen auch gehört werden. Die Erkenntnis muß sich allenthalben Bahn brechen, daß wir Frauen mit offenen Augen uns auch um Dinge allgemeiner Natur kümmern sollen, an denen wir früher achtlos vorbeigegangen sind. Welche Hausfrau hat sich je darum geschert, wenn Kartelle entstanden sind, Kartelle, die die Preise unseres Geschirres, des Leders, des Zuckers, des Eisens nach Belieben diktierten? Haben wir je daran gedacht, daß in den Häusern, in denen wir wohnen, der Mietpreis höher geschraubt werden mußte, weil Eisenkartell und Ziegeltartell ihre Erzeugnisse nur nach Maßgabe des höchsten Profites abgaben? Wer hat je danach gefragt, warum in England, dem Land der Jams (Obstkonferven), das Kilo des von uns dorthin importierten Zuckers 42 Heller kostet, während wir hier mehr als das Doppelte zahlen mußten? Und welche Frau machte jemals das Lederkartell für den hohen Sohlenpreis verantwortlich? Und doch sind diese und nicht die Geschäftsleute an den Bucherpreisen schuld, welche die Haushaltungen des Mittelstandes bis an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Wir haben nicht nur die Ersparnisse unserer Eltern, Großeltern und Uraufgesehrt, wir haben auch unsern Kindern und Enkeln und Urenkeln vorweggeessen, wenn, ja wenn nicht bald eine Umkehr von diesem geradezu verbrecherischen Treiben bewerkstelligt wird. Und das diese Umkehr je eher stattfindet, dazu müssen wir Frauen unsern Teil beitragen. Wir präsentieren den uns jetzt im Kriege schwer verdienten Gutschein dem Staate und verlangen vor Allem, daß er uns eine bessere Schulung unserer Töchter auf wirtschaftlichem Gebiete ermöglacht. Nicht als Autodidakten, wie wir es notgedrungen getan, sollen unsere Töchter sich auf wirtschaftlichem Gebiet betätigen. Sie sollen frühzeitig erkennen lernen, daß die Fragen der Staatshaushaltung und der kommunalen Haushaltung mit jenen der privaten Haushaltung zusammenstreffen und sie müssen von Staatswegen zu dieser Erkenntnis erzogen und geschult werden. Wir selbst sind zur Interefflosigkeit förmlich erzogen worden; achtlos sind wir an allen sozialpolitischen und sozialwirtschaftlichen Fragen vorübergegangen und erst der große Weltkrieg hat uns aus unserer lethargie aufgerüttelt. Und wir haben uns im Hinterlande bewährt, wir Frauen des Mittelstandes, die wir in aufopferungsvollster Vaterlandsliebe alle Blut- und Geldopfer geduldig auf uns nahmen! Wir sehen jetzt wohl eine dankbare Anerkennung seitens der Behörden. Hoffen wir zuversichtlich, daß er uns, wenn wir einmal unsere Forderungen nach besserer, wirtschaftlicher Schulung erheben werden, daß er dieselben auch anerkennt und bewilligt.

Wollen wir aber unsere Forderungen erheben, dann müssen dieselben nicht nur von Tausenden von Frauen, sondern von Hunderttausenden, ja Millionen Hausfrauen erhoben werden. Und deshalb muß die Aufklärungsarbeit, die hier von Ihrer Führerin eingesetzt hat, planmäßig fortgesetzt werden. Jede Einzelne soll werden und wieder werden, um mit vereinten Kräften das Ziel unserer Wünsche: bessere wirtschaftliche Zustände durch Herabsetzung, resp. Niederdrückung der herrschenden Lebensmittel- und Bedarfsartikel-Preise, auch zu erreichen.

Nach Schluß der geistvollen, zündenden Rede wurde die Vortragende von den anwesenden Damen mit Beifall überschüttet. Man umdrängte sie, dankte herzlichst für den dargebotenen, genussreichen Vortrag und lud Frau Freund-Markus zum baldigen Wiederkommen ein!

Die erste fabrbare Volkstüche in Berlin.

Die ständig sich steigende Forderung aller Lebensmittel und die immer wachsende Knappheit für die Ernährung wichtiger Vorräte macht das Haushalten täglich schwieriger, ja, es ist für Hausfrauen mit einem sehr kleinen Einkommen mit einer großen Kinderzahl fast unmöglich geworden, die Familie ausreichend zu ernähren. Allerdings greifen helfend Schulspeisungen ein, Unterwechungen an die heutzutage notwendigen haben die Hausfrauen darin unterrichtet, wie sich einer Unterernährung durch eine möglichst lange Ausnutzung der

einzelnen Zutaten vorbeugen läßt, aber wir dürfen doch nicht verkennen, daß das Einzelkochen zurzeit nicht nur viel Nachdenken und guten Willen, sondern auch durch die mangelhafte Beschaffung der Lebensmittel unendlich viel Zeit erfordert. Zeit ist a. e. für viele Frauen heute das wertvollste Mittel, da sie sie zur Berufsarbeit nutzen, sei es in einer außerhäuslichen Tätigkeit, sei es bei einer Heimarbeit.

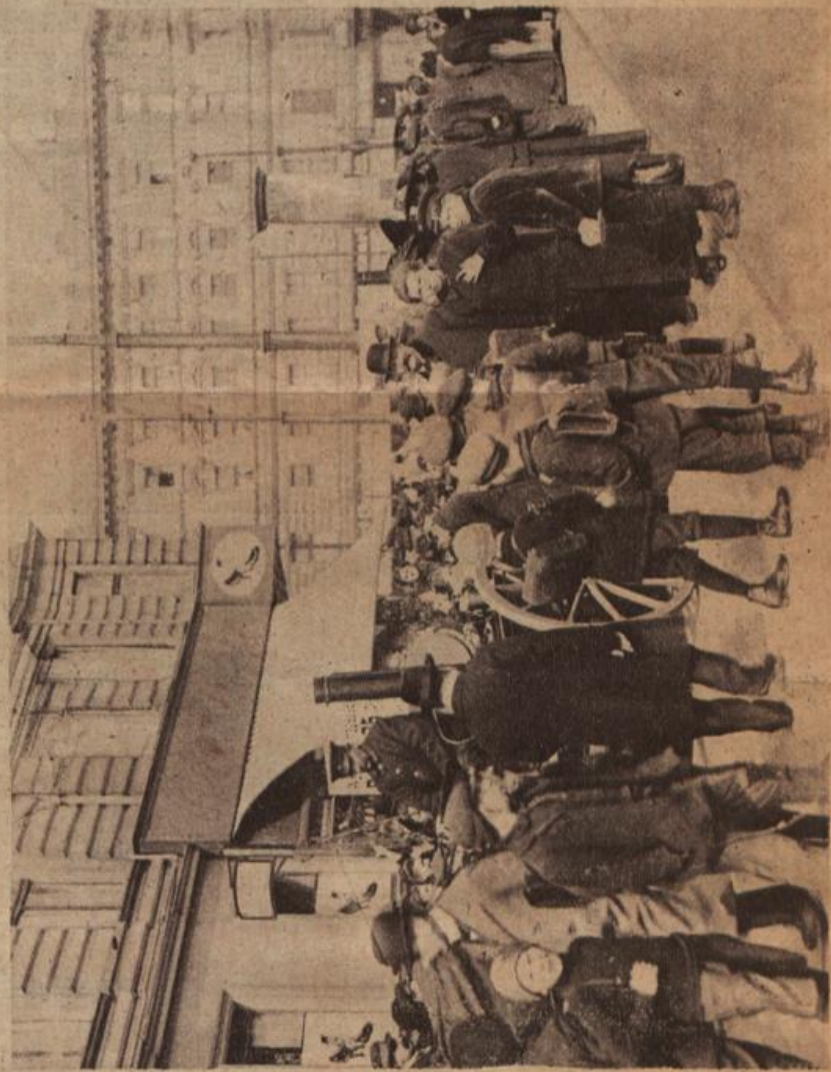
Unsere Hamburger Kriegsküchen waren daher in erster Linie für Familien gedacht, in denen der Mutter durch die Erwerbsarbeit

und Frauen gesund erhalten werden. Einmal um ihrer selbst und der Familie wegen, zum andern aus Staatsinteresse, weil der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, die wir alle vom Frieden erhoffen, ein gesundes, tatkräftiges Volk besser zu dienen vermag als ein einmüdes, kraftloses Volk ist.

Familienpeinigungen sind daher im Augenblick von höchster Wichtigkeit, und eine neue Art kräftiger und billiger Ernährung streben die sachverständigen Volkstücher an, die als erste Gemeindefabrik die Stadt Altona vor kurzem eingeführt hat. Für den geringen

Preis von 55 Pfennigen wird an jeden, der es begehrt, ein Gericht aus Fleisch, Gemüse und Kartoffeln verabreicht, das vom Berliner Verein für Volkstücher in der anerkannt vorzüglichen Weise geliefert wird.

Durch die Härte wird die Möglichkeit geschaffen, daß Männer und Frauen an ihrer Arbeitsstätte sich ihr Mittagessen geben lassen können und das Familien sich die erforderliche Anzahl von Mahlzeiten in ihre Wohnung hinaufholen. Eine Ausdehnung anscheinlicher und preiswerter Ernährung ist damit gegeben.



Die erste Fahrt der Volksküche.



Essenausgabe auf der Straße.

Beim Essenkosten

die Möglichkeit eines zutreffenden sorgfältigen Kochens fehlt. Auch die Schulspeisungen verfolgen eine ähnliche Absicht. Wir wissen viel zu gut, was für den wachsenden Körper und den sich entwickelnden Organismus der Kinder eine zweckmäßige Ernährung bedeutet, und wir wissen ebenjogut, wie sehr die spätere körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der erwachsenen Menschen beeinträchtigt wird, wenn die Jugend unter einer langdauernden Unterernährung gelitten hat. Gerade dieser Krieg mit seinen ungeheuren Anforderungen an die Tätigkeit jedes einzelnen hat uns diese Gefahr in besonders scharfer Beleuchtung gerückt. Darum verdienen alle Bestrebungen, die dieser Unterernährung der Kinder entgegenwirken, eine allseitige Unterstützung. Aber natürlich sollen auch die heftigen Männer

Die Approvisionnement der Hauptstadt.

Budapest, 19. April.

Vom Gesichtspunkte der Approvisionnement ist der Frühling die schwerste Zeit, besonders schwer unter den heutigen, durch den Kriegszustand hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnissen. Zum zweiten Mal seit Kriegsausbruch haben wir nun diese kritische Zeit zu überstehen und nach allen Anzeichen zu schließen werden wir sie auch überstehen. Viel besser noch als im Vorjahre, wo die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln — wie erinnerlich — nur schwer und knapp vonstatten ging. Das heurige Frühjahr bringt wohl auch manche Schwierigkeiten mit sich, doch sie werden sich ohne Zweifel nicht so arg zuspitzen, wie im vorigen Jahre. Denn mit dem allerwichtigsten Lebensmittel, dem Mehl, sind wir heuer, dank den zielbewußten Verfügungen der Behörden, weit besser versehen, und wenn auch hierin kein Ueberfluß vorhanden ist, hat sich dennoch niemand über einen Mangel zu beklagen. Das pro Kopf bewilligte Mehlsquantum reicht für jede Familie aus, wenn sie einigermaßen hausälterlich mit der ihr behördlich zugewiesenen Mehlration umgeht.

In dieser Hinsicht haben wir also zu Klagen keinen Anlaß, denn es herrscht kein Mangel und die Preise für Mehl und Brot sind behördlich festgesetzt. Schlimmer ist es dagegen mit zwei anderen, ebenfalls wichtigen Lebensmitteln bestellt: mit dem Schweinefett und mit der Milch. Die seit Wochen herrschende Knappheit in Schweinefett, sowie die außerordentlichen Schwierigkeiten der Versorgung des Publikums mit Milch legen den zuständigen Behörden die Pflicht auf, sich intensiv mit der Frage zu beschäftigen, durch welche Verfügungen am raschesten und zweckmäßigsten die beiden schweren Probleme: das Fett- und das Milchproblem, gelöst werden könnten. Um uns über die Absichten der Behörden zu informieren, haben wir uns an eine kompetente, der Regierung nahe stehende Persönlichkeit um Auskunft gewendet, die uns mit größter Bereitwilligkeit erteilt wurde.

Schweinefett und lebende Schweine.

Auf unsere Frage, worauf die derzeit herrschende Knappheit in Schweinefett, das bekanntlich kaum oder nur in kleinsten Rationen zu beschaffen ist, zurückzuführen sei, erhielten wir folgende Aufklärungen:

Als erste Ursache der Knappheit in Schweinefett muß ich die Anzulänglichlichkeit der Maisquanten bezeichnen, die den Züchtern zur Verfügung standen. Einen Teil der vorhanden gewesenen Maisvorräte nahm das Militär in Anspruch, zur Approvisionnement der Bevölkerung einzelner Gegenden, der Bevölkerung Siebenbürgens, der südlichen und nordöstlichen Komitate usw. wurden ebenfalls beträchtliche Maismengen verwendet. Der Rest reichte nicht aus, um die Ansprüche der Züchter zu befriedigen, was selbstverständlich unsere Schweinezucht überaus nachteilig beeinflussen mußte.

Die zweite Ursache der Fettknappheit ist, daß unser Schweinebestand sich erheblich vermindert hat. Dieser Umstand hat an sich wohl keine größere Bedeutung, denn die Abgänge lassen sich mit der Zeit ersetzen, er trägt jedoch ebenfalls zu dem jetzigen Mangel an Schweinefett bei. Man darf übrigens nicht vergessen, daß das Frühjahr auch in normalen Zeiten die schlimmste Zeit für den Schweine- und Fethandel ist. Zwischen Februar und Mitte Mai gelangen nur relativ wenig Schweine auf den Markt, denn um diese Zeit ist die Zuchtampagne noch nicht beendet. Nach Beendigung der jetzigen Zuchtperiode, um die Mitte des nächsten Monats, werden voraussichtlich wieder größere Mengen lebender Schweine auf den Markt gebracht, wodurch sich auch der Fethandel lebhafter gestalten, beziehungsweise das Angebot in Fett sich wesentlich steigern wird. Doch derzeit ist das Angebot noch viel zu gering, um die große Nachfrage befriedigen zu können. Infolge des geringen Angebotes steigen die Preise der lebenden Tiere unaufhörlich. Da die Selcher bei den hohen Schweinepreisen nicht auf ihre Rechnung zu kommen vermögen, ist ihre Kauflust sehr gering. Die Züchter, die ihre Schweine hier nur schwer verkaufen können, beeilen sich, die Tiere im Rahmen des festgesetzten Kontingents nach Oesterreich auszuführen, wodurch das Angebot selbstverständlich nur noch mehr verringert wird. Der Fettmangel wird also durch das Zusammenwirken verschiedener Umstände hervorgerufen.

— Was gedenken die maßgebenden Kreise zu tun, um diesem Mangel abzuhelfen?

— Man muß trachten, die momentane Lage zu verbessern und dann an eine radikale Lösung dieser schwierigen Frage schreiten. Eine Besserung der momentanen Lage wird durch eine Regelung des Maisverkehrs herbeigeführt werden; die Maiskäufe werden erleichtert, so daß die Züchter in der Lage sein werden, ohne Schwierigkeiten die nötigen Maismengen sich zu verschaffen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn die Municipien größere Maisvorräte beschaffen und sich entschließen würden, Schweine in eigener Regie zu mästen, beziehungsweise mit Züchtern Verträge zu schließen und sich so eine entsprechende Menge lebender Tiere zu sichern.

Derzeit werden hier und in Oesterreich eingehende Beratungen gepflogen, um weitere Erleichterungen auf diesem Gebiete zu erzielen und den ganzen Komplex der Fragen, wenn möglich, radikal und dauernd zu lösen. Die Beratungen sind bereits so weit gediehen, daß vielleicht schon während der Oesterreichertage eine günstige Wendung auf diesem Gebiete eintreten wird.

— Die Hauptstadt hat die Regierung in einer Eingabe um Festsetzung der Höchstpreise für lebende Schweine ersucht. Welchen Standpunkt nimmt die Regierung zu dieser Frage ein?

— Diese Frage ist von zu weittragender Bedeutung, als daß man schon jetzt Stellung zu ihr nehmen könnte. Die Frage muß gründlich und reiflich von allen Seiten studiert werden, erst dann kann man dazu Stellung nehmen. Es ist möglich, daß sich die Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Schweine als überflüssig erweisen wird. In Deutschland sind wohl versuchsweise Höchstpreise für Schweine festgesetzt worden, doch läßt sich der Wert dieser Maßregel noch nicht konstatieren.

— Ist eine Aufhebung der Höchstpreise für Schweinefett in Aussicht genommen?

— Das wäre eine gefährliche Maßregel, denn sie würde sicherlich zu Mißbräuchen Anlaß geben und die Spekulationen zur Anhäufung von Vorräten verleiten, wodurch sie die nicht mehr gebundenen Preise nach Möglichkeit in die Höhe treiben würden. Uebrigens würde die Aufhebung

der Höchstpreise für Schweinefett schon deshalb nicht den gewünschten Erfolg haben, weil mit der Steigerung der Fettpreise auch die Preise der lebenden Tiere steigen würden.

— Man spricht von der Einführung von „fettlosen“ Tagen und von Fettkarten. Sind diese Gerüchte begründet?

— Nein. Die Einführung von „fettlosen“ Tagen wäre nichts weniger als eine Erregungssache und würde ebenfalls zur Thesaurierung Anlaß geben. Viel mehr würde die Einführung von Fettkarten nützen; das Kartensystem unwirksam jedoch, daß man Garantien für die Einlösung der Karten habe, das heißt über so viel Fett verfüge, um jedem Kartenbesitzer das ihm gebührende Quantum verabreichen zu können. Zu diesem Zwecke müßte ein Fettmonopol geschaffen werden, was aber aus verschiedenen Gründen nicht geschehen kann. Man muß eben das Uebel an der Wurzel zu fassen wissen, und wir hoffen, daß dies der Regierung auch gelingen werde.

Getreide und Mehl.

— Ist die Versorgung des Budapester Publikums mit Mehl bis zur neuen Ernte gesichert?

— Die Deckung des Mehlbedarfes der Budapester Bevölkerung ist bisher dank den energischen Maßregeln der Behörden glatt und ohne Störung erfolgt. Wird das Publikum sich auch weiterhin den behördlichen Anordnungen fügen, die ja ausschließlich in seinem Interesse getroffen wurden, wird niemand über einen Mangel an Getreide, beziehungsweise Mehl zu klagen haben. Einige Garantie hierfür bieten auch die vorzüglichen Resultate der Getreiderequirierung. Aus diesem Grunde sind auch die Gerüchte, man werde vielleicht wieder Maismehl zur Erzeugung von Brot verwenden müssen, unbegründet. Wenn das Publikum hausälterlich mit den ihm angewiesenen Rationen umgeht, dürfte die Versorgung des Publikums mit Mehl, wie bisher, auch in den nächsten Monaten bis zur neuen Ernte glatt von statten gehen.

Milch.

— Wird etwas zur Verbesserung der Milchversorgung der Hauptstadt geschehen?

— Die Milchfrage ist derzeit eine der schwierigsten Approvisionnementfragen. Es gibt nur ein Mittel, das sicher zum Ziele führen würde: eine Steigerung der Milchproduktion. Um die Milchproduzenten hierzu zu animieren, hat bekanntlich die Hauptstadt die Milchpreise erhöht und dafür gesorgt, daß der größere Teil der durch die Erhöhung zu erzielenden Preisdifferenz den Milchproduzenten zufalle. Wenn man vorläufig noch keinen greifbaren Erfolg bemerkt, so wird er dennoch nicht ausbleiben. Die Produzenten werden einsehen, daß sich die Produktion nunmehr verlohnt und werden daher trachten, je mehr Milch zu produzieren. Zur Steigerung der Produktion bedarf es jedoch gewisser Vorbereitungen, die der Natur der Sache gemäß längere Zeit erfordern. Nach einiger Zeit wird man jedoch sicherlich eine Steigerung der Milchproduktion konstatieren können.

— Die Hauptstadt will den Verkauf des Hauskaffees in den Kaffeehäusern verbieten, um die dadurch gewonnene Milch dem großen Publikum zuzuführen. Wird diese Maßregel die Milchversorgung verbessern?

— Eine solche Maßregel muß wohl erwogen werden, speziell hier, in Budapest. Budapest ist eine Kaffeehausstadt, der Besuch der Kaffeehäuser ist für einen großen Teil des Publikums kein Luxus, sondern Bedürfnis. Meines Erachtens würde durch eine Einschränkung des Verkaufs von Milchkafee wenig erreicht werden; die Milchmenge, die dadurch gewonnen werden könnte, ist viel zu gering, als daß sich eine derartige Maßregel, die außerdem viel Existenzen gefährden würde, verlohnte. Die Hauptstadt hat die Macht, eine Verschwendung von Milch in den Kaffeehäusern zu verhindern; es würde genügen, sich hierauf zu beschränken, radikalere Maßregeln, deren Erfolg zudem sehr zweifelhaft wäre, halte ich für zwecklos.

— Ich glaube übrigens, schloß unser Gewährsmann seine interessanten Ausführungen, daß wir in der Milchfrage über das Schwierigste hinweg sind und daß mit der erwarteten Steigerung der Milchproduktion sich auch die Versorgung des Publikums mit Milch besser gestalten wird.